

DAS ARGUMENT 105

P 22352 F

Sozialismus-Diskussion (IV)

W. F. Haug: Als Gegenbeweis 623

Editorial: Gegen den Terrorismus 623

Westdeutsche Sozialismus-Diskussion

Gerhard Stuby

Ohne Aktionseinheit kein Fortschritt 628

Johano Strasser

Plädoyer für ein Überdenken der sozialistischen Zielvorstellung 645

Hansgeorg Conert

Bündnisfähigkeit verlangt Veränderung 650

Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung

Demokratischer Kampf für den Sozialismus 661

Internationale Sozialismus-Diskussion

Detlev Albers

Strategie der westeuropäischen Arbeiterbewegung 672

Hans Manfred Bock

Literaturbericht zur Sozialistischen Partei Frankreichs 685

* * *

Michael Masuch

Wie wird im Sozialismus geplant? 695

Dokumentation: Kommunisten und Homosexuelle 706

Udo Schagen: Zum 2. Band des Jahrbuchs für kritische Medizin 708

Aufrufe: Russel-Tribunal; BdWi-Kongreß über Hochschulpolitik 710

Besprechungen: Sprachtheorie; fortschrittliche

Literaturtraditionen; soziale Medizin;

Geschichte und Politik der Arbeiterbewegung; Jura 712

Zeitschriftenschau

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Christof Müller-Wirth, Postfach 21 0730, 7500 Karlsruhe 21

Telefon 0721 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Karl-Ernst Lohmann, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz, Prof. Dr. Friedrich Tomberg

Redaktionssekretariat:

Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33

Telefon 0 30 / 8 31 49 15

Besprechungen

Philosophie

Bloch, Ernst: Vorlesungen zur Philosophie der Renaissance

(J. Brockmeier) 712

Volpe, Galvano della: Rousseau und Marx (U. Enderwitz) 713

(Fortsetzung auf Seite VII)



ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1977 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 924 Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis des Doppelheftes 9,- DM; Schüler und Studenten 7,- DM (im Abonnement 7,50 DM bzw. 6,- DM). – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin-Karlsruhe. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105 114, Postscheckkonto Karlsruhe 136 360-759. – Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, Rheinstraße 122, 7500 Karlsruhe 21, Telefon 07 21 / 55 59 55. 1.–11. Tausend Oktober 1977.

Beilagenhinweis:

Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte des Argument-Verlages, zwei Prospekte des VSA-Verlages, Hamburg, sowie einen Prospekt des Verlages Pahl-Rugenstein, Köln.

Ein Zeitungsgedicht als Gegenbeweis

im september 1977 entleerten
 die herausgeber der frankfurter allgemeinen
 wie gewöhnlich
 über einigen kopfarbeitern
 weil sie gesagt hatten:
 hier stinkt's
 kübel stinkenden schmutzes:
 als gegenbeweis.

unterm strich
 druckten sie das gedicht von
 günter kunert:

weil ich gesagt habe:
 hier stinkt's
 wurden über meinem kopf
 einige nachttöpfe entleert:
 als gegenbeweis.

W. F. H.

Editorial

Gegen den Terrorismus

Wie wird der Terrorismus gefördert?

Nicht anders als der Anarchismus, die Suchtsekten, der Absurdismus, der Rauschgiftunderground: Indem gesellschaftsveränderndes Handeln unmöglich gemacht wird. Indem man die eigenen Interessen der Massen auf den privaten Konsum und ihre Tätigkeit auf Lohnarbeit für fremde Interessen beschränkt, kurz, indem man sinnvolle gesellschaftliche Praxis unmöglich macht. Indem man die Kultur dem Kapital ausliefert. Indem man die Arbeiterbewegung teils zerstört, teils entpolitisiert. Gelänge es, wie weithin in den USA, die Gewerkschaften auf die eine Forderung des „More!“ (Mehr!) zu reduzieren, gelänge es, den Keil zwischen ihnen und den intellektuell-kritischen Kräften tiefer zu treiben, dann wäre die Entfaltung und praktische Einlassung kritischer Energie in der Gesellschaft abgeblockt. Energie, die nicht bewegt, treibt zur Explosion. Berufsverbote und Arbeitslosigkeit wirken zusammen in dieser Richtung. Sie fördern die Entstehung von Resignation, Zynismus, Verzweiflung, Fluchttendenzen. Die Gefahr des massenhaften Abgleitens vor allem aus der Jugendarbeitslosigkeit in die gewöhnliche Kriminalität nicht zu vergessen.

Wer oder was Verzweiflung schafft, fördert auch den Terrorismus.

Wie zerstört man die Demokratie am schnellsten?

Indem man die Arbeiterbewegung zerstört. Indem man den auch für bürgerliche Demokratie lebenswichtigen Zusammenhang von demokratischer und sozialistischer Bewegung zerstört. Indem man all diejenigen, die die Grundwerte der Verfassung durch das Großkapital bedroht sehen, zu Feinden eben dieser Grundwerte umfälscht. Indem man die Verfassung auf den Kapitalismus verpflichtet. Indem man zum Schutz des Großkapitals die Verfassungsgarantien, die Grundrechte aushöhlt und Schritt um Schritt abbaut. Indem man die Notwendigkeit der Terroristenbekämpfung zum allgemeinen Abbau von Grundrechten benützt.

Indem man sich anschickt, einer großen gesellschaftlichen Gruppe die Freiheit des Ausdrucks, der Organisation, der gesellschaftsverändernden Praxis, ja der Berufsausübung Stück um Stück unmöglich zu machen, zerstört man die Demokratie von innen.

Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. Wenn man die bürgerliche Freiheit nicht beansprucht, verfällt sie. Die Sozialisten beanspruchen die Bürgerfreiheiten am konsequentesten. Die Sozialisten sind das Salz der bürgerlichen Demokratie.

Wer betreibt am wirksamsten das Geschäft des Terrorismus?

Wer Albertz, Gollwitzer und Scharf, Rinser und Böll, Brandt und die Gewerkschaften zu Urhebern oder Verantwortlichen des Terrors erklärt, also auf diese Weise selber präterroristische Hetze betreibt. Wer die liberale Öffentlichkeit zerstört. Wer Pogromstimmung schürt oder Schwarze Listen aufstellt. Wer sich aus der Position der Macht als Opfer gesellschaftlich schwacher Minderheiten ausgibt, um die Schwächeren desto übermächtiger zu unterdrücken. Wer die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung in der Wirtschaft in die Nähe des Terrors rückt. Wer Emanzipation und Bildung der Frauen als Quelle von Terrorismus hinstellt. Wer denen Angst einjagt, die sich nicht an bestimmte Sprachregelungen halten.

Diese Tendenzen und viele verwandte sind jetzt los in der Bundesrepublik Deutschland.

Den Mund droht verboten zu bekommen, wer vor der Gefahr warnt, daß man den Mund verboten bekommt.

Was sagen die Strategen der Bourgeoisie?

Die Strategen der Bourgeoisie sagen: „Die für uns wirklich gefährliche Kraft ist die DKP. Aus internationaler Rücksicht kann man sie nicht verbieten. Sie ist schärfstens gegen den Terrorismus. Wenn wir solche Gruppen oder Grüppchen verbieten, die mit dem Terrorismus sympathisieren, dann erscheint die DKP als Nicht-zu-Verfolgende, ja als verfassungstreu.“

Die Strategen der Bourgeoisie denken: „Der Terror ist für uns nicht wirklich gefährlich, so bedauerlich die einzelnen Opfer sind. Wirklich gefährlich sind für uns alle diese leider legal und ausdauernd arbeitenden Leute, die als linke Sozialdemokraten, als Kommunisten oder als unabhängige Sozialisten für solidarische

Sozialformen eintreten, gegen die Zerstörung der Gesellschaft und ihrer natürlichen Lebensbedingungen durch das Profitprinzip. Wirklich gefährlich ist für uns die Möglichkeit, daß diese Kräfte sich untereinander und mit immer breiteren Schichten, mit Christen und Bürgerinitiativen, mit der Bewegung für Umweltschutz, mit Rüstungsgegnern usw. zur Aktionseinheit zusammenschließen. Wir müssen den Terrorismus umfunktionieren in ein Instrument gegen die Demokratisierungsgefahr.“

Wem nützt der Terrorismus?

Er nützt denen, die ohne ihn keine Chance der Mehrheit gehabt hätten. Denen, die Interesse haben am schrittweisen Abbau der Bürgerrechte, weil ihnen zum Beispiel der Mitbestimmungsanspruch der Bürgerinitiativen bei der Energieplanung ein Hindernis auf dem Wege zu Geschäften ist. Er nützt denen, die den Anspruch der Bevölkerung, über die Errichtung von Atomkraftwerken mitzubestimmen, so rasch und nachhaltig wie möglich liquidiert sehen möchten. Ferner nützt der Terrorismus all den Apparaten, die inmitten der „Krise der Staatsfinanzen“ unter Berufung auf ihn ihre Etats aufstocken, verdoppeln konnten, denen die Berufung auf ihn neue Aufstiegschancen, mehr Eingriffsmöglichkeiten und ein Abschütteln unbequemer Kontrollansprüche parlamentarischer Instanzen ermöglichen.

Er nützt dem Großbesitz und der Reaktion und dem mit ihnen eng verflochtenen Staat im Staate.

Wie fördert die Bourgeoisie die Verzweiflung?

Verzweiflung, Zynismus, Absurdismus – sie werden gefördert durch die Entmutigung des Strebens nach sinnvoller menschlicher Praxis, durch Vorenthaltung des Bürgerrechts auf Information; durch Totschweigen aller sinnvollen gesellschaftskritischen Aktivitäten, durch Großherausbringen aller verzweifelten Aktionen; durch Propaganda des Absurdismus und Heroisierung der Sinnloskeitsfiguren, der Gewalt, des Scheiterns und der Ohnmacht; durch Hätscheln und Honorieren all dessen, was dem Terrorismus in den Sphären der höheren Kultur entspricht und geeignet ist, demokratische und sozialistische Praxis der Gesellschaftsveränderung zu lähmen, zu desorientieren, zu entmutigen.

So verführt die Bourgeoisie ihre eignen Kinder zur Selbsterstörung, weil sie sich davor fürchtet, sie seien durch Vernunft zu solidarischer Praxis in der demokratischen und sozialistischen Bewegung verführbar.

Die Bourgeoisie fördert Verzweiflung, Zynismus und Brutalität, indem sie eine vielfältige Volkskultur und die demokratische Kultur „von unten“ entweder schon erstickt hat oder zu erdrücken strebt unter der von den Konzernen übergestülpten Glocke aus verlogenen Illusionen und Sex & Crime. Umgekehrt wirkt jedes Aufblühen einer vielfältigen demokratischen Kultur-der-Menschen-selbst der Verzweiflung entgegen.

Die „Verzweiflung“ ist vom bürgerlichen Unbehagen an der eignen Kultur derart zur „eigentlich heldenhaften Haltung“ hochstilisiert worden, daß es in gewissen Ohren nach Aufwertung des Terrors klingen mag, ihn als „verzweifelten

Aktionismus“ zu interpretieren. Anlaß genug, den Kult der Sinnlosigkeit, diese „letzte“ Ideologie des Bürgertums, mit dieser ihrer Konsequenz zu konfrontieren.

Welche Faktoren auf der Linken fördern die Verzweiflung?

Im Großen die feindliche Spaltung der Arbeiterbewegung. Im allgemeinen: Bonzentum und Apparaturstrukturen, Arroganz der Macht, Verurteilung der Basis zur Akklamation der Führung, alles, was Initiativen von unten abfängt, versanden läßt, was demokratische Kultur zum Veröden bringt, jede Unglaubwürdigkeit und Heuchelei, jedes Phrasentum, die Zu-Nickerei, der zynische Konformitätsdruck der Duckmäuser – all das sind Ursachen und Bedingungen, die das Umkippen oder Ausflippen gesellschaftlicher Energie-von-unten fördern. Solche Faktoren finden sich in der Sozialdemokratie aufgrund des Gegensatzes zwischen großen Teilen ihrer Mitglieder- und Wählerbasis, die Lohnabhängige sind, und den bürgerlichen Formen und Klassegehalten ihrer Politik. Dieser Widerspruch zwischen Basis und Politik bedingt das Administrieren der SPD als Wählerverein. Auf seiten der DKP sind es die Verbotsdrohungen und die Halb-Illegalität, die unter Vorenthaltung von Verfassungsrechten über sie verhängt ist, die Behandlung ihrer Mitglieder als „Verfassungsfeinde“, die menschenrechtsfeindliche Praxis der Berufsverbote, die in dieser Partei selbstisolierende oder sektiererische Haltungen fördern und sie dabei behindern, durch konsequente Entfaltung der innerparteilichen Demokratie dogmatische Erstarrungen zu überwinden. So wird ein strukturelles Übergewicht des Apparats über die Basis begünstigt – in vielem verblüffend den Strukturen der SPD ähnelnd, wenn auch in Ursache und Gehalt entgegengesetzt.

Auf der intellektuellen Linken ist es das Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis, die Abgeschnittenheit von der Arbeiterbewegung, Fraktionsgezänk, akademisch-soziologischer Jargon usw., was die Verzweiflung fördert.

Wem soll der Prozeß gemacht werden?

Es ist die Zeit der alten Rechnungen. Wer oder was immer der Reaktion oder der Gier nach Geld und Macht im Wege war – jetzt glaubt man den günstigen Augenblick gekommen zu Abrechnung. Der Staat wird in Stellung gebracht. Die intellektuelle Linke, die Marxisten an den Universitäten sollen als Sündenbock dienen, als ob nicht der Marxismus die radikalste Kritik des Terrorismus und der den Terrorismus nährenden Haltungen darstellten! Den Terrorismus fördern unter dem Mantel seiner Ausrottung! Ein phantastisches Rezept. Der kurzschlüssige Zirkel rotiert immer schneller. Die starken Apparate und starken Männer machen sich nötiger. Die Altnazis ziehen gegen den „Linksfaschismus“ von Jusos und Jungdemokraten zu Feld. Eine in der subkulturellen Sprache der „Szene“ abgefaßte Absage an den Terrorismus, also die vielleicht einzige, die mögliche Sympathisanten wirklich erreichen könnte, wird verboten, d. h. ein Stück Selbstreinigung des Spontitums kriminalisiert. Was ist das anderes als die Förderung der Entstehungsbedingungen jener Verzweiflungshaltungen, die zum Terrorismus führen können? Und in welche Richtung wirkt wohl die Zerschlagung der

gewählten Studentenausschüsse, dieses Elements demokratischer Verfaßtheit der Studenten mit der Gegenöffentlichkeit und dem bescheidenen Raum an Selbstbestimmung, den es bot?

Wie funktioniert der Terrorismus als Ausrede?

Arbeitslosigkeit? Inflation? Lohnabbau? Verwahrlosung und Verunsicherung der Städte? Zerstörung der Umweltbedingungen? Vergiftung der Luft, der Gewässer, der Nahrungsmittel? Sind das nicht ebensoviele Anklagen gegen das Profitsystem, gegen seine Anarchie und Unmenschlichkeit? Wie wunderbar kommt da der Terror zupaß! Sogar Arbeitslosigkeit und Inflation werden von verdummender Propaganda neuerdings als Folgen des Terrorismus dargestellt, der eine Folge der Demokratisierung sei. Es sei der Terrorismus gewesen, nicht das Krisengesetz der Marktwirtschaft, was die Investitionslust der Unternehmer verstimmt habe.

Warum sind Marxisten gegen den Terror?

Weil er die Menschen verachtet und zynisch als Spielmaterial mißbraucht. Weil er insofern mit den sozialistischen Zielen unvereinbar ist, von ihnen weggeführt. Während in Italien die Arbeiterbewegung und ihre Verbündeten gegen terroristische Strategien der „Entstabilisierung“ (destabilizing) als Faktor der demokratischen Stabilisierung wirksam werden können, ist es in Westdeutschland aufgrund der Schwäche der Arbeiterbewegung so, daß der Terrorismus geeignet ist, zum Nutzen des Großkapitals die in einem langen Prozeß zu entwickelnde Hegemonie der Arbeiterklasse einschneidend zu behindern. Terror ist keine gesellschaftsverändernde Praxis, sondern bestehe aus isolierten und isolierenden Taten, die zur Stärkung des repressiven Staatsapparats führen und zur Schwächung der demokratischen Positionen in den ideologischen Apparaten. Terror verändert den ideologischen Prozeß, indem er zu einer Umgruppierung der „Werte“ und zu einer Veränderung ihrer Interpretation führt, die der Demokratisierung entgegengesetzt ist. Im Gegensatz zu mancher Ideologieauffassung auch von marxistischer Seite gibt es im wirklichen ideologischen Prozeß zwischen den bürgerlichen Demokraten und den Sozialisten Berührungspunkte. Einige Leitwerte (wie Freiheit, Gerechtigkeit, Friede) sind gemeinsam; der Unterschied besteht in der Auffassung, wie diese Vorstellungen zu verwirklichen sind. Auch christliche Wertvorstellungen berühren sich in vielen Punkten (z. B. der Solidarität, dem Protest gegen die Unmenschlichkeit des Profitprinzips usw.) mit den sozialistischen. Nur weil das so ist, ist die auf den überzeugendsten Vorstellungen zur Verfolgung gemeinsamer Interessen in der Perspektive der Verwirklichung gemeinsamer Werte beruhende *Hegemonie* keine bloße Illusion. Und nur weil das so ist, kann eine große Mehrheit für die Verwirklichung einer solidarischen Gesellschaft angestrebt werden. Terror zerschneidet den Lebensnerv dieser Perspektive. Deshalb sind von allen Gegnern des Terrorismus die Marxisten die zuverlässigsten. Der Faschismus hat fürchterlich gezeigt, wie verführbar durch Terror große Teile des Bürgertums sind. Sie sind es noch immer. Sozialismus ist daher nur als wirksamer Antifaschismus realisierbar.

Gerhard Stuby

Ohne Aktionseinheit kein Fortschritt

1. Ich muß gestehen, daß ich lange gezögert habe, mich an der Sozialismus-Diskussion des „Argument“ zu beteiligen. Nicht etwa, weil ich diese Fragen für unwichtig halte, sondern weil ich aus eigener Erfahrung weiß, daß vorurteilsbehaftete politische und wissenschaftliche Standpunkte in Diskussionen, die nicht aus der unmittelbaren politischen Praxis erwachsen, eher verfestigt anstatt erschüttert werden.

In meiner persönlichen Entwicklung als Wissenschaftler habe ich erlebt, daß ich jahrelang alle antikommunistischen Klischees mit mir herumgetragen habe, obwohl ich sehr heftig über sie in den verschiedensten Zusammenhängen diskutierte. Auseinandersetzung um die große Koalition, Kampf gegen die Notstandsgesetze, die Bewegung an den Hochschulen, alles Erscheinungen tieferliegender gesellschaftlicher Veränderungen in der Bundesrepublik, die mich auch zur SPD geführt hatten, wie nicht zuletzt die Streitigkeiten in dieser Partei, in die ich immer tiefer verwickelt wurde, haben mein „bürgerliches“ Bewußtsein erschüttert. Es war ein langer Weg, bis ich zu meinen heutigen, hoffentlich immer noch nicht abgeschlossenen wissenschaftlichen und weltanschaulichen Positionen gekommen bin. Ich habe auch individuell viele Berührungspunkte durchgestanden und erst allmählich im unmittelbaren Kontakt mit Kommunisten, im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner die üblichen Vorurteile über die kommunistische und Arbeiterbewegung abgebaut. Sie reichten von der Gleichsetzung mit Faschisten bis zu dem Vorwurf dogmatischer Verhärtung und unauflösbarem bürokratischem und funktionärahafem Denken. Ich habe auch heute noch meine Vorbehalte gegenüber Kommunisten, aber ich bin aus meinen bisher gemachten Erfahrungen heraus bereit, diese Vorbehalte auf ihren Realitätskern zu prüfen, sie in Frage zu stellen, vor allem, wenn sie einer als wichtig erkannten gemeinsamen Aktion im Wege stehen¹.

Zudem bin ich zu der Ansicht gelangt, daß die Diskussion über Ziele und Inhalt des Sozialismus und über den unter den Bedingungen der Bundesrepublik möglichen Weg dahin alles andere als theoretisch ist, sondern in der augenblicklichen Situation eminent aktuelle Bedeutung besitzt. Nicht weil ich die BRD schon auf dem Weg dorthin oder kurz vor Erreichung dieses Zieles wähne, sondern im wesentlichen aus zwei anderen Gründen:

Zum einen: Der Klassengegner nutzt alle Möglichkeiten der ideologischen Beeinflussung, um eine verzerrte Sozialismuskonversation anzufachen. Er verspricht sich einiges von dieser Diskussion. Selbst, wenn man der Meinung sein sollte, daß es sich um eine abstrakte, weil im Augenblick für die unmittelbare Umsetzung irrelevante Diskussion handelt, wir könnten uns nur in Schweigen hüllen, wenn der Versuch des Gegners gescheitert wäre. Er ist es aber nicht, ja, wir müssen feststellen, daß auch innerhalb der Arbeiterbewegung und fortschrittlich

gesinnter Kreise der Intellektuellen, vor allem im sozialdemokratischen Teil, die Verzerrungen nicht ohne Wirkung sind. Die möglicherweise noch bestehende Ansicht über die Irrelevanz der Diskussion müßte also unter diesem Gesichtspunkt spätestens revidiert werden.

Zum anderen: Die vom Gegner angefachte Diskussion entwickelt ihre spezifische Gesetzmäßigkeit, die sich gegen seine eigene Intention richtet. Der neuralgische Punkt, auf den alles hinausläuft, ist die Aktionseinheit. Der Gegner wendet im Augenblick sein ganzes in jahrzehntelanger Erfahrung geschärftes ideologisches Instrumentarium an, um in die Hirne einzuhämmern, daß Einheit in ideologischer Verschiedenheit quasi naturgesetzlich ausgeschlossen sei. Das beste Beispiel bildet die Menschenrechtskampagne, die von dem Axiom ausgeht, daß friedliche Koexistenz ohne Übernahme der Freiheitsvorstellungen des jeweiligen Gegners nicht verwirklicht werden könne.

Ein weiteres Beispiel bilden die gegenwärtigen Ausschlußverfahren in der SPD. Auch hier wird behauptet, gemeinsame Aktion setze Einheit in der Freiheitsvorstellung voraus; denn die Verschiedenheiten in den Zielsetzungen der Aktionseinheit, z. B. Frieden, beiderseitige Abrüstung usw., können nicht offengelegt werden. Sie werden entweder pauschal behauptet – Sozialdemokraten haben schon immer solche Erfahrungen mit Kommunisten gemacht – oder sie werden auf Ebenen und Bereichen begründet, die mit der unmittelbaren Aktionseinheit nichts zu tun haben: Stalin-Hitler-Pakt, Zwangsvereinigung zur SED usw.²

Wenn man wie ich der Ansicht ist, daß es ohne gemeinsames Handeln aller demokratischen Kräfte – und zwar nur nach Kriterien der Praxis – keinen gesellschaftlichen Fortschritt in der BRD geben wird, dann muß Ziel unserer Sozialismuskonversation sein, dem Gegner diametral entgegenzuarbeiten, nämlich darzulegen, daß Einheit nur und gerade in der Verschiedenheit möglich ist. Das mag trivial klingen, ist es aber nur für diejenigen, der noch nicht mit den unmittelbaren Schwierigkeiten des Zustandebringens gemeinsamer Aktionen konfrontiert war. Ich kann hier nur auf einige mir unter dieser Prämisse wichtig erscheinende Punkte eingehen.

2. Spätestens seitdem die Arbeitslosenziffern die Millionengrenze überschritten haben, ist der Mythos der Prosperität und der Sonderstellung des bundesrepublikanischen Kapitalismus gegenüber anderen Ländern in Westeuropa erschüttert. Vornehmlich in Frankreich und Italien gehen Arbeiter und Angestellte in gemeinsamen Aktionen über alle weltanschaulichen und politischen Differenzen hinweg an die Wurzel des Übels der zunehmenden Verschlechterung ihrer sozialen Lage. Sie fordern Beseitigung der ökonomischen und politischen Machtpositionen der Großbourgeoisie in den nationalen und internationalen Konzernen (so im gemeinsamen Regierungsprogramm der Linken vom 27. 6. 1972; dieser Punkt gilt auch noch für die gegenwärtig zurückgefallene Diskussion). In der Bundesrepublik erscheinen derartige Tendenzen für den oberflächlichen Beobachter hingegen eher rückläufig. Man könnte meinen, die Uhrzeiger in der BRD liefen ver gleichen mit dem übrigen Europa im entgegengesetzten Sinn. Eine solch pauschale Einschätzung läuft sicherlich Gefahr, bestimmte Erscheinungsformen in der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung für das Wesen der Sache zu halten,

darüber hinaus aber an wichtigen Tendenzen, die in der veröffentlichten Meinung verzerrt oder völlig ausgeblendet werden, vorbeizugehen. Diese Phänomene würden nämlich zeigen, daß in der gegenwärtigen historischen Situation die Reaktion aus der Defensive handelt. Dennoch bleibt die berechnete Frage, inwiefern die Entwicklung der auf Fortschritt drängenden Kräfte in der Bundesrepublik und im übrigen Westeuropa so verschiedenartig verläuft.

3. Das politische Gewicht des Linksprogramms in Frankreich, das noch bei den letzten Gemeindewahlen unter Beweis gestellt wurde, ist hauptsächlich auf zwei Gründe zurückzuführen. Es ist das Resultat einer gründlichen wissenschaftlichen Analyse der Krise des gesellschaftlichen Systems in Frankreich als einer Strukturkrise der bestehenden monopolkapitalistischen Produktionsverhältnisse. Das mußte sogar jüngst Peter von Oertzen in seinem Artikel „Stamokap‘ und die Parteieinheit“ eingestehen³. Das Programm enthält zudem Maßnahmen, die zur Überwindung der Krise zugleich die Überwindung dieses Systems selbst einleiten sollen.

Zweitens knüpft es an die unmittelbaren Lebensbedingungen und Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung an und stellt die Vermittlung und den nicht aufhebbaren Bezug her zwischen den grundlegenden Maßnahmen zur Überwindung des bestehenden sozialökonomischen und politischen Herrschaftssystems und den Maßnahmen zu einer entschiedenen Verbesserung aller Lebensverhältnisse der bisher in ökonomischer Abhängigkeit, politischer und kultureller Benachteiligung gehaltenen Klassen und Schichten des Volkes.

Wissenschaftliche Analyse und Umsetzung in die Praxis vollziehen sich natürlich nicht spontan und individuell, sondern haben ihre organisierten Träger. Es ist nicht zu übersehen, daß in Frankreich – ähnliches gilt übrigens, wenn auch in spezifischer Verschiedenheit in Italien – den entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung die kommunistische Partei und die Gewerkschaft CGT haben, in der die Masse der Industriearbeiterschaft organisiert ist. In den großen Arbeitskämpfen bei Renault, Lip, Rateau usw., aber auch in über unmittelbare Arbeitskämpfe hinausgehenden Aktionen z. B. gegen das Wirtschaftsprogramm der Regierung Barre, verstand es vor allem die CGT, in der die kommunistischen Arbeiter führend sind, nicht nur den unmittelbaren Kampf gegen niedrige Löhne und Renten, die Unsicherheit des Arbeitsplatzes, die Arbeitshetze, den Anstieg der Arbeitsunfälle, gegen die Rechtslosigkeit ausländischer Arbeiter und die allgemeine Repression der Unternehmer mit Entschlossenheit zu führen und ihnen wie dem von ihnen beherrschten Staat wichtige Zugeständnisse abzurufen. Vielmehr konnten sie gleichzeitig aufzeigen, daß die Resultate der einzelnen Kämpfe für die gesamte Arbeiterschaft zwar zukunftsweisend sind, aber nur erhalten und ausgebaut werden können, wenn eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Erlangung der politischen Macht erfolgt. Gerade in der neuralgischen Frage der politischen Machtveränderung zugunsten der Arbeiterklasse und der übrigen fortschrittlichen Schichten des Volkes gelang es den Kommunisten, einen großen Teil der französischen Sozialdemokratie wie auch große Teile der in dem anderen Gewerkschaftsverband CFDT organisierten Arbeiter zu überzeugen. Dies ist der tiefere Grund für die richtige Feststellung Améry's, daß „im Laufe dreier Jahre aus der SFIO, der Partei Guy

Mollets, die an perniziöser Anämie zugrunde zu gehen schien und außerdem mit ihrem rabiaten Antikommunismus sich mehr und mehr hin nach rechts bewegte, eine machtvolle dezidierte Volkspartei wurde.“⁴

4. Da gerade bei uns immer wieder das Argument zu hören ist, der wesentliche Unterschied zwischen französischen, italienischen, spanischen usw. und bundesrepublikanischen Kommunisten, von dem das Zustandekommen einer wirkungsvollen Aktionseinheit abhinge, sei unter anderem das Verhältnis zur „Diktatur des Proletariats“, ein Wort hierzu, obwohl gerade diese Diskussion, ob gegen oder für Stamokap, in der SPD eine starke Ablenkungsfunktion hat: In dem schon zitierten Aufsatz geht von Oertzen soweit, alle Punkte der Stamokap-Theorie bis auf einen mit dem Godesberger Programm für vereinbar zu erklären. Dieser eine Punkt ist für ihn die Einsicht, daß für den Übergang zum Sozialismus die „Diktatur des Proletariats“ erforderlich sei.

„Der zuletzt genannte Gedanke enthält den Pferdefuß des gesamten theoretischen Modells; denn die ‚Diktatur des Proletariats‘ bedeutet in der Praxis, wie wir wissen, die Diktatur der kommunistischen Parteibürokratie über die Arbeiterklasse und das gesamte Volk. Andererseits ist diese letzte Schlußfolgerung nicht zwingend. Mindestens drei wichtige kommunistische Parteien, die sich sonst auf die Stamokap-Theorie berufen, haben die Forderung nach Diktatur des Proletariats aus grundsätzlichen Erwägungen fallengelassen, die KP’s Italiens, Frankreichs und Spaniens.“⁵

Daß auch die DKP – wie übrigens noch viele andere kommunistische Parteien – diese Forderung nicht in ihrem Programm haben, fällt bei von Oertzen unter den Tisch. Wenn er es erwähnt hätte, wäre es für ihn sicherlich kein Argument gewesen, die DKP mit den gleichen „wohlwollenden“ Maßstäben zu messen.

Das Fallenlassen des Begriffes „Diktatur des Proletariats“ in den Parteidokumenten hätte er der DKP sicherlich als reine Taktik mit Blick auf das KPD-Verbotsurteil von 1956 des Bundesverfassungsgerichtes unterstellt und nicht als eine „grundsätzliche Erwägung“ gelten lassen.

Ich scheue mich – auch aus mangelnder Kompetenz –, in diesen Fragenkomplex tiefer einzusteigen, glaube aber, daß zu den Kernpunkten des Verhältnisses von Sozialismus – Diktatur des Proletariats – Demokratie, wie sie von Josef Schleifstein⁶ zitiert wurden, zwischen DKP und westeuropäischen Kommunisten und, was ich als wichtige Ergänzung hinzufügen möchte, zwischen linker Sozialdemokratie in meinem Verständnis keine Differenzen bestehen. Diese Differenzen liegen ganz woanders, z. B. wo etwa die Grenze der Meinungsfreiheit gezogen werden soll, wenn die politische Machtfrage entschieden ist. Ich möchte nur auf drei für mich als Verfassungsjuristen wichtige Fragenkomplexe in diesem Zusammenhang hinweisen:

Es heißt Eulen nach Athen tragen, wenn man feststellt, daß die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten nach der Stamokap-Theorie auf parlamentarischem Weg ohne Gewalt und Bürgerkrieg erfolgen kann. Ob es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt, hängt nicht von dem guten Willen der Arbeiterklasse ab, wie die geschichtlichen Erfahrungen zeigen, sondern davon, ob die abtretenden Klassen – hier die Großbourgeoisie – die Waffen anstatt sie anzuwenden strecken. Alle Dokumente der kommunistischen und Ar-

beiterparteien spätestens seit 1959 halten dies aus der Einschätzung des internationalen und nationalen Kräfteverhältnisses zumindest für die hochentwickelten kapitalistischen Länder für möglich, ohne diese Ansicht zu verabsolutieren, während sie für die Entwicklungsländer eine andere Einschätzung haben, insbesondere für Asien und Afrika⁷.

Parlamentarischer Weg bedeutet nicht Verzicht auf außerparlamentarische Massenaktion. Im Gegenteil. Nur deren Entfaltung und Verbindung mit dem parlamentarischen Kampf kann überhaupt Wahlerfolge für die Linken bringen. Niemand unterstreicht dies stärker als die französische und italienische kommunistische Partei. So führte z. B. Georges Marchais, auf einer Tagung des Zentralkomitees aus:

„Wir sind entschieden gegen die Konzeption eines Gewaltstreiches einer ‚handelnden Minderheit‘. Die für eine radikale Besserung des Schicksals breiter Massen erforderlichen Veränderungen sind nur mit Hilfe der breiten Massen zu verwirklichen. Wir sind gegen die reformistische Idee, die Veränderung der Gesellschaft könne durch bloße ‚bessere Handhabung des kapitalistischen Produktionsapparates‘ erreicht werden. Der von uns vorgeschlagene demokratische Weg ist ein revolutionärer Weg. Es ist der Weg des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterklasse, der Volksmassen.“⁸

Klar ist auch, daß eine Gewaltenteilung im reaktionär-bürgerlichen Sinne, nämlich abgehobene Unkontrollierbarkeit von Exekutive und Justiz, nicht akzeptiert werden kann. Wenn es in der Erklärung der KPF und KPI vom 19. September 1975 heißt:

„Die französischen und italienischen Kommunisten treten für die Pluralität politischer Parteien ein, einschließlich des Rechtes auf Existenz und Betätigung von Oppositionsparteien; sie treten ein für die Freiheit des Zusammenschlusses und die Möglichkeit des demokratischen Wechsels von Mehr- und Minderheiten. Wir sind für die Laizität und das demokratische Wirken des Staates sowie für die Unabhängigkeit der Justiz“⁹,

so kann dies nicht im Sinne des bei uns vornehmlich in der reaktionären Rechtswissenschaft und Publizistik gebrauchten Unabhängigkeitsbegriffs verstanden werden. Sicherlich unterscheidet sich die hier geäußerte Auffassung über die Justiz, von der in manchen sozialistischen Ländern, wo ganze Regierungskomplexe, die nach unserem Verständnis in die Kompetenz staatlicher Gerichte fallen, in die Verantwortlichkeit gesellschaftlicher Organisation gegeben worden sind. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, da hier eine Entwicklung des Sozialismus nach Entscheidung der politischen Herrschaftsfrage stattfindet. In Frankreich hingegen und bei uns, unter anderen, nicht so entwickelten Bedingungen, geht es um die „bis zu Ende vorangetriebene Demokratie“, in der die Justiz in dem revolutionär-bürgerlichen Sinn *nur* abhängig sein soll vom parlamentarischen Gesetz als Willensäußerung des Volkssouveräns und unabhängig von sonstigen Einflüssen. Über die demokratische Wahl der Richter ist damit nichts gesagt. Die Linksunion in Frankreich hat hierzu aber Forderungen, die jeden Verdacht einer Unabhängigkeitsauffassung etwa im Sinne der herrschenden bundesrepublikanischen Verfassungsrechtslehre beseitigen¹⁰.

5. In diesem Zusammenhang ein Wort zu den bürgerlichen Freiheiten in der antimonopolistischen oder fortgeschrittenen Demokratie. In der schon zitierten Übereinkunft zwischen KPF und KPI vom 29. September 1975 heißt es:

„In diesem Sinne müssen alle politischen Freiheiten, die entweder das Ergebnis der großen bürgerlich-demokratischen Revolution oder der großen Volkskämpfe dieses Jahrhunderts sind, in denen die Arbeiterklasse an der Spitze stand, garantiert und weiterentwickelt werden. Das gilt für die Gedankenfreiheit und die Freiheit der Meinung, der Presse und Publikation, für die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, die Demonstrationsfreiheit und die Bewegungsfreiheit im In- und Ausland, die Unverletzlichkeit des Privatlebens, das gilt für die Freiheit der Religionsausübung, für die totale Freiheit der Äußerungen aller weltanschaulichen, kulturellen und künstlerischen Meinungen.“¹¹

Hier wird die Einsicht zum Ausdruck gebracht, daß diese Freiheiten in keinem der kapitalistischen Länder voll verwirklicht sind. Sie müssen gegen mächtige Interessen erkämpft werden. Wenn sie voll erkämpft worden sind – und das wird erst der Fall sein, wenn die politische Machtfrage zugunsten der fortschrittlichen Kräfte geklärt ist – können sie entfaltet und erweitert werden. Völlig selbstverständlich ist es aber, daß all diese Freiheiten in der „bis zum Ende vorangetriebenen Demokratie“ kein Freibrief für Aktivitäten gegen die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften sind. Die neue Gesetzlichkeit wird von allen Bürgern respektiert werden müssen, wenn sie nicht mit dem Strafrecht in Konflikt kommen wollen. Die Freiheiten stehen also unter dem Vorbehalt des Gesetzes, d. h. der vom Volkssouverän in demokratischen Verfahren formulierten gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Über das Ausmaß der „Einschränkungen“ kann man sicherlich diskutieren und heftige Differenzen haben, nicht aber über das Prinzip. So mag es für Frankreich oder für Italien oder für jedes andere Land, in dem die Demokratie vorangetrieben werden soll, berechtigt sein, eine „totale Freiheit der Äußerung aller weltanschaulichen, kulturellen und künstlerischen Meinungen“ ohne Rücksicht auf den Inhalt der Äußerungen vorzusehen und die Grenze für Sanktionen erst dann zu ziehen, wenn die geäußerte Meinung umgesetzt wird in gesetzlich genau definierte Vorbereitungshandlungen. Unabhängig hiervon ist aber die Frage, wo diese Meinung geäußert werden kann und wer sie verbreiten muß, z. B. auch die demokratisch kontrollierten Massenkommunikationsmittel wie Presse, Rundfunk und Fernsehen. Da sich eine Regierung der Linksunion sicherlich auch an die Menschenrechtspakte von 1966 halten wird, in denen in Art. 20 des Paktes über die politischen und Bürgerrechte gefordert ist, daß Kriegspropaganda durch Gesetz zu verbieten sei, oder gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die rassistische und antisemitische Äußerungen verbieten¹², halte ich eine Formulierung wie die zitierte totale Freiheit in der Tat für bedenklich, da mißverständlich. Allerdings wird man beachten müssen, daß im französischen wie wohl auch italienischen Kulturbereich der Freiheitsbegriff viel stärker in der aufklärerischen Tradition steht, als etwa in Deutschland oder in anderen Ländern, die nicht auf eine derartige entfaltete bürgerlich-revolutionäre Vergangenheit blicken können.

6. Ein oft genanntes Unterscheidungskriterium für die DKP und andere kommunistische Parteien auf der einen und der FKP, IKP u. a. auf der anderen Seite

ist das Verhältnis zur Sowjetunion und den sozialistischen Ländern. Unterschiede in den Auffassungen sollen nicht geleugnet werden. Sie liegen aber sicherlich nicht immer dort, wo sie unsere großbürgerliche Presse oder Publizistik und ihr in vielen Punkten folgend auch die Kritiker des sogen. Eurokommunismus sehen^{12a}. Sowohl für die FKP als auch für die IKP ist das sozialistische Weltssystem die entscheidende Kraft im Entspannungsprozeß und im antiimperialistischen Kampf. Es sei mir erlaubt, zwei m. E. typische Zitate für die Auffassung der kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich anzuführen. Enrico Berlinguer (Unita vom 11. 12. 1974):

„In den letzten Jahren wurde in den internationalen Beziehungen der Weg zur Entspannung weiter fortgesetzt. Dazu tragen in entscheidendem Maße die Sowjetunion und die sozialistischen Länder, aber auch andere Staaten mit unterschiedlichen Systemen in Europa und außerhalb Europas bei. Eine besonders positive Rolle spielen die nichtpaktgebundenen Staaten aufgrund des Gewichtes, das sie im internationalen Leben gewonnen haben.“¹³

Georges Marchais in seinem Bericht auf dem 23. Parteitag der FKP vom 4. – 8. Februar 1976, nachdem er von den verschiedenen Modellen des Sozialismus gesprochen hatte:

„Mehrere der anderen kommunistischen Parteien haben bereits mit Erfolg ihr Land zum Sozialismus geführt. Wir haben große gemeinsame Ziele, eine gemeinsame Doktrin, und die gleiche Leidenschaft für den Sozialismus beseelt uns. Welch gigantisches Werk haben sie bereits verwirklicht, welche Demonstration der Überlegenheit des Sozialismus haben sie schon gegeben. Es ist der Sozialismus, der in der Sowjetunion den gewaltigen historischen Fortschritt erzielt hat, wie ihn die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen darstellt, die Errichtung einer mächtigen Wirtschaft, die sich ohne Krise, ohne Arbeitslosigkeit und ohne galoppierende Preiserhöhungen entwickelt, ein außerordentlicher Fortschritt des Lebensniveaus, der Zugang der Werktätigen zur verantwortlichen Funktion, die Demokratie im Betrieb, die Gleichheit der Chancen, die Ausdehnung der Kultur auf die ganze Gesellschaft. . . . ja, wir sind solidarisch mit den Parteien, die dieses große Werk vollenden! Die Reaktion möge nicht damit rechnen, daß wir diese Solidarität brechen! Wir werden sie im Gegenteil weiterentwickeln und mit Entschiedenheit den Antisowjetismus, die Lügen und die Verleumdung bekämpfen, deren Ziel ständig die sozialistischen Länder sind – wer auch immer der Initiator oder der Träger sein mag.“¹⁴

Unbestritten für all diese Parteien nimmt die Sowjetunion in diesem Prozeß eine hervorragende Stellung ein. So heißt es in dem schon zitierten Dokument vom 29. September 1975, daß die Konferenz in Helsinki, „zu deren Durchführung und Erfolg in erster Linie die Sowjetunion beigetragen hat, eine wichtige Etappe auf dem Weg der internationalen Entspannung und der Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems war.“¹⁵ Ich kann also in den entscheidenden Fragen keine Unterschiede zwischen den kommunistischen Parteien feststellen, jedenfalls nicht in dem Ausmaß, daß die FKP oder IKP geeigneter zur Aktionseinheit macht als die DKP, es sei denn – ironisch formuliert – in der all diese quälenden Fragen obsolet machenden geographischen Distanz.

Daß in den großen kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens eine breitere und in einzelnen Fragen differenziertere Diskussion stattfindet, die sich auch sichtbar nach außen in der Beurteilung von Einzelfragen von der Einschät-

zung der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder unterscheidet – obwohl hier ja auch Unterschiede zu machen wären –, als in der erst 1968 in die Legalität und faktisch erst in die Halblegalität (Berufsverbote) zurückgekehrte DKP, nimmt nicht Wunder. Mit dem Rücken an der Wand, mit Kübeln von Infamie und Lügen übergossen, läßt es sich kaum in Freiheit diskutieren¹⁶.

7. Bei allen Unterschieden, die in der gesellschaftlichen Entwicklung in Frankreich/Italien einerseits und in der BRD andererseits bestehen, es gibt einige Vergleichbarkeiten. Auch in der BRD ist der tiefere Grund für die Veränderungen im Bewußtsein eines Teiles der Intellektuellen und für das Anwachsen der demokratischen Bewegung in den Universitäten die wachsende Kampfbereitschaft der im DGB organisierten Arbeiterschaft. Trotz aller Rückschläge, opportunistischen Ängste, symptomatisch für das geänderte Bewußtsein ist eher der September-Streik von 1969 als die relative Ruhe an der Lohnfront in diesem Jahr. Äußerungen wie einerseits das Memorandum von 75 Wissenschaftlern zur Arbeitslosigkeit wie andererseits die Forderungen des DGB zu diesem Komplex wären vor einigen Jahren noch nicht denkbar gewesen. Das Neue an diesem Phänomen ist nicht nur, daß bislang mehr reformistisch eingestellte, aber die integrationistische Linie der SPD-Führung abdeckende Kreise mit außerhalb der Sozialdemokratie stehenden radikaldemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Kräften zusammengehen. Sie stellen zudem einen Forderungskatalog auf. Zum einen wird einer „Gesellschaftsordnung“, die diese Entwicklung lang andauernder Arbeitslosigkeit mit all ihren schädlichen Wirkungen für die Betroffenen hervorbringt, die Frage nach ihrer „Entwicklungsperspektive“ vorgelegt und einer „Politik, die Dauerarbeitslosigkeit als die drückendste Belastung arbeitender Menschen nicht energisch und wirksam beseitigt“, die Frage nach ihrer „Legitimität und Interessenorientierung“ gestellt. Zum andern werden kurzfristige und langfristige Vorschläge zur Überwindung der Arbeitslosigkeit entwickelt, die eine wirkliche Alternative zur gegenwärtigen Politik darstellen, vor allem insoweit sie bewußt und offen aussprechen, daß nur solche Vorschläge wirksam für die Mehrheit der Bevölkerung sein werden, die den Konflikt mit den großen Konzernen auf ökonomischer und politischer Ebene riskieren, also über das gegenwärtige Gesellschaftssystem hinausgehen.

Daß auch zunehmend nicht dem unmittelbaren Diktat der Mehrwertproduktion unterworfenen Beschäftigten die Notwendigkeit von organisierten Kämpfen bewußt werden, zeigen die teilweise mit Erfolg geführten Streiks im öffentlichen Dienst.

8. Diese verglichen mit unseren westeuropäischen Nachbarländern zaghaften Ansätze zur Veränderung der sozialen und politischen Bedingungen hin zu größeren gesellschaftlichen Fortschritten äußern sich in den meisten Fällen außerhalb der SPD oder nur mit von der SPD-Führung diffamierten Teilen der SPD in Bürgerinitiativen gegen den Abbau demokratischer Rechte und Berufsverbote, gegen Wohnungsnot, gegen Verschmutzung der Umwelt, für Frieden und Abrüstung, für antiimperialistische Solidarität mit Vietnam, Chile usw. Sie sind seit 1968 zumindest undenkbar ohne die legal auftretende DKP. Die Reaktion diffamiert all diese Ansätze als kommunistisch gesteuert oder kommunistisch unterwandert. Grundsätzlich fortschrittlich eingestellte Kräfte übernehmen diese Kli-

schees in etwas sublimerer Form. Angesichts der Übermacht der Reaktion sind sie eingeschüchtert oder geben sich opportunistisch. In diesem Tatbestand spiegelt sich die Funktion der DKP im öffentlichen Bewußtsein auf spezifisch bundesrepublikanische Weise. Genau genommen ist es eine unlogische Blüte des Antikommunismus, den Rechtstrend in der BRD zu beklagen, die Schwachheit der linken Bewegung zu bedauern, gleichzeitig aber das Zusammengehen mit den Kommunisten mit dem Hinweis auf ihre Kleinheit oder mangelnde Bedeutung abzulehnen. Wenn man aus inhaltlichen Gründen, etwa unter Hinweis auf die französische oder italienische Szene an der Stärkung der Kommunisten interessiert ist, könnte doch ein Zusammenwirken eine Vorgabe zu dieser Stärkung sein, die man wünscht. Ähnlich unlogisch empfinde ich den Vorwurf des angeblichen kommunistischen Monopolanspruchs in Bürgerinitiativen. Die Zielsetzungen von Initiativen, in denen Kommunisten arbeiten, heißt man gut. Ein Monopolanspruch von welcher Seite auch immer müßte dann ein sekundäres oder ein anspornendes Moment sein, nämlich zu edlem Wettstreit um die größte Aktivität im Sinne der gemeinsamen Zielsetzung. Im übrigen übersieht dieses Argument, daß gerade von der DKP in ihren Verlautbarungen Monopolansprüche abgelehnt werden¹⁷.

9. Die Kleinheit der DKP, ihre Verfemung als verlängerter Arm Moskaus oder Pankows mit der ganzen Macht, die der Großbourgeoisie über die Massenkommunikationsmittel zur Verfügung steht, die Auswirkungen dieser antikommunistischen Hetze auf große Teile der Arbeiterschaft und Schichten des Klein- und Mittelbürgertums, wie sie sich in den sich gegenwärtig steigernden Abgrenzungsanstregungen der SPD-Führung äußert, zeigt gleichzeitig den Unterschied zu Italien und Frankreich. Dort war der Antikommunismus selbst in der früheren SFIO nicht so rabiat aufgetreten.

Die historischen Gründe für diese Unterschiede können hier nicht dargestellt, sollen aber zum Verständnis zumindest angedeutet werden. Nicht zuletzt wegen der auf den Opportunismus, sowohl der rechten wie der linken Schattierung, zurückzuführenden Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung konnte der Faschismus siegen. Es gelang ihm, mit einer in der Geschichte bislang beispiellosen Brutalität den aktiven und bewußten Kern der deutschen Arbeiterschaft physisch zu liquidieren und damit das deutsche Volk zu einem fast willenlosen Instrument des nach der Weltherrschaft strebenden Hitlerismus zu machen, der mehr oder weniger vermittelt selbst im Dienste der aggressivsten Teile des Großkapitals stand. Aus den bitteren Erfahrungen der demokratischen Kräfte in Deutschland und aus der Beschwichtigungspolitik ihrer von den herrschenden bürgerlichen Klassen gelenkten Staaten lernend, brachten die Völker Europas und Amerikas die Antihitlerkoalition zustande. Unter Opfern, von denen die Sowjetunion den Hauptteil trug – und jeder, der sich Sozialist nennt, dürfte an dieser historischen Wahrheit nicht vorübergehen –, gelang es, die tödliche Gefahr zu beseitigen.

Während die meisten Völker noch so viel eigene Widerstandskraft entfalten konnten, daß sie zur eigenen Befreiung den entscheidenden Anteil zu leisten imstande waren, befand sich das deutsche Volk in einer aussichtslosen Lage. Nach der Liquidierung seiner besten demokratischen Kräfte war es so ermattet, daß es

nur noch von außen – zum Teil gegen sein eigenes Bewußtsein – befreit werden konnte. Hiermit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß der bis zuletzt bestehende Widerstand im Inneren wie das Wirken der demokratischen Kräfte in der Emigration für die Befreiung eine große Rolle gespielt haben.

Es bleibt aber das Faktum, daß die Hauptlast der Befreiung vom Faschismus die Alliierten und die sie tragenden gesellschaftlichen Kräfte auf sich nehmen mußten und daß große Teile des deutschen Volkes die Befreiung als Zusammenbruch der deutschen Nation begriffen. Dementsprechend hing der Gesundungsprozeß und die Entwicklungsfähigkeit der demokratischen Kräfte in Deutschland nach 1945 in weit höherem Maße von den äußeren Bedingungen ab, als in den Ländern, in denen der Faschismus die demokratischen Traditionen nicht so stark zerstören konnte.

Am deutlichsten wird dieses Phänomen an der unterschiedlichen Entwicklung in den Westzonen und in der SBZ resp. später der BRD und der DDR. In Frankreich und Italien war eine Rückdämmung der demokratischen Kräfte während des kalten Krieges wegen der Tradition der Résistance nie in gleichem Maße möglich wie in der BRD. Auch die Parallelität von internationalem Entspannungsprozeß und innerer Entwicklung ist in der BRD deutlicher zu spüren als in Frankreich, wenn dieser Faktor dort auch nicht unterschätzt werden darf und gerade von den kommunistischen Parteien und den mit ihnen verbundenen sozialistischen Kräften dieser Länder nicht unterschätzt wird. Friedliche Koexistenz und innere Entwicklung hin zu Demokratie und Sozialismus wird in allen Dokumenten dieser Parteien als dialektische Einheit begriffen. Die jüngsten Erfahrungen, sei es in Kuba, in Chile, in Angola oder auch in Portugal, werden hier sehr genau registriert und verarbeitet¹⁸.

Welche Folgerungen sind aus diesen Betrachtungen für die weitere Entwicklung der BRD zu ziehen?

10. Ein Demokrat, der aus der jüngsten Geschichte zu lernen bereit ist, wird kaum bestreiten, daß allein die Aktionseinheit im französischen oder italienischen Sinn, abgewandelt durch unsere nationalen Besonderheiten, Perspektiven für auf Dauer gesicherten gesellschaftlichen Fortschritt aufzeigt. Die wichtigste politische Kraft, die ihre soziale Basis in der Arbeiterklasse hat, die SPD, lehnt jedoch in ihrer offiziellen Parteiprogrammatik diese Aktionseinheit ab und bedroht Mitglieder, die Aktionseinheit selbst auf embryonaler Stufe praktizieren, mit dem Parteiausschluß¹⁹.

Die These von der notwendigen Aktionseinheit wird als unzulässige Einflußnahme der Kommunisten auf die SPD bezeichnet. Allein der Antikapitalismus, wobei diese Zielsetzung alles andere als unumstritten ist, reiche für die Gemeinsamkeit von Kommunisten und Sozialdemokraten nicht aus, entscheidend sei das Verhältnis zur Demokratie. Um noch einmal von Oertzen zu zitieren. Ein „Sozialismus, der gar nicht oder nicht genügend freiheitlich-demokratisch ist, ist nicht etwa Sozialismus mit Fehlern, sondern überhaupt kein Sozialismus. Es gibt insbesondere keine ‚sozialistischen Länder‘ und die DKP ist auch keine ‚sozialistische Partei‘.“²⁰ Die geschichtliche Erfahrung zeige, daß bei allen Veränderungen in den kommunistischen Parteien ein Faktor gleichgeblieben sei, nämlich die Intoleranz gegenüber jenen, die nicht einer Meinung mit ihnen sind und der

Anspruch darauf, daß ihre eigene totalitäre Ideologie die einzig gültige Sozialphilosophie sei. Die gewaltsame Einführung des sozialistischen Systems in der Sowjetunion und nach 1945 in den anderen sozialistischen Ländern, die stalinistischen Säuberungen, der Einmarsch der sowjetischen Truppen in die CSSR und die Verfolgung unbequemer Intellektueller beweise, daß nach wie vor entsprechend diesem Totalitätsanspruch gehandelt werde.

Nun gibt es sicherlich reale Anknüpfungspunkte in der Entwicklung des Sozialismus und der kommunistischen und Arbeiterparteien, die solche Beurteilungen verständlich machen. Dies ganz besonders, wenn man die massive antikommunistische Hetze in all ihren Schattierungen und Varianten seit Bestehen der Bundesrepublik in den Massenkommunikationsmitteln, ja im Sozialisationsystem insgesamt berücksichtigt. Aber muß man nicht einen, der sich selbst als Sozialist bezeichnet, wie von Oertzen fragen, welchen Sozialismusbegriff er vertritt, wenn er schlechtweg eine solche Behauptung aufstellt und keine Ausführungen zum Begriff „freiheitlich-demokratisch“ macht? Schließt er sich hier etwa unbesehen dem vom Bundesverfassungsgericht in seinem Verbotsurteil von 1956 aufgestellten Begriff der freiheitlich-demokratischen Grundordnung²¹ an oder geht er zumindest von der ursprünglichen Auffassung des Grundgesetzes im Jahre 1949 aus? Wer sich das System der sozialistischen Demokratie, wie es zumindest in den Verfassungen der sozialistischen Länder zum Ausdruck gebracht ist, speziell im neuesten Verfassungsentwurf der UdSSR²², etwas näher angesehen hat, kann sich solche Pauschalitäten nicht mehr leisten. Selbst schärfere Kritiker von rechts müssen die Veränderungen im Produktionsbereich – sie nennen sie sozialistisch –, was die Fakten angeht, zugestehen²³.

Übrigens würde man gern wissen, was am Gesellschaftssystem der Bundesrepublik zum Sozialismus noch fehlt, da es ja nach Auffassungen vieler – vielleicht auch nach der von Oertzens – zumindest „freiheitlich-demokratisch“ ist?

11. In der dem 20. Parteitag der KPdSU folgenden Phase ist zudem gründlich aufgeräumt worden mit den Folgen des Personenkultes unter Stalin, der durchaus auch als strukturelles Problem begriffen wird. Nirgends sind die Abweichungen von der sozialistischen Gesetzlichkeit schärfer angeprangert worden als in der Sowjetunion selbst, und zwar lange bevor die kommunistischen Parteien in Westeuropa sich mit derartigen Fragen beschäftigt haben²⁴. Auch der in neuer Zeit innerhalb der bundesrepublikanischen Linken viel zitierte französische Historiker Elleinstein stellt dies zumindest in seiner vierbändigen Geschichte der UdSSR im einzelnen dar²⁵. Man lese etwa die Trilogie über den vaterländischen Krieg von Simonow, dem langjährigen Vorsitzenden des sowjetischen Schriftstellerverbandes oder die Romane von Aitmatov, um eine Vorstellung von der bis in die existentiellen Bereiche dringenden Nöte nicht nur eines Sozialisten, sondern eines ganzen Volkes zu erhalten angesichts der oft euphemistisch als Fehler bezeichneten Erscheinungen in der stalinistischen Periode, aber auch angesichts der z. Zt. laufenden verlogenen Menschenrechtskampagne bei uns.

Daß auch gegenwärtig ein hohes Problembewußtsein über das Phänomen „Stalinismus“ in der UdSSR vorhanden ist und zwar bis in die führenden Parteispitzen, zeigen die Ausführungen zur Begründung des neuesten Verfassungsentwurfes von L. Breshnew am 24. Mai 1977:

„Wir wissen, Genossen, daß einige Jahre nach Annahme der gegenwärtig gültigen Verfassung (im Jahre 1936) durch ungesetzliche Repressalien, durch Verletzung der Prinzipien der sozialistischen Demokratie sowie der Leninschen Normen des Parteilebens und des staatlichen Lebens getrübt waren. Dies geschah entgegen den verfassungsmäßigen Bestimmungen. Die Partei hat eine solche Praxis entschieden verurteilt und sie darf sich niemals mehr wiederholen.

Es ist bekannt, welche große Arbeit unser Zentralkomitee, der oberste Sowjet der UdSSR und die Sowjetregierung zur Vervollkommnung der sowjetischen Gesetze sowie zur Schaffung fester Garantien gegen jegliche Verletzung von Rechten der Bürger gegenüber Machtmißbrauch und gegen bürokratische Überspitzung geleistet haben.“¹²⁵⁸

Zudem zeugt der Verfassungsentwurf selbst sowohl von der Kenntnis der Schwierigkeiten als auch dem Willen, diese zu überwinden. In Art. 58 des Entwurfes z. B. wird ein mit Klagebefugnis ausgestattetes Beschwerde- und Kritikrecht jedes Bürgers gegenüber staatlichen Stellen und gesellschaftlichen Organisationen und, was noch schwerer wiegt, ein Schadensersatzrecht bei rechtswidrigem Verhalten verfassungsrechtlich garantiert. Die Einführung einer Verfassungsnorm, die jede Kritikunterdrückung von staatlicher Seite oder von gesellschaftlichen Organisationen unter Strafe stellt, wird gegenwärtig noch diskutiert. Art. 91 erstreckt das Kontrollrecht der Sowjets auf „Erscheinungen von Lokalpatriotismus, Amtsschimmel, Mißwirtschaft und Verschwendung, Schlendrian und Bürokratismus“.

Man wird sicherlich ein Gefälle zwischen Verfassungstext und gesellschaftlicher Wirklichkeit in Rechnung stellen müssen. Das schmälert aber nicht den Beweiswert dieser Normen für das Bemühen der führenden Parteikader, die sozialistische Demokratie in die Wirklichkeit des gesellschaftlichen Lebens umzusetzen und mit den Auswirkungen der Vergangenheit aufzuräumen. Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Diese Bemerkungen sollen und können eine Analyse der sozialökonomischen und politischen Ursachen des mit „Stalinismus“ bezeichneten Phänomens nicht ersetzen. Bestenfalls können sie bestimmte Verzerrungen zurechtrücken.

Die Notwendigkeit einer breiten und vertieften Diskussion unter den Linken der BRD über diese Phänomene in den sozialistischen Ländern soll und kann gar nicht bestritten werden. Aber jeder muß sich immer wieder fragen, zu welchem Zweck eine solche Diskussion geführt werden soll. Sicherlich ist eine Diskussion falsch, die die notwendige Aktionseinheit vereitelt. Nach den bisherigen Erfahrungen ist damit auch eine gesellschaftsändernde Praxis im Sinne des demokratischen Fortschrittes anderer Kräfte, insbesondere in der SPD gehemmt, wenn nicht sogar ausgeschlossen. Wird nicht umgekehrt eine vertiefte Diskussion, die realitätsgerecht Informationen aufnimmt, erst möglich sein, wenn das Prinzip anerkannt ist, daß noch so große politische und weltanschauliche Differenzen das als richtig erkannte gemeinsame Handeln nicht ausschließen dürfen? Strafen nicht diejenigen, die den Kommunisten Monopolanspruch, dogmatisches und doktrinäres Verhalten usw. vorwerfen, ihre sonst so gern beschworene Offenheit der Diskussion, die sie bisweilen als Abgrenzungskriterium anführen, Lügen, wenn sie Parteiausschlußverfahren gegen diejenigen betreiben und gut heißen, die aufgrund ihrer Erkenntnis der realen gesellschaftlichen Vorgänge

und der hieraus zu ziehenden Konsequenzen Aktionseinheit mit allen Demokraten einschließlich der Kommunisten fordern?

12. Besonders schneidend und bitter wird die Frage, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der möglicherweise noch als parteiinterner Vorgang zu bezeichnende Parteiausschluß parallel läuft zur Anwendung des staatlichen Repressionsinstrumentariums. Oft sind sogar die Personen, die den Parteiausschluß und das Berufsverbot betreiben, identisch. Der Totalitätsanspruch, der angeblich die Kommunisten auszeichnet, wird hier rücksichtslos erhoben und durchgesetzt. Daß dieses Verhalten mit Toleranz gegenüber reaktionären bis neofaschistischen Bestrebungen unter Hinweis auf den Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit und Humanität korrespondiert, paßt in das Schema der Unterdrückung mit doppeltem Gesicht²⁶.

Eine elementare Forderung für jeden, der sich links nennt oder gar Sozialist, wäre daher zunächst einmal der kompromißlose Kampf für die Herstellung der Bürgerrechte bei uns. Soll ich mich als Sozialdemokrat mit demjenigen, der über der Kritik der Menschenrechtspraxis in den sozialistischen Ländern vergißt, diese Forderung zu erheben oder sie in so viele Wenn und Aber einkleidet, tausend opportunistische Berührungängste zeigt, enger verbunden fühlen als mit demjenigen, der nur vom Klassengegner als richtig zu bestreitende Forderungen aufstellt und deswegen verfolgt wird? Hier geht es nicht um die Frage eines Bündnisses mit Kommunisten, die in der BRD im Augenblick sowieso nicht akut ist, sondern um die Wahrung der primitivsten Menschenrechte. Jenseits dieser aufgezeigten Barriere, die identisch ist mit der von unserer Verfassung gezogenen Grenze, kann es meines Erachtens für einen linken Sozialdemokraten auch nach der gegenwärtigen offiziellen Programmatik keine Parteidisziplin geben. Alle diejenigen, die Parteiausschlußverfahren oder andere disziplinarische Maßnahmen durch Versagung der aktiven Solidarität ermöglichen, müssen sich nicht nur nach ihrem Sozialismusverständnis fragen lassen, sondern nach ihren Vorstellungen für eine Sozialdemokratie, die nicht den Interessen des Großkapitals und seinen politischen Repräsentanten in die Hände arbeitet.

13. Auf einer nicht nur unlogischen, sondern falschen Prämisse beruht die Folgerung, die Aktionseinheit und langfristig das Bündnis nach westeuropäischem Muster sei nicht notwendig, weil die Kommunisten in der Bundesrepublik keine politische Relevanz besäßen. Hier wird nämlich der enge Zusammenhang von nationalem und internationalem Entwicklungsprozeß verkannt, den die Reaktion viel scharfsinniger erfaßt, wenn sie vom Arm Moskaus und ähnlichen Dingen spricht.

Spätestens seit der Umfang der Berufsverbote klar ist – und ich meine, gerade der Fall Gingold müßte jeden Sozialdemokraten beschämen –, seit der Abhörfähe, seit dem Ansteigen der Arbeitslosenziffern über eine Million, des Rüstungshaushaltes auf 47,6 Milliarden und anderem mehr, läßt sich die Behauptung nicht mehr ohne weiteres halten, die Bilanz „sozialdemokratische Politik“ brauche zum Abbau bestehender Mißstände keine Bündnisstrategie mit den Kommunisten²⁷. Abgesehen davon, daß es bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen weder um Bündnispolitik noch um eine Bündnisstrategie vergleichbar mit Frankreich und Italien gehen kann, zu fragen ist doch, welche Alternative zum

Bündnis mit CDU/CSU oder FDP besteht, in dem die SPD kaum eine für die Mehrheit unserer Bevölkerung günstige Bilanz aufzuweisen hatte. Für wen diese Politik günstig ist, zeigen allerdings die Bilanzen der Großkonzerne. Angesichts der Erfolge der bislang bekannten Aktionseinheiten mit Kommunisten, nicht nur der französischen und italienischen, sondern auch der chilenischen bis zu ihrer gewaltsamen Beseitigung durch die internationale Reaktion, der portugiesischen bis zum rechtssozialdemokratischen Verrat und der spanischen usw., läßt sich der empirische Beweis für die gegenteilige Feststellung leichter erbringen, auch in unserem Land. Denn die Massen, die für die Abrüstung oder gegen die Neutronenbombe auf die Straße gehen, wurden hierzu leider nicht aus der Baracke aufgerufen.

14. Warum bleibt jemand, der solches schreibt und der die beschriebenen Erfahrungen mit der Parteiadministration am eigenen Leibe erfährt, in der SPD? Weil er sich Illusionen hingibt oder noch schlimmer, weil er insgeheim für die Kommunisten arbeitet?

Ich hätte nichts gegen eine starke kommunistische Partei in unserem Lande, weil sie der Sozialdemokratie, wie alle Erfahrungen zeigen, nicht nur nicht schadet, sondern in ihr Entwicklungsprozesse fördert, die die positiven Momente sozialdemokratischer Politik stärken (z. B. Entspannungspolitik oder innere Reformen) und die negativen (z. B. Ausgaben für die Aufrüstung, Abbau demokratischer Rechte, für die Mehrheit der Bevölkerung schädliche Steuerpolitik usw.) zurückdrängt. Es kann durchaus sein, daß langfristig gesehen eine Umschichtung in der Parteienlandschaft der BRD stattfinden muß. DKP-Einbrüche, im sozialdemokratisch beherrschten Bereich wären denkbar, während die SPD den Einfluß der CDU/CSU zurückdrängen könnte, so daß mit dem übrigen Westeuropa vergleichbare Konstellationen einträten. Gleichzeitig könnte eine solche Umschichtung auch innerhalb der CDU/CSU Differenzierungsprozesse einleiten, die ihrer sozialen Basis nach unvermeidlich wären. Veränderungen in diese Richtung zugunsten der Kommunisten würden übrigens eine ausgleichende Gerechtigkeit darstellen. Die Sozialdemokratie würde nur Terrain freigegeben, das ihr durch die Gunst christdemokratischer Repression, die sie nicht nur nicht bekämpft, sondern lau und passiv hingenommen hat, zugefallen ist. Dies sind aber ungewisse Prognosen, die für die aktuelle Situation nicht viel hergeben.

Für eine dritte Partei links von der SPD kann ich mich nicht erwärmen. Ich würde sie bestenfalls für einen Umweg halten. Wenn sie neben der DKP für diejenigen, die eine Aktionseinheit unter Einschluß der Kommunisten scheuen und daher Ausschau nach einem „hoffähigen“ Partner halten, einen Sinn haben soll, dann offensichtlich doch nur, wenn sie bestimmte, vor allem von der Reaktion gelobte Momente des sogen. Eurokommunismus in den Vordergrund stellt. Das wäre insbesondere ihre Distanz zu den sozialistischen Ländern und eine scharfe Abgrenzungspolitik gegenüber den Kommunisten durch das Insistieren auf einem eigenen Freiheits- und Demokratiebegriff. Solange sie die Abgrenzung auf die ideologische Diskussion beschränken würde, die die konkrete Aktionseinheit nicht behindert, wäre dies gegenüber der augenblicklichen Situation sicherlich ein positives Moment. Es ist aber zu befürchten, daß sie die ideologische Diskussion nur dazu benutzt, um eine wirksame Aktionseinheitspolitik zu verhindern,

die einzige Möglichkeit, auf die SPD und langfristig auch auf das von der CDU/CSU beherrschte Potential der christlichen Arbeiterschaft und des Klein- und Mittelbürgertums wie der Bauernschaft im Sinne einer fortschrittlichen Politik einzuwirken. Denn wie dem auch sei, es führt kein Weg an der Sozialdemokratie vorbei, der realistisch ist. Nur wenn sich in dieser Partei Entwicklungsprozesse vollziehen, die Alternativen zur gegenwärtigen Politik der sozialliberalen Koalition auf fast allen Gebieten möglich machen, sowohl in der Formulierung als auch in der Durchsetzung, und zwar als Programmatik der Gesamtpartei, sind Änderungen in der Bundesrepublik hin zu Demokratie und Sozialismus möglich. Die Reihenfolge: Erst interparteiliche Diskussion, dann Formulierung, dann Propagierung nach außen führt nicht weiter. Das zeigt die Praxis der Parteilinken (seit den letzten Jahren zumindest) überdeutlich. Keine Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse und der mit ihr objektiv verbundenen Schichten vertreten will, kann sich so durchsetzen. Das Zusammenarbeiten mit den nicht parteilich organisierten Massen in den gesellschaftlichen Organisationen, vornehmlich den Gewerkschaften, in Aktionseinheiten jeder Art und die Transformation der formulierten Interessen in und durch die Partei auf die politische Ebene, d. h. in die Staatsinstitutionen, war und ist das A und O der Erfahrungen des Klassenkampfes der Arbeiterbewegung. Insofern ist die Arbeit in den Initiativen aller Art (Berufsverbote, Abrüstung, Umweltschutz usw.), im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich, die Umsetzung des dort entstandenen Drucks durch die fortschrittlichen Kräfte in der Partei auf allen Ebenen, die einzige Möglichkeit, die Politik der Partei insgesamt zu ändern. Daß die Kommunisten durch eine solche Politik stärker werden, ist kein Argument gegen eine solche Politik. Vielmehr unterstützt eine solche Überlegung dieses Argument, da eine Stärkung der Kommunisten gleichzeitig zur Stärkung der Sozialdemokratie beitragen würde, allerdings langfristig nur für eine gewandelte Sozialdemokratie, die konsequent die Interessen der Mehrheit vertritt und durchsetzt. Andernfalls würde sich tatsächlich eine Stärkung der Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokratie vollziehen, unter Umständen auf einem harten und opferreichen, von der Reaktion aufgedrängten Weg. Es ist sicherlich richtig, daß Parteimitgliedschaften nicht dogmatisch zu betrachten sind, sondern für einen Marxisten und Sozialisten instrumentell auf einen möglichen Beitrag der jeweiligen Partei zum gesellschaftlichen Fortschritt gerichtet sein müssen. Für mich ist die Sachlage im Augenblick klar. Solange ich nicht allein gegen meinen Ausschluß zu kämpfen habe, sondern die aktive Unterstützung vieler Genossen – und zwar vornehmlich aus dem gewerkschaftlichen Bereich – finde, besteht für mich kein Anlaß, diese Partei zu verlassen, da ich eine realistische Hoffnung hege, daß sich die Mehrheit in dieser Partei auf die kämpferischen Traditionen der Sozialdemokratie besinnt und zunehmend fähig wird, diese Einsicht in die Praxis umzusetzen.

Anmerkungen

1 Insofern teile ich die Meinung von Josef Schleifstein, daß „man sich des Vorranges der praktischen politischen Notwendigkeiten und der durch das gegenwärtige Entwicklungsstadium der Bewegung gesetzten Grenzen bewußt bleiben“ muß. Das Argument 102/1977, S. 179 ff. (182).

2 Alles Themen, die intensiv diskutiert werden müssen, nicht aber als Voraussetzung zur Aktionseinheit; vgl. zum Komplex Stalin-Hitlerpakt: Stuby, Die Antihitlerkoalition und ihr Weg zum Potsdamer Abkommen, in: Mayer/Stuby, Die Entstehung des Grundgesetzes, Köln 1976, S. 13 ff. (16 ff.).

3 Vorwärts v. 21. 7. 1977, S. 7.

4 Die Tat 24. August 1974, S. 9.

5 Anm. 3.

6 Anm. 1, S. 183. Hier kann es nur um einige unter meiner genannten Prämisse wichtige Gesichtspunkte gehen. Es kann keine auch nur skizzenhafte Erörterung des Gesamtkomplexes: kommunistische Parteien in Westeuropa, geleistet werden. Damit bleiben solche Fragen, welche Strömungen in den westeuropäischen kommunistischen Parteien auf-treten, ob die geänderten Parteiprogramme mißverständlich formuliert sind etc. ausgeklammert.

7 Am umfassendsten informiert das 2 bändige Werk: Grundfragen des antilperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, erstellt von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Lothar Rathmann, Akademie-Verlag Berlin 1974; vgl. auch: Erklärung der Konferenz der kommunistischen Parteien Lateinamerikas und des karibischen Raumes v. 9.–13. 6. 1975 in: Informationsbulletin. Materialien und Dokumente Kommunistischer und Arbeiterparteien. Nr. 13/1975.

8 Informationsbulletin Nr. 20/21.

9 Anm. 8, S. 29.

10 Vgl. das Verfassungsprojekt der FKP *Vivre Libres!* *Projet de déclaration des libertés soumis à la discussion des Français*. Introduction de Georges Marchais von 1975, Art. 83 ff. insbes. Art. 84.

11 Anm. 8, S. 29.

12 Anm. 10, Art. 13.

12a Man ist überhaupt verwundert, wie schnell derartige Behauptungen ohne genaue Nachprüfung übernommen werden. Eigenartigerweise lassen viele von uns alle sonstige Skepsis fallen, wenn es um Berichte einerseits in Sachen „Eurokommunismus“, andererseits über Menschenrechtsverletzungen in sozialistischen Ländern geht.

13 Informationsbulletin Nr. 2/1975, S. 5.

14 Informationsbulletin Nr. 5/1976, S. 11 f.

15 Anm. 8, S. 31.

16 Diese nationale Besonderheit der Halblegalität wird oft von ausländischen Linken unterschätzt, sonst wäre m. E. der naive Umgang mit unserer Presse, z. B. die Interviews von Carillo und Elleinstein im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, gar nicht verständlich. Der Fall Sylvia Gingold wie die Flucht Kapplers dürften aber hier entscheidende Lernprozesse weitertreiben.

17 Vgl. 6. Tagung des PV der DKP, UZ-Beilage Nr. 142/1977 v. 23. 6., S. 8.

18 Vgl. z. B. hinsichtlich Portugals den Brief Georges Marchais an Soares vom 23. 10. 1975, Informationsbulletin 18/1975, S. 19.

19 Es geht nicht um eine Konzeption der Bündnispolitik, sondern lediglich um die Frage, ob außerparteiliche Initiativen, an denen auch Kommunisten beteiligt sind, von Sozialdemokraten gemieden werden müssen. Dies ist näher ausgeführt in meinem Aufsatz: „Staatskrise“ in der BRD und der Stellenwert der Auseinandersetzungen in der SPD, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, 1977.

20 Anm. 3, S. 7.

21 Übrigens spricht das Grundgesetz von der freiheitlich demokratischen Grundordnung ohne Bindestrich. Der Bindestrich dokumentiert m. E. eine beachtliche Sinnverschiebung, nämlich die Auflösung der demokratischen Substanz in einen reaktionären Freiheitsbegriff, dem Freiheit als „Ausgrenzung“ als Antinomie zur Demokratie erscheinen muß.

22 Unsere Medien berichten hier meist polemisch unter Unterschlagung der substantiellen und wesentlichen Verfassungsfortschritte vgl. z. B. *Der Spiegel* Nr. 24, 6. Juni 1977.

23 Vgl. z. B. die Beiträge in: Richard Löwenthal/Heinrich Vogel, Sowjetpolitik der 70er Jahre, Stuttgart 1972, insbes. S. 112 ff.

24 Besonders hinzuweisen ist auf den Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU über die Überwindung des Personenkultes und seiner Folgen vom 30. 6. 1956, der von der Prawda am 2. 7. 1956 und in einem Sonderdruck zu „Wissen und Tat“ 7/1956 veröffentlicht wurde.

25 Elleinsein, Histoire de l'U.R.S.S., 4 Bde. Paris 1976.

25 a Informationsbulletin Nr. 9/1977, S. 1 ff.

26 Krasserster aktueller Fall: Die Behandlung des Kriegsverbrechers Kappler durch die Behörden der BRD.

27 Dieses stereotype Argument konnte man immer wieder hören. In der letzten Zeit wird allerdings weniger von der stolzen Bilanz gesprochen.

Gerhard Stuby, geb. 1934 in Saarbrücken, ist Professor für öffentliches Recht und wissenschaftliche Politik an der Universität Bremen. Er ist Mitglied der SPD und Vorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen. Arbeitsschwerpunkte: Verfassungsgeschichte, Verfassungsrecht, Geschichte der Arbeiterbewegung nach 1945. Wichtigste Veröffentlichungen: Disziplinierung der Wissenschaft, Frankfurt/M. 1970; Die bürgerlichen Demokratie-theorien, in R. Kühnl (Hrsg.), Bürgerlicher Staat, Reinbeck 1972; zusammen mit Udo Meyer Herausgeber von: Die Entstehung des Grundgesetzes, und: Das lädierte Grundgesetz, Köln 1976 und 1977.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

Analytischer Wegweiser durch ein widersprüchliches Kampfgebiet und eine kaum überschaubare Literaturflut

I. Geschichtliche und gesellschaftliche Entstehungsbedingungen der „Humanisierung der Arbeit“

II. Gegenwärtige Ansätze einer „Humanisierung“ der industriellen Arbeitsorganisation

III. „Humanisierung der Arbeit“ als Gegenstand von Klassenauseinandersetzungen

IV. Diskussion zum politischen Stellenwert der Humanisierungsdebatte für die Gewerkschaften

V. Sammelrezension zur „Humanisierung der Arbeit“

Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe

Johano Strasser

Plädoyer für ein Überdenken der sozialistischen Zielvorstellung

In der Sozialismuskonversation in der BRD – und Das Argument macht da keine Ausnahme – stehen strategische Fragen, Fragen des Weges zum Sozialismus, und hier wiederum insbesondere die sogenannte „Bündnisfrage“ im Vordergrund, während die Frage, wie die alternative Gesellschaftsordnung des Sozialismus aussehen soll, dagegen vergleichsweise stiefmütterlich behandelt wird. Dies hat seine erkennbaren Gründe: Ein Teil der marxistischen Linken, der sich selbst als antirevisionistisch versteht, neigt der Auffassung zu, die Erörterung konkreter Alternativen sei im schlechten Sinne „utopisch“, und möchte in einer Art „revolutionärem Agnostizismus“ die Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen dem revolutionären Prozeß überlassen. Ein anderer Teil, zu dem vor allem die DKP zu rechnen ist, betrachtet das Gesellschaftsmodell der Sowjetunion bzw. der DDR als in allen wesentlichen Zügen verbindliches Ziel der sozialistischen Umgestaltung, ist sich aber durchaus bewußt, daß die offene Propagierung dieses Ziels massenhaft abschreckend wirkt und neigt daher ebenfalls zur Ausklammerung der Zieldiskussion und zur Propagierung breiter Bündnisse von „Demokraten“ und „Sozialisten“.

Ich will nun beileibe nicht sagen, daß strategische Fragen, auch die Frage von Bündnissen zur Durchsetzung von konkreten Forderungen oder zur Abwehr von Bedrohungen, unwichtig oder auch nur weniger wichtig seien als die Zieldiskussion. Aber ohne eine offene und vorurteilsfreie Diskussion über die sozialistischen Zielvorstellungen und deren Vermittlung mit der Methodik und Organisation von Politik bleibt jedes Bündnis notwendig abstrakt und läuft in der Praxis immer wieder auf Versuche der Übervorteilung und Instrumentalisierung des Partners hinaus. Und zwar aus zwei Gründen: Einmal kann es ohne eine weitreichende Übereinstimmung über Weg und Ziel des sozialistischen Veränderungsprozesses nicht zu einer stabilen, belastungs- und handlungsfähigen Verbindung verschiedener politischer Kräfte kommen. Zum anderen gibt es einen unzerreißbaren dialektischen Zusammenhang zwischen Mitteln und Zielen in der Politik, den man sich vielleicht am besten daran verdeutlichen kann, daß es ebenso unmöglich ist, Emanzipation von oben zu verordnen, wie Kindern die Liebe zu ihren Eltern einzuprügeln.

Ich teile in allen wesentlichen Punkten das, was Hans-Josef Steinberg im Argument 102 über die Schwierigkeiten im Verhältnis von autoritären Sozialisten und demokratischen Sozialisten in der BRD und die Notwendigkeit der Arbeit in der SPD geschrieben hat. Ich möchte mich darum im folgenden darauf beschränken, einige – sicherlich sehr unvollständige – Bemerkungen zu der Frage zu machen, was wir Sozialisten denn eigentlich an die Stelle der kapitalistischen Gesellschaftsordnung setzen wollen.

Ich gehe dabei davon aus, daß eine Antwort, die auf „den Sozialismus“ verweist, schon allein deswegen nicht weiterhilft, weil es mittlerweile eine ganze Reihe deutlich unterschiedener theoretischer Auffassungen und praktischer Rea-

lisierungsversuche von Sozialismus gibt. Ein Streit darüber, ob der sowjetische, der chinesische, der jugoslawische, der kubanische oder gar der schwedische Sozialismus der „wahre Sozialismus“ ist, erscheint mir müßig. Ich gehe weiter davon aus, daß nur negative Bestimmungen des Ziels („Abschaffung des Lohnsystems“, „Zerschlagung des kapitalistischen Staates“ usw.) heute noch unbrauchbarer sind als in der Frühzeit der Arbeiterbewegung, weil heute die Arbeiter mehr zu verlieren haben als nur ihre Ketten und darum wissen wollen, was an die Stelle des Bestehenden treten soll. Auch Formeln wie „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ und „demokratische gesamtwirtschaftliche Planung“ sind viel zu allgemein und dazu zumeist Ausdruck einer ökonomistischen Verengung des Problemverständnisses, so daß auch sie als hinreichende Beschreibung des Ziels nicht akzeptiert werden können.

Wir sind eben heute keineswegs mehr in der Lage, in der sich Rosa Luxemburg befand, als sie schrieb, daß „die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems eine Sache [sei], die völlig im Nebel der Zukunft liegt“¹. Wir können aus den Fehlern lernen, die in den Ländern des sogenannten „realen Sozialismus“ gemacht worden sind, können den Ursachen des Stalinismus nachgehen, statt in Übernahme bürgerlich-idealischer Geschichtsvorstellungen die stalinistische Unterdrückung auf den „Personenkult“ zurückzuführen, können sehen, was funktioniert und was nicht und warum nicht. Eine breite Bewegung für eine sozialistische Umgestaltung kann in Westeuropa nur aus der Kritik am „realen Sozialismus“, nicht aus seiner Apologie entstehen. Dies beweist sich auch an den fortgeschrittensten Positionen des „Eurokommunismus“, der in der Frage der Menschenrechte und der Einschätzung der parlamentarischen Demokratie nicht zuletzt durch die Kritik an den Ländern des Ostblocks zu einer zumindest teilweisen Revision seiner Zielbestimmungen gelangt ist. Das neue Verständnis der Demokratie, das sich im „Eurokommunismus“ anbahnt, ist seit eh und je Kernbestandteil sozialdemokratischer Programmatik und Praxis. Insofern könnte man zurecht davon sprechen, daß sich die „eurokommunistischen“ Parteien nach der Seite der Sozialdemokratie hin zu korrigieren beginnen, und wo eine solche notwendige Korrektur nicht erfolgt, wie in der DKP, bleibt allen von dieser Seite immer wieder vorgetragenen Bündnisangeboten der Boden entzogen. Dennoch glaube ich nicht, daß der sich abzeichnende Prozeß des Überdenkens und Revidierens traditioneller Überzeugungen der Linken ausschließlich im Sinne einer „Sozialdemokratisierung“ verlaufen kann und wird. Was die deutsche Sozialdemokratie angeht, so bin ich z. B. der Meinung, daß sie allen Grund hat, ihre wirtschafts- und gesellschaftspolitische Praxis von Grund auf zu ändern, und daß dabei auch ihre Programmatik nicht unverändert bleiben kann. Für die sozialdemokratische Linke ist das offenkundige Versagen des herkömmlichen Krisenmanagements angesichts von Arbeitslosigkeit, öffentlicher Finanzkrise und Inflation ein Grund mehr, ihre Vorstellungen einer – auch im Godesberger Programm der SPD geforderten – „neuen Wirtschafts- und Sozialordnung“ zu konkretisieren und zur Mehrheitsmeinung der Partei zu machen.

Schon die neuere Planungsdebatte, an der sich freilich die bundesrepublikanische Linke in ihren orthodoxen und dogmatischen Varianten praktisch nicht beteiligte, hat gezeigt, daß das Problem einer alternativen Wirtschaftsordnung durch den Rückgriff auf die kanonisierten Klassiker des Sozialismus allein nicht gelöst werden kann. Insofern reduziert sich das Problem der Veränderung der gegenwärtigen Politik für die SPD-Linke nicht auf die Frage, wie man die SPD

zu der mehrheitlichen Übernahme „marxistischer Positionen“ veranlaßt. Wenn man darüber hinaus die neuen Konflikte und Problemstellungen mit in Betracht zieht, die in der Bundesrepublik vor allem durch die Bürgerinitiativbewegung ins öffentliche Bewußtsein gerückt worden sind, so wird die Notwendigkeit der Teilrevisiön gängiger sozialistischer und marxistischer Auffassungen noch deutlicher.

Gerade aus der Begegnung der sozialistischen Linken mit der Bürgerinitiativbewegung kann man heute lernen, daß die Sozialisten ihre Zielvorstellungen modifizieren müssen, wenn sie auf die komplexen ökologischen und sozialökologischen Probleme adäquate Antworten geben wollen. Zwar ist es richtig, daß die Ausbeutung des Menschen und der Natur von der Logik des Profits nicht zu trennen sind. Wer die Zerstörung der natürlichen und sozialen Umwelt des Menschen und die Zerstörung des Menschen selbst im Arbeitsprozeß und in der „Freizeit“ aufhalten will, muß gegen den Kapitalismus kämpfen. Aber die Linke macht es sich zu einfach, wenn sie meint, ihre traditionelle Sozialismuskonzeption biete eine überzeugende Lösung der Umweltprobleme, baue Entfremdung und Enthumanisierung im Arbeitsprozeß entscheidend ab und garantiere ein Höchstmaß erlebbarer (und insoweit allein *realer*) Selbstbestimmung. Die ganze Trostlosigkeit des Dogmatismus angesichts der neuen ökologischen Fragen zeigt sich, wenn z. B. die DKP ihren Kampf gegen Kernkraftwerke „hüben“ und ihre Glorifizierung von Kernkraftwerken „drüben“ durch Haarspaltereien zu rechtfertigen trachtet, die praktisch auf die Unterscheidung einer „kapitalistischen“ und einer „sozialistischen Radioaktivität“ hinauslaufen. Der Konsens über den Gegner (das Großkapital) reicht eben nicht aus. André Gorz hat recht, wenn er der Linken zuruft: „Versuchen wir also fortan lieber zu klären, *wofür* zu kämpfen ist und nicht *wogegen*.“²

Was durch die neuen Konflikte um die Kernenergie, die Rohstoffverschwendung, die Zerstörung des natürlichen und sozialen Lebensraums der Menschen neu zur Klärung und eventuell zur Revision ansteht, ist u. a. das Verhältnis von Sozialisten und Marxisten zur Natur, zur Technik und zur sozialen Großorganisation. Hier kündigt sich eine für die Linke zugleich lästige und notwendige Debatte an, die über kurz oder lang zu einer beträchtlichen Modifikation ihrer sozialistischen Zielvorstellungen führen muß. Als lästig kann die Debatte empfunden werden, weil sie an geheiligte Vorurteile rührt und geläufige Freund/Feindzuordnungen durcheinander bringt. Sie ist aber notwendig, weil sonst die Linke nicht die richtigen Antworten auf die neuen Problemstellungen und Konflikte findet. Ich deute im folgenden stichwortartig an, worum es hier geht:

Stichwort „Natur“: Die marxistische Theorie enthält – zumindest in ihren gängigen Varianten – ein ähnlich ausbeuterisches Verhältnis zur Natur wie die kapitalistische Ideologie. Eine verengt interpretierte „Entfaltung der Produktivkräfte“ wird als Fortschritt gefeiert und die destruktiven Folgen dieses Prozesses werden weitgehend vernachlässigt. Mit Carl Amery bin ich der Meinung, daß der Marxismus insofern ein inkonsequenter Materialismus ist, als er den Menschen nicht konkret als Teil der Natur begreift und die dem menschlichen Tun durch eine endliche Naturbasis gesetzten Grenzen nicht ernst nimmt. Die Warnung von Engels, „unsere menschlichen Siege über die Natur“ nicht zu überschätzen, weil die Natur sich für jeden solchen Sieg an uns räche (MEW 20, 452), wurde von Sozialisten und Marxisten kaum beachtet.

Stichwort „Technik“: Die These von der Unschuld der modernen Technik ist falsch. Dies kann man erkennen, ohne damit der konservativen Fortschrittsver-

teufelung auf den Leim zu gehen. Inhumanität und Zerstörung sind *nicht nur* das Werk einer falschen (kapitalistischen) *Anwendung* der Technik, sondern teilweise durch die Struktur unserer modernen Technik selbst bedingt. Der Marxismus hat diesen Zusammenhang weitgehend übersehen:

- Das „Kommunistische Manifest“ feiert in naiver Weise die durch die Bourgeoisie beförderte Entfaltung der Produktivkräfte und führt die destruktiven Folgen *ausschließlich* auf die kapitalistischen Rahmenbedingungen zurück.
- In dem kurzen Aufsatz „Von der Autorität“ rechtfertigt Engels die enthumanisierenden Folgen der modernen industriellen Großproduktion als „Sachzwänge“. (MEW 18, 305 f)
- Im dritten Band des „Kapital“ hat es fast den Anschein, als werde für Marx das „Reich der Freiheit“ zum „Reich der Freizeit“. Jedenfalls scheint das Ziel der Aufhebung von Entfremdung im Arbeitsprozeß selbst kaum noch eine Rolle zu spielen. (MEW 25, 828)
- Für Lenin ist Sozialismus „Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“ – ein weitgehend technokratisches Konzept.
- Die Stamokap-Theorie sieht im Anschluß an Lenin in der Entwicklung der Produktivkräfte in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften „die *vollständige* materielle Vorbereitung des Sozialismus“.
- Die Praxis der Länder des sogenannten „realen Sozialismus“ zeigt, daß die naive Unschuldsvermutung zugunsten der vom Kapitalismus erzeugten Technik es möglich macht, ganze Fabriken unter Einschluß der Arbeitsorganisation aus dem Kapitalismus zu importieren und die so kopierten konkreten Arbeitsbedingungen als sozialistische auszugeben, nur weil sie nicht der privaten Profitlogik, sondern dem Produktionszahlenfetischismus der Planbürokraten unterworfen sind.

Gegen diese naive Auffassung von der Unschuld der modernen Technik muß die Marxsche Kritik der Arbeitstellung wieder produktiv aufgegriffen werden. André Gorz hat recht, wenn er betont, daß die Produktivkräfte bis zu einem gewissen Grade den Stempel der Produktionsbeziehungen tragen (a.a.O. S. 134). Dies gilt im übrigen auch für die Produktivkraft Wissenschaft. Darum gehört zur sozialistischen Zielvorstellung auch der Alternativentwurf einer humanen und ökologisch vernünftigen Arbeitsorganisation, Technologie und Wissenschaft. In der Konsequenz bedeutet dies u. a., daß Sozialisten von einem engen ökonomischen Wachstumsdenken Abschied nehmen müssen.

Stichwort „soziale Großorganisation“: Bei vielen Linken hält sich hartnäckig das Vorurteil, daß immer größere Produktions- und Verwaltungseinheiten aus Gründen der Effektivität unumgänglich und wünschenswert seien. Sie erkennen vielfach nicht, daß bei fortschreitender Zentralisierung und Komplizierung der Lebenssachverhalte demokratische Mitwirkung der Betroffenen notwendig eine Illusion bleiben muß. Ein Sozialismus „nach dem Vorbild der deutschen Post“ (Lenin) ist alles andere als die freie Vereinigung der souveränen Produzenten, als die Marx ursprünglich den Sozialismus dachte. Natürlich kann eine komplexe Gesellschaft nicht alle Aufgaben in unmittelbarer Demokratie in überschaubaren kleinen Einheiten erfüllen; aber von der Sache her gibt es bedeutend mehr Spielräume für Selbstorganisation und Autonomie kleiner Einheiten als die linken und rechten Technokraten bereit sind zuzugeben. Der in vielen Bürgerinitiativen sich äußernde Protest gegen die Willkür technokratischer Großstrukturen muß für eine Linke, die das Problem der Entfremdung ernst nimmt, Anlaß sein, endlich eine Theorie der Institutionen zu entwickeln, die vom Grundsatz der Kom-

plementarität zentralisierender Rahmenregelungen und weitgehender dezentraler Autonomie ausgeht.

Ich ziehe aus den vorstehenden sehr kursorischen Bemerkungen den Schluß, daß die Linke in der Bundesrepublik von der weitgehenden Fixierung auf Organisations- und Stratedebatten herunterkommen muß, um sich neu darüber zu verständigen, wohin denn eigentlich die Reise gehen soll. Eine Sozialismuskussion, bei der Klassikerzitate als Knüppel gegen konkurrierende Organisationen benutzt werden und das Ergebnis regelmäßig darin besteht, die eigene Organisation als das Ei des Kolumbus anzubieten und die Konkurrenten als Verräter und Abweichler zu entlarven, ist absolut überflüssig. Ebenso unproduktiv ist eine oberflächliche Solidaritätsduselei, die die grundsätzlichen Auffassungsunterschiede unter Sozialisten und Kommunisten unter den Tisch kehrt, um eine fiktive „Einheit der Linken“ herzustellen. Es gibt nicht „den Sozialismus“ als evidenten Ergebnis wissenschaftlicher Bemühungen der sozialistischen Klassiker oder als überzeugende Praxis in den Ländern des „realen Sozialismus“. Darum ist es auch nicht nur eine Frage von Anpassung, Opportunismus, Verrat usw., wenn die Linke in der Bundesrepublik nicht gerade pausbäckig und kraftstrotzend dasteht, sondern auch eine Frage ihrer eigenen Fähigkeit bzw. Unfähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität, der Geschichte und ihrer eigenen Tradition.

Ich würde mich freuen, wenn die im Argument geführte Sozialismuskussion dazu beitragen könnte, etwas mehr Rationalität und Solidarität in die Auseinandersetzungen auf der Linken zu bringen. Dazu gehört nicht nur, daß der irrationale und pauschale Antikommunismus abgebaut wird, sondern auch die Bekämpfung eines teils modischen, teils machtpragmatisch motivierten undifferenzierten Antisozialdemokratismus. Dazu gehört aber vor allem, daß man die Gewohnheit ablegt, im Andersdenkenden nicht den Dialogpartner, sondern einen Feind zu sehen, mit dem man nicht diskutiert um eines gemeinsamen Erkenntnisfortschritts willen, sondern um ihn zu vernichten.

Anmerkungen

1 Rosa Luxemburg, *Die russische Revolution*, Politische Schriften ed. Flechthelm Bd. III, Frankfurt/M./Wien 1968, S. 134.

2 André Gorz, *Ökologie und Politik*, Reinbek 1977, S. 11.

3 Lenin, *Werke* Bd. 25, 370.

Johano Strasser, geb. 1939 in Leeuwarden/Holland, ist SPD-Mitglied; bis 1975 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Mitglied der Grundwerte-Kommission beim Parteivorstand der SPD; Forschungsauftrag des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam; arbeitet über politisch-strategische Konsequenzen veränderter ökonomischer Bedingungen; wichtigste Veröffentlichung: *Die Zukunft der Demokratie. Grenzen des Wachstums – Grenzen der Freiheit*, Reinbek 1977.

Hansgeorg Conert

Bündnisfähigkeit verlangt Veränderung

1. In dem Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Sozialismus-Diskussion heißt es: „Allgemeinstes Ziel dieser Diskussion soll es sein, die Möglichkeiten eines umfassenden linken Bündnisses klären zu helfen. . .“. Wo ein Bündnis postuliert wird, liegt Spaltung, Zersplitterung vor. Diese indiziert die Schwäche der westdeutschen Linken, ist aber nicht deren entscheidende Ursache. Als solche erscheint vielmehr die Tatsache, daß die verschiedenen Organisationen und Gruppen der – ihrer sozialen Zusammensetzung nach vorwiegend intellektuellen – Linken in der BRD und Westberlin keine Massenbasis haben. Die Zersplitterung ist auch *ein* Ausdruck, *eine* Folge dieses gesellschaftlich-politischen Faktums. Eine breite linke Bewegung, deren Praxis die gesellschaftlichen Prozesse maßgeblich beeinflußt, ist eine nicht unbedingt zureichende, wohl aber notwendige Bedingung höherer Geschlossenheit. Die revolutionäre Bewegung in Rußland z. B., die zumindest bis 1917 ebenfalls vorwiegend von Intellektuellen getragen wurde, war in den Phasen ihrer praktischen Einflußlosigkeit hoffnungslos zerstritten, während in Perioden revolutionären Aufwinds die einigenden Tendenzen zunahmen.

Wäre so nicht vorab zu diskutieren, weshalb es keine linke Massenbewegung in der BRD und in Westberlin gibt und welches die Bedingungen ihrer Herausbildung und die Möglichkeiten, diese zu befördern, sind? Auf die erste Frage gibt es genügend überzeugende Antworten; sie brauchen hier nicht referiert zu werden. Zu Aspekten der zweiten Problemstellung liegen theoretische Erklärungsansätze, internationale Vergleiche, einige empirische Befunde und begrenzte praktische Erfahrungen vor, ohne daß bereits allgemein anerkannte Einsichten erzielt wurden. Obgleich diesen gesellschaftlich-politischen Fragen im vorliegenden Kontext entscheidende Bedeutung zukommt, sollen sie hier nicht aufgegriffen und verfolgt werden, weil ein solcher Wechsel der Diskussionsebene verfrüht sein mag.

Die eröffnete Diskussion soll sich auch auf Strategiefragen sozialistischer Bewegung sowie auf Merkmale und Erfordernisse sozialistischer Gesellschaftsverfassung beziehen. Die Initiatoren konzedieren jedoch, daß diese Probleme für die BRD nicht aktuell sind. In der Tat ist die politische und ideologische Entwicklung hier seit Anregung der Diskussion vor ca. 1½ Jahren verstärkt in eine Richtung verlaufen, die mehr als je zuvor die Verteidigung der verbliebenen staatsbürgerlichen Rechte zur vorrangigen Aufgabe macht. Auch dabei ist die Bündnisfrage gestellt. Und es erweist sich hier schnell, daß Probleme des Kampfes um die Bewahrung und Erweiterung demokratischer Freiheiten und Rechte vielfältig und eng verknüpft sind mit denen der Stärkung der sozialistischen Kräfte.

2. Dieser Zusammenhang wird z. B. praktisch relevant in Diskussionen und

bei Entscheidungen über die Bündnisfähigkeit vor allem kommunistischer Gruppen, die andere linke und demokratische Organisationen oder deren betroffene Mitglieder und Sympathisanten von solidarischer Unterstützung im Falle staatlicher Repressions- und Diskriminierungsmaßnahmen ausschließen wollen. Eine Fixierung unumgänglicher Grenzen der zu verteidigenden Freiheiten und Rechte kann nur nach bestimmten *rechtlichen* Kriterien erfolgen (denen Geltung zu verschaffen nicht Sache der um Wahrung dieser Rechte bemühten Staatsbürger ist). Die Anwendung *politischer* Kriterien, wie sie bei den angedeuteten Ausgrenzungen erfolgt, weckt den begründeten Verdacht eines instrumentellen Verhältnisses zu und Umgangs mit den bürgerlichen Grundrechten und schränkt Glaubwürdigkeit und damit Bündnisfähigkeit ein.

In dieser Lage befindet sich die DKP tendenziell eindeutiger noch als die sog. K-Gruppen infolge ihrer unkritischen Position gegenüber den Gesellschaften und Staaten des „realen Sozialismus“, die u. a. in schweigender oder ausdrücklicher Billigung von Repressionsmaßnahmen gegen Gruppen und Einzelpersonen dort Ausdruck findet. Dieser Feststellung liegt nicht eine ahistorische und systemwidrige Identifizierung liberal-demokratischer und sozialistischer Freiheiten und Bürgerrechte zugrunde, aber trotz der Unterschiede in Genese, Begründung und Funktion dieser Rechte sind sie ihrem Inhalt nach nur temporär und partiell verschieden. Wenn aus dem angedeuteten Grund Glaubwürdigkeit und Bündnisfähigkeit der DKP schon für den demokratischen Kampf immer wieder problematisiert werden, so auch für das weiterreichende Bemühen um Weckung und Stärkung einer sozialistischen Bewegung. Denn das „Modell“ der Gesellschaften des „realen Sozialismus“ wird von anderen sozialistischen Gruppierungen kritisiert und abgelehnt. Man kann allerdings unterschiedlicher Auffassung darüber sein, bis zu welchem Grade die geringe politische Anziehungskraft der DKP ihrer Identifizierung mit den Parteien und Gesellschaften sowjetisch-kommunistischen Typus geschuldet ist. Ich veranschlage das Gewicht dieses Faktors geringer als die meisten meiner Genossen¹. Aber diese Einschätzung der Gründe eines bestimmten Aspekts der politischen Realität der BRD, nämlich der geringen Ausstrahlungs- und Anziehungskraft der DKP, schließt selbstverständlich kein Argument der Rechtfertigung der Praktizierung der hier zur Debatte stehenden politischen Repressions- und gesellschaftlichen Restriktionsmaßnahmen in den staats-sozialistischen Ländern ein. Es geht nicht um taktische Erwägungen, sondern um die grundsätzliche Position in der Frage der politisch-gesellschaftlichen Rechte der Werktätigen im Sozialismus. Und wenn sich die Mehrzahl der Bürger in der BRD heute auch nicht allzu sehr für diese Frage interessiert, so gilt das doch nicht für jene linken Kräfte, zwischen denen ein Bündnis aktuell zur Verteidigung der Demokratie und perspektivisch zur Entwicklung einer breiteren sozialistischen Bewegung ermöglicht werden soll. Deshalb ist es im Rahmen dieser Diskussion wichtig, die eigene Einschätzung der Gesellschaften des „realen Sozialismus“ so zu verdeutlichen, daß in der wechselseitigen Argumentation geklärt werden kann, wo einerseits unterschiedliche Interpretationen der bestehenden Strukturen und Verhältnisse, andererseits divergierende Auffassungen über Wesensmerkmale sozialistischer Gesellschaft Ursache der abweichenden Positionen sind.

3. In den bisherigen Diskussionsbeiträgen kommen unterschiedliche Einschätzungen der Gesellschaften des „realen Sozialismus“ zum Ausdruck, denen jedoch eines gemeinsam scheint: kritikwürdige Verhältnisse werden als Relikte der Stalin-Ära interpretiert und es wird – zumindest implizit – ein Prozeß ihrer Überwindung unterstellt. Dagegen teile ich die Auffassung, daß sich die Sowjetgesellschaft heute hinsichtlich ihrer gesellschaftlich-politischen Strukturen, Institutionen, sozialen Machtverhältnisse und Verkehrsformen ohne wesentliche Änderungen reproduziert. Was an „Entstalinisierung“ real wurde, sind im wesentlichen der Abbau des Massenterrors, der vorwiegenden Gewaltförmigkeit der Beziehungen zwischen Machträgern und Machtunterworfenen sowie eine begrenzte Gewährung einiger persönlicher Freiheiten und Rechtsgarantien. Die Bedeutung dieses Wandels ist – vor allem in humanitärer Hinsicht – kaum zu überschätzen, aber ebenso evident ist, daß Verzicht auf Massenterror nicht schon Herstellung sozialistischer gesellschaftlicher Verhältnisse bedeutet. Was aber gesellschaftliche Institutionen und Beziehungen anbelangt, die für solche konstitutiv sind, so hat die Sowjetgesellschaft in den vergangenen 20 Jahren ihrer Entwicklung keine qualitativen Fortschritte gemacht. Josef Schleifstein verweist in seinem Beitrag (ARGUMENT 102, S. 185) auf demokratische Institutionen der Sowjetgesellschaft. Ich frage mich, ob ihm unbekannt ist, daß es sich dabei um Organe handelt, die überwiegend Akklamationsfunktion haben, deren Mitglieder sich zudem faktisch auf dem Wege der Kooptation rekrutieren und deren Eigeninitiativen begrenzt sind auf Maßnahmen zur effektiveren Realisierung *vorgegebener* ökonomischer und gesellschaftlicher Entscheidungen. Um zumindest eines klarzustellen: hier soll nicht eine „schlechte“ soziale Realität an einem abstrakten Ideal gemessen werden. Ich bin allerdings der Meinung, daß bei marxistischem Anspruch Begriff und Realität sozialistischer Gesellschaft nicht mit beliebigem Inhalt gefüllt werden können, daß es vielmehr sehr wohl einige konstitutive Merkmale für gesellschaftliche Beziehungen und Verhältnisse sozialistischer Qualität gibt. Diese bilden sich natürlich nicht schlagartig heraus, sondern in einem Prozeß, dessen Verlaufsform und -tempo vom je spezifischen Zusammenwirken vieler historisch-materieller und subjektiver Faktoren abhängt. Bei allen zeitlichen Brechungen und Verzögerungen müssen in diesem Prozeß jedoch Indikatoren für den sozialistisch-kommunistischen Gehalt seiner Entwicklungsrichtung auszumachen sein. Die historische, ökonomische, gesellschaftliche Rückständigkeit Rußlands zur Zeit der stegretchen Revolution und erfolgreichen Machtbehauptung trägt wesentlich zur Erklärung der Deformation der späteren politischen Entwicklung bei, kaum aber zur Erklärung der Reproduktion der deformierten Verhältnisse in der Gegenwart. Wir haben es mit einem Bruch, nicht mit verschiedenen Phasen *eines* gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses sozialistischer Natur zu tun.

Wesentliches Merkmal der hier so bezeichneten Deformation ist der Ausschluß der großen Mehrheit der Werktätigen von wirksamer Teilhabe an den Prozessen der Willensbildung und Entscheidungsfindung in den verschiedenen gesellschaftlichen Sphären; d. h. umgekehrt: die exklusive Konzentration dieser Entscheidungsbefugnisse bei einer sich kooptativ rekrutierenden und reproduzierenden oligarchischen Elite. Die Ausrichtung und Lenkung der gesellschaftlichen

Entwicklungsprozesse durch diese ist – abstrakt formuliert – fixiert auf den einen der beiden großen Bereiche menschlicher Gattungstätigkeit, den der Naturaneignung. Es entscheidet jedoch nicht über den sozialistischen Gehalt einer Gesellschaft, mit welchem Grad von ökonomisch-technischer Effizienz die Naturaneignung als gesellschaftlicher Arbeitsprozeß organisiert ist, sondern wie die sozialen Beziehungen beschaffen sind, die die Menschen in diesem Prozeß eingehen und die maßgeblich sind für die Gestaltung der sozialen Verkehrsformen überhaupt.

Um nur auf ein Indiz zu verweisen: man überprüfe einmal in offiziellen sowjetischen programmatisch-konzeptionellen Verlautbarungen, z. B. in den Rechenschaftsberichten des Generalsekretärs der KPdSU auf den beiden letzten Parteitagen Umfang, Gewichtung, Nachdruck und Grad der Eindeutigkeit einmal der Aussagen über Erfordernisse der Steigerung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion, zum anderen der zum Ausbau der Formen sozialistischer Demokratie. Das Mißverhältnis ist eklatant.

Die notwendig extrem verkürzte Argumentation setzt sich kritischen Einwänden aus, denen hier nicht vorgebaut werden kann². Meine Thesen bezwecken die Fortführung einer Diskussion, die zur Klärung der entsprechenden Positionen zwischen Sozialisten und Kommunisten der verschiedenen Gruppierungen auch dann wichtig ist, wenn eine sozialistische Transformation der BRD-Gesellschaft nicht auf der Tagesordnung steht.

4. Die angedeutete Kritik der gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen im „realen Sozialismus“ der Gegenwart ist eine grundsätzliche. Sie unterscheidet sich jedoch in mancher Hinsicht von Form und Inhalt einer innerhalb der Linken verbreiteten Kritik. An dieser Stelle können nur wenige der divergierenden Punkte berührt werden, wobei ich absichtlich solche unterschiedlicher Dimension heranziehe.

Da ich die Bedeutung der staatssozialistischen Gesellschaften, und die ihrer Kritik, für die Chancen der Entfaltung sozialistischer Bewegungen im Spätkapitalismus für sekundär halte, scheint mir entbehrlich, jeder kapitalismuskritischen Äußerung eine entsprechende Polemik gegen die Sowjet- oder DDR-Gesellschaft anzufügen. Wenn nicht beabsichtigt, wird damit zumindest faktisch der Eindruck der Gleichartigkeit z. B. von Repressionsmaßnahmen gefördert. Von den Betroffenen aus gesehen ist eine solche Identifizierung sicher gerechtfertigt, weil für sie vor allem die Form der Unterdrückung zählt, die in der UdSSR z. B. noch immer rigider ist als in der BRD. Ob Einschränkungen persönlicher Freiheiten und Rechte sowie Versagung gesellschaftlicher Selbstbestimmung durch Struktur und Funktion der staatlichen Machtorganisation oder in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen begründet sind, dürfte für die Betroffenen von geringem Interesse sein. Für die historischen Perspektiven der Überwindung solcher Formen von Macht- und Herrschaftsausübung dagegen ist diese Frage höchst relevant.

Die angedeutete Differenz hat einen weiteren nicht unwesentlichen Aspekt: die einer genuin sozialistischen Perspektive vorausgesetzten gesellschaftlich-politischen Transformationsprozesse sind im Staatssozialismus andere als im Spätkapitalismus. Ob die auf Trotzki zurückgehende sinngemäße Formel: hier soziale

Revolution, dort Änderung der politischen Machtverhältnisse diese Differenz noch zureichend erfaßt, bleibe dahingestellt. Noch immer gilt aber m. E., daß Art, Dimension und materielle Verankerung der Interessen, die hier und dort einer fundamentalen Änderung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse entgegenstehen, verschieden sind. Ist die Verstaatlichung der Produktionsmittel für sich genommen noch kein Kriterium sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen zwischen den „assozierten Produzenten“ (vielmehr gerade ein Indiz für deren Nichtexistenz), so verweist sie doch auf von den Bedingungen des Privateigentums unterschiedene Möglichkeiten sozialistischer Transformation. Auch dieser hier wiederum nur verkürzt angesprochene soziale Grundsachverhalt verbietet die einer überspitzten und emotionalen linken Polemik nicht ganz fremde Gleichsetzung von Spätkapitalismus und Staatssozialismus.

Beim letzten Aspekt, den ich in diesem Kontext berühren kann, geht es nicht um die Einschätzung der Deformation sozialistischer gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse, sondern um in der Linken verbreitete, und wie ich meine: leichtfertige Vorstellungen über die Möglichkeiten und Bedingungen ihrer Vermeidung bzw. Überwindung. Häufig wird dabei auf zwar authentische, aber auch allgemeinste fundamental-demokratische und sozialistisch-kommunistische Postulate sowie gesellschaftlich-politische Prozeß- und Strukturvorstellungen rekurriert. Über sie ist leicht Konsens herzustellen; aber wie sind sie zu konkretisieren und realisieren? Diese Frage gilt sowohl für den Prozeß der Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, wie für den der Schaffung sozialistischer. Wenn zur Beantwortung in erster Hinsicht insistiert wird auf Grundsätze wie „Minimum von Gewaltanwendung“, „Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten von Beginn an“, „Maximum an demokratischer Selbstbestimmung“, so kann diesen Postulaten jeder Sozialist beipflichten. Im Falle realer revolutionärer Prozesse nützt das nur wenig. Hier kommt es auf die Gesamtheit historischer, gesellschaftlicher, politischer, ideologischer etc. Bedingungen und Konstellationen an, die von den Protagonisten in der Dynamik der Entwicklungen stets neue Entscheidungen verlangen, bei denen Prinzipien wie die beispielhaft zitierten schnell in Konkurrenz und Gegensatz zu anderen Maximen revolutionärer Politik geraten. In solche Entscheidungssituationen gestellt, würden die Verfechter „reiner“ Grundsätze wohl rasch unsicher, wenn nicht hilflos. Chile dürfte uns ein warnendes Exempel sein!

Auch für die Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse gilt, daß wir aus historischer Erfahrung und gegenwärtiger Anschauung zunächst nur einmal wissen, welche Konzepte *nicht* realisiert werden sollten. Über allgemeinste Orientierungen wie z. B. „gesellschaftliche Selbstbestimmung“ oder „Arbeiter selbstverwaltung“ hinaus, kann zwar konkreter die Richtung angegeben werden, in der die Deformationen überwindende Änderungen der staatssozialistischen Gesellschaftssysteme verlaufen müßten. Daß es dabei jedoch eine Fülle von Problemen gibt, die nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch noch ungelöst, ja nicht einmal erkannt sind, gelangt bei dem selbstsicheren Rückzug auf Grundsätze nicht ins Bewußtsein. Zur Verdeutlichung beschränke ich mich auf zwei beliebige Beispiele; das erste betrifft die Organisation des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, das zweite die Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen.

Nach dem bekannten Diktum von Marx kann die Freiheit im Bereich der materiellen Produktion nur darin bestehen, daß die „assozierten Produzenten . . . ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln . . . mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten . . . Bedingungen . . .“ (MEW 25,828). Kurz zuvor heißt es, der „wirkliche Reichtum der Gesellschaft“ hänge nicht von der Länge der Mehrarbeit, sondern von ihrer Produktivität ab. Wie muß nun dieses „rationell“ konkretisiert werden, mit welchen Indikatoren kann es gemessen werden? Vor allem aber: wie kann eine Form der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit entwickelt werden, der gleichsam ein Mechanismus der Durchsetzung dieser Indikatoren inhärent ist? Wir wissen, daß das die – verkürzt gesagt – zentralistisch-administrative Konzeption nicht leistet. Auch manche Linke greifen dagegen auf bürgerliche Patentrezepte zurück: mehr Markt, mehr Autonomie der einzelnen Kollektive assoziierter Arbeit. Bedeutet das aber nicht Wiedereinsetzung jener „blinden Macht“, die die Menschen beherrscht und die unter Kontrolle zu bringen es gilt? Die trotz immenser theoretischer Arbeit und reicher praktischer Erfahrungen ungelösten Fragen dieser Problemstellung werden durch das Insistieren auf allgemeine Grundsätze lediglich verdrängt.

Die Raumbegrenzung zwingt zu einer noch abstrakteren Formulierung des zweiten Beispiels: es lassen sich (unabhängig von der Phasenkonzeption „Sozialismus – Kommunismus“) kaum gesellschaftliche Produktionsverhältnisse vorstellen, in denen individuelle, gruppenspezifische und gesellschaftliche Interessen stets übereinstimmen und damit Konflikte um Ausmaß, Rangfolge und Zeitpunkt ihrer jeweiligen Befriedigung entfallen. Auch sozialistische gesellschaftliche Beziehungen müssen daher verbindlichen Regeln der Artikulation der Interessen und vor allem der Austragung entsprechender Gegensätze unterliegen. Die dabei auftretenden Probleme unumgänglicher Freiheits- und Interessenbeschränkungen erfordern dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte je angemessene, gesellschaftlich real legitimierte, revidierbare Entscheidungen über je konkrete Formen und Inhalte dieser Regeln. Die zentralen Fragen, die sich dabei stellen, werden wiederum bei dem Rückzug auf Allgemeinurteilen wie „Arbeiterselbstverwaltung“ nicht antizipiert, sondern negiert. Soweit einige Hinweise zur Begründung meines Eindrucks, daß sich Teile der Linken ihre Kritik der Gesellschaften des „realen Sozialismus“, vor allem hinsichtlich dessen, was sie konzeptionell entgegenzusetzen haben, zu leicht machen.

5. Im Kontext der Bündnisfrage, aber auch allgemein, wird in den verschiedenen Gruppierungen der Linken immer wieder die Frage der Potenz, der Funktion und der Chancen des „linken Flügels“ der SPD diskutiert. Dabei wiederholen sich die Argumente seit Jahren; zu übereinstimmenden Urteilen mit praktischen politischen Konsequenzen kam es nicht. Auch ich kann keine neuen Einsichten liefern und beschränke mich auf wenige Anmerkungen.

Das politische Gewicht des linken SPD-Flügels hängt innerhalb der Partei, wie auch über diese hinaus, in erster Linie davon ab, ob eine breite außerparteiliche linke Bewegung existiert oder nicht. Mit dem Verweis auf deren Fehlen in der BRD ist schon der wesentliche Grund der Schwäche der Sozialisten in der SPD benannt. Nur ein von einer auf radikaldemokratische und tendenziell sozialisti-

sche Veränderungen gerichteten Erwartungshaltung breiter sozialer Gruppen ausgelöster, auf die SPD von außen einwirkender Druck könnte innerparteilich ein Gegengewicht bilden zu den institutionalisierten und faktischen Bindungen sozialdemokratischer Entscheidungs- und Handlungsträger an die Funktionsgesetze der spätkapitalistischen Produktionsweise, an die entsprechenden gesellschaftlich dominanten Interessen und an die materialisierten Regeln und Formen ihrer Durchsetzung. Ohne diese gesellschaftlich-politische Gegenmacht setzen sich *letztlich* die *allgemeinen Kapitalinteressen* durch; und zwar in mannigfachen legalisierten und faktischen Formen, vor allem aber dadurch, daß ihre Befolgung als ein Komplex sozioökonomischer „Sachzwänge“ erscheint, denen sich die staatlich-politischen Handlungsträger fügen, auf die hin sie ihre Entscheidungen ausrichten. Dieser Zusammenhang erklärt u. a., daß das politische Gewicht des linken SPD-Flügels innerparteilich und parlamentarisch notwendig geringer ist, als er nach Köpfen zählen mag; bzw. grundlegender: es ist eine der Wirkungen dieses Mechanismus der Durchsetzung der sozioökonomisch dominanten Interessen, daß der linke SPD-Flügel auch zahlenmäßig schwach ist und bleibt (wobei diese Wirkung sich auch vermittelt über die Erzeugung bestimmter psychosozialer Dispositionen und Strukturen durchsetzt). Viele der Linken in der SPD spüren oder kennen die angedeuteten Zusammenhänge. Von den verschiedenen Argumenten, die sie zur Erklärung ihres politischen Engagements *in* der SPD vortragen, sei hier das des Bemühens um Verhinderung einer noch weiteren Rechtsschwenkung der SPD im allgemeinen, sowie von entsprechenden Einzelentscheidungen im konkreten genannt. Die Perfidie dieses Arguments liegt darin, daß es zugleich kaum widerlegbar und doch auch inakzeptabel ist. Es wird zumeist verbunden mit dem Hinweis auf die faktische gesellschaftlich-politische Einflußlosigkeit der übrigen sozialistischen Gruppierungen. Eine Diskussion dieser Begründung muß berücksichtigen, daß es bei der aktuellen politischen Wirksamkeit der SPD-Linken nicht um Verfolgung sozialistischer Ziele gehen kann. Das politische Spektrum innerhalb der SPD ist heute so einzuschätzen, daß schon einigermaßen konsequent demokratisch und liberal orientierte Mitglieder dem linken Flügel zuzurechnen sind, in dem die „Sozialisten in der SPD“ als äußerste Linke wiederum nur eine Minderheit bilden.

Aber auch bei Berücksichtigung dieser Ausdrucksform der Rechtsentwicklung der SPD und der dieser zugrundeliegenden „zweiten Restaurationsphase“ in Gesellschaft und Politik der BRD überhaupt, bleibt das Engagement von Linken in der SPD in sozialistischer Perspektive zwieschlächtig: *einerseits* kann nicht pauschal geleugnet werden, daß es in jüngerer Vergangenheit bei manchen Einzelentscheidungen dem Einfluß der SPD-Linken gutzuschreiben ist, wenn die politische und technokratische SPD-Rechte in Legislative und Administration nicht noch restriktivere und reaktionärere „Lösungen“ durchsetzen konnte. *Andererseits* konstituieren sich Erwartungshaltungen, Situationsdeutungen, Urteile und Bewußtseinsfragmente aus den Arbeits- und Lebensbedingungen gerade der Lohnabhängigen nicht unbeeinflusst von den Erklärungsmustern und Verhaltensorientierungen der großen Parteien und Verbände, insbesondere der traditionellen der Arbeiterklasse. Und es ist dabei die faktische und auch gewollte³ Funktion des linken SPD-Flügels, potentiell sozialistische Strömungen und Kräfte auf

die SPD zu orientieren und ihre Integration zu ermöglichen. Das führt aber keineswegs notwendig zu einer entsprechenden Stärkung der SPD-Linken. Organisationssoziologisch, politisch und psychosozial wirksame Mechanismen erklären, und zahlreiche Beispiele belegen, daß der Weg solcher Personen und Gruppen häufig rasch von der außersozialdemokratischen Linken über den linken SPD-Flügel hin zur Mitte oder gar Rechten verläuft. Unter den politisch-gesellschaftlichen Bedingungen der BRD heute ist deshalb (auch bei Einbeziehung weiterer Argumente und Berücksichtigung anderer Wirkungen) nicht mit letzter Sicherheit entscheidbar, ob das Engagement von Linken in der SPD radikaldemokratisch und darüberhinaus sozialistisch legitimierbar und praktisch aussichtsreich ist oder nicht. Daß diese Frage innerhalb der Linken der BRD fast immer nur individuell entschieden wird, ist selbst eine Ausdrucksform ihrer Zersplitterung und Schwäche.

6. Gegenüber den traditionellen Parteien der Arbeiterbewegung (und den auf deren Theorie und Strategie in bestimmten historischen Phasen fixierten Gruppen⁴) sieht das „Sozialistische Büro“ (SB) die überkommenen Organisationsstrukturen, theoretischen Relikte, Strategievorstellungen und Handlungskonzepte eben dieser Parteien als von den historischen Erfahrungen widerlegt bzw. als den objektiven und subjektiven gesellschaftlich-politischen Bedingungen des Spätkapitalismus nicht angemessen an. Zentralistischen Organisationsmustern, der Vertreterpolitik von Führungsgremien sowie von *diesen* ausgehenden Mobilisierungsiniciativen setzt das SB (verkürzt formuliert) die Konzeption arbeitsbereichsspezifischer, eigenständiger Basisaktivitäten zur Austragung gesellschaftlicher Konflikte, zum Erwerb und der Verarbeitung entsprechender Erfahrungen und zu ihrer nachfolgenden Verallgemeinerung auf dem Wege vielfältiger Kommunikationsprozesse zwischen den Arbeitsfeldern, den regionalen und den koordinierenden zentralen Gliederungen entgegen. Dabei betont (und praktiziert) das SB jedoch seine Bereitschaft zu Aktionsbündnissen mit allen demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Gruppen, die ihrerseits keine Dominanzansprüche stellen oder faktisch durchzusetzen suchen. Ich halte diese Konzeption des SB *allgemein* für richtig⁵, was an dieser Stelle nicht begründet werden soll. Stattdessen soll auf einige Probleme der politischen Praxis des SB verwiesen werden, die sich (u. U. in modifizierter Weise) auch anderen sozialistischen Organisationen unter spätkapitalistischen Bedingungen stellen.

Trotz seines beachtlichen theoretischen Potentials hat das SB bis heute keine stringente, wissenschaftlich-materialistisch fundierte Begründung und Ausarbeitung seiner Konzeption sozialistischer Strategie unter spätkapitalistischen gesellschaftlichen Bedingungen vorgelegt. Neben anderen Funktionen, müßte diese Grundlage sein für eine Prüfung der von lokalen, regionalen und zentralen SB-Gliederungen initiierten, aufgenommenen oder mitgetragenen „Basisinitiativen und -aktivitäten“. Ohne eine solche theoretische und strategische Leitlinie zeigt sich die Tendenz, alle irgendwie „linken“ Basisansätze und -aktionen per se als richtig einzuschätzen und in dieser oder jener Form zu unterstützen, ohne sie auf die Verallgemeinerungsfähigkeit der Ziele und Handlungsformen sowie auf die aktuelle und die potentielle gesellschaftlich-politische Bedeutung hin zu befragen. Es ist jedoch eine notwendige Wirkung der zunehmenden Irrationalität

der spätbürgerlichen Gesellschaft, ihrer Produktionsweise und ihrer sozialen Verkehrsformen, daß gegen sie von Irrationalität infizierte Protestformen aufbrechen, denen z. B. asoziale Merkmale insofern eigen sind, als sie gesellschaftlich nicht verallgemeinerungsfähige Ansprüche und Verhaltensweisen propagieren. So ist es kein Zufall, daß das SB in jüngerer Zeit besondere Anziehungskraft auf Sponti-Gruppen ausübt. Deren Aktionsformen und -ziele sollen hier keineswegs pauschal abgewertet werden; sie erklären sich nicht nur aus der tendenziellen Eliminierung aller Sinnlichkeit, aller nicht rein zweckrationalen, verdinglichten Motive und Verhaltensweisen in allen Sphären gesellschaftlicher Beziehungen, sie stellen oft auch eine angemessene Reaktion auf die Unterwerfung aller privaten und sozialen Lebensbereiche unter die Funktionsgesetze kapitalistischer Ökonomie dar. Trotzdem sollte ihre Wirksamkeit und Angemessenheit innerhalb einer begründeten sozialistischen Strategie geprüft, ihnen aber nicht gleichsam pauschal akklamiert werden.

Es ist kein Geheimnis, daß das SB der sozialen Rekrutierung seiner Mitglieder und Sympathisanten nach eine Organisation von Linken verschiedener Intelligenzberufe, vor allem des Universitäts- und des Bildungsbereichs ist. Das erklärt sich vor allem aus Qualifikationschancen und Reproduktionsbedingungen dieser Schichten, die bei der gesellschaftlichen Ungleichheit und Ungleichzeitigkeit leichter ein avanciertes politisches Bewußtsein auszubilden erlauben. Gerade weil diese soziale Struktur des SB letztlich gesellschaftlich objektiv bedingt ist, kann sie nicht als Indiz subjektiven Versagens gegen diese Gruppe gewendet werden. Das soziale Faktum selbst hat das SB in seinem politischen Selbstverständnis und in seiner strategischen Konzeption jedoch m. E. noch nicht zureichend zu verarbeiten vermocht. So hält es am Primat eines Arbeitsfelds „Betrieb und Gewerkschaft“ fest, obgleich das SB in diesem gesellschaftlichen Bereich nicht über vereinzelte Ansätze zu schmalen Basen hinweggekommen ist; eine Situation, die nach meiner Überzeugung kurz- und mittelfristig nicht wesentlich veränderbar ist. Statt diesen Widerspruch zwischen strategischem Postulat und realen Möglichkeiten mit sich herumzutragen, sollte im SB (aber ebenso in anderen sozialistischen Organisationen und Gruppen!) auf der Grundlage von wissenschaftlich-materialistischen Analysen spätkapitalistischer Veränderungen im Klassen- und Schichtengefüge, der Entwicklung der objektiven sozialen Konfliktpotentiale, der Bedingungen ihrer Wahrnehmung und interessengerichteten Nutzung in bewußten und solidarischen Aktionen etc., eine der Totalität spätkapitalistischer sozioökonomischer und bewußtseinsmäßiger Bedingungen angemessene Bestimmung der Chancen sozialistischer Politik erarbeitet werden. Es kann an dieser Stelle und abschließend nur noch ein Aspekt angedeutet werden, der dabei m. E. besonders klärungsbedürftig und bedeutsam ist.

7. Die marxistische Theorie sieht in der Arbeiterklasse das gesellschaftliche Subjekt des revolutionären Prozesses der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Überliefert und noch heute verbreitet ist dabei die Identifikation von „Arbeiterklasse“ mit den unmittelbar materiell produzierenden Lohnabhängigen. Während bislang die gesellschaftlichen Konflikte in kapitalistischen Ländern wie England, Frankreich und Italien in der Tat vorwiegend in den unmittelbaren Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital aufbrachen

und ausgefochten wurden, wogegen Ausmaß, Militanz und Bewußtheit der Arbeitskämpfe in der BRD (trotz der Wellen ‚spontaner‘ Streiks 1969 und 1973 und vereinzelter spektakulärer Konfliktfälle) deutlich zurückblieben, mithin Rückständigkeit der BRD hinsichtlich der Entfaltung von Klassenkämpfen konstatiert werden mußte. entwickelten sich hier eher und breiter als in den zum Vergleich herangezogenen Ländern, etwa in Form von „Bürgerinitiativen“, Protest- und Widerstandsaktionen gegen zentrale und/oder abgeleitete Erscheinungsformen und Folgewirkungen der Politik großer Kapitale. Obgleich dabei die ratio, oder besser: die Irrationalität der spätkapitalistischen Produktionsweise faktisch, und zunehmend auch bewußt, tangiert und infragegestellt wird, und diese Aktionen damit eine Perspektive gewinnen, die die große Mehrzahl der Lohnarbeitskonflikte in der BRD heute zumindest im Bewußtsein der Beteiligten nicht erreichen, werden sie innerhalb der Linken vielfach durch Verweise auf die nicht den traditionellen Vorstellungen und historischen Beispielen entsprechenden Konfliktbereiche und sozialen Träger abgewertet. Dagegen scheint mir möglich, auch und gerade auf dem Wege marxistischer Analyse zur Erkenntnis einer enormen Bedeutung dieser Artikulations- und Durchsetzungsformen „menschlicher Bedürfnisse“, antikapitalistischer gesellschaftlicher Interessen zu gelangen. Diese Analyse müßte sich u. a. auf eine die Kategorie des „Gesamtarbeiters“ aktuell konkretisierende Bestimmung der sozialen Trägerschaft dieser Aktionen richten. Sie hätte zu ermitteln, ob unter spätkapitalistischen Verwertungsbedingungen die Kapitale, über den Anwendungsbereich der Lohnarbeit hinaus, durch Beeinträchtigung anderer, früher eher sekundär eingeschätzter Bereiche und Phasen des Gesamtprozesses der Kapitalerzeugung und -akkumulation verletzbar werden. Sie hätte in Erweiterung des oft noch immer zu eng verstandenen materialistischen Ansatzes, z. B. in der von K. Holzkamp vorgezeichneten Richtung, die psychosozialen Bedingungen der Herausbildung gesellschaftlicher Erkenntnis-, sowie zielgerichteter, solidarischer Handlungsfähigkeit zu ermitteln. Auch in dieser Hinsicht werden noch oft „den“ Arbeitern gleichsam naturwüchsige sozialistische Orientierung, solidarisches Verhalten und Erkenntnisfähigkeit der sozio-ökonomischen Strukturen und Prozesse zugeschrieben, ohne sich bewußt zu machen, daß damit die persönlichkeitsdeformierenden Wirkungen gerade unmittelbarer kapitalistischer Lohnarbeit, spätbürgerlicher Ideologieproduktion etc. nichts als verharmlost werden.

Soweit nur ganz wenige Anmerkungen, die *eine* Richtung notwendiger Untersuchungen von Bedingungen und Möglichkeiten sozialistischer Initiativen und Prozesse heute andeuten sollten. Sie sind m. E. für Sozialisten und Kommunisten verschiedener Gruppierungen unerläßlich und ihr Vorantreiben könnte zu Einsichten führen, die Klärungs- und Verständigungsprozesse erleichtern.

Anmerkungen

1 Deren Argumentation scheint mir unschlüssig. Bezogen auf deren Lage als Lohnarbeiter im Spätkapitalismus schätzen sie das gesellschaftlich-politische Bewußtsein der großen Mehrzahl der Lohnabhängigen in der BRD als unentwickelt, ungleichzeitig, gebrochen etc. ein. Ihrem Urteil über die Gesellschaften des „realen Sozialismus“ sollen hingegen bewußtseinsmäßig höchst fortgeschrittene Kriterien zugrundeliegen. Mir scheinen diese Ein-

schätzungen primär geprägt zu sein von den tatsächlichen und unterstellten Defiziten des materiellen Lebensstandards sowie von den Einschränkungen etwa der „Reisefreiheit“.

2 Siehe für eine differenziertere Begründung der hier angedeuteten Position die in der Zeitschrift „links“ in den Nrn. 45 bis 53 und wieder ab Nr. 84 geführte Diskussion, sowie: H. Conert und W. Eichwede: Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse in der UdSSR, Hannover 1976

3 Ein aktueller Beleg: lt. WESERKURIER vom 10. 8. 1977 bezeichnete es der SPD-Vorsitzende Brandt in einem Interview als seine Hauptaufgabe, das Entstehen einer Partei von Gewicht links neben der SPD zu verhindern.

4 Hiermit sind vor allem die sog. „K-Gruppen“ gemeint, über die in meinem Beitrag nichts ausgesagt wird. Das liegt einmal an der Notwendigkeit umfangmäßiger Begrenzungen. Zum anderen operieren diese Gruppen (ohne daß ich deshalb ihre Bündisfähigkeit für alle Fälle bestreite) m. E. derartig abgehoben vor allem von den subjektiven Bedingungen sozialistischer Politik in der BRD und reproduzieren damit eine so ausgeprägte Diskrepanz zwischen ihrem Wirkungsanspruch und tatsächlichem Einfluß, daß sie nach meiner Einschätzung auch perspektivisch kein bedeutsamer Faktor einer breiten antikapitalistischen Bewegung in der BRD sein werden.

5 Mein Diskussionsbeitrag bringt ungeachtet meiner SB-Zugehörigkeit ausschließlich persönliche Positionen, Einschätzungen, Urteile zum Ausdruck.

Hansgeorg Conert, geb. 1933 in Erfurt, ist Hochschullehrer an der Universität Bremen und gehört dem Sozialistischen Büro an. Arbeitsschwerpunkte: Wirtschaft und Gesellschaft sozialistischer Systeme, Geschichte der Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsbewegung. Wichtigste Veröffentlichungen: Kommunismus in der Sowjetunion, Frankfurt/M. 1971; Einführung in die politische Ökonomie der Bundesrepublik, I und II, 2. bzw. 3. Aufl. Frankfurt/M. 1977.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 16 Staat und Monopole (II). Probleme der materialistischen Staatstheorie

Probleme der Staatstheorie, Beiträge zur Diskussion um die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. U. a. folgende Themen: Staatstheorie als Methodenproblem des historischen Materialismus. Entstehung des bürgerlichen Staates – das Absolutismusproblem. Bestimmung von Staatsfunktionen. Die „Staatsfrage“ und die Strategie der Arbeiterbewegung. Gramscis Staatskonzeption. Nationalstaatlichkeit und Supranationalität – am Beispiel der Energiepolitik der EWG nach der „Erdölkrise“ 1973. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning. Staat und Infrastruktur.

Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe

Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung

Demokratischer Kampf für den Sozialismus

Möglichkeiten einer linken Bündnis- und Reformpolitik in der BRD

I.

Die Sozialdemokratie war und ist der entscheidende Faktor der bundesrepublikanischen Arbeiterbewegung. Die sozialintegrativ-reformistische Strömung in der Sozialdemokratie konnte ihre allenfalls noch von rechts angefochtene ideologische Führungskraft erwerben auf der Grundlage hoher Wachstumsraten und einer Festigung der Stellung des westdeutschen Kapitalismus im System des Imperialismus, die es erlaubten, die „soziale Marktwirtschaft“ mit hohem Lebensstandard und relativ geringer Arbeitslosigkeit als die „beste aller Gesellschaftsordnungen“ zu verkaufen.

Die gegenwärtige Konjunktur- und Strukturkrise und der mit ihr einhergehende Sozialabbau entblößen die Marktwirtschaft als gewöhnlichen Kapitalismus. Damit wird auch der integrationistischen Strömung der Sozialdemokratie zunehmend die Rechtfertigungsbasis entzogen. Dennoch — und das macht die eigentliche Schwierigkeit und Gefahr der gegenwärtigen Krise aus — zieht der Zerfall der ökonomischen Rechtfertigungsbasis allem Augenschein nach nicht, oder zumindest nicht im gleichen Maße, einen Zerfall des Vertrauens in die Möglichkeiten der Erholung des Kapitalismus von dieser Krise nach sich. Zwar gibt es zahlreiche Erscheinungen des Mißtrauens gegen die Führung der etablierten Parteien — die immer größere Zahl von Bürgerinitiativen mag als ein Beispiel unter anderen genügen —, aber noch immer vermag sich die Marktwirtschaft als die „besser geschmierte Seite des Butterbrots“ zu präsentieren. Bezeichnenderweise ist es nicht die gewinnorientierte Marktwirtschaft, sondern die offene Diskussion noch so bescheidener links-reformistischer Alternativen, die die sozialdemokratische Führung um ihre Massenbasis bangen läßt.

Die ideologische Hegemonie, der sich die bestehende Ordnung und ihre Vertreter nach wie vor erfreuen, d. h. das „frei“-willige Einverständnis der gesellschaftlichen Mehrheit mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen, kann nicht allein auf die von Linken gern angeführten Niederlagen der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland, auf die Wirksamkeit der deutschen Tradition zurückgeführt werden. Historische Traditionen und Erfahrungen erhalten ihre Wirksamkeit, weil sie in der aktuellen Erfahrung und Praxis ihre Bestätigung zu finden scheinen. Zur bestimmenden Lebenserfahrung der Nachkriegsjahre gehört der für die Masse der arbeitenden Bevölkerung deutlich spürbare wirtschaftliche Wiederaufstieg. Die Hebung des Lebensstandards wurde zwar als Ergebnis der eigenen Arbeit erlebt, nicht aber als das Resultat massiver und akuter Klassenschlachten. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Umständen haben die — im westeuropäischen Maßstab — bestorganisierten und mitgliederstärksten Arbeit-

nehmerorganisationen, die Gewerkschaften des DGB, ihr Gewicht nicht in die Waagschale des politischen Kräfteverhältnisses geworfen, um grundlegende Alternativen zum bestehenden Wirtschaftssystem durchzusetzen. Der Mangel an Erfahrung mit solchen Alternativen und ihrer kämpferischen Durchsetzung prägt seinerseits ein Bewußtsein, das sich Lösungen akuter Konflikte und Krisen eben nur innerhalb der Grundvoraussetzungen und -werte des bestehenden Systems vorstellen kann. Die bisherige Praxis der Arbeiterklasse in der BRD und ihrer gewerkschaftlichen wie politischen Massenorganisationen ist daher — auf der Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung — ein wesentliches Bestimmungsmoment der unterschiedlichen Orientierung des „subjektiven Faktors“ im Vergleich zu den meisten anderen entwickelten kapitalistischen Ländern unseres Kontinents. Die von Abendroth formulierte Hauptaufgabe sozialistischer Politik in der Bundesrepublik: „neues Klassenbewußtsein zu rekonstruieren“ (Argument 100, S. 179) kann deshalb auch nur dann bewältigt werden, wenn es gelingt, wirtschaftliche und politische Alternativen zu kapitalistischen Formen der Krisenlösung aufzuzeigen, die Orientierungspunkt und Kampfgegenstand gewerkschaftlicher und politischer Masseninitiativen sind.

Gerade in der Entwicklung und Propagierung linker Reformalternativen werden die Sozialisten in diesem Land viel von den Erfolgen und gewiß auch Mißerfolgen und Fehlern der politisch fortgeschritteneren Arbeiterbewegung in andern westeuropäischen Ländern lernen können. Hier liegt *eine* Begründung dafür, warum die Beschäftigung mit sozialistischer und kommunistischer Reformpolitik in Westeuropa — mit „Eurosozialismus“ wie mit „Eurokommunismus“ — für die westdeutsche Linke von großer Wichtigkeit ist.

Für die Entwicklung des Bewußtseins der bundesrepublikanischen Arbeiterklasse und die weitgehend ungebrochene Hegemonie der westdeutschen Bourgeoisie dürften jedoch auch die gesellschaftliche Entwicklung in den Ländern des „realen Sozialismus“ so real mit-konstitutiv gewesen sein wie in keinem anderen Land der westlichen Welt — und zwar in einer Weite, die der Entwicklung glaubwürdiger und für breite Teile der Bevölkerung überzeugender sozialistischer Alternativen hohe Schranken gesetzt hat. Das ist nicht allein auf die Teilung Deutschlands schlechthin zurückzuführen, sondern auch: auf die Herstellung zumindest der machtpolitischen Grundlagen für die Errichtung der neuen Gesellschaft im Osten Deutschlands mit der entscheidenden Hilfe der sowjetischen Siegermacht (einschließlich ihres Einwirkens auf die politische Vereinigung der Arbeiterbewegung); auf die Übernahme vieler Aspekte eines politischen Systems, dessen Entstehung nur schwach entwickelten objektiven und subjektiven Sozialismusvoraussetzungen geschuldet war; und auf eine — von den Konsumformen und den Ansprüchen der westdeutschen Arbeiterschaft her gesehen — über lange Jahre hinweg bis heute für die ostdeutschen Arbeiter negativ ausfallende Systemvergleichs-Bilanz. So wie früher die Totalitarismus-Ideologie kann sich heute die propagandistische Offensive in Sachen Menschenrechte, die Parole „Freiheit oder Sozialismus“ oder die Warnung vor der Aktionseinheit mit Kommunisten nicht allein auf die zuvor umrissenen internen Bedingungen der Stabilität bürgerlicher Bewußtseinsformen stützen, sondern auch auf einen wenn auch noch so verzerrt dargestellten Wirklichkeitskern.

Angesichts dieser Beeinflussung des Massenbewußtseins durch die Entwicklung in den sozialistischen Ländern kann sich die Beschäftigung mit der Politik der westeuropäischen Sozialisten und Kommunisten nicht auf deren ökonomische Reformprogramme und Praxis beschränken. Sie muß sich auch der *politischen* Alternative, der Strategie eines *demokratischen Wegs zum Sozialismus* bewußt werden, selbst wenn die Frage der Ausgestaltung des Sozialismus oder gesellschaftlicher Übergangsetappen nicht auf der Tagesordnung steht.

Unbestritten ist die von Schleifstein angeführte „objektive Funktion ... der psychologischen Kriegsführung“ gegen die DDR, die Konzentration von Haß und Hetze auf die Entwicklung in diesem Land (Argument 102, S. 186). Unbestreitbar ist aber ebenso, daß dieser ideologische Feldzug seine Anknüpfungspunkte auch aus der Realität des „realen Sozialismus“ bezieht. Angesichts der vollzogenen und sich vollziehenden Fortschritte dort und der mit der Krise hier anstehenden Aufgaben sozialistischer Politik kann „prinzipielle Solidarität“ als unkritische Solidarität (vgl. ebenda) bestenfalls als Milchmädchenrechnung, nicht aber als Gretchenfrage gelten. Denn eine so verstandene „prinzipielle Solidarität“ erscheint heute — im Unterschied zu den praktischen Notwendigkeiten der unbedingten Verteidigung des jungen Sowjetstaates in den zwanziger Jahren und danach — nurmehr als eine propagandistische und ist politisch und praktisch nutzlos: für diejenigen, denen sie gilt, wie für diejenigen, die sie ausüben. Prinzipiell unkritische Solidarität hat sich schon in der Vergangenheit in fataler Weise als Hemmnis für die Entwicklung kommunistischen Masseneinflusses und den konkreten Bedingungen entsprechender kommunistischer Politik erwiesen. So etwa — um nur ein Beispiel herauszugreifen — bei der Propagierung des KPD-Programms der nationalen Wiedervereinigung von 1952, dessen Thesen über die „westdeutschen Pseudowahlen“ und den „revolutionären Sturz“ des Adenauer-Regimes (vgl. KPD 1966, S. 78) kaum die tatsächliche objektive und subjektive Entwicklung der westdeutschen Arbeiterklasse im Zeichen des beginnenden wirtschaftlichen Aufstiegs, umso mehr aber die praktischen Erfordernisse der Stabilisierung der DDR und deren Legitimationsbedürfnisse zum Ausgangspunkt hatten. Gerade die Tatsache, daß der Sozialismus auf deutschem Boden eine wie auch immer historisch bedingte und zu beurteilende Realität angenommen hat, verlangt von uns, ihn auch zum Gegenstand grundsätzlicher theoretischer und politischer Erörterungen zu machen, statt ihn und sich durch ahistorisch moralisierende Ablehnung oder Anlehnung, durch Distanzierung oder Apologie aus der Affäre zu ziehen.

Wenn Steinbergs stellvertretende „Betroffenheit“ über Biermann u. a. (Argument 102, S. 174 ff.) nicht auf Dauer zur ideologischen Tünche für das Versagen demokratisch-sozialistischer Reformpolitik werden soll (damit soll die subjektive Ernsthaftigkeit von Steinbergs Argumentation keineswegs bezweifelt werden), wenn also die Frage der *politischen* Freiheit und Demokratie nicht mehr als Schranke einer gemeinsamen aktiven Reformpolitik der linken Kräfte in der BRD wirksam bleiben soll, dann besteht eine Aufgabe der Marxisten (insbesondere der Kommunisten) in diesem Land darin, ihr Verhältnis zur politischen Demokratie und zu deren historisch erklärbaren Barrieren in den Ländern des realen Sozialismus marxistisch: d. h. historisch-materialistisch zu klären. Das ist

nicht nur eine Angelegenheit der Sachkenntnis und der „selbstkritischen Prüfung“ in den bestehenden sozialistischen Gesellschaften (Schleifstein, Argument 102, S. 189). Vielmehr müssen die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des demokratischen Wegs zum Sozialismus und der sozialistischen Demokratie *vom Standpunkt der heutigen gesellschaftlichen Entwicklungsvoraussetzungen und -notwendigkeiten* ausdiskutiert werden. Das aber verlangt auch die Auseinandersetzung mit den unterschiedlich entwickelten Voraussetzungen für die historische Entwicklung des „realen Sozialismus“.

Daß über diese Fragen zumindest annähernde Verständigung erzielt und daß diese Verständigung — im Unterschied zu Schleifsteins Auffassung (Argument 102, S. 179) — als ein praktischer Schritt der Bewegung angesehen werden muß, ergibt sich gerade aus der für die BRD weiterhin kennzeichnenden Entwicklungsdiskrepanz zwischen Arbeiter- und Intellektuellenbewegung und der besonderen subjektiven Bedeutung dieser Probleme für die Intelligenz. Wenngleich die sozialistische Diskussion bei uns gegenwärtig noch weitgehend auf den intellektuellen Bereich beschränkt bleibt, ist die Verständigung und Sammlung der Intellektuellen als wichtiger Multiplikatoren und Vermittler ein grundlegender Beitrag zur Verständigung und Sammlung der Linken überhaupt. Wie die Berufsverbotspolitik beweist, hat die Bourgeoisie das längst verstanden.

II.

Daß „die jetzigen Bedingungen der Produktion als *sich selbst aufhebende* und daher als *historische Voraussetzungen* für einen neuen Gesellschaftszustand“ erscheinen (Grundrisse, S. 365), daß „die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte... die materiellen Bedingungen zur Lösung (ihres) Antagonismus“ schaffen (MEW 13, S. 9), daß die Schaffung der neuen Gesellschaft also nicht einem abstrakten Ideal, sondern von in der bestehenden Gesellschaft angelegten Entwicklungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten ausgeht, das gehört zu den zentralen Erkenntnissen, durch die sich der wissenschaftliche Charakter des Marxschen Sozialismus gegenüber sozialistischen Utopien auszeichnet. Als die treibenden Kräfte dieser Entwicklung wie der gesamten Menschheitsgeschichte betrachtete Marx sowohl den Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit und der Entfaltung ihrer Produktivkräfte als auch die Bewegung der Klassenauseinandersetzungen. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte in kapitalistischer Form und der Herausbildung des modernen Industrie-Proletariats entstehen innerhalb des Kapitalismus auch seine über ihn hinausweisenden Potenzen und Widersprüche. Das Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus ist daher auch nicht wie das Verhältnis zweier Strukturen, die verbindungslos neben- oder hintereinander „gesetzt“ werden können. Daher zielt sozialistische Strategie, die die objektiven Momente dieser Entwicklung zum bewußten Handeln der Klassen vermitteln muß, auch nicht unvermittelt auf die Zerschlagung der einen und die „Setzung“ der neuen Formation.

Alle kommunistischen Parteien, die „eurokommunistischen“ ebenso wie die der sozialistischen Länder, reflektieren — wenn auch mit unterschiedlicher Intensität — in den theoretischen Versuchen über den „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ den Tatbestand, daß es sich beim Kapitalismus um eine sich *ent-*

wickelnde Struktur handelt. Das wichtigste methodische Prinzip bei dieser Reflexion ist der Gesichtspunkt der materiellen Vorbereitung des Sozialismus. Unabhängig von der Kritik an einzelnen Theoremen der SMK-Theorie ist dieser Standpunkt der sozialistischen Perspektive kapitalistischer Entwicklung und die Feststellung, daß die Wiederholung Marxscher Einsichten in den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zur Bestandsaufnahme der objektiven und subjektiven Kampfbedingungen nicht ausreicht, ein unverzichtbares Moment strategischer Überlegungen in hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Das schließt ein — auch wenn es, besonders in der westdeutschen Diskussion, umstritten ist —, daß gesellschaftliche Entwicklung nicht nur die mehr oder minder einfache Reproduktion des Grundverhältnisses der kapitalistischen Gesellschaft ist, wobei Modifikationen nur in den empirischen Erscheinungsformen der Struktur auftreten, sondern daß die Strukturen der Wirklichkeit sich selbst historisch entfalten. Diese „logisch-historische“ Betrachtungsweise der kapitalistischen Struktur führt notwendig zu einer analytischen und strategischen „Zwischenebene“: zwischen allgemeiner Kapitalanalyse samt den ihr entsprechenden „allgemeinen Gesetzmäßigkeiten“ sozialistischer Umgestaltung und den empirisch beobachtbaren und realgeschichtlich erklärbaren „nationalen Besonderheiten“ einzelner kapitalistischer Länder — etwa zwischen Italien, Frankreich und der BRD. Damit ist in der Konsequenz auch gesagt, daß die heutigen Bedingungen sozialistischer Umgestaltung *strukturell-historisch* von denen unterschieden sind, die das Material sozialistischer Umwälzungsprozesse in noch wenig entwickelten kapitalistischen Ländern — etwa dem Rußland von 1917 oder in den meisten osteuropäischen und asiatischen Ländern — bildeten. Und zwar unabhängig davon, daß natürlich auch zwischen Rumänien und Bulgarien oder Polen spezifische nationale Unterschiede bestanden haben und bestehen.

In der Strategie des „antimonopolistischen Kampfes“, der „antimonopolistischen Demokratie“ usw. wird dieser neuen Qualität der gesellschaftlichen Transformationsbedingungen auch von den meisten kommunistischen Parteien der entwickelten kapitalistischen Länder Rechnung getragen. Es besteht allerdings nicht immer Bewußtheit darüber, wie sehr sich diese Strategie gerade durch den höheren Vergesellschaftungsgrad und die veränderten Klassenstrukturen von den volksdemokratischen Übergangsperioden der osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften unterscheiden muß. Diese Strategie beruht gerade darauf, daß sie an den durch das Kapital selbst geschaffenen Vergesellschaftungspotenzen anknüpft, diese also nicht abstrakt, sondern deren Form bestimmt negiert. Bloße Ablehnung ohne konkrete, an den gegebenen politischen Vorstellungen anknüpfende Alternativen ist letztlich unpolitisch und verbaut die Möglichkeit eines Kampfes um strukturelle Teilreformen innerhalb dieser Gesellschaft, *die sowohl materielle Elemente einer neuen Gesellschaft als auch subjektive Kampfpositionen enthalten und fixieren*. In falscher Weise festgeschrieben hingegen wird so zugleich die strategische Diskrepanz zu der links-sozialdemokratischen Konzeption der „Strukturreformen“, die jedoch zu Recht wegen ihrer „Ausklammerung“ der *Staats- und Machtfrage* kritisiert wird.

Eben um diese politische Staats- und Machtfrage, um die Frage nach den politischen Voraussetzungen „systemüberwindender“ Reformen geht es bei der ge-

genwärtigen, von den Vertretern der Mehrheits-Sozialdemokratie vorwiegend administrativ geführten Auseinandersetzung um das Schreckgespenst der „Stamokap-Theorie“. Diese Auseinandersetzung ist wesentlich das Ergebnis eines Desillusionierungsprozesses bei der SPD-Linken. Das Schicksal sozialdemokratischer Reformpolitik mußte dem antikapitalistisch eingestellten Teil der Sozialdemokratie bewußt machen, daß selbst die geringsten Reformmaßnahmen, die dem Interesse privater Kapitalverwertung Grenzen setzen, an die Schranke politischer Durchsetzungsfähigkeit stoßen, wenn die „Reformer“ sich keine *aktive* Massenbasis über die parlamentarische Legitimation hinaus verschaffen. Dies konnte erfolgreich nur geschehen, wenn es gelang, der Arbeitnehmerschaft und ihren organisatorischen Vertretungen auf den verschiedenen Ebenen der „hegemonialen Staatsapparate“, besonders auch der „ideologischen Staatsapparate“, der bürgerlichen Öffentlichkeit *reale Einfluß- und Machtpositionen* zu erkämpfen. Für diesen Kampf um *materielle und ideologische Hegemoniepositionen* einer konsequenten Reformpolitik, die sich durchaus mit dem Rahmen der „repräsentativen Demokratie“ und der formalen Entscheidungsbefugnis der parlamentarischen Legislative vereinbaren läßt, hätten aber in erster Linie die formal starken Organisationen der Arbeiterklasse mobilisiert werden müssen. Sieht man einmal von der Auseinandersetzung um die Ost-Verträge ab, so kann man feststellen, daß durch den fast vollständigen Verzicht auf die Mobilisierung einer im Prinzip reformbereiten Öffentlichkeit, durch das Zurückstecken in allen entscheidenden Reformversuchen, welche die Positionen der Arbeitnehmerschaft gestärkt hätten (Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Hochschulverfassung usw.), im Anfang schon das Ende, das Scheitern dieser Reformpolitik angelegt war, deren über das System hinausweisende Möglichkeiten von der herrschenden Klasse sehr wohl erkannt worden sind.

Der Kampf um ideologische Hegemonie ist dabei nicht zu trennen von dem „Stellungskrieg“ um materielle, auch rechtlich abgesicherte Positionen (vgl. Kramer 1975, S. 101 ff.), denn die „ideologische Hegemonie“ entwickelt sich nicht als abstrakte Propaganda, als „Aufklärung“, sondern im realen Kampf um praktische Reformpositionen, einem Kampf, der an den Interessen der Betroffenen und Beteiligten anknüpft und sie schrittweise zu verwirklichen sucht. Kampf um Hegemoniepositionen bedeutet in jedem Fall Kampf um die Entwicklung der Arbeiterklasse und der anderen antikapitalistischen Kräfte zum „Subjekt“ des historischen Prozesses. Das bedeutet zugleich Entwicklung der individuellen Subjekte. „Der ‚subjektive Faktor‘ bzw. die ... ‚gesellschaftlichen Subjekte‘ sind nicht eine oberhalb und unabhängig von den individuellen Subjekten bestehende selbständige Wesenheit, sondern sind reale Zusammenfassungen der bewußten aktiven Lebenspraxis bestimmter Gruppen oder Klassen oder auch aller Mitglieder der Gesellschaft aufgrund der erkannten gemeinsamen Betroffenheit von objektiven Notwendigkeiten gesellschaftlicher Realitätsveränderung.“ (Holzkamp, Argument 103, S. 325)

III.

Die Bedingung jedes demokratischen Umgestaltungsprozesses ist das aktive Eingreifen der Arbeiterklasse. Diese große Bedeutung des „subjektiven Faktors“ muß gerade in der Auseinandersetzung zumindest mit den reformistisch gesinn-

ten Vertretern sozialdemokratischer Politik nachdrücklich betont werden. Daß eben diese Frage aber auch im Mittelpunkt des Streites innerhalb der heutigen kommunistischen Bewegung steht, erscheint auf den ersten Blick merkwürdig, weil gerade Lenin dieses Moment gegen die objektivistische Erstarrung der II. Internationale herausgearbeitet hat und seine ganze Partei- und Kampftheorie auf die Entwicklung des Bewußtseins der Massen abzielt.

Doch zwischen der Leninschen Theorie der Entwicklung der Hegemonie der Arbeiterklasse und der Eroberung der politischen Macht in der heutigen Situation liegt der Versuch, den Sozialismus ausgehend von unterentwickelten Bedingungen aufzubauen. „Unterentwicklung“ nicht nur im Hinblick auf die materiellen Produktivkraftvoraussetzungen, sondern auch der subjektiven Potenzen der neuen, revolutionären Klassen: sowohl quantitativ, was ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung anbetrifft, als auch qualitativ: was ihre Qualifikationen, ihr kulturelles Niveau, ihre Kampferfahrung angeht. Eben diese Bedingungen eines unterentwickelten Landes veranlaßten Lenin bereits 1919 zu der Feststellung, die „Eroberung der Staatsmacht“, der „Sturz der Bourgeoisie“ müßten der Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung *vorausgehen* (LW 30, S. 263 f.), wodurch das Proletariat „sofort die Herrschaft, die Autorität der Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Paktierer unter den nichtproletarischen werktätigen Massen untergräbt.“ (ebd., S. 255) Unter diesen Umständen ist die Diktatur des Proletariats dann auch wie jede Diktatur „eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist.“ (LW 28, S. 234)

Diese Sätze, geschrieben in der Auseinandersetzung mit der reformistischen westeuropäischen Sozialdemokratie und ihrer Bolschewismus-Kritik, haben zwei Voraussetzungen: zum einen, daß die zu erwerbende Staatsmacht nicht der heutige waffengewaltige, mit unzähligen Wurzeln in der bürgerlichen Gesellschaft verankerte „Sozialstaat“ war, sondern jener kriegszerfressene despotische Wechselbalg, wie bei praktisch allen Revolutionen, die bis heute gesiegt haben; zum anderen, daß eben nicht das Proletariat, sondern ländliche und städtische Kleinproduzenten die Mehrheit der Gesellschaft bildeten, weshalb es auch illusorisch war, daß die revolutionäre „Avantgarde *im voraus die Mehrheit des Volkes* durch Wahlen zu den bürgerlichen Parlamenten ... gewinnt“ (LW 30, S. 330). Beide Voraussetzungen bildeten in der Folgezeit nicht nur die zentralen historischen Streitpunkte bei der Spaltung der Arbeiterbewegung, sondern stellen in abgewandelter Form heute auch die wesentlichen Differenzen innerhalb der kommunistischen Bewegung dar. Letzteres übrigens vorwiegend deshalb, weil die meisten kommunistischen Parteien zwar formal die heutige Möglichkeit und Notwendigkeit des von einer politischen Mehrheit getragenen Übergangs zum Sozialismus anerkennen, dieses Bekenntnis aber solange formal bleibt, wie es nicht durch eine materialistische Analyse der heutigen Bedingungen im Unterschied zu denen begründet wird, die Lenin wiederholt offen eingestanden hat, die aber in der Folgezeit als *besondere* Bedingungen sozialistischer Umgestaltung in den Ländern des heutigen „realen Sozialismus“ aus dem Bewußtsein verdrängt worden sind. Wenn es so einerseits eine Konsequenz der Realität unterentwickelter Sozialismus-Bedingungen war, daß in den bestehenden sozialistischen Ländern die für den Sozialismus notwendige materielle Produktivkraftentwicklung und die

reale Hegemonie der revolutionären Klasse erst nach der Revolution hergestellt werden konnte und mußte, so hat auf der Grundlage dieser Verhältnisse andererseits die reale Entwicklung in diesen Ländern einen Staat hervorgebracht, den Buci-Glucksmann (1977, S. 95) im Anschluß an Gramsci als „Diktatur ohne Hegemonie“ bezeichnet und der mit dem Stalinismus seine stärkste Ausprägung erfuhr. Unter diesen Umständen der Diktatur des Proletariats ohne Hegemonie den Sozialismus aufbauen zu müssen, schließt notwendig einen zumindest formalen Gegensatz von Sozialismus und Demokratie ein, denn ein nicht-hegemonialer Sozialismus ist weitgehend gezwungen, auf die Kontrolle durch die Volkssouveränität mit den ihr entsprechenden Organen zu verzichten, zumindest aber sie einzuschränken; er muß sich in erster Linie auf die Gewalt seiner Staatsapparate, erst in zweiter Linie auf den aktiven Konsens der Massen verlassen. Als weitere Konsequenz versteht sich dann auch die abstrakte Negation der in der bürgerlichen Gesellschaft erkämpften Formen der repräsentativen Demokratie an Stelle ihrer Erweiterung und Ergänzung durch Formen der direkten und Basisdemokratie, der unmittelbaren Einflußnahme der Massen.

Dies sind einige der Bedingungen, die das „eurokommunistische“ Sozialismus- und Demokratie-Konzept berücksichtigen muß, wenn es sowohl gegen eine „passive“ Reformpolitik der Sozialdemokratie als auch gegen Überreste „stalinistischen“ Denkens in der Auffassung über die Entwicklung des Sozialismus eine Alternative bieten will. Die Strategie des demokratischen Wegs zum Sozialismus ist die bestimmte Negation sowohl einer real nur noch als Integration wirksamen sozialdemokratischen Politik als auch der zum Teil noch „stalinistisch“ geprägten Reform- und Revolutionsvorstellung — das zumindest ist der Anspruch. Daß der „Eurokommunismus“ sich als eine solche Alternative verstehen kann und muß, ist realhistorisch — neben dem hohen Entwicklungsstand der kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen — nicht zuletzt der Existenz und Entwicklung der heute bestehenden sozialistischen Länder geschuldet; denn sie erst haben das internationale Kräfteverhältnis geschaffen, in dem der „Eurokommunismus“ entstand. Er konnte entstehen, weil das hauptsächlich von den beiden Großmächten getragene militärische Gleichgewicht die Lösung des Klassenkampfes auf Weltebene durch einen Krieg unmöglich macht und jeder lokale Konflikt die Gefahr eines Weltbrandes in sich trägt. Er mußte entstehen, weil eben diese Gefahr erzwingt, daß das bestehende Gleichgewicht als Gleichgewicht nicht angetastet werden darf, die mit dem angehäuften Vernichtungspotential verbundene Gefahr nur auf dem Wege gewaltloser gesellschaftlicher Veränderungen in den hochentwickelten Ländern Westeuropas verringert werden kann. „Eurokommunistische“ Politik ist ihrem Wesen nach zugleich Friedenspolitik, die der Gefahr des „gemeinsamen Untergangs der kämpfenden Klassen“ (MEW 4, S. 462) Rechnung trägt.

Berücksichtigt man all diese Bedingungen, so wird man eindeutiger als Urs Jaeggi zu dem Schluß kommen, daß der neue „Reformismus“ objektiven neuen Möglichkeiten und Notwendigkeiten Rechnung trägt und in der Tat nicht umstandslos als „Sozialdemokratisierung“ zu kennzeichnen ist (Jaeggi, Argument 98, S. 593). Vielmehr handelt es sich um eine Alternative zum Reformismus der Mehrheits-Sozialdemokratie; eine Alternative, die viel eher mit jenen links-sozia-

listischen Vorstellungen struktureller Reformen vermittelbar ist und der die richtige Vorstellung eines langfristigen und langwierigen „Stellungskrieges“ der Klassen um Hegemonie und Herrschaft in Gesellschaft und Staat zugrundeliegt. Dieser Stellungskrieg kann nur gewonnen werden, wenn er von wachsenden Teilen der arbeitenden Bevölkerung geführt, wenn die in ihm eroberten Positionen von der Mehrheit der Bevölkerung getragen und von ihrer Aktivität ausgefüllt werden. Diese subjektive Voraussetzung ist gerade unabdingbar, wenn die Entwicklung einer neuen Hegemonie nicht durch putschistische Manöver der Gegenklasse in Frage gestellt oder vernichtet werden soll. „Der Gegner wird solange zur Gewalt greifen, wie er dazu imstande sein wird. Die Revolution kann ohne Blutvergießen auskommen, sofern die Mehrheit das erzwingen und die Minderheit das nicht verhindern kann.“ (Teitelboim 1977, S. 50) Dazu bedarf es über die arithmetische Mehrheit hinaus einer *aktiven politischen Mehrheit* (vgl. ebd., S. 48).

Scarponi weist darauf hin, daß der diesem Prozeß innewohnende *Pluralismus* „nicht etwas (ist), das man nach Belieben akzeptieren oder ablehnen kann.“ (Argument 102, S. 221) Dieser Pluralismus ergibt sich aus der Analyse des *Ausgangspunktes* und der *Zielstellung* der Gesellschaft, d. h. zum einen aus der Struktur derjenigen Kräfte, die heute potentielle Träger eines demokratischen und sozialistischen Kampfes sind und die eine klassen- und schichtenmäßig differenzierte Einheit bilden, und zum anderen aus den Entwicklungsnotwendigkeiten der entwickelten sozialistischen Gesellschaft selbst, die auf das ständige Eingreifen der gesellschaftlichen Gruppen und Individuen in den Leitungsprozeß der gesellschaftlichen Entwicklung angewiesen ist; dieses Eingreifen kann, wenn es sich wirklich produktiv und vorwärtstreibend entfalten soll, nicht auf die Diskussion der *Umsetzung* vorgegebener Zielstellungen begrenzt werden. Ein solches Eingreifen in den Prozeß gesellschaftlicher Entwicklung, die aktive Teilnahme der Menschen an der Gestaltung ihres eigenen Schicksals, die durch die Entwicklung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit, die Qualifizierung der Produzenten befördert wird, verlangt einen Rahmen formaler Freiheiten und Rechte, eine Öffentlichkeit, in der sich der Wille der gesamten Klasse und aller Beteiligten ausgehend von den Initiativen der Einzelnen und der wissenschaftlichen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungsnotwendigkeiten erst herausbilden kann.

Das Ziel einer pluralistisch und demokratisch strukturierten sozialistischen Öffentlichkeit ist nicht — wie etwa Robert Steigerwald vermutet — eine theoretische Verknüpfung von „sozialistischer Basis mit dem Überbau des Kapitalismus“ und daher ein „seltsamer Wechselbalg“ (Steigerwald 1977, S. 9). Vielmehr handelt es sich dabei um die Konsequenz der Auffassung, daß der Sozialismus heute in Westeuropa nur mit einem Bündnis verschiedener Klassenkräfte und verschiedener politischer Strömungen erkämpft werden und entwickelt werden kann. Das Ziel einer pluralistisch und demokratisch strukturierten sozialistischen Öffentlichkeit ist zudem das Produkt eines *historischen Lernprozesses* der Arbeiterklasse und eines großen Teils ihrer Bewegung, die gerade am „stalinischen Phänomen“ studieren konnte, wie das Fehlen wirklicher Freiheiten der Meinungs- und Willensbildung samt ihrer organisierten Austragung zum Hemmnis der gesellschaftlichen Entwicklung wurde, wie dann in der Folge jede Gefähr-

derung des institutionellen Herrschaftsanspruches der einen wirklich regierenden Partei, jeder zaghafte Versuch der Herstellung einer solchen Öffentlichkeit über den Bereich der Diskussion der unmittelbaren Produktionsnotwendigkeiten hinaus gleich die Gefahr des konterrevolutionären Sturzes heraufbeschwören mußte (Ungarn 1956, CSSR 1968), weil sich eben die Herrschaft der Klasse *politisch* offensichtlich auf die Diktatur der Partei beschränkte und nicht auf eine breite Hegemonie stützen konnte.

IV.

Konsequente Reformpolitik und das ernsthafte Vorantreiben von Aktionseinheit und Bündnisvorstellungen erfordern die Berücksichtigung der materiellen Bildungselemente des Sozialismus, welche die kapitalistische Gesellschaft heute in ihren bornierten Formen selbst entwickelt und an der sich die demokratischen Alternativen in allen gesellschaftlichen Teilbereichen zu entfalten haben. Sie verlangt auch unabdingbar den Entwurf und die Propagierung einer sozialistisch-demokratischen Perspektive im politischen Bereich, wenn Bündnis und Aktionseinheit nicht nur instrumentell und formal zu verstehen sein sollen. Das gleiche gilt auch für den mit einer konsequenten Reformpolitik unlösbar verbundenen Kampf für die „Erhaltung und Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten“, für den Kampf um Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft, für den Kampf gegen die herrschende Berufsverbotspraxis usw. Der Kampf um Demokratie ist wesentlicher Bestandteil des Kampfes um die Eroberung und Erhaltung der gesellschaftlichen Hegemonie der Arbeiterklasse vor und nach dem Übergang zum Sozialismus.

Gerade im Wissenschafts- und Ausbildungssektor — in dem die meisten der in und mit dieser Zeitschrift Arbeitenden tätig sind — wird deutlich, daß ein überzeugender Kampf für die freie Entfaltung der wissenschaftlichen Potenzen gegen ihre Deformation und Beschränkung durch kapitalistische Verwertung und Herrschaft, für eine produktive wissenschaftliche Auseinandersetzung verschiedener Auffassungen (unbeschränkt durch administrative Sanktionspraktiken, wie wir sie heute ständig an unseren Schulen und Hochschulen erleben müssen) überzeugend und langfristig nur geführt werden kann, wenn ebenso überzeugend und ausdauernd nachgewiesen wird, daß sozialistische Vergesellschaftung in jeder Hinsicht eine höhere Form der materiellen und geistigen Produktivität ermöglicht und nicht nur als neue Form der administrativen Beschränkung erscheint. Eben aus diesem Grunde konnte und mußte sich die Auseinandersetzung über die Biermann-Ausbürgerung als Bestandteil einer grundsätzlichen Diskussion der sozialistischen Linken über die Perspektiven des Sozialismus entwickeln, die auch größere Gruppen innerhalb der kommunistischen Parteien ergriff.

Aber es darf nicht bei einer noch so begründeten „Negativ-Abgrenzung“ gegenüber bestimmten, historisch überholten Praktiken in den bestehenden sozialistischen Ländern bleiben. Die Anstöße „eurokommunistischer“ Politik, die den konsequenten Kampf um Reformen verbindet mit dem Kampf um die Hegemonie der antikapitalistischen Kräfte, müssen von den linken Kräften in allen traditionellen Lagern aufgegriffen und für eine gemeinsame Reformstrategie der Lin-

ken in diesem Lande nutzbar gemacht werden. Die Feststellung, daß der „Reformismus“ der Mehrheits-Sozialdemokratie gescheitert ist und daß die Formen des Übergangs, wie sie in den bestehenden sozialistischen Ländern praktiziert worden sind, keine Perspektive für die Bedingungen entwickelter kapitalistischer Länder bieten, sollte Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten in diesem Lande zusammenführen, um sich auf dem Boden der entwickelten objektiven Bedingungen über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Entwicklung des „subjektiven Faktors“ zu verständigen. Dieser Prozeß kann freilich nur dann erfolgreich sein, wenn er nicht auf den intellektuellen Bereich der Linken beschränkt bleibt, wenn es gelingt, die Gewerkschaftsbewegung als eigenständige Kraft und eine von ihr getragene aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik miteinzubeziehen, wenn es gelingt, die Ausfüllung und Erweiterung der erreichten Mitbestimmungspositionen als hegemoniale Kampfaufgabe zu begreifen, die sich mit der Überwindung der gegenwärtigen Krise die Rettung der Demokratie durch den Sozialismus zum Ziel setzt.

Literatur:

Abendroth, Wolfgang, Argument 100: Perspektiven des Kampfes für den Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland. S. 976–988.

Buci-Glucksmann, Christine, 1977: Gramsci und der Eurokommunismus. In: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 3/77, S. 91–112.

Holzkamp, Klaus, Argument 103: Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben? S. 316–336.

Jaeggi, Urs, Argument 98: Taktik, unaufhaltsamer Sozialdemokratisierungsprozeß oder ein „neuer Kommunismus“. S. 580–594.

KPD 1966: KPD 1945–1965, Abriß — Dokumente — Zeittafel. Berlin/DDR 1966.

Kramer, Annegret, 1975: Gramscis Interpretation des Marxismus. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 4, Frankfurt/M. 1975, S. 65–118.

Lenin, W.I.: Werke. Berlin/DDR (zit. LW)

Scarponi, Alberto, Argument 102: Das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus im „italienischen Weg zum Sozialismus“. S. 213–222.

Schleifstein, Josef, Argument 102: Bemerkungen zur Entwicklung der sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik. S. 179–191.

Steigerwald, Robert, 1977: Der „wahre“ oder konterrevolutionäre „Sozialismus“. Frankfurt/M 1977.

Steinberg, Hans-Josef, Argument 102: Für die Durchsetzung sozialistischer Positionen in der SPD. S. 174–178.

Teitelboim, Volodia, 1977: Gedanken zu den tausend Tagen der Unidad Popular. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1/77.

Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung: Arbeitsgruppe marxistischer Wissenschaftler in Berlin (West) seit 1976. Beschäftigung mit Theorie und Praxis der westeuropäischen Arbeiterbewegung, bisher v. a. des „Eurokommunismus“. Der Aufsatz ist Ergebnis von Diskussionen des gesamten Arbeitskreises. Für die Endfassung waren verantwortlich Hans-Werner Franz, Ferdinand Heimel, Gerhard Herrgott und Christoph Kievenheim.

Detlev Albers

Historischer Kompromiß und Strategie der westeuropäischen Arbeiterbewegung *

Die italienische Arbeiterbewegung scheint sich mit der Strategie des „historischen Kompromisses“ eine Reihe von Unmöglichkeiten vorzunehmen. Denn wie anders läßt sich ohne genauere Analyse der Vorschlag bezeichnen, ausgerechnet jene Partei, die jahrzehntelang als Interessenverwalter des Großkapitals aufgetreten ist, für das Bündnis mit der Linken zur Errichtung einer neuen, in der Perspektive sozialistischen Gesellschaftsordnung zu gewinnen. Die Arbeiterbewegung soll mit der aktiven Unterstützung oder zumindest Tolerierung der Mittelschichten (und der DC als ihrer traditionellen wichtigsten politischen Partei) eine grundlegende Umstrukturierung der Wirtschaft ohne weitere Verstaatlichungen durchsetzen, den Staat zu einem Instrument des Fortschrittes machen, ohne die Regeln der Verfassung zu verletzen. Das alles soll mitten in der Nato und der EG geschehen, deren bisherige Orientierung umkehren helfen, aber nicht zu ihrer einseitigen Auflösung zwingen. Dabei muß die Linke die Kraft und konzeptionelle Geschlossenheit aufbringen, um jahrelang einen vorwärtstreibenden gesellschaftlichen Veränderungswillen der Bevölkerung auch gegenüber der Regierung zu organisieren und anzuleiten, während sie gleichzeitig doch schon zusammen mit einem Koalitionspartner für eben diese Regierung Verantwortung trägt, dem eine derartige Veränderungsbereitschaft erst Schritt für Schritt durch gesellschaftlichen Druck und innerparteiliche Klärungsprozesse aufgedrängt werden muß. Jede dieser Schwierigkeiten und vermeintlichen Unmöglichkeiten steht für reale gesellschaftliche Widerstände, vor denen die Arbeiterbewegung nicht ausweichen kann. Erst ihre Gesamtheit macht deutlich, wie viele Hindernisse die Öffnung des nicht-gewaltsamen, demokratischen Wegs zum Sozialismus in einem Land wie Italien zu blockieren vermögen. Dennoch zeigt die Analyse jedes einzelnen dieser Hindernisse, daß sich im Prozeß der bisherigen Klassenauseinandersetzungen die Aussichten zu ihrer Bewältigung deutlich verbessert haben, ja daß wichtige Voraussetzungen hierzu, von den Veränderungen in der ökonomischen Struktur des Landes bis zur Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung, bereits geschaffen worden sind. Nach allen Erfahrungen wird es sich dabei jedoch selbst im günstigsten Falle um einen jahrelangen, wenn nicht mehrere Jahrzehnte erfordernden Prozeß handeln. Zudem kann nicht deutlich genug darauf verwiesen werden, daß im Ringen um die gesellschaftliche Hegemonie der Arbeiterklasse sämtliche Widerstände in einem einheitlichen, alle Bereiche der Klassenauseinandersetzungen einbeziehenden Prozeß überwunden werden müssen. Es ist mithin durchaus wahrscheinlich, daß es beim Übergang der ökonomischen, politischen und kulturellen Vorherrschaft auf die arbeitende Bevölkerung zu Ungleichzeitigkeiten im Veränderungsprozeß, zu Verlangsamungen und Rückschlä-

gen und zum Erfordernis der Ausarbeitung neuer, ergänzender und korrigierender Konzepte durch die Arbeiterbewegung kommen wird.

Immerhin, wenn die Analyse zutrifft, daß Italien in eine Phase letztlich revolutionärer Veränderungen eintritt, von Veränderungen, die sich vermutlich langsamer, vielleicht aber gründlicher, als dies jemals vorher in einem entwickelten kapitalistischen Land erprobt wurde, um eine vollständige Umorientierung der gesamten Gesellschaftsordnung auf demokratischer Grundlage bemühen, dann ist zu fragen, welche Bedeutung dieser revolutionäre Prozeß für das übrige Westeuropa gewinnen kann, worin theoretisch und praktisch die wesentlichen Merkmale der „italienischen Lektion“ zur Überwindung des Kapitalismus bestehen. Soweit die Antworten hierauf gegenwärtig absehbar sind, werden sie auf zwei verschiedenen Ebenen erfolgen müssen. Zum einen ist zu klären, welche Rückwirkungen von einem Italien, das den Weg des „historischen Kompromisses“ einschlägt, für die Veränderung der realen Machtverhältnisse in Westeuropa ausgehen können (Thesen 1 bis 3). Zum anderen stellt sich die theoretisch-strategische Frage, welchen Beitrag die Entwicklung der italienischen Klassenauseinandersetzungen für die genauere Bestimmung der Gesetzmäßigkeiten des demokratischen Wegs zum Sozialismus leisten kann (Thesen 4 bis 9).

1. Welche Auswirkungen die italienische Entwicklung für die westeuropäischen Kräfteverhältnisse zur Folge hat, ist nur zu bestimmen, wenn man zwei Varianten berücksichtigt. Siegt die französische Linke bei den Parlamentswahlen 1978 und vermag ihr gemeinsames Regierungsprogramm in den folgenden Jahren zumindest in den Grundzügen durchzusetzen – oder verfehlt die „Union der Linken“ 1978 noch einmal die Mehrheit, bzw. versagt sie bei dem Versuch, nach einem Wahlsieg das gemeinsame Regierungsprogramm tatsächlich zu verwirklichen? Setzt sich in Frankreich zunächst die zweite Möglichkeit durch, dann bleibt Italien vermutlich auf absehbare Zeit das einzige Land in Westeuropa, in dem revolutionäre Gesellschaftsveränderungen auf der Tagesordnung stehen. Dementsprechend ist zu erwarten, daß sich die Verwirklichung sozialistischer Kernforderungen verzögert und daß jeder Schritt auf diesem Weg noch stärkerem Außendruck begegnet. Dennoch werden auch dann die positiven Auswirkungen jedes weiteren Geländegewinns der Linken in den übrigen westeuropäischen Ländern spürbar sein. Das Bündnis von Arbeiterklasse und Mittelschichten, von Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten bedeutet trotz aller Differenzen, die in einem derartig breiten politischen Spektrum unvermeidlich sind, eine reale, auf Dauer nicht ignorierbare Widerlegung von Antikommunismus und Antisozialismus; es wird sich zugleich in Italien, der Tendenz nach auf westeuropäischer Ebene als ein wesentliches Hindernis gegenüber allen Versuchen zur unbegrenzten Funktionalisierung der christdemokratischen Parteien für konservativ-reaktionäre Zielsetzungen erweisen¹. Inhaltlich wird eine Regierung des „historischen Kompromisses“ sehr bald deutlich machen, daß ökonomische Krisenbewältigung und staatliche Austeritätspolitik, jedenfalls dann wenn sie wie in Italien jahrzehntelang aufgestaute Mißstände, Rückständigigkeiten und parasitäre Privilegien vorfindet, zwar nicht ohne materielle Opfer für die Arbeiterbewegung erreichbar sind, dafür aber mit klar erkennbaren strukturellen Verbesserungen und Reformen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung verbunden werden

können, während in allen Ländern mit noch unangefochtener kapitalistischer Vorherrschaft, sei es unter bürgerlicher oder sozialdemokratischer Regierungsführung der bisher bekannten Art, Krisenbewältigung und Reformverzicht, Sparpolitik und Abbau vorhandener sozialer Errungenschaften zusammenfallen. Solche nicht-kapitalistischen Krisenlösungen werden überdies nur zu realisieren sein, wenn es Italien bereits in den nächsten Jahren gelingt, zumindest die Grundbedingungen einer demokratischen Wirtschaftsplanung auf regionaler und nationaler Ebene aufzubauen. Dann wird Italien erstmals reale Beispiele dafür liefern, wie sich der Übergang zu gesamtgesellschaftlich kontrollierten Planungsprozessen in entwickelten kapitalistischen Ländern vollziehen läßt. Auch hierin liegen gerade angesichts der offenkundigen Diskrepanz zu den Ergebnissen staatsmonopolistischer Planungsversuche in anderen Ländern Erfahrungen von nicht zu unterschätzender Außenwirkung für die westeuropäische Linke insgesamt. Dennoch, bleibt Italien auf seinem Weg zum Sozialismus über lange Strecken allein, werden die unmittelbaren Konsequenzen für die tatsächlichen Machtverhältnisse in den Nachbarländern eng begrenzt sein. Die Ausstrahlung des Landes wird sich weitgehend auf den Bereich der ideellen Auseinandersetzung innerhalb und von Seiten der fortschrittlichen Kräfte des Kontinents beschränken. Die Rolle Italiens als Vorposten und Vorläufer der „Revolution im Westen“ wird sich zwangsläufig akzentuieren – mit allen Gefahren der Isolation, die sich aus einer solchen Vorwegnahme historisch neuer Erfahrungen ständig ergeben. Das Land kann vielfältig als Orientierungspunkt, ja in gewisser Weise als Rückgrat für die westeuropäische Linke wirken (was sich beispielsweise bezogen auf die kommunistischen Parteien dieser Länder bereits seit längerem abzeichnet). Aber die Resonanz der italienischen Entwicklung in Frankreich und den südeuropäischen Ländern, ebenso wie in Großbritannien, der Bundesrepublik und Nordeuropa wird zunächst einmal zu großen Teilen dafür benötigt werden, die Autonomie Italiens auf seinem neuen Weg abzusichern. Als Anstoß für das verstärkte Vorantreiben von gesellschaftlichen Alternativen im eigenen Land wird das italienische Beispiel erst in zweiter Linie zur Geltung kommen.

2. Ganz anders verlief die Entwicklung, wenn die französische „Union der Linken“ bei den Parlamentswahlen 1978 siegt und fähig ist, die dann mit Sicherheit eintretende enorme Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen in einem langwierigen Prozeß zu ihren Gunsten zu lösen. In einem solchen Falle würden bereits relativ kurzfristig einschneidende Veränderungen gegenüber den bisherigen westeuropäischen Kräfteverhältnissen eintreten können. Die Achse Rom – Paris könnte eine ganz erhebliche, machtpolitisch relevante Ausstrahlung erhalten. Sie würde sich primär auf die übrigen südeuropäischen Länder auswirken, zu denen ohnehin weit zurückreichende geschichtliche und kulturelle Gemeinsamkeiten bestehen und deren objektive ökonomische Interessen bereits heute auf eine größere Selbständigkeit gegenüber den fortgeschritteneren Industrieländern Mittel- und Nordeuropas, allen voran der Bundesrepublik, gerichtet sind. Aber selbst dieser Teil Europas bliebe von einer trotz aller Unterschiede doch vergleichbaren Linksentwicklung in Frankreich und Italien nicht unberührt. Westeuropa könnte in wenigen Jahren praktisch halbiert sein in Länder, die unter dem entscheidenden Einfluß ihrer Arbeiterbewegung einen Krisenaus-

weg durch Systemüberwindung anstreben und solche, die weiter auf die kapitalistische Krisenlösung setzen. Dabei bedarf es kaum einer weiteren Erläuterung, daß sich im Falle einer solchen Entwicklung sowohl in den nach links gehenden Ländern, die sich gegenseitig abstützen könnten, als auch in den noch dem alten System untergeordneten Ländern die Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung in ihrem „Stellungskrieg“ gegenüber dem nationalen und internationalen Großkapital wesentlich verbessern würden.

3. Vergleicht man die Ausgangsbedingungen, die die französische und die italienische Linke zum Zeitpunkt ihrer Regierungsübernahme, bzw. -beteiligung vorfinden würden, dann springt neben den Gemeinsamkeiten, die allemal darin bestehen, ein großenteils abgewirtschaftetes, von unerträglichen sozialen Gegensätzen gekennzeichnetes Wirtschaftssystem grundlegend umgestalten zu müssen, vor allem ein Unterschied ins Auge. In Italien sind die ökonomischen und politischen Strukturen bereits vor dem Zustandekommen des „historischen Kompromisses“ bis in die Nähe sozialistischer und demokratischer Alternativlösungen, allerdings noch unter entgegengesetzter, staatsmonopolistischer Systemausrichtung vorangetrieben worden; die Anlage der neuen Gesellschaft im Schoße der alten ist verhältnismäßig weit entwickelt. Das gilt für die ökonomische Struktur in bezug auf den besonders ausgeprägten Umfang der öffentlichen Unternehmen, der weitere Verstaatlichungen zunächst einmal überflüssig macht. Es gilt zumindest ansatzweise auch für den Staatsapparat, dessen Dezentralisierung seit der Errichtung der Regionen deutliche Fortschritte gemacht hat. Es trifft schließlich für die Verfassung der italienischen Republik von 1946 insgesamt zu, die sich als ein institutionell weithin akzeptabler Rahmen für den sozialistischen Transformationsprozeß erweisen kann. Während unter diesem Gesichtspunkt die Wegstrecke der eigentlich revolutionären Veränderungen in Italien objektiv relativ kurz ist, steht andererseits zu erwarten, daß ihr Durchschreiten aufgrund des besonders breiten politischen Bündnisses, das hierzu gewonnen werden muß, und der weitgehenden Abhängigkeit des Landes von den übrigen kapitalistischen Staaten nur verhältnismäßig langsam möglich sein wird.

Anders in Frankreich. Hier hat die bis in die Gegenwart fortgesetzte Konfrontationsstrategie der herrschenden Klasse dazu geführt, daß gesellschaftliche Veränderungsprozesse sehr viel eher die Form abrupter Brüche und Einschnitte gegenüber der bisherigen Entwicklung annehmen müssen. Von einer Offenheit der bestehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen für sozialistische Alternativen kann nur höchst eingeschränkt gesprochen werden. So muß jede Umstrukturierung der Wirtschaft durch umfangreiche Nationalisierungen überhaupt erst einmal eine ausbaufähige Grundlage erhalten. Dadurch ist die Linke bereits unmittelbar nach ihrer Regierungsübernahme zu einer ganz entscheidenden Machtprobe genötigt. Zudem werden erheblich tiefere Eingriffe erforderlich sein, um die seit mehreren 100 Jahren im Kapitalinteresse zentralisierte Staatsmaschinerie Frankreichs in ein Instrument zum demokratischen Aufbau des Sozialismus zu verwandeln. Schließlich ist abzusehen, daß auch die Verfassung der von de Gaulle geformten V. Republik nicht ohne einen Umbau ihres gesamten institutionellen Gefüges in der Lage sein wird, einen geeigneten Rahmen für den gesellschaftlichen Erneuerungsprozeß in Frankreich abzugeben. Im Ergebnis hat

die französische Linke verglichen mit der italienischen ein wesentlich größeres Veränderungsprogramm zu bewältigen. Dagegen wird die stärkere politische Übereinstimmung zwischen den sozialen Schichten und Organisationen, auf die sich ein Links-Bündnis lediglich zu stützen braucht, aber auch das höhere Maß an internationalem Handlungsspielraum, über das Frankreich im Vergleich zu Italien verfügt, gegebenenfalls erlauben, daß es zu einem schnelleren Voranschreiten auf dem Weg der gesellschaftlichen Transformation kommt. Allerdings dürften sich dabei auch die Gefahren reaktionärer Rückschläge entsprechend erhöhen². Beide Länder werden ihre eigene „Lektion“ zur Durchführung revolutionärer Veränderungen in entwickelten kapitalistischen Industrieländern hervorbringen und damit bestätigen, daß auch die Strategie des demokratischen Wegs zum Sozialismus kein allgemein verbindliches Schema für die Arbeiterbewegung liefert, sondern sich zumindest in eine Reihe verschiedener, auf die jeweiligen nationalen Verhältnisse abgestellten Varianten aufgliedert. Sehr viel bedeutsamer ist, daß die Linke beider Länder, wenn es tatsächlich zu einer zeitlich parallelen Regierungsverantwortung kommt, trotz des unterschiedlichen Entwicklungstempos der Gesellschaftsveränderungen in Frankreich und Italien eine gegenseitige Bestätigung aus den Erfolgen der anderen und reichhaltiges Erfahrungsmaterial selbst noch aus deren Schwierigkeiten gewinnen wird, eben weil sich beide Arbeiterbewegungen dann auf einer für Westeuropa insgesamt neuen Wegstrecke ihres sozialen Emanzipationskampfes befinden. So hätte beispielsweise die EG eine parallele Linksentwicklung in Frankreich und Italien ganz anders zu respektieren, als dies etwa gegenüber einer lediglich von der italienischen Arbeiterbewegung erzwungenen Regierung des „historischen Kompromisses“ der Fall wäre.

4. Der Versuch, zumindest stichwortartig jene Momente der italienischen Klassenauseinandersetzungen zu benennen, die unter theoretisch-strategischen Gesichtspunkten als verallgemeinerungsfähig für den nicht-gewaltsamen, demokratischen Weg zum Sozialismus gelten können, stößt in mehrfacher Hinsicht auf Schwierigkeiten. Die wichtigste besteht darin, daß bisher alle Anstrengungen der internationalen Arbeiterbewegung, diesen Weg zu beschreiten, gescheitert sind. Dies gilt jedenfalls dann, wenn man von der historisch gänzlich unwiederholbaren Situation des Aufbaus sozialistischer Gesellschaftsordnungen in den ost- und mitteleuropäischen Ländern unter dem Schutz der Roten Armee einmal absieht. Tatsächlich gibt es für diesen, schon von Marx und Engels als eine Möglichkeit der sozialistischen Revolution angesehenen Weg bisher nur bruchstückhafte geschichtliche Erfahrungen. Zu verweisen wäre allenfalls auf einzelne Aspekte der Volksfront-Regierungen in den 30er Jahren, der ersten Nachkriegsregierungen aller antifaschistischen Parteien in Frankreich und Italien und natürlich auf die Erfahrungen der Unidad Popular in Chile. Aber schon die portugiesische Revolution enthält etwa mit dem großen Gewicht, daß die militärische Niederlage gegen die afrikanischen Befreiungsbewegungen für den Sturz des faschistischen Regimes und die anschließende herausragende politische Rolle der Streitkräfte eingenommen hat, zahlreiche Besonderheiten, die einen Vergleich mit Italien weitgehend einschränken. In einer solchen Situation kann es nicht überraschen, wenn die Analyse der Gesetzmäßigkeiten des friedlichen Über-

gangs zum Sozialismus bis heute in den Anfängen stecken geblieben ist. Dies umso mehr, als ja in der italienischen Entwicklung selbst erst die Umriss einer umfassenden Systemalternative, deren Verwirklichung noch bevorsteht, sichtbar geworden sind.

Der erste Bereich, aus dem nach Auffassung der gesamten italienischen Linken verallgemeinerungsfähige Rückschlüsse für die Strategie der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Industrieländern überhaupt gewonnen werden können, betrifft die in Italien angestrebte, aber auch schon den bisherigen Klassenauseinandersetzungen zugrunde gelegte Vorstellung zur Verknüpfung von Demokratie und Sozialismus in einer neuen Gesellschaftsordnung. Worum es dabei geht, ist die vollständige Überwindung von Positionen, die die Sicherung und Entfaltung aller demokratischen Beteiligungsrechte, der individuellen und kollektiven Freiheiten unter Einschuß der Freiheit zum Widerspruch, eben der „des Andersdenkenden“ (Rosa Luxemburg), als etwas Zweitrangiges oder überhaupt nur sinnvoll gegenüber den sozialistischen Errungenschaften Abzutrennendes einschätzen. In prägnanter Weise ist die hiermit gemeinte veränderte strategische Auffassung von Franco Rodano (PCI) formuliert worden: „Die Demokratie wird nicht mehr einfach und herabsetzend als das ‚beste Terrain für die Entwicklung des Klassenkampfes‘ angesehen, sondern vielmehr faktisch im Feuer der Aktion selbst als die ‚erste Etappe‘ des revolutionären Prozesses und gleichzeitig als unerläßliche Bedingung für seine vollständige Ausdehnung auf die ‚höchsten Spitzen‘ des kapitalistischen Systems der ganzen Welt verstanden und behauptet. Die Demokratie ist also (und noch einmal ist hier eine ausdrücklich kritische Lesart der Marx’schen Lehre zu beobachten) ein wesentlicher Bestandteil und ein objektives und dauerndes Mittel des revolutionären Prozesses selbst.“⁴³ Indem die „Demokratie“ oder die Realisierung uneingeschränkter politischer, gewerkschaftlicher, kultureller und religiöser Freiheits- und Betätigungsrechte als ein „objektives und dauerndes Mittel des revolutionären Prozesses selbst“ begriffen wird, können auch zwei bis heute in der internationalen Arbeiterbewegung, gerade soweit sie sich marxistischen Traditionen verpflichtet fühlt, heftig umkämpfte Streitpunkte geklärt werden: Der Versuch, im Rahmen der parlamentarischen Demokratie den Weg zum Sozialismus zu öffnen, dabei gegebenenfalls selbst Rückschläge, etwa die von allgemeinen Wahlen erzwungene vorläufige Rückgabe einer schon einmal erreichten Regierungsmacht zu akzeptieren, bedeutet kein taktisches Hinnehmen eines lästigen Umwegs oder die freiwillige Unterwerfung unter vom Klassegegner ersonnene Spielregeln, die man bei irgendeiner, sich vielleicht unverhofft bietenden Gelegenheit lieber heute als morgen außer Kraft setzte. Die „Revolution in der Demokratie“, in deren Konzeption auch derartige Stagnationsphasen sei es aufgrund der Übermacht des Klassegegners, sei es aufgrund von Fehlern und Unzulänglichkeiten der Arbeiterbewegung ihren Platz finden, wird vielmehr als der einzig mögliche und sinnvolle, im Interesse der Arbeiterbewegung selbst liegende Weg betrachtet, um in den kapitalistischen Industrieländern den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Angriff zu nehmen. Der zweite Streitpunkt betrifft die Einschätzung der inneren gesellschaftlichen Entwicklung in den Ländern, in denen die Arbeiterbewegung bereits die politische Macht ausübt. Hier geht es ebenfalls

darum, ohne besserwisserische Rechthaberei und ohne die nationalen Besonderheiten, den jeweiligen ökonomischen und sozialen Entwicklungsstand jener Länder oder die nationalen und internationalen Reaktionen der alten herrschenden Klasse zu ignorieren, dennoch an dem unverzichtbaren demokratischen Charakter jeder sozialistischen Gesellschaftsordnung festzuhalten und damit unvereinbare Erscheinungen gegebenenfalls auch öffentlich zu kritisieren.

5. Voraussetzung einer solchen Neueinschätzung der Demokratie als permanenter Ausdrucksform sozialistischer Transformationsprozesse ist eine Erweiterung des Revolutionsbegriffs. Zwar ist in der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung die Revolution nie „als ein über Nacht abzumachendes Ding“ verstanden worden, sondern vielmehr als „ein mehrjähriger Entwicklungsprozeß der Massen unter beschleunigten Umständen“, wie dies Friedrich Engels einmal formuliert hat (MEW 36, S. 55). Dennoch wird jetzt an gegebenenfalls sehr viel größere Zeiträume jenes „Stellungskrieges“ zwischen den antagonistischen Klassen zu denken sein, in denen die Arbeiterbewegung wohl bedeutsame Geländegewinne, schließlich sogar grundlegende ökonomische Strukturveränderungen durchsetzen kann, in dem die Ergebnisse dieses die Gesellschaft gewiß einschneidend verwandelnden Prozesses aber immer in gewissem Sinne vorläufig, umkehrbar, durch demokratisch legitimierte Mehrheitsentscheidungen rückgängig zu machen bleiben. Denn erst wenn man diese Übergangsphase, deren Resultat schließlich die Revolution unter den gegebenen demokratischen Bedingungen ist, in einem solchen breiteren Sinne begreift, gelangt die Arbeiterbewegung zu einer Strategie, in der sie auch der alten herrschenden Klasse sämtliche Möglichkeiten demokratisch geäußerten Widerspruchs beläßt (und ihre eigenen Anstrengungen insoweit auf die Respektierung der demokratischen Legalität durch alle Gruppen und Parteien beschränkt), bei dem man aber schließlich, und sei es erst in der Verarbeitung von politischen Rückschlägen und deren Auswirkungen, den sozialen Rückhalt solcher reaktionären Auffassungen in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen, bis hin zu den Streitkräften, soweit einschränkt, daß sich die Vertreter der alten herrschenden Klasse zuletzt selbst zur (nicht widerstands- aber gewaltlosen) Hinnahme der neuen gesellschaftlichen Zustände gezwungen sehen. Dabei ist selbstverständlich, daß solche Bedingungen keinesfalls aus einem schiedlich-friedlichen Meinungs-austausch zwischen den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräften, sondern wie schon bisher das italienische Beispiel zeigt, allenfalls aus einer Phase äußerst zugespitzter Klassenauseinandersetzungen hervorgehen werden⁴.

6. Ein weiterer Problembereich, in dem die praktischen Erfahrungen und theoretischen Ausarbeitungen der italienischen Arbeiterbewegung einen verallgemeinerungsfähigen Kern für den sozialen Emanzipationskampf in den übrigen westlichen Industrieländern enthalten können, betrifft die Frage nach der Form und der inhaltlichen Ausgestaltung der künftigen sozialistischen Gesellschaft, der Rolle, die in ihr der Arbeiterklasse und ihren Organisationen zukommt und den Initiativen, die sie schon jetzt zu deren Verwirklichung ergreifen sollten. Gemeint ist damit die konstruktive Überwindung und inhaltliche Weiterentwicklung einer der zentralen Kategorien in der ursprünglichen marxistischen Theorie, nämlich der Diktatur des Proletariats, durch den zunächst von Gramsci gepräg-

ten, seitdem in zahllosen Diskussionen innerhalb der italienischen Linken konkretisierten Begriff der Hegemonie der Arbeiterklasse⁵. Ihre wesentliche Bedeutung besteht darin, daß sich die Arbeiterklasse, wenn sie ihre dominierende Stellung im Sozialismus wirksam ausüben will (eine Bedingung, die für jede sozialistische Gesellschaft konstitutiv ist), in keinem gesellschaftlichen Bereich auf die bloße Machtausübung beschränken darf, sondern daß sie überall, im Bereich der Ökonomie und der Politik ebenso wie in jenem der Kultur und der Weltanschauungen, eine geistig-moralische, von den übrigen Klassen und Schichten akzeptierte Führungsrolle übernehmen muß. Wichtig ist dabei, daß im Begriff der „Vorherrschaft“ von vornherein ein Alleinbestimmungsanspruch der Arbeiterklasse ausgeschlossen, das Erfordernis des Bündnisses mit anderen gesellschaftlichen Gruppen (unter Berücksichtigung ihrer Interessen) daher von Anfang an verdeutlicht wird und daß die Realisierung einer solchen geistigen, nicht auf Machtausübung gegründeten Führungsrolle notwendig an das Moment der freiwilligen Zustimmung, des bewußten Konsenses von seiten der anderen Schichten und Klassen gegenüber der letztlich entscheidenden gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse gebunden ist. Was aber im Verhältnis der Arbeiterklasse und ihrer sozialen Verbündeten, bei der Herausbildung jenes neuen „historischen Blocks“ von Arbeiterklasse und Mittelschichten gilt, der nach der Formulierung Gramscis an die Stelle der alten herrschenden Klasse zu treten hat, das beansprucht erst recht Geltung für die Meinungsbildungsprozesse innerhalb der Arbeiterklasse, bei der Herstellung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Handlungsfähigkeit und Einheit. D. h. auch hier muß im Verhältnis zwischen den verschiedenen ideologischen Strömungen, Parteien und (gegebenenfalls) Gewerkschaftsbünden der Arbeiterbewegung, ja nicht zuletzt innerhalb der jeweiligen Organisationen das Moment der Meinungsbildung aufgrund des bewußten Konsenses, der aus umfassender Diskussions- und Kritikfreiheit hervorgeht, allemal im Vordergrund stehen⁶. Über seine Bedeutung als zunächst abstrakte gesellschaftliche Zielvorstellung hinausgehend erweist der Hegemoniebegriff jedoch seine theoretische Fruchtbarkeit noch zusätzlich dadurch, daß er in verschiedener Hinsicht als Anknüpfungspunkt für die Lösung aktueller strategischer Probleme der italienischen Arbeiterbewegung dient und auf diese Weise erheblich zur Verankerung ihres tagespolitischen Kampfes in den marxistischen Traditionen beiträgt. Gerade hierin dürfte sein besonderer Rang im Rahmen der „italienischen Lektion“ zur Überwindung des Kapitalismus und seine Verallgemeinerungsfähigkeit für die Strategie der übrigen westeuropäischen Arbeiterbewegungen liegen. Zum einen hat er den marxistisch-orientierten Strömungen der Arbeiterbewegung einen eigenen theoretisch ausgewiesenen Zugang zur Einschätzung und grundsätzlichen Bejahung des politischen Pluralismus ermöglicht, einer Kategorie, die einesteils in der Auseinandersetzung mit der katholischen Wertlehre, aber auch allgemeiner für die Ausgestaltung der politischen Freiheitsrechte im Kapitalismus wie im Sozialismus großes Gewicht erlangt hat. Denn das Ringen der Arbeiterbewegung um die geistige Führungsrolle in der Gesellschaft setzt neben den Anstrengungen zur Entwicklung der eigenen Position auch immer die Existenz von Partnern in dieser Auseinandersetzung voraus, denen auf allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebes, der öffentlichen Meinung usw.

grundsätzlich gleichberechtigte Äußerungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen müssen, ja die historisch gesehen gerade in diesem Bereich zunächst einmal mit einem gewaltigen Vorsprung ausgestattet sind. Zum anderen hat schon Gramscis unmißverständliches Pochen auf den Umstand, daß die geistige Führung der Arbeiterbewegung, die theoretische und praktische, jedermann einschbare Überlegenheit ihrer gesellschaftlichen Lösungsvorschläge schon vor ihrer politischen „Machtübernahme“ erreicht werden müsse, sicherlich erheblich dazu beigetragen, die Bemühungen um eine Weiterentwicklung des Marxismus, um die ständige Verarbeitung der neuen Impulse und Anforderungen voranzutreiben, die von seiten der gesamten Gesellschaft an die Arbeiterbewegung herangetragen werden. Diese Bemühungen bilden nach wie vor einen wesentlichen Grund für die im westeuropäischen Maßstab ungewöhnliche gesellschaftliche Verankerung klassenbewußter marxistischer Auffassungen im heutigen Italien. Schließlich kann gesagt werden, daß die zentrale Rolle, die bündnispolitische Überlegungen bis hin zur Ausarbeitung der Strategie des „historischen Kompromisses“ in der italienischen Arbeiterbewegung seit langem gespielt haben, der Leitvorstellung von der Hegemonie der Arbeiterklasse entscheidende Anregungen verdankt.

7. Nicht weniger bedeutsam wird vor allem unter strategischen Gesichtspunkten die praktische Bewährung der bisher unter dem Stichwort „Regierungspartei – Kampfpartei“ in der italienischen Linken diskutierten Konzepte sein. Dahinter steht eine der Grundschwierigkeiten des „demokratischen Wegs“, wie nämlich die gerade in sozialen Umbruchssituationen erforderlichen Kompromisse, die die Arbeiterorganisationen im Interesse der Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte eingehen müssen, von einem so breiten Klassenbewußtsein in der Arbeiterbewegung getragen werden können, daß dadurch ihr gesellschaftsverändernder Druck nicht absorbiert oder in perspektivlose linksradikale Aktionen abgedrängt wird, sondern sich in langfristig bündnisfähiger, eben auf die Erringung der gesellschaftlichen Hegemonie ausgerichteter Weise durchsetzt. Oberflächlich betrachtet berührt dieses Problem nur die Arbeiterparteien, die solche Kompromisse in Koalitionsregierungen einzugehen gezwungen sind. Aber ebensowenig wie sich die historische Mission der Arbeiterbewegung ohne die aktive, koordinierende und orientierende Schlüsselrolle dieser Parteien oder gar gegen sie verwirklichen läßt, ebensowenig können die Gewerkschaften und die übrigen sozialen und kulturellen Organisationen der Arbeiterbewegung von den politischen Kompromissen unbeeinflußt bleiben, die von jenen Parteien mitgetragen werden, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, ihre Interessen zu vertreten beanspruchen und so auch zumindest von Teilen der arbeitenden Bevölkerung eingeschätzt werden. Entweder gelingt es der Arbeiterbewegung also, im Gesamtgefüge ihrer Organisationen soviel Geschlossenheit, Klassenbewußtsein und zugleich Autonomie in den verschiedenen Teilbereichen zu entwickeln und zu behaupten, daß Kompromisse der linken Parteien weder die Glaubwürdigkeit ihrer sozialistischen Zielsetzung kompromittieren noch der Arbeiterbewegung insgesamt die Fähigkeit nehmen, ungelöste und neu auftretende gesellschaftliche Widersprüche überzeugend aufzugreifen, dabei einmal akzeptierte Kompromißlinien auch schrittweise zu ihren Gunsten zu verändern – oder die gefundenen Lösungen würden tatsächlich zum Reformismus und die ursprüngliche Intention

des „historischen Kompromisses“ zu einer Art „großer Koalition“ nach gehalten Bonner Muster herunterkommen. Es ist überaus wahrscheinlich, daß es in den kommenden Jahren zu mehr als einer Zerreißprobe innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung und zu erbitterten Auseinandersetzungen mit jenen außerparlamentarischen Gruppen, die die Strategie des „historischen Kompromisses“ von vornherein bekämpft haben, über die Frage kommen wird, ob in der politischen Praxis die erste oder zweite der genannten Alternativen umgesetzt wird. Es läßt sich auch keineswegs ausschließen, daß in Teilen oder sogar der Linken insgesamt vorübergehend Fehleinschätzungen eintreten. Denn gerade wenn sich ein revolutionärer Prozeß unter historisch so unerprobten Bedingungen wie in Italien vollziehen muß, reichen die weitsichtigste Strategie und das Können der erfahrensten politischen Führung nicht aus, um Irrtümer und Versäumnisse der Arbeiterbewegung in Einzelfragen oder solcher mit grundsätzlicher Bedeutung von vornherein unmöglich zu machen. Zudem verfügt die alte herrschende Klasse über zahlreiche Mechanismen und hat alles Interesse daran, diese einzusetzen, um beispielsweise durch die künstliche Verstärkung der Resonanz linksradikaler Positionen in den Medien, durch die Begünstigung antiautoritärer Proteststimmungen gegen vermeintlich halbherzige Kompromisse der angeblich bereits integrierten Arbeiterorganisationen zu einer Desorientierung und womöglich Spaltung der fortschrittlichen Bewegung zu gelangen.

8. Wenn es jedoch trotz aller Schwierigkeiten nach den Ergebnissen der vorangehenden Analyse wahrscheinlicher ist, daß sich die italienische Arbeiterbewegung den vor ihr liegenden Problemen und Zerreißproben in einem die Gesellschaftsveränderung vorantreibenden Sinne gewachsen zeigt, dann dürften die bereits heute erkennbaren, wenngleich noch nicht in allen Konsequenzen erprobten Zuordnungen, Aufgabenverteilungen und Schwerpunktbildungen im Gefüge der Arbeiterbewegung wie der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte überhaupt einen ganz wesentlichen Teil dessen ausmachen, was sich als die „italienische Lektion“ zur Überwindung des Kapitalismus bezeichnen läßt. Dazu zählt das bei den Kommunisten und Sozialisten des Landes seit langem vorherrschende Grundverständnis, sich ungeachtet ihrer in einigen Bereichen erheblichen strategischen Differenzen, etwa zur Frage „historischer Kompromiß“ oder „linke Alternative“, ausdrücklich als dem Gesamtinteresse der Arbeiterbewegung verpflichteter Teil der politischen Linken zu begreifen und ohne Einschränkung der eigenen Unabhängigkeit entsprechend zusammenzuarbeiten. Dazu gehört weiter der in beiden Parteien vertretene Ansatz, sich durch die Regierungsfunktion nicht an der Teilnahme, Initiierung und systemüberwindenden Orientierung von außerparlamentarischen Massenaktionen in allen gesellschaftlichen Bereichen hindern zu lassen⁷. Ebenso relevant ist aber auch die extensive, von den Parteien bewußt hinzunehmende Ausgestaltung der Gewerkschaftsautonomie, das Vorantreiben der Einheitsprozesse in der Gewerkschaftsbewegung und deren uneingeschränktes Ausgreifen in den Bereich der sozialen Reformen und der allgemeinen Gesellschaftspolitik, um damit ein wirksames Gegengewicht gegen das Aufkommen korporativer Tendenzen in der Arbeiterbewegung zu schaffen⁸. Hinzu kommt die von allen Arbeiterorganisationen verlangte prinzipielle Aufgeschlossenheit für direkt-demokratische Anstöße und Basisaktivitäten aus größeren

oder kleineren Gruppen der arbeitenden Bevölkerung, die gegen jedes Konkurrenzdenken zunächst einmal als selbstverständliche und erwünschte Ausdrucksform breiter demokratischer Massenbeteiligung zu unterstützen sind. Nicht zuletzt gehört hierher auch die Bedeutung, die einer möglichst starken und aktiven, wiederum hinreichend eigenständigen Präsenz der politischen Linken in den Gemeinde-, Kommunal- und Regionalparlamenten und Verwaltungen zufällt.

9. Ein letztes Moment in der Strategie der italienischen Arbeiterbewegung, dem zumindest für die größeren westeuropäischen Länder ein gewisser Grad an Verallgemeinerungsfähigkeit zukommt, betrifft die Berücksichtigung der internationalen Kräfteverhältnisse bei der Festlegung der jeweiligen kurz- und mittelfristigen Aktionsziele in den nationalen Klassenauseinandersetzungen. Da eine genauere Beschreibung der hieraus abgeleiteten Konsequenzen bereits im vorangehenden Abschnitt dieser Einleitung versucht wurde, genügt an dieser Stelle der bloße Hinweis auf das dabei zugrunde gelegte Prinzip. Sein Leitgedanke besteht darin, daß es bei dem erreichten Stand der ökonomischen und politischen Verflechtung unter den kapitalistischen Industrieländern Westeuropas verfehlt wäre, den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ausschließlich im nationalen Rahmen zu konzipieren. Dies schon deshalb, weil Italien auch nach der angestrebten grundlegenden Umorientierung seiner Wirtschaft auf eine intensive, über den bloßen Warenaustausch weit hinausgehende ökonomische Kooperation mit seinen westlichen Nachbarländern angewiesen sein wird und daher an einer Isolierung von diesen Ländern kein Interesse haben kann. Andererseits wäre es ebenso falsch, das Ringen um die Öffnung des Weges zum Sozialismus erst dann in Angriff zu nehmen, wenn hierfür die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in sämtlichen westeuropäischen Ländern herangereift sind. Das hieße nicht nur, dem Land mit den ungünstigsten Kräfteverhältnissen für die Arbeiterbewegung freiwillig die Kontrolle und gegebenenfalls Blockierung revolutionärer Prozesse in den übrigen Staaten zu überlassen. Es würde vor allem den realen Entwicklungsstand der bisher überwiegend im Kapitalinteresse betriebenen westeuropäischen Integration bei weitem überschätzen und zugleich das nationale Eigengewicht sowohl der sozialökonomischen Rahmenbedingungen als auch der höchst unterschiedlichen, geschichtlichen, politischen und kulturellen Traditionen in den einzelnen Ländern unterbewerten. Daher muß es für die italienische Linke darum gehen, einerseits jenes Maß an unverzichtbarer nationaler Autonomie gerade auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet zu behaupten, das notwendig ist, um die entscheidenden gesellschaftlichen Umstrukturierungen mit sozialistischer Zielsetzung im eigenen Land einleiten zu können. Andererseits muß alles daran gesetzt werden, um sowohl durch die Form und den Inhalt der im nationalen Rahmen in Gang gebrachten Gesellschaftsveränderungen als auch durch den gestiegenen internationalen Einfluß, über den man in der Regierung verfügt, zur generellen Stärkung der fortschrittlichen Kräfte in Westeuropa beizutragen und dadurch die Gefahren zu vermeiden oder jedenfalls zu vermindern, die anderenfalls aus einer unüberbrückbaren gesellschaftlichen Auseinanderentwicklung der einzelnen Staaten Westeuropas entstehen müßten. So könnte man sagen, daß der internationale Teil der „italienischen Lektion“ gerade darin

besteht, die westeuropäische Dimension des eigenen Wegs zum Sozialismus grundsätzlich zu bejahen, sie als produktive Herausforderung zu begreifen und sie langfristig zu einem zusätzlichen Hebel für die grundlegende Umgestaltung des internationalen Kapitalismus in einem seiner Kerngebiete werden zu lassen. Dabei sollte klar sein, daß sich auf Italien zu Unrecht beruft, wer nicht auch den für die dortige Arbeiterbewegung grundlegenden Gedanken der Einheit und Zusammenarbeit aller Teile der Linken für seine eigene Position anerkennt und sich gerade für die Zusammenarbeit aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte auf westeuropäischer Ebene zu eigen macht.

Die Präzisierung und restlose theoretische Ausleuchtung der gegenseitigen Verknüpfung von Demokratie und Sozialismus, die Entwicklung eines neuen marxistischen Zentralbegriffs zur Bestimmung der Rolle der Arbeiterklasse im Sozialismus und auf dem Weg dorthin, die Durchdringung aller gesellschaftlicher Bereiche durch eine breit gegliederte und in sich differenzierte, dennoch in ihrer sozialistischen Grundorientierung weithin einheitliche Arbeiterbewegung, schließlich ein besonders ausgeprägtes Maß an internationalistischem Bewußtsein – das ist wahrhaftig nicht wenig (sicher auch noch keineswegs alles), was die italienische Linke schon bisher dem weltweiten Kampf für die Verwirklichung humaner und sozialistischer gesellschaftlicher Zustände an eigenen Erfahrungen hinzufügen kann. Es ist aber mehr als genug, um der westeuropäischen Linken zu verdeutlichen, daß sie allen Grund hat, vom weiteren Gang der italienischen Klassenauseinandersetzungen einen entscheidenden Beitrag zur Klärung ihrer eigenen Perspektive zu erwarten, noch mehr jedoch, um aus den Erfahrungen der dortigen Arbeiterbewegung, den positiven wie den negativen, für die Methoden, Zielsetzungen und Strategien der Auseinandersetzung im eigenen Land ihre Lehre zu ziehen.

Anmerkungen

* Überarbeitete Fassung des Schlußkapitels von Detlev Albers: Demokratie und Sozialismus in Italien. Der „historische Kompromiß“ und die Strategie der italienischen Linken. Veröffentlichung Anfang 1978 im Campus-Verlag, Frankfurt.

1 In diesem Sinne aufschlußreich sind die Bemühungen der DC, auf westeuropäischer Ebene einen Zusammenschluß lediglich der christdemokratischen und katholischen Parteien, ohne die westdeutsche CSU, die französischen Gaullisten und die britischen Konservativen zustande zu bringen.

2 Die hier vertretene Hypothese einer „stürmischen“ Entwicklung der französischen Klassenauseinandersetzungen nach der Regierungsübernahme durch die Linke findet, abgesehen von historisch weiter zurückliegenden Erfahrungen, auch im Vergleich des „explosiven Mai 68“ mit dem Ablauf des „heißen Herbstes 69“ in Italien eine Bestätigung, der seinerzeit vielfach als ein „schleichender Mai“ („maggio strisciante“) bezeichnet wurde.

3 Franco Rodano, Die „Keime“ des Kommunismus, in: Sulla politica dei comunisti italiani, Turin 1975, deutsch in: Detlev Albers (Hrsg.), Demokratie und Sozialismus in Italien, Frankfurt 1978.

4 Daß innerhalb der marxistischen Traditionen die Vorstellung revolutionärer Prozesse, die sich über längere Zeiträume hinziehen, als solches nichts neues ist, zeigt etwa eine Äußerung Lenins, wenn er die sozialistische Revolution als eine „ganze Epoche schärfster Klassenkonflikte“ bezeichnet (in: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Lenin-Werke, Band 22, Seite 145). Auch Otto Bauer gelangte bereits in den 20er Jahren zu Feststellungen, die eine überraschende Ähnlichkeit mit dem

heute aus der italienischen Entwicklung abgeleiteten Revolutionsverständnis enthalten: „Die Vorbereitung der sozialistischen Gesellschaft vollzieht sich schon in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Eroberung der Staatsmacht bedeutet nur eine Beschleunigung dieses Prozesses. Zunächst werden kapitalistische und sozialistische Elemente nebeneinander bestehen. Die weitere Entwicklung wird sich so vollziehen, daß Schritt für Schritt die sozialistischen an Raum gewinnen. Wir werden nie mit einem Sprung aus der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft kommen. Dazwischen liegt notwendigerweise eine längere Übergangsperiode.“ (Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus aus: Einführung in die Volkswirtschaftslehre 1926/27; als Broschüre veröffentlicht, Wien o. J., 1958). Neu ist aber sicherlich die Gründlichkeit, mit der sich heute die Arbeiterbewegung im Westen den Problemen einer demokratischen Durchdringung aller Bereiche der alten Gesellschaft vor und während der Revolution ebenso wie anschließend beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung stellen muß.

5 Zum Begriff der „Hegemonie“ vgl. den ausgezeichneten Aufsatz von Alberto Scarponi, „Demokratie und Sozialismus im „italienischen Weg zum Sozialismus““, in: Das Argument Nr. 102, 1977, S. 213 ff. mit weiteren Hinweisen.

6 Die Überlegenheit des Begriffes der „Hegemonie“ gegenüber jenem der „Diktatur des Proletariats“ besteht deshalb vor allem darin, daß er die Notwendigkeit differenzierter, demokratischer Artikulation der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen auch im Sozialismus schon vom Wortsinn her impliziert. Wenn Joseph Schleifstein (Zur Entwicklung der sozialistischen Kräfte in der BRD; in: Das Argument, Nr. 102, 1977, Seite 179 ff. ähnlich schon in seiner: Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin, München 1972; Seite 79 ff.) demgegenüber darauf verweist, daß der Diktaturbegriff bei Marx, Engels, Luxemburg und Lenin als „Synonym für politische Klassenherrschaft“ schlechthin gebraucht wurde und somit die „Diktatur des Proletariats“ keinesfalls den Ausschluß demokratischer Rechte im Sozialismus bedeuten konnte und sollte, dann ist ihm insoweit sicherlich zuzustimmen. Damit ist jedoch über die Tauglichkeit dieses Begriffes für die heutige Arbeiterbewegung nach den Erscheinungen des Stalinismus vor allem in der Sowjetunion, die zweifellos einen Mißbrauch gegenüber der ursprünglichen Intention des Begriffes bedeuteten, aber doch in seinem Namen erfolgten, noch überhaupt nichts ausgesagt.

7 Abgesehen von allen inhaltlichen Differenzen ist es gerade das Fehlen oder das mehr oder minder bewußte Abreißenlassen des notwendigen Zusammenhangs von Regierungstätigkeit und außerparlamentarischer, gesellschaftlicher Mobilisierungsarbeit mit sozialistischer Zielsetzung, dem die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik einen großen Teil ihrer schweren Rückschläge in den 70er Jahren zu verdanken hat. Daran haben auch einige abstrakt weitgehend zutreffende Ausführungen des Kapitels „Vertrauensarbeit“ ihres „Orientierungsrahmen 85“, beschlossen auf dem Mannheimer Parteitag 1975, nichts zu ändern vermocht.

8 Zur neueren Geschichte der italienischen Gewerkschaftsbewegung vgl. Detlev Albers: Von der Einheit zum Kampf um die Einheit. Grundzüge der italienischen Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972. In: Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa. Argument-Sonderband 2. Berlin/West 1974, S. 120–174.

Detlev Albers, geb. 1934 in Goslar, ist Hochschullehrer, z. Z. Konrektor an der Universität Bremen. Seit 1966 Mitglied der SPD, verschiedene Funktionen im SHB und bei den Jungsozialisten, seit 1974 Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes Hamburg-Eimsbüttel. Arbeitsschwerpunkte: Westdeutsche Arbeiterbewegung, vor allem italienische Arbeiterbewegung. Wichtigste Veröffentlichungen: Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek 1971 (zusammen mit W. Goldschmidt u. P. Oehlke); Von der Einheit zum Kampf um die Einheit, Grundzüge der italienischen Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972, in Argument-Sonderband 7, Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa. Argument-Sonderband 2; mehrere Beiträge in Freimut Duve (Hg.): Der Thesenstreit um Stamokap, Reinbek 1973.

Hans Manfred Bock

Die Sozialistische Partei in Frankreich

Ein Literaturbericht*

Der „Parti Socialiste“ (P.S.), in seiner heutigen Form datierbar seit Juni 1971 und seit Juni 1972 in einem strategischen Bündnis mit der Kommunistischen Partei Frankreichs, ist zum Gravitationszentrum der nicht kommunistischen Linken in Frankreich geworden. Seiner Entstehung und organisatorischen sowie strategischen Entwicklung wurde bislang in der politisch-wissenschaftlichen Publizistik in der BRD trotz seiner offensichtlichen hervorragenden Bedeutung für die französische Innenpolitik und für die westeuropäische Sozialismus-Diskussion geringes Interesse zuteil. Der folgende bibliographisch angereicherte Literaturbericht soll einen Überblick ermöglichen.

Die meisten der bisher vorliegenden Buchpublikationen über den P.S. sind verfaßt worden von führenden Repräsentanten der politischen Strömungen, die in der neuen Sozialistischen Partei zusammenkamen; sie vereinigen dokumentarische und analytische Eigenschaften und sollen unter diesen beiden Gesichtspunkten vorgestellt werden. – Das voluminöse Buch von *Jean-Francois Bizot* u.a. ist das Werk von externen politischen Publizisten, das auf der Grundlage von zehnmonatiger Nahbeobachtung des P.S. im Jahre 1975 entstanden ist. Die Bizot und seinen Mitarbeitern gemeinsame politische Einstellung ist geprägt von ihrer Politisierung als Studenten in der Mai-Revolte 1968 und von ihrem zeitweiligen linksradikalen Engagement (11 f.); das Verhältnis der Autoren zum P.S. dürfte repräsentativ sein für den Teil dieser politischen Generation, der nach anfänglicher Ablehnung aller Organisationen der etablierten Linken und nach frustrierender linksradikaler Aktivität („gauchisme“) seine Hoffnung auf die neue Partei setzt (vgl. 23 ff.). Erklärte Absicht der Verfasser ist es, überwiegend in der Form von Porträts und Interviews ein umfassendes Bild der vielfältigen die neue Partei bestimmenden Ideen, Gruppierungen und Personen zu entwerfen. Obwohl dem Buch infolge dieser Darstellungsweise der Reportage kritisch-analytische Qualitäten fehlen, ist es doch wegen der in ihm zusammengetragenen kompakten Fülle von Informationen über das Selbstverständnis der dominierenden Tendenzen in der Partei sowie über ihre führenden (und auch anonymen) Mitglieder eine wertvolle Hilfe zur Orientierung. Bizots Momentaufnahme des P.S. im Jahre 1975 zeigt eine Partei, die noch keineswegs ihre politische Identität gefunden hat und

* Es werden in den Bericht einbezogen die in den siebziger Jahren erschienenen Buchpublikationen über die Entstehung und Entwicklung des P.S. oder einzelner seiner Gruppierungen. Zur älteren Literatur über die Entstehungsphase der neuen Partei s. *Ysmal*, 1970. Folgende neuere Publikationen liegen dem Bericht zugrunde: *Bizot* u.a., 1975; *Poperen*, 1975; *Guidoni*, 1973; *Joxe*, 1973; *Ory* u.a., 1974; *Hurtig*, 1970; *Loschak*, 1971; *Pudlowski*, 1975; *Charzat/Toutain*, 1975. Nach Abschluß des Literaturberichts erschienen: *Chevènement*, 1977; *Mauroy*, 1977; *Mitterrand*, 1977; *Pfister*, 1977.

die noch stark bestimmt wird von den politischen Strömungen, die sich in ihr zusammengefunden haben. Das sind die politischen Weggenossen von Francois Mitterand, die 1971 zur Partei gestoßene „Convention des Institutions Républicaines“ (C.I.R.), hinter deren Richtung etwa ein Drittel der 150 000 Parteimitglieder steht (37–102); die auf ca. ein Viertel der Mitglieder bezifferte Erbmasse der alten Sozialdemokratischen Partei S.F.I.O., aus deren Auflösung 1969 die Grundlagen der neuen Partei entstanden und deren Repräsentanten Pierre Mauroy (Bürgermeister von Lille) und Gaston Defferre (Bürgermeister von Marseille) sind (125–145 und 170–189); die entschlossensten Vertreter des Konzepts der Selbstverwaltung, die „autogestionnaires“, die erst nach der Präsidentenwahl 1974 aus dem Einzugsbereich des P.S.U. und der zweitgrößten Gewerkschaft, der C.F.D.T., zum „Parti Socialiste“ gekommen sind und deren bekanntester Sprecher Michel Rocard ist (146–169); und schließlich das etwa ein Viertel der Mitglieder umfassende „Centre d’Etude de Recherche et d’Education Socialiste“ (C.E.R.E.S.), das seit Anfang 1975 die linke Minderheit in der Partei darstellt (193–239). Diese und andere unbedeutendere Strömungen werden als organisierte Tendenzen nicht geduldet, haben aber auf allen Organisationsstufen bei der Wahl der Führungsgremien und bei Resolutionsanträgen ein Recht auf Vertretung im Verhältnis ihrer Stärke, wenn sie mindestens 5 % der Gesamtzahl der jeweiligen Mandate aufweisen können¹. Angesichts der prekären und wechselnden Kräftekonstellationen, die eine Mehrheit jeweils nur als Koalition mehrerer der genannten Strömungen zustande kommen lassen, fällt dem Ersten Sekretär des P.S., seit 1971 Francois Mitterand, eine wichtige integrierende Rolle zu². Bizot widmet der „komplexen Persönlichkeit“ Mitterands ein Kapitel des Buches (37–58), das dessen facettenreiche politische Biographie³ im höchst kontroversen Urteil seiner Zeitgenossen erscheinen läßt und zugleich seine unbestrittene Autorität in der Partei verdeutlicht. Den noch nicht abgeschlossenen Vorgang der Konsensfindung in der Partei demonstriert das Buch am Beispiel der Bildungs- und der Militär-Politik des P.S. (358–369). Ein grundlegender Konsens besteht hinsichtlich des gesellschaftspolitischen Konzepts der „autogestion“ und des taktischen Konzepts der „unité de la gauche“⁴, über die praktischen Implikationen und die tagespolitischen Konsequenzen dieser Konzepte gehen die Meinungen in der Partei weit auseinander (387–402 und 424–443). Exakte Angaben über die soziologische Struktur der von 1971 bis 1975 von 80 000 auf rund 150 000 gestiegenen Zahl der Parteimitglieder enthält das Buch nicht; die aus den zahlreichen Einzelporträts erschließbare Überrepräsentation von Universitätsdiplomierten in der Führung und von überwiegend jungen, städtischen Mittelschichtzugehörigen in der Mitgliedschaft wird durch erste empirische Untersuchungen bestätigt (Cayrol, 1974; Portelli/Dumias, 1976; Derville, 1976). Der größte Teil der Betriebs-Sektionen des P.S., mit deren Aufbau in Konkurrenz mit dem P.C.F. erst 1971 begonnen wurde und von denen 1975 rund 700 existierten, findet sich im Bereich der öffentlichen Verwaltung (261–283). Die große Partei-Reportage Bizots und seiner Mitarbeiter wird ergänzt durch drei nützliche chronologische Überblicke über die Entwicklung des „courant autogestionnaire“, über den politischen Werdegang Mitterands von 1958 bis 1971 und über die wichtigsten Etappen im Aufbau des P.S..

Ein detaillierter chronologischer Bericht über die Vorgeschichte und das Werden des P.S. liegt vor mit *Jean Poperens* Buch über die Einheit der Linken⁵. Der Pariser Historiker Poperen, der seit 1958 die strategische Einheit der Linken als politisches Remedium gegen den Gaullismus zuerst im P.S.U., dann in einer eigenen politischen Gruppierung (U.G.C.S.)⁶ und seit 1969 im „Nouveau Parti Socialiste“ vertrat und der seit 1972 zur Führung des P.S. gehört, zeichnet in minutiöser Weise die Verhältnisse in und zwischen den Organisationen der Linken von 1965 bis 1974 auf. Den vielfachen Bemühungen um die Herstellung einer strategischen Einheit der seit 1958 zunehmend gespaltenen Linken, die erst mit der Annahme des Gemeinsamen Programms von 1972 (Programme, 1972) erfolgreich waren, gilt das besondere Interesse des Autors. Den analytischen Anspruch der Arbeit grenzt Poperen ein auf das Studium „des politischen und ideologischen Verhaltens der großen Organisationen“ (4) und klammert die an sich für notwendig gehaltene politisch-soziologische und sozialhistorische Vertiefung des Themas aus. In der Tat enthält nur das Kapitel über die Mai-Revolte 1968 eine solche vertiefende Kontext-Analyse (87 ff.); im übrigen bringt der Autor eine mit Insider-Kenntnissen gespickte, mit den Wertmaßstäben der von ihm vertretenen Strömung urteilende Darstellung der Entwicklung der gesamten organisierten Linken seit 1965⁷. Gerade weil der Verfasser nicht beabsichtigt, eine nicht wertende Darstellung der Ereignisse zu geben, mag man es allerdings bedauern, daß er z. B. die von ihm selbst eingeführte kritische Kategorie der „Sozialtechnokratie“⁸ nicht auf den P.S. anwendet und diskutiert, inwiefern die neue Partei dieser von ihm diagnostizierten Gefahr ausgesetzt ist. Die Beschreibung setzt ein bei dem ersten großen Versuch einer Sammlung der nicht kommunistischen Linken, der Mitte 1965 in der F.G.D.S. unter Führung Mitterands begonnen wurde (9 ff. und 30–83)⁹. An der F.G.D.S. waren neben der S.F.I.O., dem Parti Radical und der C.I.R. zahlreiche politische Clubs (dazu Massuz, 1970 und Wilson, 1971, S. 77–107) beteiligt, die aus der tendenziellen Desintegration der demokratischen und sozialistischen Parteien der 4. Republik unter dem Druck des Gaullismus (vgl. dazu Borella, 1973, S. 19 ff.) hervorgegangen waren und die bei der Neuformierung der Linken eine wichtige Rolle spielen sollten. Der Einigungsversuch scheiterte im Wesentlichen am Organisations-Patriotismus der beteiligten Parteien, besonders der S.F.I.O. unter Guy Mollet, und wurde nach der Mai-Revolte 1968 abgebrochen. In der Analyse der Mai-Revolte verweilt Poperen bei dem als neuartiges Phänomen ernstgenommenen „gauchisme“, dem Linksradikalismus trotzkistischer, maoistischer und anarchistischer Observanz (87–98). Die auf sozial- und tarifpolitische Bahnen einlenkende Haltung des P.C.F. während des Generalstreiks wird aus der These entwickelt, die KPF sei „allein zu schwach gewesen, um die Macht zu übernehmen, gleichzeitig aber zu stark als daß ihre Verbündeten gewagt hätten, sie mit ihr gemeinsam zu ergreifen“ (136). Die als „historischer Schub“ (363) bezeichnete Langzeitwirkung der Mai-Revolte ist nach Poperen der Schlüssel zum Verständnis der Organisationen der Linken in den nachfolgenden Jahren. Durch sie wurde objektiv die Aktionseinheit der Linken ermöglicht, deren Realisierung allerdings eine tiefgreifende Erneuerung der großen Arbeiterparteien erst noch voraussetzte. Diese Erneuerung vollzog sich seit 1969 mühsam in der alten S.F.I.O., die nach Abbruch der in der

F.G.D.S. geführten Verhandlungen mit dem Parti Radical¹⁰ und der C.I.R. und unter Heranziehung einiger Clubs versuchte, sich aus eigenen Kräften zu renovieren; sie konstituierte sich unter Führung Alain Savarys als „Nouveau Parti Socialiste“ (228–275), schloß jedoch ihre Erneuerung erst Mitte 1971 nach der Vereinigung mit der C.I.R. und einzelnen Kräften des P.S.U., der C.F.D.T. und des linkskatholischen Lagers ab. Mit Abschluß dieses Neuformierungsprozesses der nicht kommunistischen Linken war es möglich, von einer Position der relativen Stärke mit dem P.C.F., der seinerseits 1969 die fundamentalste Wandlung seiner Geschichte begann (336–359)¹¹, in Verhandlungen über ein strategisches Bündnis der Linken einzutreten, das Mitte 1972 zustande kam (360–399). Dem P.S.U.¹², der dem Einigungsversuch der F.G.D.S. ferngeblieben war und aus dem Poperen 1967 im Zorn darüber ausgetreten war (19 ff., 55 ff., 68 ff.), testiert der Autor eine späte Bekehrung zur Einheit der Linken (407 ff.); der sich 1974 abzeichnenden Aufnahme des Rocard-Flügels des P.S.U. und erheblicher Teile der C.F.D.T.¹³, die sich als „courant autogestionnaire“ definieren, begegnet er mit Mißtrauen und Furcht vor einer „sozialtechnokratischen“ Überfremdung des P.S.

Das Buch von *Pierre Guidoni*, einem führenden Vertreter des C.E.R.E.S. und Mitglied des Exekutiv-Büros des P.S.¹⁴, konzentriert sich ausschließlich – und unter Vernachlässigung der sozio-ökonomischen und politischen Kontext-Analyse – auf den Transformationsvorgang von der S.F.I.O. zum P.S. in der Periode von der Mai-Revolté 1968 bis zu den Parlamentswahlen 1973. Die Publikation versucht, eine allzu breite Wiedergabe der innerparteilichen Intrigen und Abrechnungen zu vermeiden (18), und kommentiert diesen Abschnitt der Geschichte des P.S. einzig aus der Sicht des C.E.R.E.S.¹⁵, das sich als die wichtigste treibende Kraft in der Mutation der S.F.I.O. von der sozialdemokratischen zur sozialistischen Partei versteht. Guidoni zeichnet das Bild einer S.F.I.O. im Jahre 1968, die am Ende ihrer jahrzehntelangen Geschichte der Mai-Revolté verständnislos und reaktionsunfähig gegenübersteht und die geführt wird von in ihren Wahlämtern ergrauten, in Kategorien der Klassenharmonie denkenden Notabeln (19–55). Die Periode von 1969 bis 1971, während deren die Partei einen ersten Renovierungsversuch unter Savary unternahm und während deren das C.E.R.E.S. in partieller Zusammenarbeit mit Poperens U.G.C.S. die linke Opposition darstellte, wird einer unnachsichtigen Kritik unterzogen; weder die organisatorische Erneuerung, noch die Abkehr von der ausschließlich parlamentarischen Taktik, noch ein klares Bekenntnis zur Strategie der Einheit der Linken sei in diesen Jahren verwirklicht worden (130 ff.). Die Studie dokumentiert und kommentiert in der zweiten Hälfte vor allem die drei entscheidenden Stationen auf dem Wege der Umwandlung der Partei: den Vereinigungs-Kongreß von Epinay-sur-Seine im Juni 1971, die Ausarbeitung des im März 1972 angenommenen Regierungsprogramms des P.S. und die Entstehung des Gemeinsamen Regierungsprogramms von P.S. und P.C.F. vom Juni 1972. Guidoni stellt die viel diskutierte Ablösung der Führungs-Equipe Alain Savarys, die von Guy Mollet und Poperen unterstützt wurde, durch eine neue Mehrheits-Koalition von C.I.R., C.E.R.E.S. und den traditionell mitgliederstärksten und gemäßigten Föderationen (Nord unter Pierre Mauroy und Bouches-du-Rhône unter Deferre) als das

Ergebnis einer demokratisch geführten innerparteilichen Diskussion dar (161–187). Dem C.E.R.E.S. fiel trotz seiner zahlenmäßigen Schwäche aus koalitionsarithmetischen Gründen eine Schlüsselrolle zu; der von ihm vorgeschlagene Proportionalwahl-Modus wurde vom Kongreß in Epinay angenommen, einer seiner Anführer, Jean-Pierre Chevènement¹⁶, erhielt die Federführung bei der Ausarbeitung des Regierungsprogramms des P.S. übertragen und die C.E.R.E.S.-Repräsentanten konnten Teile ihrer Vorstellungen in diesem Text und im Gemeinsamen Programm durchsetzen. Anfang 1973 sieht Guidoni im P.S. im Wesentlichen zwei um die Gestaltung der neuen Partei konkurrierende Logiken am Werk: „Einerseits diejenigen, die aufgrund rein kommunalpolitischer Erfahrungen das Problem der Machtübernahme nur unter wahltaktischen und parlamentarischen Gesichtspunkten sehen, das Problem der Einheit als Bündnis von Gruppen von Notabeln und das Problem der Machtausübung in Begriffen zentralisierter Verwaltung. Andererseits die Militanten, die von der entscheidenden Rolle einer nicht nur im Hinblick auf Wahlen handlungsfähigen Organisation überzeugt sind, die dem Aufbau einer auf der Basis des Klassenkampfes erneuerten Partei den Vorzug geben und die sich die Machtübernahme nur in der Perspektive der Selbstverwaltung vorstellen können, in der der selbständigen Aktion der Massen eine bestimmende Rolle zukommt.“ (358). Die zuletzt genannte Option, die Guidoni im neuen P.S. 1973 noch dominieren sieht, verteidigt er abschließend im Namen des C.E.R.E.S. sowohl gegen die Nostalgiker der S.F.I.O. als auch gegen den „Sozialtechnokratie“-Vorwurf Poperens (360 ff.). Das Buch enthält eine Dokumenten-Sammlung zur innerparteilichen Entwicklung der Jahre 1969 bis 1972 (371–406).

Die Publikationen von Pierre Joxe, Pascal Ory u.a. und Christiane Hurtig skizzieren den P.S. im größeren Zusammenhang der Geschichte des Sozialismus in Frankreich und wollen vor allem Basisinformationen vermitteln. Das Büchlein von *Pierre Joxe*¹⁷, einem engen Mitarbeiter Mitterands aus der Zeit der C.I.R. und im P.S. Mitglied des Exekutiv-Büros und Leiter des 1969 gegründeten „Institut d'Etudes Socialistes“, gibt eine knappe Gegenwartsanalyse unter Berufung auf Marx' Entfremdungs- und Mehrwert-Theorie (5–15). Als Erbe der S.F.I.O. wird für den P.S. die durch Jean Jaurès, Jules Guesde und Léon Blum begründete Tradition reklamiert (14), nicht aber deren Nachkriegsentwicklung unter Guy Mollet. Ein parteigeschichtlicher Abriss (15–32) legt den Akzent auf die hoffnungslose „Balkanisierung“ der sozialistischen Kräfte in der frühen 5. Republik und die vom „Geist des Mai 1968“ (24) wesentlich inspirierte Aufbauarbeit des P.S. seit 1971. Die organisatorische Gliederung der Partei, einschließlich ihrer Presse¹⁸ und ihrer Studienkreise, wird dargestellt (35–55). Die gesamte zweite Hälfte der Schrift enthält eine erläuternde Paraphrase der ersten vier Kapitel des Regierungsprogramms des P.S. vom März 1972. – Die Schrift von *Pascal Ory* u.a. ist das Werk eines Autorenkollektivs, das unter dem Signum „Démocratie et Université“ seit 1967 der C.I.R., seit 1971 dem P.S. als „laboratoire de pensée“ (131) dient. In dem parteigeschichtlichen Überblick von 1944 bis 1973 ist besonders interessant die historisch-kritische Auseinandersetzung mit der von der S.F.I.O. in der 4. Republik praktizierten Strategie der „troisième force“ (15–33), d.h. jener Strategie, die im Kampfe gegen den Gaullismus und gegen den Kom-

munismus eine Regierungskoalition mit dem bürgerlichen Zentrum (besonders dem M.R.P.) anstrebte; diese strategische Option, der genaue Gegenbegriff zur „*unité de la gauche*“, wird zwar vom P.S. fast einhellig verurteilt, ihre systematische Kritik ist jedoch bisher kaum versucht worden¹⁹. Auch ein – allzu knappes – Kapitel über die überwiegend intellektuellen Dissidenten der S.F.I.O. und des P.C.F. der fünfziger und der frühen sechziger Jahre enthält interessante Hinweise auf die politische Vergangenheit heutiger Protagonisten des P.S. (39 ff.). Im übrigen resümiert die Schrift die Einigungsversuche der sozialistischen Linken von der F.G.D.S. bis zum Kongreß des P.S. in Epinay-sur-Seine. Eine Dokumentation dieser Bemühungen, eine – unvollständige – Bibliographie und eine Selbstdarstellung von „*Démocratie et Université*“ finden sich im Anhang. – Die Publikation von *Christiane Hurlig* ist zwar angesichts der beiden anderen Überblicks-Darstellungen veraltet, bietet jedoch für die unmittelbare Vorgeschichte des P.S. eine Fülle ergänzenden Materials. Als Arbeits-Dossier für die universitäre Lehre zusammengestellt, kompiliert sie wahlsoziologische, wahlgeographische, parteisoziologische und chronologische Daten, sowie thematisch gruppierte Textauszüge aus Quellen und Sekundärliteratur zur Nachkriegsgeschichte des französischen Sozialismus.

Mit den Studien von Danièle Loschak, Gilles Pudlowski und Michel Charzat/Ghislaine Toutain liegen erste monographische Untersuchungen zu den Organisationen vor, aus deren Fusion der P.S. hervorging und deren Traditionen noch in seinen diversen innerparteilichen Strömungen wirksam sind. *Danièle Loschak* skizziert die Geschichte der C.I.R. von 1964 bis 1971 und analysiert ihre politische Orientierung, ihre organisatorische Struktur und die Soziologie ihrer Mitglieder und Wähler. Entstanden im Hinblick auf die erste plebiszitäre Präsidentenwahl 1965 als politischer Formierungsversuch von rund 50 der 120 derzeit existierenden Clubs, wurde die C.I.R. zur Hausmacht Francois Mitterands, des gemeinsamen Präsidentschafts-Kandidaten der Linken. Anfangs politisch heterogen und überwiegend an verfassungsrechtlichen Fragen interessiert, entwickelte sie vor und verstärkt nach 1968 ein sozialistisches Selbstverständnis und konzentrierte ihr Interesse auf die Vorbereitung der Einigung der nicht kommunistischen Linken und auf die Erarbeitung einer antikapitalistischen ökonomischen und sozialen Reformstrategie (40 ff.)²⁰. Ihre dezentrale Organisationsstruktur war charakterisiert durch die korporative Mitgliedschaft der Clubs und durch individuelle Mitgliedschaften (59 ff.). Das soziologische Profil ihrer 1971 etwa 12 000 Mitglieder wurde bestimmt durch die Vorherrschaft intellektueller Dienstleistungs-Berufe mittleren Alters (Lehrberufe, höhere Angestellte und freie Berufe) (69 ff.). – Die Arbeit von *Gilles Pudlowski*, einem Militanten der Sozialistischen Studentenorganisation, beschreibt in chronologischer Anordnung die Genese eines anderen Integrationsversuchs der politischen Clubs Mitte der sechziger Jahre, der „*Union des Groupes et Clubs Socialistes*“ (U.G.C.S.)²¹, und deren marginale Rolle in der F.G.D.S. sowie ihre Bedeutung für die Konstituierung des „*Nouveau Parti Socialiste*“, in dem sie sich 1969 auflöste. Jean Poperen, der diese Formation gründete und repräsentierte, brach 1958 wegen der zögernden Entstalinisierung und aus Vorbehalt gegenüber dem Prinzip des demokratischen Zentralismus mit dem P.C.F. (30 ff.) und wurde als Gründungsmitglied des

P.S.U. der Vorkämpfer einer orthodox marxistisch argumentierenden und die strategische Einheit der Linken propagierenden Tendenz in dieser von der S.F.I.O. abgespaltenen Partei der Neuen Linken (36–50). Wegen seiner Befürwortung der F.G.D.S. schied er im Oktober 1967 aus dem P.S.U. aus und gründete mit Unterstützung von Sozialisten und Kommunisten, die sich in gleicher Weise „gegen den sozialdemokratischen Opportunismus und die stalinistische Bürokratie“ (65) wandten, die U.G.C.S.. Die Union nahm mit ihren relativ schwachen Kräften (knapp 1 000 Aktive in etwa einem Drittel der Départements) teil an den Massenbewegungen des Mai 1968 und beteiligte sich – mit einem wachsenden Kreis von Sympathisanten – trotz vieler Vorbehalte an der Konstituierung des „Nouveau Parti Socialiste“ im Jahre 1969 (96 ff.). In ihrer Führung dominierten Intellektuelle und fehlten Vertreter der Industriearbeiterschaft (128 f.). Die politisch-ökonomischen und soziologischen Überlegungen des Kreises um Poperen, der durch den Studienzirkel E.R.I.S.²² nicht ohne Einfluß im P.S. ist, werden vom Verfasser der Studie unzureichend referiert und überhaupt nicht kritisch diskutiert. – Das Buch von *Michel Charzat* und anderen führenden Vertretern des C.E.R.E.S. stellt den Versuch einer Rechenschaftslegung über den Werdegang sowie die theoretische und strategische Position dieser Tendenz im P.S. dar, nachdem sie – von Mitte 1971 bis Ende 1974 eine einflußreiche gestaltende Kraft beim Aufbau der Partei – Anfang 1975 die Rolle der linken Minderheit hatte übernehmen müssen. Mitte der sechziger Jahre von im Algerienkrieg politisierten E.N.A.-Absolventen innerhalb der S.F.I.O. konstituiert (40 ff.), gelang es dem C.E.R.E.S. nach der Mai-Revolte 1968 mit seiner rigorosen Kritik an der Sozialdemokratie und seiner Forderung nach ihrer Umgestaltung in eine Sozialistische Partei Gehör zu finden und im Herbst 1969 die Führung der Pariser Föderation des im Entstehen begriffenen P.S. zu übernehmen. Der aktive Kern des C.E.R.E.S. setzte sich 1974/75 zu 70 % aus P.S.-Mitgliedern unter 35 Jahren zusammen, in ihm ist die sozio-professionelle Gruppe der Lehrberufe mit 25 % am stärksten vertreten (263 ff); sein Sympathisanten-Kreis wird vom C.E.R.E.S. selbst auf 30 000 bis 40 000 P.S.-Mitglieder im Jahre 1975 geschätzt (45 f.). Als praktische Ansatzpunkte zur Schaffung einer wahrhaft sozialistischen Partei galten und gelten ihm: die Absage an Koalitionen mit Kräften der bürgerlichen Mitte („centrisme“), die an keine Vorbedingungen geknüpfte Aufnahme von Verhandlungen mit dem P.C.F. und die Gründung und Förderung insbesondere von Betriebs-Sektionen. Der chronologische Bericht des Buches (61–138) ergänzt die Darstellung Guidonis um die Analyse der Partei-Kongresse in Grenoble 1973 und in Pau 1975. Die in Pau erfolgte Verdrängung des C.E.R.E.S. aus der Führungs-Koalition des P.S. wird als sozialdemokratischer Rückfall gedeutet, als „Reaktion der Selbstverteidigung einer durch Aussicht auf die Macht renovierten und gekräftigten Sozialdemokratie“ (131). Der zweite Hauptteil des Buches (141–242) faßt die Ergebnisse der vom C.E.R.E.S. erstellten Gesellschafts-Analyse und seine daraus abgeleitete antikapitalistische Strategie zusammen²³. Die marxistische Gesellschafts-Analyse weiß sich neben der Tradition des nicht leninistischen Marxismus in Frankreich besonders Otto Bauer und Antonio Gramsci sowie den neueren Erkenntnis-Beiträgen der Psychoanalyse, der Anthropologie und der politischen Ökonomie verpflichtet (243 ff).

Die strategischen Überlegungen heben ab auf den zentralen Begriff der „autogestion“ (177 ff.) und konzentrieren sich auf die Bedingungen der Realisierung des „projet autogestionnaire“ in der Periode des Übergangs zum Sozialismus (211 ff.). Im Vorwort des Buches umreißt Jean-Pierre Chevènement die Aufgaben des C.E.R.E.S. in der Rolle der innerparteilichen Opposition; nach seinem Urteil hat die Partei auf dem Wege der Umgestaltung von der sozialdemokratischen zur sozialistischen Organisation die halbe Strecke zurückgelegt: Eine Umkehr auf diesem Wege sei nach wie vor nicht auszuschließen, Aufgabe des C.E.R.E.S. sei es, die Partei auf diesem Wege voranzutreiben.

Anmerkungen

1 Vgl. P.S., 1975a. Die Praxis dieses innerparteilichen Proportionalwahl-Modus illustriert Bizot am Beispiel des Kongresses in Pau vom Januar 1975. *Bizot* u.a., 1975, S. 243–259.

2 Zur politischen Biographie Mitterands s. *Cayrol*, 1967, *Borzeix*, 1973, und *Giesbert*, 1977. *Mitterand* veröffentlichte seit 1971: *La Rose au Poing*, Paris 1973 (Flammarion); *La Paille et le Grain*, Paris 1975 (Flammarion).

3 Er war 11 mal Minister in der 4. Republik, Führer der „Union Démocratique des Socialistes de la Résistance“ seit 1953, der C.I.R. und der „Fédération de la Gauche Démocrate et Socialiste“ (F.G.D.S.) seit 1965, antigauillistischer Präsidentschafts-Kandidat 1965 und 1974.

4 Zwei parteioffizielle Plattformen, die die entsprechenden Aussagen des Regierungsprogramms des P.S. von 1972 ergänzen und präzisieren sollen, wurden 1975 zu diesen beiden zentralen Konzepten angenommen als Minimalkonsens; vgl. P.S. 1975b, und P.S. 1975c.

5 Der Studie ist ein erster Band vorausgegangen, der die Entwicklung der organisierten Linken in der 5. Republik bis 1965 zum Thema hat: *Poperen*, 1972.

6 „Union des Groupes et Clubs Socialistes“; s. dazu unten das Resumé der Studie von Gilles Pudlowski.

7 Seine — eher beiläufigen — kritischen Bemerkungen zu führenden Persönlichkeiten der Linken entfachten eine Kontroverse um das Buch mit dem P.C.F.. Aber auch das C.E.R.E.S. reagierte vehement kritisch auf Poperens Veröffentlichung; s. „Frontière“, n° 3 (Feb. 1973): L'histoire de la Gauche selon Jean Poperen.

8 „Sozialtechnokratie“ wird von Poperen definiert als die Tendenz in der Arbeiterbewegung, „die der Aristokratie der Lohnabhängigen eine Führungsrolle im Aufbau und in der Leitung des Sozialismus zuerkennt.“ *Poperen*, 1972; vgl. auch: *Poperen*, 1969, S. 27–32.

9 Deren Chronik hat einer der engsten Mitarbeiter Mitterands geschrieben: *Estier*, 1970; vgl. auch den Versuch einer Analyse: *Wilson*, 1971, S. 135–191.

10 Zur weiteren Entwicklung des Parti Radical, dem Erneuerungsversuch durch Jean-Jaques Servan-Schreiber seit 1969 und der Abspaltung der Radicaux de Gauche unter Führung von Robert Fabre seit 1972, s. *Nordmann*, 1974, S. 458 ff. und S. 480 ff.

11 Vgl. dazu als Selbstdarstellung: *Elleinstein*, 1976, und als groß angelegte Reportage von externer Position — die als Vorbild für das Buch Bizots über den P.S. diente — : *Harris / de Sédouy*, 1974.

12 Als neuere Arbeiten zum P.S.U. s. *Depreux*, 1974, und: *Nania*, 1973.

13 Zur C.F.D.T., der ehemaligen christlichen Gewerkschaft, die Anfang der sechziger Jahre ihre Neuorientierung begann und seit Mai 1968 in teilweise anarcho-syndikalistische Bahnen lenkte, s. *Maire* u.a., 1976, und: *Maire* u.a., 1973.

14 Ein politisches Porträt Guidonis findet sich in: *Bizot* u.a., 1975, S. 19 ff.

15 Führende Vertreter des C.E.R.E.S., allesamt junge Absolventen der Verwaltungs-Elite-Hochschule E.N.A., hatten bereits 1969 ihre vernichtende Kritik an der Sozialdemokratie vorgetragen in der Streitschrift: *Mandrin, Jaques* (Pseudonym), *Socialisme ou social-médiocratie*.

16 Chevènement, einer der aktivsten Initiatoren des C.E.R.E.S., hat seinen politischen Weg und seine Sicht der Entstehung des P.S. dargestellt in: *Chevènement, Jean-Pierre, Le vieux, la crise et le neuf.*

17 Zu Joxe vgl. auch *Bizot* u.a., 1975, S. 193–214.

18 Die zentralen Periodika des P.S. sind: „L'Unité“, seit Januar 1972 erscheinende Wochenschrift, „Combat Socialiste“, seit September 1971 erscheinende Chronik der sozialen Kämpfe, „Le Poing et la Rose“, 1972 lanciertes parteiinternes Bulletin, und „La Nouvelle Revue Socialiste“, seit April 1974 das theoretische Diskussionsorgan des P.S..

19 Als materialreiche Grundlage für eine solche organisations- und ideologiekritische Arbeit liegt vor das Buch eines oppositionellen Sozialdemokraten: *Quilliot*, 1972.

20 Die wichtigste programmatische Zusammenfassung dieser Strategie findet sich in dem 1969/70 von der C.I.R. vorgelegten „Contrat Socialiste“, s. *Mitterand*, 1970, S. 43–107.

21 Der neben der C.I.R. und der U.G.C.S. wichtigste Formierungsversuch der politischen Clubs, die im Herbst 1965 von Alain Savary gegründete und geführte „Union des Clubs pour le Renouveau de la Gauche“ (U.C.R.G.), ist bislang nicht Gegenstand einer selbständigen Untersuchung geworden.

22 „Etudes, Recherches et Informations Socialistes“. Die dem P.S. assoziierte Vereinigung publiziert seit November 1973 die Monatsschrift „Cahiers de l'E.R.I.S.“.

23 S. dazu die vom C.E.R.E.S. seit Dezember 1972 herausgegebene theoretische Zeitschrift „Frontière“ und das der innerparteilichen Kritik gewidmete, seit 1976 gedruckt erscheinende Periodikum „Volonté Socialiste“. „Frontière“ wird seit September 1975 fortgesetzt mit dem Titelkopf „Repères“.

Literaturverzeichnis

Bizot, Jean-Francois, avec la collaboration de Léon Mercadet et Patrice van Eersel, 1975: Au parti des Socialistes. Plongée libre dans les courants d'un grand parti. Bernard Grasset, Paris (490 S., br., 55,- F)

Borella, Francois, 1973: Les partis politiques dans la France d'aujourd'hui, Paris

Borzeix, Jean-Marie, 1973: Mitterand par lui-même, Paris

Cayrol, Roland, 1967: Francois Mitterand, Paris

ders., 1974: Les militants du Parti Socialiste. Contribution à une sociologie, in: „Projet“, n° 88 (Sept./Okt. 1974), S. 929–940

Charzat, Michel, et Ghislaine Toutain, 1975: Le C.E.R.E.S.. Un combat pour le socialisme. Préface de Jean-Pierre Chevènement. Calmann-Lévy, Paris (279 S., br., 34,- F) (Deutsche Übersetzung angekündigt für Herbst 1977: M. Charzat, Gh. Toutain, J.-P. Chevènement, CERES. Strategie für den Sozialismus. Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung, Hamburg/Westberlin [176 S., br., 14,80 DM])

Chevènement, Jean-Pierre, 1974: Le vieux, la crise et le neuf, Paris

ders., 1977: Les socialistes, les communistes et les autres, Paris

Depreux, Edouard, 1974: Servitude et grandeur du P.S.U., Paris

Derville, Jaques, 1976: La Fédération Socialiste de l'Isère depuis 1969. Contribution à l'étude de l'évolution du parti socialiste, in: „Revue Française de Science Politique“, vol. 26 (Juni 1976), S. 568–599

Elleinstein, Jean, 1976: Le P.C., Paris (Deutsche Übersetzung angekündigt: Jean Elleinstein, P.C.F.. Parti Communiste Français. Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung, Hamburg/Westberlin [160 S., br., 14,80 DM])

Estier, Claude, 1970: Journal d'un Fédéré. La Fédération de la Gauche au jour le jour 1965–1969, Paris

Giesbert, Franz-Olivier, 1977: Francois Mitterand ou la tentation de l'histoire, Paris

Guidoni, Pierre, 1973: Histoire du nouveau parti socialiste. Préface de Didier Motchane. Tema-Editions, Paris (406 S., br., 26,- F)

Harris, André, et Alain de Sédouy, 1974: Voyage à l'intérieur du Parti Communiste, Paris

- Hurtig, Christiane*, 1970: De la S.F.I.O. au nouveau Parti Socialiste. Armand Colin, Paris (128 S., br., 15,- F)
- Joxe, Pierre*, 1973: Parti Socialiste. Préface de Francois Mitterand. Epi-Editeurs, Paris (132 S., br., 20,- F)
- Loschak, Danièle*, 1971: La Convention des Institutions Républicaines. Francois Mitterand et le socialisme. Presses Universitaires de France, Paris (96 S., br., 11,- F)
- Maire, Edmond, Alfred Krumnow et Albert Detraz*, 1973: La C.F.D.T. et l'autogestion, Paris
- Maire, Edmond, et Jaques Juillard*, 1976: La C.F.D.T. aujourd'hui, Paris
- Mandrin, Jaques (Pseudonym)*, 1969: Socialisme ou social médiocratie, Paris
- Mauroy, Pierre*, 1977: Héritiers de l'avenir, Paris
- Mitterand, Francois*, 1970: Un socialisme du possible, Paris
- ders., 1973: La Rose au Poing, Paris
- ders., 1975: La Paille et le Grain, Paris
- ders., 1977: Politique, Paris
- Mossuz, Janine*, 1970: Les clubs et la politique en France, Paris
- Nania, Guy*, 1973: Le P.S.U. avant Rocard. Préface de Jean Poperen, Paris
- Nordmann, Jean-Thomas*, 1974: Histoire des Radicaux 1820–1973, Paris
- Ory, Pascal, Gérard Delfau et Michel Berson*, 1974: Les chemins de l'unité. Déclin et renouveau du socialisme français depuis la libération. Préface de Pierre Joxe. Tema-Editions, Paris (132 S., br., 22,- F)
- Pfister, Thierry*, 1977: Les socialistes, Paris
- P.S., 1972: Changer la Vie. Programme de Gouvernement du Parti Socialiste, Paris
- P.S., 1975a: Guide du nouvel adhérent. Parti Socialiste. Bureau National d'Adhésions (Supplément au n° 43 „Le Poing et la Rose“), Paris
- P.S., 1975b: Quinze thèses sur l'autogestion, adoptées par la Convention Nationale du P.S. des 21 et 22 juin 1975, in: „Le Poing et la Rose“, Supplément au n° 45
- P.S., 1975c: Les relations P.S. — P.C.. Rapport préparé pour la Convention Nationale des 3 et 4 Mai 1975, in: „Le Poing et la Rose“, n° 40
- Poperen, Jean*, 1969: Une stratégie pour la gauche, Paris
- ders., 1972: La Gauche Française. Le nouvel âge 1958–1965, Paris
- ders., 1975: L'Unité de la Gauche 1965–1973. Fayard, Paris (474 S., br., 43,50 F)
- Portelli, Hugues, et Thierry Dumias*, 1976: Les militants socialistes à Paris, in: „Projet“, n° 111 (Jan. 1976), S. 35–43
- Programme*, 1972: Le Programme Commun de Gouvernement P.S.-P.C.- Rad. de G., Paris (Deutsche Übersetzung: Gemeinsames Regierungsprogramm der FKP und der PS. Einleitung von Georges Marchais, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, 1972)
- Pudlowski, Gilles*, 1975: Jean Poperen et l'U.G.C.S.. Du P.S.U. au Parti Socialiste. Itinéraire d'un courant politique. Préface de Colette Audry. Editions Saint-Germain-des-Prés, Paris (162 S., br., 25,- F)
- Quilliot, Roger*, 1972: La S.F.I.O. et l'exercice du pouvoir 1944–1958, Paris
- Wilson, Frank L.*, 1971: The French Democratic Left 1963–1969. Toward a Modern Party System, Stanford/Cal.
- Ysmal, Colette*, 1970: Sur la Gauche Socialiste, in: „Revue Française de Science Politique“, vol. 20, n° 5 (Okt. 1970), S. 991–1010

Michael Masuch

Wie wird im Sozialismus geplant?

1. Problemstellung

Kein Thema ist unter Sozialisten so umstritten wie der Sozialismus im Sozialismus. Verschiedene Gruppierungen der Linken greifen die sozialistischen Systeme, insbesondere die RGW-Länder¹ als „Staatskapitalismus“, „bürokratischen Sozialismus“ und „Sozialimperialismus“ an. Für sie haben die betreffenden Sozialsysteme ihre Orientierungskraft eingebüßt, haben den Sozialismus verraten und befinden sich auf dem Abweg: Fehler sind gemacht worden. Lenin habe z. B. nicht erkannt, daß sein Evolutionsmodell der Industrialisierung nur auf westeuropäische, nicht auf die andersartigen „halbasiatischen“ Zustände des russischen Reiches anwendbar sei (vgl. z. B. Dutschke 1974). Oder es ist ein Stalin, der die Macht ergreift, aus Brutalität und Dummheit sein Terrorregime errichtet und die Weltgeschichte zurückdreht². Oder ein ganz anderer Stalin, dem einige bedauernswerte Bemerkungen unterlaufen, worauf er stirbt und seine desorientierten Nachfolger den falschen Weg einschlagen, was „zurück zum Profit“ führen muß (vgl. Neumann 1973). Wer sich die Logik der Erklärungen genauer ansieht, stößt immer wieder auf das gleiche Modell: die historisch „richtige Linie“ balanciert auf des Messers Schneide. Ein entscheidender Fehler, und schon verliert das System die Balance und taumelt – in einer von den Betroffenen selbst nicht mehr gegenzusteuernenden Eigendynamik – in den historischen Abgrund. Offenbar sind diese Erklärungsmodelle letztlich idealistisch, reduzieren sie doch die Entwicklung aufs Denken oder auf Denkfehler Einzelner. Aber ein bloßer Idealismusvorwurf bleibt selbst idealistisch und zudem wirkungslos gegenüber Leuten mit materialistischem Anspruch. Wie also kommt man zum Messerschneide-Sozialismus?

Das Erklärungsmodell beruht auf zwei gegensätzlichen Annahmen. Hinsichtlich der Vermeidbarkeit des „Fehlers“ wird unterstellt, daß die Betroffenen, die Partei, die Parteispitze, die Parteitheoretiker, wer auch immer verantwortlich gemacht wird, über ausreichende *Handlungsfreiheit* und intellektuelle Einsicht verfügt hätten, um den Fehler zu vermeiden und die richtige Linie beizubehalten. *Nach* erfolgter Abweichung jedoch wird ihre *Handlungsunfähigkeit* unterstellt: ist das System nämlich erst einmal von der richtigen Linie abgekommen, so besitzen die Betroffenen keine wirksamen Mittel mehr, um den Fehler noch zu kompensieren – sonst wäre die fatale Eigendynamik ausgeblieben, aus deren Strudeln sich das System nicht mehr soll befreien können. Dieser Widerspruch bei der Beurteilung der Situation „vorher“ bzw. „nachher“ wird implizit oder explizit in eine charakteristische Hilfskonstruktion aufgelöst: die „falsche Linie“ wird als *Absicht* unterstellt. Die „herrschende Bürokratie“, die sich mit (resp. trotz) Lenin, mit (resp. nach) Stalin konstituiert, wird als „herrschende Klasse“ ausgerufen, die von den Verhältnissen profitiert und ein Sonderinteresse an deren Auf-

rechterhaltung ausbildet. Manche Maoisten lassen auch gleich „Verräter“ antreten, die „Chruschtschows“, deren subjektiv gewußtes Ziel ihrer Machtübernahme von vorne herein die Restauration des Kapitalismus gewesen sei³. Das Erklärungsmodell, das von der (un)ausgesprochenen Gleichsetzung sozialer Realität und politischer Intention ausgeht, die notwendig ist, um die politische Führung für alles verantwortlich zu machen, wird nun auch bei der Konstruktion der „wirklich“ sozialistischen Alternative beibehalten. Die Zielsetzungen sind klar – steht doch die Forderung „Sozialismus“ für die Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Partei, die Gesellschaft historisch voranzubringen: Im Sozialismus sollen die Menschen wissen, wie sie ihre Geschichte machen, statt, wie im Kapitalismus, Opfer von Verhältnissen zu bleiben, die zu beherrschen sie unfähig sind. Wer sagt denn, daß soziale und kulturelle Divergenzen, Einkommensunterschiede, Gegensätze zwischen Partei und Masse, Kopf- und Handarbeit oder das Funktionssystem der Ware-Geld-Beziehungen nicht „schon längst“ hätten „überwunden“ werden können? Der Messersschneide-Sozialismus wird realisierbar! – Allerdings nur mittels einer Idealisierung des Organisationsmechanismus, der die Aufgabe der Vermittlung zwischen Absicht und Wirklichkeit erfüllen soll: *Planung*. Und so spielt dann auch das Prinzip der Planmäßigkeit und seine Durchführung in Diskussion und Kritik sozialistischer Realität eine entscheidende Rolle. Dabei negiert eine naive Kritik jeweils einzelne Phänomene, die „für sich selbst sprechen“ und unmittelbar Empörung auslösen sollen, und entzieht sich somit dem Problem des Kritikmaßstabes. „Es muß ganz anders sein können“, ist ihr hypothetischer Imperativ, mit dem sie der Planung eine Art Omnipotenz unterstellt.

1.1. Zentralisierung und Dezentralisierung als Beurteilungskriterien der Planung

Ernstzunehmende Kritik dagegen entzieht sich nicht dem Problem des Kritikmaßstabes. Sie versucht, die falsche Linie des Systems als verfehlte Konstruktion des Planungssystems darzustellen. Zwei keineswegs homogene Positionen sind ungefähr zu unterscheiden. Die erste, die sich vielleicht auf die Bezeichnung „antiautoritär“ verständigen könnte, bezieht ihre Kritik auf den *Zentralismus* des politischen und ökonomischen Systems. Sie greift das „leninistische Parteiprinzip“⁴ und/oder die Pervertierung desselben zu einer „Staatsbürokratie“ an. Der Zentralismus der Partei, auf jeden Fall aber der der Bürokratie, erzwingt die Verselbständigung der politischen Führung gegenüber den Massen, so daß deren Selbstbestimmung behindert und ihre politische Aktivität blockiert werden. Ganz gleich, welche Linie die Partei verfolge, die zentralistische Entscheidungsstruktur des Systems verhindere die Durchsetzung der richtigen, von der Basis originär bestimmten Linie. Dezentralisierung ist Programm.

Die zweite Position, die trotz ihrer Orientierung aufs chinesische Entwicklungsmodell die Bezeichnung „maoistisch“ zurückweisen wird, kritisiert die Entwicklung in den RGW-Ländern als direkte Abkehr vom Prinzip der Planmäßigkeit. Die Betonung ökonomischer Hebel, insbesondere die verstärkte Bedeutung der Kennziffer „Gewinn“, für die Ausrichtung der betrieblichen Entscheidungen seit den ökonomischen Reformen der 60er Jahre müsse zur Verselbständigung der Betriebe gegenüber den gesellschaftlichen Interessen, zur Ausbeutung der

Arbeiter durch die prämiensüchtige Betriebsleitung, zur Konsumideologie, schließlich zur totalen Entfremdung des Proletariats von einer Partei führen, die den Sozialismus verraten habe. Auch die maoistische Position verknüpft ihre Kritik mit der Struktur des Planungssystems, jedoch nicht so eindeutig, daß sie sich ohne weiteres auf den Begriff „prozentralistisch“ bringen ließe. Gerade das Planungssystem in China, auf dessen Vorbild sie sich im allgemeinen berufen, ist ja mit relativer Autonomie und selbst Autarkie der Provinzen und Kommunen eher dezentral organisiert. Doch gleichzeitig verteidigen die Maoisten das extrem zentralistische Planungssystem der 30er Jahre in der SU, das nach dem Krieg von den jungen sozialistischen Ländern in erster Instanz übernommen wurde, als historisch berechtigt und spielen es gegen die späteren ökonomischen Reformen aus. Und während die Urheber der Reformen deren Notwendigkeit damit begründen, daß den Betrieben mit wachsenden Produktivkräften und zunehmender Komplexität der Planentscheidungen mehr Verantwortung übertragen werden und deshalb die Entscheidungsstruktur dezentralisiert werden müsse, wittern die Maoisten hier die Rückkehr zum Kapitalismus. Fragt man sie nach einer Alternative, so behaupten sie, daß die Schwierigkeiten mit dem zentralistischen System selbst bereits Ausdruck der falschen Politik, der kapitalistischen Restauration, seien.

Die Entscheidungsstruktur des Planungssystems wird so für beide Positionen zum Kriterium, wenn auch mit gegensätzlicher Wertung. Für die antiautoritäre Position gilt das unmittelbar, für die maoistische vermittelt über die Ware-Geld-Funktion, die in dezentralistischen Entscheidungssystemen besteht. Doch die Bedeutung, die der Struktur des Planungssystems zugemessen wird, kontrastiert eigenartig mit der Lässigkeit, mit der über mögliche oder wirkliche Probleme seiner Konstruktion hinweggegangen wird. „Das ist ein technisches Problem“, hört man. Wieder verstellt die Identifikation von Absicht und Wirklichkeit der kritischen Analyse den Weg. Denn die Forderung nach Dezentralisierung oder nach Tilgung der Ware-Geld-Funktionen ist ja nur so lange unproblematisch, wie die Dezentralisierung resp. das Planungssystem *ohne* Ware-Geld-Beziehungen selbst unproblematisch zu realisieren sind. – Über diese Frage sind auch verschiedene Beteiligte der Diskussion gestolpert, unzufrieden mit dem ideologischen Bankrott, der eintreten muß, wenn der Sozialismus nur noch an irgendwelchen irrealen Idealen gemessen wird. Aber woran muß man ihn messen?

1.2. Vergesellschaftung versus Effizienz?

Renate Damus versucht, sowohl kategorial als auch empirisch die Entwicklung des Planungssystems in der DDR zu verfolgen⁵. Ihr Kriterium ist „Vergesellschaftung“, „Zurückdrängung isoliert verausgabter Arbeit“ resp. „gesellschaftliche Synthesis“. Sie untersucht, inwieweit diesem Kriterium zufolge Fortschritt in der DDR verwirklicht worden ist. Welche Entscheidungsstrukturen sind entstanden und sind sie, in Bezug auf ihr Kriterium, funktional? So gründlich Damus die Funktionsprobleme der Planung schließlich durchforscht, in ihren Konsequenzen bleibt sie seltsam ratlos. Einerseits könne, wenn sich „die Verwendung von Wertkategorien als unerläßlich erweist“, nur ein Vorgehen gemäß den Vorschlägen der Dezentralisierer (verstärkter Einsatz ökonomischer

Hebel), d. h. eine „tendenzielle Vergesellschaftung von Planungs- und Leitungsprozessen ebenfalls nur unter Verwendung von Wertkategorien“ gedacht werden (1973, a, S. 230). Die Problematik der Reformen sieht sie dabei eher in ihrer inkonsequenten Durchsetzung (1973 a, S. 228) als in der restaurativen Bestätigung von Produktionsverhältnissen, die den Vergesellschaftungsprozeß behindern. Andererseits jedoch ist für sie eine eindeutig auf Vergesellschaftung gerichtete Politik nicht zwingend gegeben. Verselbständigungstendenzen sowohl der zentralen Bürokratie, der Partei als auch der Intelligenz gegenüber der Arbeiterklasse seien auszumachen (1973 b, S. 55).

Auffällig ist bei Damus das Nebeneinander von detaillistischer Analyse ökonomischer Funktionsprobleme, in der sie für diese Ebene typische Kriterien wie „Effizienz“, „Elastizität“, „Präferenzordnung“, „Knappheit“ usw. übernimmt, und allgemeiner Analyse des Rationalitätscharakters sozialistischer Produktionsverhältnisse. Daß ihre Analyse zu keinen eindeutigen Schlüssen kommt, im Grunde alles offen läßt, indiziert jedoch, daß ihr die Vermittlung zwischen der Rationalität des Funktionsmechanismus und der Rationalität der Produktionsverhältnisse nicht gelungen ist. Doch steckt in ihrer Ambivalenz ein fruchtbarer Hinweis: Will man schließlich zu einer fundierten Analyse gelangen, so wird man sich weiter fragen müssen, wie diese Vermittlung zu leisten ist und welche Probleme sie aufwirft⁶.

2. Die Stufen der Planung

Der soziale Ort, an dem die Vermittlung wirklich geleistet werden muß, ist das Planungssystem. Dort werden politische und soziale Ziele in entsprechende Maßnahmen transformiert, dort ist die Schaltstelle, an der sich entscheidet, wie allgemeine Ziele in besondere Mittel umgesetzt werden. Hier ist der Punkt, an dem Fehler gemacht werden können. Deshalb werden wir im Folgenden versuchen, den Planungsprozeß auf die in ihm entfaltenen Entscheidungskriterien zu untersuchen.

2.1. Planprognose

Jeder Planungsprozeß beginnt mit Analysen der möglichen zukünftigen Entwicklungen, mit *Prognosen*. Man muß sich über das, was wirklich möglich ist, erst einmal klar werden. Aber wenn auch nicht alles zugleich möglich ist, so sind auf eine längere Zeitperspektive gesehen sehr viele Alternativen denkbar. In der DDR z. B. kann mit der Perspektive von einem Jahr über die Verwendung von 10 % des Nationaleinkommens neu entschieden werden. Die Verwendung der übrigen 90 % ist durch Entscheidungen früherer Jahre determiniert und in entsprechenden langlebigen Produktions- und Konsummitteln *fixiert*. Auf eine Perspektive von zwei Jahren sind es bei einem Wachstum von 5 % bereits 20,5 %, auf drei Jahre 31,53 % des Ausgangspotentials, über das die Planung neu entscheiden kann und muß⁷. Prognosen sollen die Planung mit umfassendem und objektivem Wissen um die Gesetzmäßigkeiten und den konkreten Inhalt der sozialistischen Wirtschaft ausstatten (Zagalov u. a. 1972, S. 451). Denn: „Der Plan setzt voraus, daß Ziele und Wege der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung bereits bekannt sind“ (ebd.). Prognosen sind dabei nicht schlicht als Vor-

aussage des zu erwartenden Geschehens zu fassen – dann wäre Planung überflüssig, und der historische Prozeß vollzöge sich im Selbstlauf. Entwicklungsalternativen müssen offen sein. Jede Prognose wird deshalb zum Problem eines dialektischen Widerspruchs („Prognoseparadoxon“): wenn die Zukunft prognostizierbar sein soll, muß sie von Gesetzen, Tendenzen beherrscht werden, die bereits in der Gegenwart erkannt werden können. Prognosen müssen deshalb als ideelle Objektivierungen der Zukunft von einer Form des Determinismus ausgehen. Der darf aber umgekehrt nicht vollkommen sein: Spielräume müssen existieren, innerhalb deren die Planung die Freiheit der Wahl besitzt. Prognostizierbar sind also immer nur mögliche und über eine längere Perspektive viele mögliche Entwicklungen.

Es muß deshalb Kriterien der Auswahl geben, nach denen alternative Entwicklungen ihrer Zweckmäßigkeit nach bewertet werden können, und zwar nicht erst nach erfolgter Prognose, wie gemeinhin angenommen wird, sondern bereits während der Prognosearbeit selbst: „Bereits die Entscheidungen über die Rangordnung und die Zuordnung von Informationen über Ziele und Mittel zu deren Erreichung sind von einem Kriterium abhängig. Durch solche Ziel- und Nutzenskriterien wie auch durch spezielle Bewertungen und Entscheidungskriterien entstehen Wertmaßstäbe, ohne die die Ziel-Mittel-Bestimmung und die gesamte Prognosearbeit nicht denkbar sind.“ (Göttner 1973, S. 54). In der konkreten Prognosearbeit kann die Selektion von Entwicklungsmöglichkeiten nicht über einzelne Selektionskriterien durchgeführt werden, sondern auf verschiedenen Arbeitsstufen können ganz unterschiedliche, oft nicht einmal verbal systematisierbare Selektionskriterien eine Rolle spielen. So führt z. B. Janos Kornai – der leitende mathematische Ökonom im ungarischen Planungsbüro und des Voluntarismus gewiß unverdächtig – an, daß der Planungspraxis selbst Wachstumsraten partieller Sektoren, die mit Testtoleranzen prognostiziert wurden (main stream), von den Planern schließlich „nach Gefühl“ ausgewählt werden, wobei er ausdrücklich feststellt, daß auf dem gegebenen Stand der Planungstheorie noch keine anderen Methoden einsetzbar sind als eben „know how“ (Kornai 1972). Planprognosen sind deshalb mit Unsicherheiten behaftet.

2.2. Planoptionen

Auf der nächsten, der zweiten Ebene der Planung geht es um die Festlegung möglicher Planoptionen, d. h. Planvarianten, mit denen ein „System von Aussagen“ der Prognose in ein „System von Verhaltensstrategien und Operationen“ (Kinze 1971, S. 28) umgesetzt werden muß. Die Festlegung ist notwendig, weil Prognoseergebnisse wegen des Determinismusproblems nicht entscheidungsreif sind. So muß die Planung mögliche Optionen bündeln und unter ihnen wählen. Planung ist deshalb tautologisch immer Optimalplanung, denn eine gewählte Option ist nur dann zu rechtfertigen, wenn sie „besser“ ist als andere, nicht ausgewählte. Damit wird die Vergleichbarkeit verschiedener Planoptionen zum Problem: was ist „besser“ und welche Kriterien hat man dafür?

Darauf werden verschiedene Antworten gegeben. a) Die einfachste Antwort: Jene Planoption, die die „maximale Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse als Folge der Entwicklung der sozialistischen Produktion auf der

Grundlage der höchsten Technik garantiert⁸. Die Antwort ist richtig, aber nicht konkret genug, weil verschiedene Bedürfnisse oder verschiedene Technologien miteinander um ein beschränktes produktives Potential konkurrieren. b) Die nächste und häufigste Antwort: „So rationell, so ökonomisch wie möglich.“ Hier wird mit der Vorstellung gearbeitet, daß der erweiterte Reproduktionsprozeß der sozialistischen Volkswirtschaft sich überhaupt auf ein einziges Optimalitätskriterium einschwören ließe. Dazu ist der Prozeß jedoch zu komplex. Beispiel: Wieviel soll die Gesellschaft für Bildung und Wissenschaft aufwenden? Beides spielt eine ökonomische Rolle bei der Erweiterung des Reproduktionsprozesses, hat damit *Mittelfunktion*, und befriedigt doch zugleich kulturelle Bedürfnisse der Produzenten, d. h. ist selbst *Ziel*. Auch wenn sich mit Bezug auf die Erweiterung des Wachstumsprozesses ökonomisch keine Priorität für Bildungsaufwendungen ergibt, kann die Planung wegen der Zielfunktion Bildung nicht ignorieren. Genaugenommen besitzen *alle* Momente des volkswirtschaftlichen Prozesses diesen Doppelcharakter, weil der Prozeß *reproduktiv* ist: jedes seiner Momente wird in irgendeiner Gestalt auf ihn zurückbezogen und erhält somit im Reproduktionszusammenhang Ziel- und Mittelfunktion⁹. Das „ökonomische Prinzip“ erweist sich somit als eine Vereinfachung. Dennoch ist lange versucht worden, an diesem Prinzip festzuhalten. Die praxeologische Plantheorie (z. B. des späten Oskar Lange) hat versucht, die Notwendigkeit einer Hierarchie der Ziel-Mittel-Zuordnungen der Planung zu begründen, was die Wiedereinführung des ökonomischen Prinzips technisch gestattet, da sich automatisch ein höchstes Ziel ergibt, das man dann optimieren kann. Dagegen ist z. B. von Dadajan (1973, S. 218 ff.) überzeugend argumentiert worden, daß das Verfahren auf die unhaltbare gleichzeitige Maximierung von z. B. Verteidigungs- und Konsummitteln hinauslaufen müsse. Hingegen müßten verschiedene Anteile des Nationaleinkommens ganz unterschiedlich optimiert werden, z. B. Verteidigung: nicht mehr als nötig, Produktionsmittel: nicht mehr als nötig, Konsumtionsmittel: so viel wie möglich. Bettelheim hat das Dilemma erkannt und im Anschluß an die Bemerkung von Engels: „Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, untereinander abgewogen und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen“ (MEW 20, S. 288), das Prinzip des „ökonomischen Kalküls“ gefordert, zugleich aber relativiert: „Ob die Einschätzung des jeweiligen gesellschaftlichen Nutzens soweit formalisiert werden kann, daß eine wirkliche ‚Maßeinheit‘ definiert werden könnte, auf diese Frage steht die Antwort noch aus.“ (Bettelheim 1970, S. 14 f.). Wäre die Frage gelöst, so ließe sich Planung in der Tat auf Rechenoperationen reduzieren. Sie ist es aber noch nicht im entferntesten. c) Die *praktische* Antwort: Um überhaupt zu einer legitimierbaren Antwort zu kommen, müssen die verschiedenen Optionen durch die Konstruktion einheitlicher Bewertungsmaßstäbe vergleichbar *gemacht werden*. Das sind herkömmlicher Weise tradierte Preissysteme (z. B. Weltmarktpreise, Preise irgend eines Basisjahrs usw.), in denen die verschiedenen Optionen in Preisen gewichtet werden. Kein Preissystem ist neutral, sondern drückt eine bestimmte Proportionalisierung des produktiven Potentials, also der gesellschaftlichen Arbeit, aus. Tradierte Preissysteme bringen tradierte Proportionen zum Ausdruck und erzwingen damit bestimmte Selektionskriterien, die eine diesen

tradierten Proportionen entsprechende Option bevorzugen¹⁰. Eine graduelle Änderung des Preissystems kann zu einer graduellen Verschiebung des Optimums innerhalb einer Option führen, aber auch zum Sprung zu einer qualitativ anderen Option. Es besteht deshalb über die Optimalitätseigenschaften der schließlich ausgewählten Planoption keine Sicherheit, weder nach generellen Kriterien wie „maximaler Nutzen“ noch nach den formalisierten Kriterien der Planer selbst. Auch kleine Fehler während des Planungsprozesses können gewichtige Folgen haben.

2.3. Ausbilanzierung

Auf der dritten Stufe muß die Ausbilanzierung der ausgewählten Option vorgenommen werden. *Ausbilanzieren* heißt, die verschiedenen ökonomischen Einheiten in jenes Gleichgewicht bringen, in dem die produzierten Mengen quantitativ und qualitativ dem Bedarf entsprechen. Bei längerfristigen Plänen kann dabei flexibel verfahren, und die verschiedenen Ebenen können ad hoc konsultiert werden. Beim Jahresplan dagegen, der unter Zeitdruck fertiggestellt werden muß, existiert ein formalisiertes Verfahren der Plandiskussion und -verteidigung, das ungefähr ein halbes Jahr dauert. Die optimale Option wird hochaggregiert (also in globalen Größen) von der Zentrale über die sich weiter verzweigenden Ebenen weitergereicht. Auf jeder Ebene werden die Kennziffern für die darunter liegende Ebene desaggregiert (aufgeschlüsselt). Es muß deshalb zu Beginn des Prozesses gesichert sein, daß die ausgewählte Option in der Tat realisierbar ist. Falls nicht, stünde die Volkswirtschaft im folgenden Jahr ohne Plan da, denn es fehlte die Zeit, den ganzen Abstimmungsprozeß noch einmal zu wiederholen. Die Planung muß deshalb dem Potential der Volkswirtschaft *adäquat* sein, d. h. die Sektoren und Betriebe müssen die Planvorschläge im wesentlichen übernehmen können. Die Planoption bestimmt eine Struktur der Volkswirtschaft, durch die die wesentlichen, d. h. in groben Proportionen feststehenden, aber noch graduell variierbaren Beziehungen der Volkswirtschaft definiert sind. Daß der Abstimmungsprozeß unter diesen Bedingungen gelingen kann, ist auf Seiten der Planung auf die Einbettung kurzfristiger in längerfristige Pläne zurückzuführen, in denen die Planung wie gezeigt größere Entscheidungsspielräume besitzt. Auf der Seite der Organisation des ökonomischen Systems setzt der Planungsprozeß dagegen eine bestimmte Elastizität des produktiven Potentials der Betriebe voraus. Diese müssen in der Lage sein, ein graduell höheres Potential als das von der Planoption tatsächlich geforderte zu erbringen, sonst bestünde kein Abstimmungsspielraum (man versucht, das Reservepotential mittlerweile durch sog. Gegenpläne zu erfassen). Daraus folgt aber, daß die Planung mit der Dialektik einer ökonomischen Struktur leben muß, die zumindest im Detail versagen kann und sogar versagen muß, denn: Auf der letzten, der vierten Ebene muß der Plan durchgeführt werden.

2.4. Plandurchführung

Ziel ist die Erfüllung des Plans, seine erfolgreiche Durchsetzung. Der Plan soll zugleich real, anspruchsvoll und „nicht weich“ (vgl. Schilling 1971, S. 1425; Honnecker 1971, S. 38) sein. Aber mit dem ökonomischen und sozialen Fortschritt, den der Plan intendiert, ändern sich die Verhältnisse, nicht nur die Stati-

stiken. Auch die Kriterien, die die Gesellschaft an sich selbst anlegt, sind dem Fortschritt unterworfen. Und deshalb werden die Kriterien am Ende einer Planperiode sich von denen am Beginn unterscheiden, sogar unterscheiden müssen, wenn wirklich Fortschritte gemacht werden. Daß ein Plan, der nach ex-ante-Kriterien optimal war, noch im Lichte der ex-post-Kriterien optimal sein wird, ist unwahrscheinlich. Ex-post *muß* man klüger sein. Je besser die Planung ex ante ist, desto schöpferischer wird sich die Gesellschaft entwickeln, desto schneller werden sich ihre eigenen Kriterien verändern, desto fehlerhafter wird die alte Planung im Rückblick erscheinen müssen. Fehler müssen nicht nur gemacht werden können, sie müssen gemacht werden müssen, wenn die Planung erfolgreich sein soll.

2.5. Zusammenfassung

Die Rationalität der Prognose erfüllt sich in der Adäquatheit ihrer Aussagen. Das Urteil über die Richtigkeit der Prognose wird am Ende des Prognose- resp. Planzeitraums gefällt. Die Kriterien, an denen sich die Prognose orientiert, müssen aber zu Beginn feststehen. Obwohl Aussagen über die Zukunft gemacht werden, ist man doch auf das Material der Vergangenheit angewiesen. Je spezifischer die Aussagen, desto enger müssen sie an ein vergangenheitsadäquates Modell angelehnt werden, desto unwahrscheinlicher wird aber ihre Zukunftsfähigkeit. Der unvermeidbare Einsatz von Prognosen schafft Unsicherheitsfaktoren.

Die Rationalität der Optionsphase erfüllt sich in den Optimalitätseigenschaften der auszuwählenden Planoption. Strukturell stellt sich das selbe Problem wie bei der Prognose; das Verfahren schafft Unsicherheiten in der Frage, ob wirklich der beste Weg beschritten wurde. Andere Verfahren, wie das „ökonomische Kalkül“ Bettelheims sind auf dem gegebenen Stand der Theorie und der Datenverarbeitungstechnik noch lange nicht realisierbar.

Die Rationalität der Plandiskussion erfüllt sich in der adäquaten Ausbilanzierung der ausgewählten Planoption. Adäquat soll diese in der Ausschöpfung des wirklichen produktiven Potentials der Volkswirtschaft sein. Auch hier muß mit Unsicherheitsfaktoren gerechnet werden. Den verschiedensten ökonomischen Momenten des Reproduktionsprozesses kommt zugleich Ziel- und Mittelfunktion zu, was an Beispielen wie schöpferischer Arbeit unmittelbar einsichtig wird. Folge davon ist eine *Vielfalt von Bewertungskriterien*, die in der Planungspraxis angelegt werden müssen, und mit deren Anwendung sich die Planung erst als rational ausweist. Die Planung soll verändern: adäquat, optimal, konsistent (bilanziert), erfüllbar. Sie muß sich aber, trotz der intendierten Veränderung, an Kriterien ausweisen, die auf Kontinuität zielen, auf die Fortentwicklung eines Potentials, das nur auf der Basis des Vorgegebenen, historisch Vorauszusetzenden bestimmt werden kann. Ließe sich die Realität in eine Abfolge von ideellen Planbestimmtheiten auflösen, so wäre die Wirklichkeit des Plans der Plan der Wirklichkeit und diese zwangsläufig die beste aller Welten. Ist sie es nicht, so muß die Planung selbst mit einem Wechsel der Kriterien rechnen, die die Gesellschaft an sich anlegt. Auch wenn Planung mit zunehmender Vergesellschaftung des Systems ihre eigene Rationalität immer besser erfüllen kann, so ist das „noch nicht so gut“ und das „Fehler müssen gemacht werden können“ notwendig mit impliziert.

Es geht ja nicht allein darum, festzuhalten, was als unangenehm oder sonstwie unbefriedigend empfunden wird. Es geht darum, das objektiv (d. h. auf dem Stand des ex post-Wissens) Mögliche, aber nicht Erreichte zu kennzeichnen, weil nur das und keine Utopien zum Ausgangspunkt eines neuen Anlaufs der Planung gemacht werden können. Jedes sozialistische System muß sich so organisieren, daß seine Fähigkeit, lernrelevante Informationen hervorzubringen, gesteigert wird. Gerade das Kontinuierliche des Systems, die Organisation, muß fähig werden, die neuen Möglichkeiten gegen den alten Plan zum Ausdruck zu bringen. An dieser Dialektik scheitern Positionen, die die Realität des Sozialismus mit einem reinen und starren Begriff identisch setzen und dann beklagen, daß die Wirklichkeit diese Identität nicht bestätigt.

3. Nochmal: Zentralisierung und Dezentralisierung als Planungskriterien

Zurück zum Ausgangspunkt, der Kritikdimension Zentralisierung-Dezentralisierung. Unter dem Aspekt der Anwendung von Entscheidungskriterien im Planungsprozeß erscheint *Zentralismus* als die Vermeidung bestimmter, ex ante fixierter Entscheidungskriterien. Bevor der Plan festgesetzt wird, sollen alle offenen Möglichkeiten auch offen bleiben. Jede Präjudizierung bestimmter Entscheidungen, die in Ansehung des Ganzen durch andere, bessere ersetzt werden könnten, soll vermieden werden. Die Vergesellschaftung des Produktionsprozesses ist dieser Vorstellung zufolge nur garantiert, wenn alles mit allem in Beziehung gebracht, alles gegen alles abgewogen werden kann. Doch so läßt sich Zentralismus nur in einer idealen Ökonomie verwirklichen, in der die Zentrale *faktisch alle* Entscheidungen fällen kann und nicht nur alle wichtigen, denn a priori steht nicht fest, was wichtig und was unwichtig ist. In jener idealen Ökonomie müßte totale Transparenz herrschen, und damit ein Zustand, in dem die Zentrale selbst überflüssig wäre, da jede ökonomische Einheit sowieso alles weiß und – da ex definitione Sonderinteressen nicht bestehen dürften, die das Kommunikationsbild verzerren müßten – die richtige Entscheidung selbst zum richtigen Zeitpunkt fällen kann. Das ist aber nicht der Fall. Der Reproduktionsprozeß ist in allen sozialistischen Systemen in Teilsysteme (Betriebe, Zweige usw.) zersplittert, die ihre Entscheidungen gegenseitig als mehr oder weniger feststehend, als Daten akzeptieren müssen. Zumindest partiell unabhängig voneinander, sind sie gezwungen, „das Ganze für sich zu definieren“, wenn sie überhaupt vernünftig, d. h. an Hand kontrollierbarer Kriterien entscheiden wollen. Ihr Begriff des Ganzen hat Ausschnittscharakter. Die Entscheidungskriterien der Teilsysteme können deshalb mit den Entscheidungskriterien des ganzen Systems nicht total übereinstimmen. Diese Rationalitätsform ist in allen sozialistischen Systemen gegenwärtig gegeben, ob sie nun mehr zentralisiert oder mehr dezentralisiert organisiert sind. Es ist deshalb falsch, die Auseinandersetzung so zu führen, als ob die Selbständigkeit der Teilsysteme ein Makel dezentralisierter Systeme darstelle, der in anderen Systemen nicht existiere. Reiner Zentralismus kann in einer arbeitsteilig strukturierten Volkswirtschaft nicht existieren – und hat auch nie existiert. Selbst das extrem zentralistische Planungssystem der 30er Jahre in der SU sah für wesentliche Bereiche des Reproduktionsprozesses dezentrale Entscheidungen vor¹¹.

Der reine *Dezentralismus* ignoriert dagegen die Verflechtung des ökonomischen Prozesses. Gerade sein Ideal, die direkte Beteiligung aller am Entscheidungsprozeß, ist dezentral gar nicht zu verwirklichen. Denn genau besehen heißt dezentral entscheiden, daß die Teilsysteme unabhängig voneinander entscheiden, also auch auf die gegenseitigen Entscheidungen keinen Einfluß nehmen können, was den Reproduktionsprozeß schließlich in zusammenhanglose Stücke reißen muß. Die wirkliche Verflechtung des ökonomischen Prozesses erfordert auch die bewußte Verflechtung der Entscheidungen. Diese wird durch die Existenz eines zentralen Plans geleistet. Dieser Plan muß deshalb „zentral“ sein, weil er sich auf das Ganze, auf den Reproduktionsprozeß in seiner Totalität beziehen muß. Eine sozialistische Gesellschaft, die ohne zentralen Plan auskommen wollte, hätte keine Möglichkeit mehr, die Identität des Systems als Ganzes bestimmen zu können, und wäre damit wieder den „blinden Mechanismen“, der „unsichtbaren Hand“ ausgeliefert. Nur ein Sozialsystem ohne „Geschichte“, ohne Weiterentwicklung könnte auf zentrale Pläne verzichten, einfach deshalb, weil sich nichts neues mehr ereignet und alle Entscheidungen darum alte Entscheidungen sind, so daß sich das Problem, wo denn entschieden werden müsse, nicht mehr stellt. Man sollte sich deshalb frei machen von der phänomenologisierenden Identifikation von „Zentrale“ mit „Bükratie“.

Die Schwierigkeit, die vielen Entscheidungen des ökonomischen Gesamtprozesses richtig zu zergliedern und wieder miteinander zu vereinigen, ist noch lange nicht allgemein gelöst. Ware-Geld-Beziehungen, die die Einzelentscheidungen mit Hilfe einer Einengung des Informationsspielraumes auf Preise und Preisbewegungen zu kanalisieren und damit zu vereinfachen versuchen, leisten *eine* solche, wenn auch problematische Zergliederung. Man wird sie erst entbehren können, wenn man alternative Funktionssysteme der Entscheidungskoordination angeben kann. Das macht enorme Schwierigkeiten. „Wir wissen z. B.“, schrieb der sowjetische Planer Strumilin (1927, S. 427), „daß die Astronomie bis heute das scheinbar so elementare Problem des gegenseitigen Schwereinflusses von nur drei freien Körpern im Raum noch nicht gelöst hat. Die Probleme der Plankonstruktion dagegen haben es nicht nur mit drei, sondern mit tausenden, sich gegenseitig überkreuzenden Kräften und Einflüssen zu tun.“ Das Dilemma der Beschränkung dezentraler Entscheidungen durch zentrale und umgekehrt der zentralen durch dezentrale wird erst dann aufgelöst werden können, wenn eine allgemeine Theorie der Entscheidungsfindung und Entscheidungsverteilung für komplexe ökonomische Systeme entwickelt worden ist. Noch gibt es sie nicht. Natürlich kann man denen, die die Probleme noch nicht gelöst haben, auch dann Vorwürfe machen, wenn man sie selbst noch nicht gelöst hat. Aber was hat man davon?

Anmerkungen

- 1 DDR, CSSR, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Mongolei, SU, seit 1972 Cuba.
- 2 Vgl. die trotzkistischen Interpretationen.
- 3 Übrigens auch in Ihrer Analyse des „Kampfs zweier Linien“ in der VR China selbst. Beständig klimmen dort die kapitalistischen Restaurateure in höchste Parteifunktionen, so Liu Tschao Tschü, Lin Piao, unlängst noch Teng Hsiao Ping, ohne daß sich je ein Maoist fragt, ob das nicht etwas mit der inneren Organisation der ganzen Partei zu tun hat.

4 Z. B. bestimmte Vertreter des linken SPD-Flügels oder das „Sozialistische Büro“ in Offenbach. Vgl. etwa die Aufsätze in „links“, Nr. 45 ff. (1973).

5 „Selten wird der Versuch unternommen, die Kriterien für eine bestimmte wertende Position in der Auseinandersetzung mit den konkreten Verhältnissen in der DDR zu gewinnen; (...) Es muß konstatiert werden, daß das einstmals vorhandene ‚emanzipatorische‘ Interesse vielfach in Dogmatismus umgeschlagen ist.“ R. Damus 1973 a, S. 8. Vgl. weiter: Damus 1973 b, 1973 c, 1974.

6 Ein gutes Beispiel für die Schwierigkeiten dieser Vermittlung und dafür, wie man sie nicht löst, liefert M. P. Buddeberg (1976, S. 130) just in einer Kritik an Damus. Er benennt das Problem als Mangel der „inhaltlichen Analyse der Planung“ und stellt einige Sätze später die Forderung auf, daß „bewußte Planung im Sozialismus als klassenspezifisches Prinzip die ‚Akkumulation‘ von frei verfügbarer Zeit (disposable time) anstelle der Akkumulation von Kapital enthalten (müsse)“. Kein Problem. Aber je weniger gearbeitet wird, desto weniger wird produziert. Hat B. sich das überlegt?

7 Persönliche Mitteilung von O. Kratsch (Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften der DDR).

8 Vgl. Pokrytan 1973, S. 134, der übrigens selbst die Formulierung dieses „Grundgesetzes“ kritisiert.

9 Der praktische Planungsprozeß wird damit zwangsläufig sehr kompliziert. Es ist deshalb auch versucht worden, Trennungen des Ziel-Mittel-Komplexes wenigstens analytisch aufrechtzuerhalten, bei Bildungsaufwendungen z. B. durch die Trennung einer „konsumtiven“ und einer „produktiven“ Seite. Die Versuche sind jedoch am Zurechnungsproblem gescheitert. Vgl. Maier, 1972.

10 Man kann natürlich neue Preissysteme konstruieren, löst das Problem damit jedoch zirkulär, denn man weiß ja vorher noch nicht, welche Option man auswählt.

11 So gab es z. B. vier Kategorien von Produkten, von denen lediglich die beiden ersten „zentral“ geplant wurden, während die beiden letzten „dezentral“ geplant wurden. Vgl. J. Berliner 1957, S. 21 f.

Literaturverzeichnis:

- Berliner, J., 1957: *Factory and Manager in the USSR*, Cambridge (USA).
- Bettelheim, Charles, 1970: *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen*, Berlin/West.
- Buddeberg, M. P., 1976: Wer herrscht in den „nachkapitalistischen“ Gesellschaften und warum? in: *Prokla* 22.
- Damus, Renate, 1973 a: Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft, Frankfurt/M.
- Damus 1973 b: Zur Problematik der doppelten Wirtschaftsrechnung am Beispiel der DDR, in: *Prokla*, Sonderheft 5, S. 1 ff.
- Damus 1973 c: Die Anwendung der Arbeitswerttheorie und die Planung der Preise in der DDR, in: *Prokla*, Sonderheft 5, S. 56 ff.
- Damus 1974: Vergesellschaftung oder Bürokratisierung durch Planung in nachkapitalistischen Gesellschaften, in: *Leviathan* 2/74, S. 179 ff.
- Dadajan, V. S., 1973: *Ökonomische Gesetze des Sozialismus und optimale Entscheidungen*, Berlin/DDR.
- Dutschke, Rudi, 1974: *Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen*, Berlin/West.
- Göttner, R., u. a., 1973: *Was soll, was kann Prognostik?* Leipzig, Jena, Berlin.
- Honnecker, Erich, 1971: *Bericht des ZK an den VIII. Parteitag*, Berlin.
- Kinze, H. H., u. a., 1971: *Volkswirtschaftsplanung*, Berlin.
- Kornai, Janos, 1972: *Rush versus Harmonic Growth*, Amsterdam.
- Maier, H., 1972: *Sozialistische Bildungsökonomie*, Berlin.
- Neumann, Phillip, 1973: *Zurück zum Profit*, Berlin/West.
- Pokrytan, A. K., 1973: *Produktionsverhältnisse und ökonomische Gesetze im Sozialismus*, Berlin.
- Schilling, G., u. a., 1971: *Der VIII. Parteitag der SED und die weitere Vervollkommnung der Planung der Volkswirtschaft*, in: *Wirtschaftswissenschaft* 10/71.
- Strumilin, 1927: *Perspective Guidelines for 1926/27 – 1930/31*, in: N. Spulber (Hrsg.): *Foundations of Soviet Economic Growth*, Bloomington 1964.

Dokumentation**Kommunisten und Homosexuelle****Ein Beschluß der Kommunistischen Partei Großbritanniens**

Der im folgenden dokumentierte Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Großbritanniens vom 12. September 1976¹ kennzeichnet eine neue historische Stufe im Verhältnis der Arbeiterbewegung zur Homosexuellenunterdrückung.

Zwar war die Sowjetunion das erste Land der Erde, das in den meisten ihrer Republiken antihomosexuelle Sondergesetze abgeschafft hatte und in Deutschland kämpften bis 1933 Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam für die Abschaffung des berüchtigten § 175; die 1934 unter Stalin wieder eingeführte Kriminalisierung und Verfolgung Homosexueller war jedoch wieder ein verheerender Rückschlag für das kulturelle Niveau nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den Kommunistischen Parteien: Homosexuelle waren von nun an bourgeoise Dekadente, ihre Sexualität war wieder „unnatürlich“.

Seither hat sich sowohl in den Ländern des realen Sozialismus wie auch in der Kulturpolitik der Kommunistischen Parteien kapitalistischer Länder kaum etwas geändert. Vor diesem Hintergrund ist die neue Position der britischen KP als ein allzulange verzögertes Wiederanknüpfen an gute Traditionen der Arbeiterbewegung einzuschätzen. Inzwischen zeichnen sich in der FKP und in der KP Australiens vergleichbare Entwicklungen ab.

Noch in diesem Jahr wird der Parteitag der britischen KP zusammentreten und dabei auch über die Entschließung ihres Exekutivkomitees und die bisherige Arbeit der KP-Schulengruppe beraten. Während alle bürgerlichen Parteien Englands einschließlich der Labour Party die bestehende Homosexuellenunterdrückung billigen, sind es einzig die Kommunistische Partei und einige Gewerkschaften, die den Kampf der homosexuellen Männer und Frauen für ihr Menschenrecht solidarisch unterstützen?² (Manfred Herzer)

„Die Kommunistische Partei bekämpft die Diskriminierung und Verfolgung Homosexueller und unterstützt die folgenden Gesetzesänderungen: Das Strafrecht darf nicht mehr homosexuelle und heterosexuelle Betätigung unterscheiden. Das bedeutet, daß

- in Schottland das gleiche Recht zu gelten hat wie in England und Wales
- homosexuelle Handlungen in den Streitkräften und in der Handelsmarine für Frauen und für Männer straffrei sein sollen,
- das Schutzalter das gleiche wie für heterosexuelle Handlungen sein soll, mit der gleichen Zubilligung einer „gutgläubigen Annahme“, daß der Partner die zulässige Altersgrenze überschritten habe,
- das Strafmaß für Vergewaltigung das gleiche sein soll, ob das Opfer nun männlich oder weiblich ist,
- die Definition des Privatbereichs (privacy) die gleiche sein soll wie für heterosexuelle Handlungen,
- es nicht mehr als öffentliches Ärgernis angesehen wird, homosexuelle Kontaktanzeigen zu veröffentlichen,
- keine Durchführungsverordnungen oder regionalen Sonderbestimmungen den gleichgeschlechtlichen Verkehr verbieten, so wie das auch bei heterosexuellem Verkehr nicht der Fall ist.

Entsprechend den Gesetzen, die zur Ächtung der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht oder Rasse erlassen wurden, sollen auch Gesetze erlassen werden, die die Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung ächten und zwar in folgenden Bereichen:

- Arbeit, einschließlich Einstellung, Ausbildung, Beförderung und Arbeitsplatzsicherheit,
- Bildung, einschließlich beruflicher Bildung und Weiterbildung,
- Erwerb von Gütern, Dienstleistungen und Vergünstigungen, besonders beim Wohnen und bei der Zuteilung von Räumen für Versammlungen, Konferenzen und Geselligkeiten.

Es ist wichtig zu erkennen, daß viel mehr als nur Gesetzesreformen nötig ist, um Homosexuellenbefreiung zu verwirklichen. Homosexualität darf nicht länger als Geisteskrankheit angesehen werden, die eine Aversionstherapie erfordert. Schwulen (gay) Eltern darf nicht das Erziehungsrecht für ihre Kinder genommen werden, nur weil sie nicht auf landläufige heterosexuelle Art leben.

Aufklärungs- und Sozialkundeunterricht sollte die ungehinderte Erörterung der Homosexualität beinhalten. Vertreter schwuler Organisationen sollten nicht daran gehindert werden, vor Schülern und Colleg-Studenten zu sprechen.

Polizeirazzien gegen Schwule müssen unterbleiben.

Eine grundlegende Einstellungsänderung erfordert politischen Kampf und Arbeit an der Veränderung der allgemeinen bisher feindlichen oder spöttischen Stimmung Homosexuellen gegenüber. Um dies zu erreichen, kann die Kampagne zur Beseitigung der Homosexuellenunterdrückung durch das Strafrecht ein wesentlicher Beitrag sein.

Wir müssen mithelfen, daß sexistische und antischwule Einstellungen bekämpft werden, wo auch immer sie angetroffen werden, also auch innerhalb der Linken, der Arbeiterbewegung und unserer eigenen Partei.

Die Kommunistische Partei unterstützt das Recht der Menschen, aktiv und offen schwul zu sein und bestärkt und ermutigt die schwulen Genossen, in der Schwulenbewegung mitzuarbeiten. Um die Veränderung in Gesetzgebung und Einstellung zu unterstützen, wird die Kommunistische Partei ein Komitee bilden, das die Diskussion und Analyse der schwulen Rechte fördert und die Partei bei Aktivitäten zu dieser Frage unterstützt.“

Anmerkungen

1 Aus: Comment, communist fortnightly review. London. Vol. 14. 1976, Nr. 21, S. 328. Vgl. dazu auch: Dave Cook: Against the oppression of homosexuals, speech to the EC of the Communist Party. Ebenda, S. 327–28. Zur bisherigen Arbeit des KP-Schwulenkomitees vgl. das Interview mit den beiden lesbischen Kommunistinnen Sarah Benton und Bea Campbell in: Gay Left. London. Nr. 4, Summer 1977, S. 9–13; über die Situation in den englischen Gewerkschaften vgl. Emmanuel Cooper: Gays getting an unfair deal at their work. In: Morning Star vom 19.6.1977, S. 4.

2 Vgl. auch Thorsten Graf und Manfred Herzer: Zur neueren Diskussion über die Homosexualität. In: Das Argument 93 (1975), S. 859 ff.

Udo Schagen

Zum Erscheinen von Band 2 des Jahrbuchs für kritische Medizin

Das Erscheinen des zweiten Bandes des Jahrbuchs für kritische Medizin (AS 17) gibt Anlaß, die Leser der Zeitschrift über diesen Bereich unserer Arbeit zu informieren. Mit dem *Jahrbuch* wollte die Redaktionskommission für Medizin und Psychologie des *Argument* nach mehrjähriger Arbeit an der Reihe *Argumente für eine Soziale Medizin* einen breiten Leser- und Autorenkreis ansprechen. Die mit den „Argumenten für Soziale Medizin“ entwickelte Diskussion wurde selbstverständlich fortgeführt – so insbesondere für die Frage der Kostenentwicklung im eben erschienenen siebten Heft dieser Reihe „Lohnarbeit, Staat, Gesundheitswesen“ (Argument-Sonderband 12). Diese Frage wird, obwohl nach wie vor im Mittelpunkt öffentlichen Interesses am Gesundheitswesen stehend, in diesem zweiten Jahrbuch nur am Rande behandelt.

Während die Leser der „Soziale Medizin“-Reihe erwarten, daß ihnen im wesentlichen Analysen auf dem Hintergrund der materialistischen Geschichtsauffassung angeboten werden, konzipiert in Kenntnis des ökonomischen Bewegungsgesetzes unserer Gesellschaft und vom Standpunkt der arbeitenden Klasse, will das „Jahrbuch für Kritische Medizin“ Plattform, Diskussionsforum sein für alle, die an der Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens arbeiten wollen und ihre Kritik aus der Realität der medizinischen Versorgung im Interesse der Patienten entwickeln. Wir haben dies im Editorial zum ersten Jahrbuch dargestellt. Vor einem Jahr konnten wir feststellen, daß die Reaktion der potentiellen Autoren überraschend positiv war. Inzwischen können wir zunächst aus den Verkaufszahlen auch ein Leserecho registrieren: die Jahrbuchkonzeption ist erfolgreich.

Mit dem nun vorliegenden zweiten Jahrbuch vertiefen wir die Rezeption der Erfahrungen aus anderen, in erster Linie europäischen Ländern, im Sinne unseres Jahrbuch 1-Editorials, den Provinzialismus bundesrepublikanischen Streits zu überwinden, ohne dabei allerdings zu verkennen, daß ein in der Regel auf provinziellem Niveau ausgetragener Streit nicht notwendig auch Widersprüche provinziellen Charakters zur Grundlage hat.

Am Beispiel eines jungen afrikanischen Staates wird deutlich, wie unmittelbar verantwortlich die auch in unseren Ländern die Medizin beherrschenden pharmazeutischen Konzerne für die Schwierigkeiten beim Aufbau einer besseren Gesundheitsversorgung sind und damit, wie unmittelbar die Auseinandersetzungen um unser Gesundheitswesen auch dorthin wirken können.

Ein Schwerpunkt für die weitere Diskussion kann die in diesem Band dargelegte Problematik der „Primärmedizin“ werden. Bei weiterer notwendiger Spezialisierung der die Medizin Ausübenden und gleichzeitig erwünschter „Basisversorgung“ durch den Arzt des Vertrauens und unter der Bedingung, daß auf

absehbare Zukunft der „mündige Patient“ eher ein Wunschbild als Realität bleiben wird, müssen erste, verwirklichte Schritte für die Neuorganisation unserer gesundheitlichen Versorgung zu dieser Frage angegeben werden.

Die Antwort auf eine Umfrage unter den Fachschaften der westdeutschen medizinischen Fakultäten und das Ausmaß studentischer Aktionen im Sommersemester 1977 haben gezeigt, daß die Situation ärztlicher Ausbildung unter den Bedingungen erheblich gestiegener Finanzmitteln der Universitäten einen Punkt erreicht hat, an dem auch die traditionell in der Mehrzahl eher ständisch-konservativ denkenden Medizinstudenten ihre Vorstellungen mit der härter werdenden Wirklichkeit nicht mehr zur Deckung bringen können. Die hier vorgelegten Arbeiten zur Ausbildungssituation sollen daher ein Anfang für die weitere Behandlung dieser Fragen sein.

Das „Jahrbuch für Kritische Medizin“ ist in der nun sich zum zweitenmal verwirklichenden Form ein Ergebnis einer kontinuierlichen gemeinsamen und fruchtbaren Arbeit der Redaktionskommission Medizin und Psychologie des Arguments. Diese Kommission entstand im Jahre 1969 in Vorbereitung unseres ersten Bandes mit eigenem Themenschwerpunkt, dem Argument 60 „Kritik der bürgerlichen Medizin“. Daß dieser Band inzwischen eine Auflage von 16 000 überschritten hat, zeigt das anhaltende Interesse an unseren ersten Versuchen redaktioneller und konzeptioneller Arbeit. Inzwischen wurden von dieser Kommission zehn Hefte und Sonderbände sowie zahlreiche Rezensionsteile in weiteren Heften angeregt, im Exposé und Manuskript diskutiert und redigiert sowie ihre Verbreitung gefördert.

Die Entwicklung der Zeitschrift (siehe dazu das Editorial zu Heft 81) und ihrer Leser machten auch eine Neuorganisation der redaktionellen Arbeit notwendig: aus der Redaktionskommission für Medizin und Psychologie entstanden zwei Kommissionen, eine für Medizin, und eine weitere für Psychologie und Erziehungswissenschaften, die fast gleichzeitig ebenfalls ihr erstes selbständiges Arbeitsergebnis vorlegt (Argument Sonderband 15 – Kritische Psychologie). Holm Gottschalch, Christoph Ohm und Frigga Haug verlassen damit die Redaktionsarbeit für die Medizin (nicht ohne ihre Spuren zurückzulassen). Die Entwicklung unserer Arbeit in ihrer für den Leser oft schwer vorstellbaren Breite, von den Einzelheiten der Redaktions- und Bürogeschäftsführung bis zur Festlegung der Editionsstrategie vor dem Hintergrund einer Analyse gesellschaftlicher Bewegungen ist untrennbar verbunden mit der Anleitung durch Frigga Haug. Wir verlieren nicht nur die „sozialwissenschaftlichen Fachleute“ für die Kommissionsarbeit, deren analytische Schärfe und umfassende Kenntnis bürgerlicher Ideologien und marxistischer Theorie die Arbeit in kaum quantifizierbarer Weise wesentlich geprägt haben. Es bleibt abzuwarten, wieweit die erfolgreiche begonnene Arbeit innerhalb der neuen, durch den Erfolg der Zeitschrift als ganzes notwendig gewordenen Arbeitskonzeption sich bewähren wird.

Vorläufiges Sekretariat zur Vorbereitung des Dritten Internationalen Russell Tribunals

D-1000 Berlin 30 - Ahornstraße 5 - Telefon (030) 211 91 38

SPENDENAUFRAF

Die Bertrand Russell Peace Foundation hat sich am 1. 2. 1977 an die deutsche und internationale Öffentlichkeit gewandt, um ihre Planung eines Russell-Tribunals über mögliche Menschenrechtsverstöße in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin-West bekanntzugeben. Im Juni 1977 hat sich die Bertrand Russell Peace Foundation endgültig entschlossen, das Tribunal durchzuführen.

Russell-Tribunale zeichnen sich dadurch aus, daß sie unabhängig von jeder Partei und Regierung mögliche Menschenrechtsverletzungen untersuchen. Die Bertrand Russell Peace Foundation ist der Meinung, daß in unserem Lande eine Situation geschaffen worden ist, die dem ersten Augenschein nach von Unterdrückung und Einschüchterung gekennzeichnet ist.

Eine von einer international angesehenen Institution durchgeführte Untersuchung möglicher Menschenrechtsverletzungen beeinflusst in nicht zu unterschätzender Weise die Meinung der Weltöffentlichkeit und damit auch die politischen Verhältnisse in dem betreffenden Lande selbst. Die beiden vorangegangenen Tribunale über die Kriegsführung der USA in Vietnam und über die Folter in Lateinamerika haben das bewiesen. Deshalb muß Material über mögliche Menschenrechtsverletzungen gesammelt werden. Das Tribunal muß zu einem sachgemäßen und überprüfaren Urteil kommen können.

Aber das beste Material nutzt nichts, wenn die Durchführung des Tribunals nicht materiell gesichert ist. Nach einer vorläufigen Schätzung müssen zu seiner Finanzierung mindestens 200 000 DM aufgebracht werden. Bezahlt werden müssen u.a.: Reisekosten für die Jury, die Foundation, Unterbringung der Jury, Reisekosten und Spesen für Gutachter und Zeugen, Saalmieten und nicht zuletzt Telefon, Porto und Bürokosten.

Die Russell Foundation verfügt zwar über ein hohes moralisches Ansehen, aber über kein großes Vermögen. Auch wird keine staatliche Institution Geld zur Verfügung stellen. Die finanzielle Sicherung des Tribunals ist allein Aufgabe der in- und ausländischen Unterstützer.

Spenden Sie deshalb bitte auf die unten angegebenen Konten, die im Auftrag der Russell Foundation eingerichtet wurden. Jeder Pfennig, jede Mark hilft, das Tribunal vorzubereiten. Zehntausende demonstrieren in der Vergangenheit gegen die Aushöhlung demokratischer Rechte in unserem Lande. Wenn nur 20 000 von ihnen je 10 DM oder 2 000 je 100 DM überweisen würden, wäre die Durchführung des Tribunals bereits gesichert.

Die Finanzierung des Tribunals liegt in den Händen der demokratischen Öffentlichkeit, in Ihren Händen. Dokumentieren Sie bitte mit Ihrer Spende Ihren Willen, die Untersuchung von möglichen Menschenrechtsverletzungen zu unterstützen.

Das Tribunal wird u.a. unterstützt von: Prof. J. Agnoli, Prof. U. Albrecht, Prof. E. Altwater, G. Amendt (Publizist), Dr. B. Armbruster (FDP-Stadtrat), A. Astel (Schriftsteller), P. Becker (FDP), Prof. B. Blanke, Prof. F. Blich, H. Brandt (Journalist), Prof. P. Brückner, G. Burckhardt (SPD-Stadtrat), Prof. H. Bosse, A. Bugard (SPD-Stadtrat), N. Born (Schriftsteller), J. Brückner (Rechtsanwalt), F. C. Delius (Schriftsteller), Prof. F. Deppe, Dr. H. Dieckmann (Psychotherapeut), Prof. H. Domdey, Dr. R. Dutschke, I. Drewitz (Schriftstellerin), H. Ebel (Betriebsrat), Prof. F. Eberhard, Prof. W. Eder, Prof. R. W. Ernst, Prof. O. K. Flechtheim, Floh de Cologne, T. Gallier (Filmregisseur), Prof. H. Gollwitzer, R. Göbel (Betriebsrat), Prof. W. Gottschalch, K. Geidner (Betriebsrat), H. Gremiza (Journalist), H. Hannover (Rechtsanwalt), H. Heldmann (Rechtsanwalt), W. Hoss (Betriebsrat), Prof. J. Hirsch, M. Herzog (Schriftstellerin), G. Haggmüller (Filmregisseur), Prof. U. Jäggli, H. Jochum (SPD-Stadtrat), Y. Karsunke (Schriftsteller), A. Kluge (Regisseur), Dr. N. Kadritzke (Lektor), Prof. U. Kadritzke, Prof. E. Krippendorf, Prof. M. Liebel, Prof. E. R. Lochmann, Dr. C. Maack (Publizist), M. Marcks (Graphiker), J. Moneta (Journalist), T. Mitscherlich (Filmregisseur), Prof. W. D. Narr, Prof. O. Negt, R. Newzella (Vorsitzender der HBV in Heidelberg), Prof. C. Offe, S. Plogstedt (Journalist), A. Papp (Betriebsrat), E. A. Rauter (Schriftsteller), J. Roth (Journalist), J. Rose (Ortsvorstand HBV Münster), Prof. J. Seifert, Dr. H. Schwenger (Journalist), Prof. T. Schiller, P. Schneider (Schriftsteller), A. Sohn-Rethel, U. Sonnemann, Prof. B. Schöng, P. Schülinski, Prof. E. Schmidt, A. Schubarth, Prof. O. Steiger, Prof. A. Vogel, Dr. K. Wagenbach (Verleger), Prof. U. Wesel, U. Wolter (Verleger), G. Zwernz (Schriftsteller).

Akademischer Senat der FHSS Berlin; Aktionskomitee gegen Berufsverbote; CISNU; Deutsche Jungdemokraten; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Berlin); Gruppe Internationaler Marxisten; Humanistische Union; Kommunistischer Bund; Liberaler Hochschulverband; Sozialistisches Büro; Vereinigte Deutsche Studentenschaften.

Für das Sekretariat:



Thomas Dieckmann

Bankkonto: Nr. 02 54 88 63 00, Thomas Dieckmann-Sonderkonto Russell Tribunal, bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 000

Postscheckkonto: Nr. 41 89 09 - 100, Thomas Dieckmann, beim Postscheckamt Berlin-West, BLZ 100 100 100

Bund demokratischer Wissenschaftler

Für eine expansive, demokratische und soziale Wissenschaftspolitik

Aufruf zum Hochschulpolitischen Kongreß am 25. und 26. November in Hamburg

Die gegenwärtige tiefgreifende Krise des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik und Westberlin prägt sich auch in Wissenschaft und Hochschule aus: Knapp zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes erscheint die Lage an den Hochschulen vielen auswegloser als je zuvor. Der NC verschärft die soziale Selektion. In den Hochschulen sind durch eine Politik der finanziellen Restriktionen und inhaltlichen Reglementierung Forschung, Lehre und Lernen zunehmend unter Druck geraten. Die durch das Hochschulrahmengesetz vorgeschriebenen Studienreformkommissionen können unter dem Übergewicht der Staatsbürokratie und der Unternehmervertreter lediglich eine wissenschaftsfremde Gängelung der Studieninhalte bringen. Die Verfaßte Studentenschaft und ihr Recht auf freie politische Meinungsäußerung sind schwer bedroht. Berufs- und Theorieverbote engen in wachsendem Maße die Wissenschaftsfreiheit ein. Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik gibt es eine zunehmende Arbeitslosigkeit von Wissenschaftlern. Wissenschaft ist eine der Grundlagen jeder modernen Gesellschaft. Ihre Gefährdung und Zerstörung beeinträchtigt das Lebensniveau der ganzen Bevölkerung. Nur durch eine entscheidende Wende in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik können die wissenschaftlichen Potenzen bereitgestellt und gefördert werden, die unsere Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten zur Bewältigung ihrer Probleme benötigt. Der Problemdruck, der in den vergangenen Jahren an den Hochschulen entstanden ist, kann nicht durch Selbstbescheidung der Wissenschaftler und der Studierenden beseitigt werden. Selbstbescheidung löst keine Probleme – nicht an den Hochschulen, nicht im Öffentlichen Dienst und nicht im Tarifkampf. Für die Qualität der Forschungs-, Lehr- und Studienbedingungen gilt das gleiche wie für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen andernorts: Hier darf nicht verzichtet, hier muß gefordert werden. Neue Arbeitsplätze im Hochschulbereich verbessern die Ausbildung, ermöglichen mehr Forschung und tragen zugleich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei. Die Bundesrepublik ist ein reiches Land. Die gegenwärtige Misere des Bildungswesens ist nicht Folge von Armut, sondern von verfehlter politischer Prioritätensetzung. Lehrende und Lernende, alle Angehörigen der Hochschule müssen die Öffentlichkeit und die Regierenden massiv auf die Probleme der Wissenschaft und ihre Bedeutung für die Gesellschaft hinweisen und sie mit ihren eigenen Lösungsvorschlägen konfrontieren. Dies setzt gemeinsame Beratung und Einigung voraus. Alle Wissenschaftler, Gewerkschafter und Studenten, die diese Zusammenarbeit für eine Notwendigkeit halten, sind zum Kongreß eingeladen.

Anmeldungen: Bund demokratischer Wissenschaftler, Postfach 1162, 3550 Marburg I

Besprechungen

Philosophie

Bloch, Ernst: *Zwischenwelten in der Philosophiegeschichte*. e. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977 (341 S., br., 30,- DM).

Mit der Herausgabe von Bd. 12 liegt nun eine Gesamtausgabe letzter Hand der Werke Ernst Blochs vor. Der Band enthält zuerst 1950–1956 in Leipzig gehaltene Vorlesungen zur Geschichte der Philosophie mit dem Hauptgewicht auf Geschichte der Scholastik und Renaissancephilosophie. In dieser „Aufsatzsammlung“ soll der Blick „allein auf das zu kurz Gekommene“ und auf „solch Zwischenwahres“ fallen, was in der Philosophiegeschichte bislang vernachlässigt oder unscharf gesehen wurde (17/18) und was noch nicht in den anderen problemhistorischen Überblickswerken Blochs (Naturrecht und menschliche Würde, GA Bd. 6, und Das Materialismusproblem, seine Geschichte und Substanz, Bd. 7) zur Sprache kam. Für den philosophiegeschichtlichen Zugriff Blochs gilt, daß er es nicht auf die originäre logisch-historische Systematik philosophischer Theoreme abseht, sondern sie „fragmentarisiert“ (17). Die Fragmente, die bei Bloch vor allem zählen, sind die, in denen sich historisch gewachsene „Träume nach vorwärts“ (223) und das durchgängig Utopisch-Prometheische der Menschheitsgeschichte äußern. Den Primat haben dabei „selbstverständlich die Gedanken revolutionär aufsteigender Gesellschaften als revolutionäres Vermächtnis noch unabgegotener Vergangenheit“ (12). Damit das Proletariat um dieses philosophische Kulturerbe nicht betrogen wird, ist es „so unhistorisch wie möglich zu aktivieren“ (12), indem sein für die praktische und theoretische Emanzipation der Menschen relevanter Problembestand, seine weiter fruchtbare „gärende Essenz“ (334), darauf hin gesichtet wird, ob es „Nachreife verdienen könnte“ (19).

Bloch beginnt seine Sichtung mit einem Vorspiel im antiken Griechenland, genauer: in den griechischen Kolonien, denn dort, auf der Grundlage einer durchgesetzten Handelsgesellschaft, ist systematische Philosophie zuerst entstanden. Die Rezeption der griechischen Philosophie ist das theoretische Fundament der mittelalterlichen Philosophie, wobei die Spezifik dieser Rezeption der Antike gerade „die Wendung gegen die antike Diesseitigkeit“ (55) war. Die Auseinandersetzung mit dem griechischen Einfluß, im frühen M.A. primär platonisch-plotinischer, im hohen M.A. mehr aristotelischer Provenienz, bestimmt die Herausbildung der christlichen Philosophie. Die im Universalienstreit — der scholastischen Diskussion darüber, ob dem Sinnlich-Einzeln oder dem Begrifflich-Allgemeinen mehr Realität zukomme — markanten Positionen werden durch Problemskizzen ihrer theoretischen Hauptvertreter benannt. Neben Thomas von Aquin und Albertus Magnus, den großen systematischen Kompromißdenkern der Hochscholastik, gilt dabei das besondere Augenmerk Blochs dem Nominalismus, jenem antifeudal gepfeilten „Koalitionssystem“ (133) zwischen Vernunft und Glauben von Rocellin bis Duns Scotus und Wilhelm von Occam, in dem Marx den ersten Ausdruck des Materialismus in diesem Jahrtausend sah.

Der zweite Hauptteil des Buches besteht aus den schon 1972 separat erschienenen, nun noch einmal überarbeiteten Vorlesungen über die Philosophie der Renaissance, den „stiefmütterlich behandelten Anfang der bürgerlichen Philosophie“ (178). Die drei Hauptstränge der Philosophie des 16. und 17. Jahrhunderts, den italienischen (von Marsilio Ficino und Pico bis Giordano Bruno und Campanella), den deutschen (Paracelsus und Jakob Böhme) und den englischen (Bacon bis Hobbes) bieten einen hervorragenden Gegenstand für die Blochschen Utopie-recherchen, denn hier findet er die noch nicht durch den Gang der bürgerlichen Geschichte getrübe „Frische einer aufsteigenden Klasse“, einen gedanklichen Aufbruch und einen „Durchbruch von Gestalten, wie sie noch nie auf der Erde gesehen worden waren“ (175). So pointiert Bruno Frei in seiner Rezension dieser Teilausgabe von 1972 (Argument 81, S. 666): eine „kammermusikalisch angelegte Philosophiegeschichte“, in der u.a. die stimmungshaft-plastische Zusammenschau von kunst-, musik- und philosophiehistorischen Phänomenen überrascht. Ein solch begrifflicher Einklang aber erscheint notwendig: „schließlich stellt das Ideologische eine zusammenhängende Bewegung dar“ (164), und das Aufspüren von „Überbauverwandtschaft“ (226) – z. B. zwischen dem Chiasmus Paracelsus, Thomas Münzer und den Widertäufern – entspricht gerade der Sichtweise des historischen Materialismus, dem es doch darauf ankommt, die Welt als Totum zu begreifen. Dieses Totum aber, und das ist die abschließende Überlegung Blochs in diesem Buch, ist das Totum einer „utopisch-offenen Totalität“ (333).

Nicht zuletzt der Sprache Blochs ist die sinnlich-konkrete Anschaulichkeit geschuldet, mit der auch sperrige und heterogene „Gedankenlandschaften“ (218) umrissen werden, wie die Tradition der deutschen philosophischen Spekulation, von Meister Eckhart über die mittelalterliche Mystik, Nicolaus von Cues, Paracelsus, Jakob Böhme, bis hin zu Hegel. Dieses Philosophieren hebt überall dort an, wo die Welt mit „Qualitätsblick“ gesehen wird (298) und wo sich damit auch ihre objektive Prozeß-Dialektik entpuppen muß. So wird in den naturspekulativen Grübelschriften des Görlitzer Schusters Böhme „die erste objektive Dialektik seit Heraklit“ (230) konstatiert. Wenn im Schlußteil des Bandes über Schellings Naturphilosophie notiert ist: Alle Dinge suchen ihren Dichter, so mag dieses Wort auch für Blochs dialektisch-materialistischen Nachvollzug jener „großen metaphysischen Grübeler“ (228) gelten, in der er selbst die deutsche spekulative Tiefe begründet sieht.

Blochs „philosophische Reisen“ (332), wie er seine Art der philosophiegeschichtlichen Erkundung nennt, können eine historisch-systematische Rekonstruktion, die Theorie im Rahmen ihrer sozialen, ökonomischen und wissenschaftsgeschichtlichen Determinanten wissenschaftlich zu fassen sucht, nicht ersetzen, aber sie können dazu wichtige Anregungen geben. Denn: „ein schöpferisch bisweilen nahezu Einleuchtendes findet sich in solch Zwischenwahrtem, läßt aufhorchen, macht betroffen, wird wirksam“ (18).

Jens Brockmeier (Berlin/West)

della Volpe, Galvano: Rousseau und Marx. Beiträge zur Dialektik geschichtlicher Strukturen. Luchterhand Verlag, Darmstadt-Neuwied 1975. (231 S., br., 40,- DM).

Vorgelegt wird eine Auswahl aus den Schriften des neomarxistischen Theoretikers. Auswahlkriterium ist das den Texten gemeinsame Interesse, den Marxismus als eine Theoriebildung zur Geltung zu bringen, die in der neuzeitlichen

Wissenschaftstradition gleichermaßen auf gesellschaftspolitisch-historischem und auf erkenntnistheoretisch-logischem Gebiet den „Übergang von den Hypothesen zu den Hypothesen, von den Apriorismen zu den experimentellen Voraussagen“ (180) markiert.

Neben einigen kleineren, in die Auswahl aufgenommenen Arbeiten und einem methodologischen Aufsatz, der die Entwicklung der neuen Verfahrensweise am Leitfaden der Marx'schen Schriften nachzuzeichnen unternimmt, ist es vor allem die längere Abhandlung zum Verhältnis von Rousseau und Marx, für die dieses Interesse sich als thematisch bestimmend erweist. In ihr soll das gesellschaftspolitisch Neue der Marx'schen Methode durch einen Vergleich mit der frühbürgerlichen Naturrechtslehre herausgearbeitet werden. Die Naturrechtslehre eines Montesquieu oder Kant wird dabei als Versuch charakterisiert, durch einen unhistorisch-apriorischen, personalen Vernunft- und Freiheitsbegriff eine „rechtsstaatliche Liberalität“ (76) ideologisch zu begründen, die in dem Maß, wie sie Gleichheit nur „in Funktion der Freiheit“ (54) einer vorgesellschaftlich fertigen, elitär überspitzten, bürgerlichen Personalität zu garantieren vermag, sich in der Festschreibung und Sicherung vorhandener Besitz- und Bildungsprivilegien erschöpft. Demgegenüber habe der mit dem Kriterium einer „materiellen oder historischen Vernunftmäßigkeit“ (57) operierende Marxismus das Interesse, durch einen Begriff von egalitärer Demokratie die Entwicklung einer „sozialistischen Legalität“ (76) zu befördern, die in dem Maß, wie sie „der sozialen Potenzierung des menschlichen Individuums überhaupt und dessen Persönlichkeit“ (80) als Grundlage dient, eine „Gesellschaft von Freien weil Gleichen“, d. h. „einen der Nivellierung entgegengesetzten und die Personen vermittelnden Egalitarismus“ (135) ins Werk zu setzen erlaubt. Allerdings ist es gar nicht primär Marx, sondern Rousseau, bei dem der Verfasser meint, diesen neuen Impetus einer nicht mehr bloß auf die Sicherung aktueller politischer Privilegien, sondern auf die historische Entwicklung sozialer Potenzen hin angelegten Ideologiebildung und Begriffsarbeit entdecken zu können und den er deshalb bereits in entschiedenen Gegensatz zum frühbürgerlichen Naturrecht treten sieht.

Dieses höchst unorthodoxe Rousseau-Verständnis soll offenbar die Möglichkeit eröffnen, den gesellschaftspolitisch nachdrücklichen Bruch in der bürgerlichen Wissenschaftstradition, den der Marxismus darstellt, zugleich als die bloße Realisierung einer jener Tradition ganz und gar immanenten Alternative dingfest zu machen, um damit, wie einerseits die „Rousseau'schen Grundsätze“ als direkte Vorläufer marxistischer „Modellbegriffe“ (ebd.), so andererseits z. B. die sowjetischen Verfassungen als nur konsequente Durchführung Rousseau'scher Ideen identifizieren zu können. Die Gefahren eines solchen – den Gramsci-Schüler verratenden – Vorgehens läßt der Text durchaus deutlich werden: In dem Maß, wie gesellschaftspolitische Entwicklungen zur Sache einer in einfacher „Konsequenzieherei“ (ebd.) bestehenden, quasi logischen Begriffsentfaltung und zum Problem einer, wenn nicht überhaupt moralischen, so jedenfalls rein politischen Entscheidung werden, verliert die Analyse mit der ökonomischen auch die historische Dimension aus den Augen. Seinen Niederschlag findet dies z. B. darin, daß der Verfasser dem frühbürgerlichen Naturrecht eine fortschrittliche Bedeutung und historische Funktion eigentlich gar nicht mehr zubilligen kann. Zugleich läßt der Text die zeitgeschichtlichen Motive für dieses Vorgehen sichtbar werden: Wie schon die Einführung des feudalen Privilegienbegriffs in den Kontext bürgerlicher Ideologiebildung ahnen läßt, sind es die geschichtlichen Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten der gegenwärtigen italienischen Gesellschaft, die dem Verfasser als einem theoretischen Wegbereiter der neuen

Linie seiner Partei jene „Rousseauisierung“ des Marxismus eingeben. Nämlich als ein Mittel, Teilen des liberalen Bürgertums eine politisch-moralische Entscheidungshilfe in Richtung auf ein radikaldemokratisches Bündnis mit der KPI zu bieten und sie auf der gemeinsamen Basis verfassungsmäßig bereits angelegter „juridischer Figuren eines *demokratischen Kompromisses*“ (138) zur Bildung einer Art Volksfront zu bewegen. Ulrich Enderwitz (Berlin/West)

Sandkühler, Hans Jörg, u.a.: *Materialismus – Wissenschaft und Weltanschauung im Fortschritt*. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976 (259 S., br., 12,80 DM).

Der Band ist im Rahmen einer neuen Serie erschienen. Äußerlich kenntlich gemacht durch den Autographen der Marxschen 11. Feuerbach-These, stellt sich diese redaktionell von Hans Jörg Sandkühler, Bremen, betreute Serie die Aufgabe, natur- und gesellschaftswissenschaftliche Entwicklungen philosophisch zu verallgemeinern, in Problemfelder einzuführen und zugunsten der alltäglichen Anwendung von Wissenschaft auf weltanschauliche Grundfragen zu orientieren. Sie soll Informationen über den Fortschritt materialistischer Wissenschaft in den kapitalistischen und sozialistischen Ländern liefern und die demokratische Bewegung unterstützen. Der vorliegende Sammelband kann als programmatisch gelten. Er enthält neun Beiträge materialistischer Philosophen und Gesellschaftswissenschaftler aus Westdeutschland, Westberlin, Österreich und Frankreich zur systematischen Struktur und historischen Entwicklung materialistischer Dialektik, zu ihrer politisch-praktischen Funktion sowie zur Auseinandersetzung mit ihrem idealistischen Widersacher.

Sandkühler (Praktischer Materialismus und wissenschaftliche Weltanschauung) führt ins Gebiet „materialistische Dialektik“ ein, markiert Brennpunkte aktueller Kontroversen und bezieht unmißverständlich Stellung. Marxistische Philosophie, wie Sandkühler sie versteht, verarbeitet die arbeitsteilig gewonnenen und daher nicht schon als solche sich ergänzenden Ergebnisse der Einzelwissenschaften zu konkret-allgemeinen Gesetzesaussagen. In der einzelwissenschaftlichen Praxis fungiert sie als objektive und prinzipiell undogmatische Richtschnur bei Theorie- und Hypothesenbildung und hilft bei der Selbstkontrolle ihrer Detailergebnisse. Gemessen an den Bedürfnissen der Massen ist materialistische Philosophie deshalb unbedingbar, weil sie als Repräsentantin des systematisch verallgemeinerten Wissens der Epoche die „wichtigste theoretische Grundlage“ (18) der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse ist, welche „zu Aktivität treibt und Resignation und bloße Orientierung am Status quo verhindert“ (26).

Auf die praktische Funktion von Philosophie hebt auch Friedrich Tomberg (Der dialektisch-historische Materialismus in philosophie-geschichtlicher Begründung) ab. Ausgehend von der Entstehung der modernen empirischen Wissenschaft, arbeitet er das Wechselverhältnis von Wissenschaft und Philosophie in den verschiedenen Stadien der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft heraus und formuliert die Hypothesen: „1. Die Geschichte der Philosophie läßt sich als Fortschritt 'begreifenden Denkens' verstehen. 2. So wie das begreifende Denken im Ganzen, so ist auch jede Stufe seines Fortschritts durch gesellschaftliche Praxis motiviert.“ (74)

Während Sandkühler und Tomberg vor allem die weltanschauliche Funktion marxistischer Philosophie betonen, entwickelt Günter Matthias Tripp (Materiali-

stische Erkenntnistheorie und Ideologie) unter Berufung auf Engels die These, auf marxistischem Niveau habe sich materialistische Philosophie „vorzüglich der Erkenntnis zu widmen“ (99). In einer ausführlichen Darstellung der Entwicklung der erkenntnistheoretischen Auffassungen von Marx, Engels und Lenin weist Tripp nach, daß die gerade von den Klassikern aufgedeckte höchst komplexe – materielle, historische, ideelle, ideologische – Determinationsstruktur des Denkens es verbietet, die Erkenntnisprobleme unter Verzicht auf eine dieser Komplexität angemessene philosophische Disziplin „Erkenntnistheorie“ ausschließlich vom „Kapital“ her anzugehen. Einem monokausalen Verständnis des Verhältnisses ökonomische Struktur – Bewußtseinsformen ist letzten Endes, wie Tripp anhand der Konzeption J. Bischoffs zeigt, der „Glaube an die Selbstaufhebung der bürgerlichen Gesellschaft“ (137) äquivalent.

Wie wichtig erkenntnistheoretische Klarheit für den konkreten Forschungsprozeß ist, zeigt der Beitrag von Lucien Sève (Für eine materialistische Theorie der Persönlichkeit): Marx habe in der Frage des menschlichen Wesens erst Klarheit gewonnen, nachdem er mit dem spekulativen Verständnis der Abstraktion gebrochen habe, mit der Auffassung also, man könne aus einer Reihe sinnlich erfahrbarer Objekte (hier: Individuen) deren Wesen abstrahieren. Wie Sève zeigt, ist das gegebene Objekt keine ausreichende Basis der Erkenntnis und das allgemeine Objekt nicht die Erklärung der Dinge, sondern selbst nur das historische Produkt von Verhältnissen. Die Frage nach dem Wesen des Menschen verweist daher auf die Geschichtswissenschaft und die Theorie der politischen Ökonomie. – Wie Sève, so geht es auch Joke Frerichs um die konkreten Individuen, allerdings aus einer anderen, in der marxistischen Literatur bislang noch vernachlässigten Perspektive. Er skizziert „Ansätze zu einer politischen Ökonomie des Alltagslebens“, und das heißt auch: zu einer Theorie des Alltagsbewußtseins. Sein Fazit: „Die praktische Überwindung von Alltagsbewußtsein bedarf eines *organisierten* Lernprozesses — die spontanen Einsichten und Erfahrungen proletarischer Alltagspraxis müssen mit der existierenden wissenschaftlichen Form der Kritik des Alltagslebens vermittelt werden.“ (161)

Die innerhalb der bürgerlichen Ideologie gegenwärtig dominierende Rolle des „Kritischen Rationalismus“ belegen neben den Beiträgen von Sandkühler und Tomberg die Arbeiten von Helmut Arnaszus und Robert Steigerwald. Während Arnaszus (Zur Bedeutung der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen Materialismus und Idealismus) die idealistischen Grundlagen der erkenntnistheoretischen Auffassungen Poppers und anderer sowie ihren Zusammenhang mit den sozialen Auseinandersetzungen darstellt, konzentriert sich Steigerwald (Karl Raimund Popper – Philosoph staatsmonopolistischer Reformen) auf die geschichts- und gesellschaftstheoretischen Ideologeme Poppers und zeigt, daß diese sich deshalb zur Verteidigung des staatsmonopolistischen Systems eignen, weil sie zwar einerseits Einsichten, die bis an die Grenze des Systems vordringen, möglichst zu verhindern trachten, andererseits aber notwendige Korrekturen, systemimmanente Stückwerktechnik, zulassen. Mit dem wohl prominentesten „linken“ Popper-Kritiker befaßt sich Kurt Bayertz (Gegen einen idealistisch halbierten Antipositivismus. Zur Wissenschaftstheorie von Jürgen Habermas). Bayertz weist wesentliche, im subjektiv-idealistischen Ausgangspunkt beider begründete Gemeinsamkeiten zwischen Popper und dessen Antipoden im „Positivismusstreit“, Habermas, nach. Beide trennen den Geltungsanspruch wissenschaftlicher Sätze von ihrer in der Praxis erfahrbaren Beziehung zur Realität, reduzieren ihn konventionalistisch auf Intersubjektivität und trennen strikt die Genesis von der Geltung wissenschaftlicher Aussagen. – Wilhelm Raimund Beyer (Zauberformel

„Gesellschaftsontologie“) warnt in der Auseinandersetzung mit Georg Lukács davor, den Marxismus „zur Ontologie verkümmern“ (255) zu lassen, anstatt ihn weiterzuentwickeln. Denn Ontologie sichere immer ein idealistisches System ab.
Rolf-Dieter Vogeler (Bremen)

Becker, Werner, u. Kurt Hübner (Hrsg.): Objektivität in den Natur- und Geisteswissenschaften. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1976 (248 S., br., 28,- DM).

Das Buch enthält die Referate eines 1975 in Portaria (Griechenland) veranstalteten Symposiums. Wissenschaftler aus 12 westlichen Ländern haben in ihnen, wie das Vorwort berichtet, „deutlich gemacht, daß das Ethos der Wissenschaften ohne den verbindenden Leitbegriff der Objektivität nicht aufrechtzuerhalten ist“ (8), und unfreiwillig noch etwas anderes: dieser Begriff ist seinerseits nicht aufrechtzuerhalten, wenn die Wissenschaft sich nicht von der analytisch-empiristischen Wissenschaftstheorie befreit. Das zeigt sich in Referaten über deren Geschichte, in den Beiträgen zum aktuellen Problemstand von Einzelwissenschaften und sogar in dem, was als Jenseits des Empirismus erahnt, gefordert und verwünscht wird. – Mit der Geschichte von Empirismus und Rationalismus in der Ära der Newtonschen Physik befaßt sich der Beitrag von *Wolfgang Röd*. Man erfährt, daß der klassische Empirismus etwa John Lockes auf der Illusion basierte, die theoretischen Schlüsselbegriffe Newtons (Gravitationskraft) würden sich einmal in Beobachtungsbegriffe verwandeln lassen. – Seine modernen Entwicklungsetappen, vom „Wiener Kreis“ bis zur gegenwärtigen durch die Popper-Kuhn-Kontroverse ausgelösten Krise, referiert der Popperianer *Gerard Radnitzki*. Sein Beitrag zeichnet sich durch das selten zu hörende Eingeständnis aus, daß der Versuch von Imre Lakatos, Poppers Methodologie gegen Kuhn zu retten, mißlungen ist. Ob freilich sein eigenes Vorgehen: Poppers Standpunkt einfach nochmals zu referieren, als besser gelungen angesehen werden kann, steht dahin. – Hauptmangel ist, daß Radnitzki keinen Bezug herstellt zwischen Wissenschaftstheorie und Einzelwissenschaft; solch ein Bezug wird erst in den Beiträgen der Einzelwissenschaftler deutlich. So demonstriert *Eugene Wigner*, Nobelpreisträger für Physik, welche zweideutige Botschaft der Empirismus für die Quantenmechanik bereit hält, wenn er im Sinne der sogenannten Kopenhagener Interpretation aus dem Indeterminismus der Quantenmechanik und aus dem empiristisch verstandenen Grundsatz der Beobachtbarkeit (141) den Schluß zieht, Quantenmechanik impliziere solipsistische Philosophie (143). – Freilich wird diese Interpretation gerade von der Popper-Schule zurückgewiesen; jedoch fallen auch bei dem als Freund und Mitautor Poppers ausgewiesenen *John Eccle*, einem Nobelpreisträger der Biologie, Empirie und Objektivität auseinander. Mit seiner Hypothese über das Geist-Gehirn-Problem an die Grenze des physikalistischen Wissenschaftsbegriffs stoßend, versucht er nicht etwa, diesen zu erweitern oder zu ersetzen, sondern greift „auf einen übernatürlichen Ursprung zurück“ (153). – Auch *Alistair Crombie*, der britische Historiker, stößt an diese Grenze. Worauf er zurückgreift, verrät er uns zwar nicht, aber auch er ist sicher: „das“ wissenschaftliche Verständnis der menschlichen Natur verfällt „unausweichlich“ einem (nach Art der Physik) allgemeinen Muster, in dem das einmalige Bewußtsein des Individuums „logischerweise“ außer Acht gelassen wird (235). – Bei *Helmut Schelsky* ist es mit der Verknüpfung von Wissenschaftlichkeit und

Objektivität vollends vorbei, denn er schlägt allen Ernstes vor, in der praktischen Sozialforschung sollten „die theoretischen Annahmen begrenzt oder minimiert“ werden (173), damit nicht weiterhin „der geistige Orientierungsbetrug mit der theoretischen Perfektion der Erklärung“ wachse (174). Ihm schwebt die Komplettierung einer „konstitutionell“ vieldeutigen soziologischen Empirie (ebd.) durch einen „Pluralismus“ von Theorien vor, zwischen denen ausdrücklich nicht entschieden werden darf (178): nicht Objektivität von Theorien, sondern gegenseitige Neutralisierung der je vorhandenen Orientierungs-Betrugsmanöver.

Eine Alternative zum Empirismus wird nicht nur bei Eccle in der Religion gefunden. Zwei Theologen, *Fred Copleston* und *Stanley Jaki*, treten als Hauptkritiker der Analytischen Wissenschaftstheorie auf. Dabei wird Jakis Kritik über weite Strecken von einer scheinbar materialistischen Position aus geführt – bis sich Lenins Wort von der Unterscheidbarkeit von Materialismus und Realismus an ihm erfüllt. Die Annahme der objektiven Realität der physikalischen Welt soll nämlich auf den Glauben gegründet werden, daß der Wissenschaftler „mit der äußeren Realität allein durch ein tiefes, aus dem Wurzelwerk seines subjektiven, persönlichen Bewußtseins emporquellendes Vertrauens in Berührung kommt“ (164). – Aber auch solche Erwägungen gehen dem Kantianer *Kurt Hübner* noch nicht weit genug in die Vorgeschichte der Wissenschaft zurück. Er wirft die Frage auf, ob sich die neueste Entwicklung der Physik nicht als Beginn einer fruchtbaren Rückkehr zum mythischen Denken interpretieren läßt (84). Schade, daß die Referenten gegen die Dummheit vorurteilsfrei sind, anstatt gegen den – Marxismus. Dieser ruft bei *Werner Becker* hysterische Entgleisungen hervor, wenn er z.B. schreibt, Intellektuelle würden vom marxistischen Programm der Objektivierbarkeit gesellschaftlicher Handlungsnormen angezogen „wie die Motten vom Fliegenglas“ (106). Seine Behauptung, die Marxsche Politökonomie sei durchdrungen von einer unhinterfragten „Einheit von Wertung und Beschreibung“ (100), begründet er durch Erfindung eines neuen Wissenschaftskriteriums, wonach es verboten wäre, den Ausdruck „Aneignung unbezahlter fremder Arbeit“ durch die Bezeichnung „Ausbeutung“ abzukürzen: das soll ein wertender, also unwissenschaftlicher Begriff sein. Dabei steht es Becker doch völlig frei, sich für Mehrwert-Aneignung zu engagieren. Folgt man seiner Logik, dann müßte auch die Bezeichnung von Elementarteilchen als „quarks“ wegen Werthaltigkeit (Lächerlichmachung der Materie) verboten werden. Ein weiteres neues Wissenschaftskriterium wird aus gleichem Anlaß von *Herrmann Lübbe* erfunden. Er gesteht zu, daß der Standpunkt des „seriösen Marxismus“ zum Verhältnis von Objektivität und Parteilichkeit unangreifbar ist nach Maßgabe des (üblichen) Begriffs von „Begründungsobjektivität“, und so zeigend, daß er es sich nicht leicht mache, expliziert er eine „Konsensobjektivität“ genannte wissenschaftslogische Verpflichtung zur Sozialpartnerschaft: „Ich schlage vor, Objektivität eine Eigenschaft von Historien zu nennen, die . . . unter den Beteiligten intersubjektiv-akzeptabel sind“ (186).

Trotz seiner obskurantischen Züge enthält der Sammelband auch eine Reihe lesenswerter, erhellender Darstellungen. Neben den schon erwähnten Beiträgen von Rödd und auch von Wigner, der wertvoll ist durch eine klare, inhaltsreiche Skizze der Geistesgeschichte der Physik, sind besonders diejenigen von *Jacqueline de Romilly* über die Objektivität in der griechischen Geschichtsschreibung und von *Jules Vuillemin* über wissenschaftsgeschichtliche Ursachen der Axiomatik in der griechischen Mathematik hervorzuheben.

Michael Jäger (Berlin/West)

Lenk, Hans: *Pragmatische Philosophie*. Plädoyers und Beispiele für eine praxisnahe Philosophie und Wissenschaftstheorie. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1975 (321 S., br., 39,80 DM).

Der irreführende Titel versammelt dreizehn wissenschaftstheoretische Essays unterschiedlichen Niveaus zu den verschiedensten Themen aus allen handlungsbezogenen Wissenschaften. Unter Berufung auf Sokrates (18, 309 f.) richtet sich der Verfasser, Karlsruher Ordinarius für Philosophie, mit seinen Diskussionsbeiträgen, die an vielen Stellen eher den Charakter von Sammelrezensionen tragen, „angesichts der nahezu unbegrenzt erscheinenden, ungelösten Orientierungs- und Bewertungsprobleme“ an „fast alle, zumindest alle Interessierten und Nachdenklichen, die der Vernunft noch eine Chance geben wollen und – müssen.“ (309) Der nicht näher präzierte Anspruch einer neuen pragmatischen „Philosophie der lebenspraktischen Fragen“ (31) gründet sich auf die immer wieder betonte Hoffnung, daß „durch interdisziplinäre Kooperation im Team vieler Wissenschaftler aus unterschiedlichen relevanten Disziplinen“ (116) der Ausweg aus den vielen, in großer Zahl meist sehr knapp referierten und kommentierten Dilemmata und Problemen der bürgerlichen Einzelwissenschaften gefunden werden könne. Das durchgängige Hauptanliegen des Bandes, nämlich „die wissenschaftstheoretische Durchdringung der disziplinären Teilansätze unter dem Gesichtspunkt ihrer interdisziplinären Integrationsmöglichkeit von einer pragmatischen Wissenschaftstheorie her“, soll notwendige Bedingung auf dem Wege „zu einer allgemeinen Handlungs- und Verhaltenstheorie“ sein (244), weil „die Phänomene des Handelns und der handelnden Organismen (...) die Grenzen jeder methodologisch abgrenzbaren Einzelwissenschaft überschreiten“ (138). Wissenschaftstheoretisches Ideal bleibt dabei stets die strikte Trennung zwischen „normativen Aussagen der praktischen Vernunft“ und „objektsprachliche(m) Aussagensystem der empirischen Wissenschaft selbst“ (187). Ein historisch fundierter Praxisbegriff, der im Buch auch nur andeutungsweise diskutiert wird (288–290), bleibt daher außerhalb des Bereichs der Wissenschaft, und die Möglichkeit, Theorie und Empirie zur Deckung zu bringen, wird a priori bezweifelt. Der besonders auf den ersten Seiten in fachphilosophischer Selbstbescheidung einerschreitende allgemeinwissenschaftliche Verzicht auf die „Letztbegründung von Theorien“ (z. B. 67), mit anderen Worten die Leugnung der Möglichkeit von Wahrheit, gestattet überhaupt erst „eine relativ liberale Wissenschaftskonzeption“ (206), die sich von der interdisziplinären Agglomeration verschiedenster Einzelansätze „vorerst ohne innere logische Verbindung“ (140) wenn vielleicht auch nicht Erkenntnisgewinn so doch ein Wissenschaftlicher-Werden der Wissenschaft verspricht. Trotz der verbalen Forderung nach inhaltlicher Füllung der methodischen Ansätze des kritischen Rationalismus (51, 311) bleibt die immer wieder vorgetragene Beschwörung der Vernunft (z. B. 50–52) denn auch nur allzusehr eine Leerformel. Der Vernunftbegriff selbst fällt – um in Lenks eigener Ausdrucksweise (z. B. 140) zu sprechen – hinter vorwissenschaftliche, naive-theoretische Common-sense-Modelle noch zurück, wenngleich stets die ethnozentrische Überzeugung vom „Siegeszug“ – der abendländischen Kultur“ in der „Weltgesellschaft“ (146 f.; vgl. 54) durchschlägt.

Außer durch die soeben skizzierten Gedanken, die zum Teil wohl auch aus der Not der essayistischen Vielfältigkeit die Tugend der wissenschaftstheoretischen Vielfalt machen sollen, sind die vielen verschiedenartigen Themen und Gegenstände, referierten und kritisierten Theorien des Bandes, in dem übrigens eine Reihe von Gedanken und Details nicht selten wörtlich mehrfach wiederholt

erscheinen, nicht untereinander verbunden; und mangels eines fortschreitenden Argumentationsaufbaus ist es dem Rezensenten unmöglich, auch nur die wichtigsten Einzelstücke zu kommentieren.

Abschließend sei daher nur auf die merkwürdig illiberale Behandlung „der marxistischen Variante“ (31) in der Wissenschaft hingewiesen. Einerseits werden zwar marxistische und neoklassische Ökonomie auf gleiche Stufe gestellt, insofern beide aufgrund verschiedener „Sichtweisen“ und „Grundthesen“, die angeblich nur wissenschaftstheoretisch, nicht empirisch einander gegenübergestellt werden können, verschiedene Bereiche der Wissenschaft erst schufen: „die ökonomische Realität“ gebe es nämlich nicht (218). Andererseits werden „manche der orthodoxen marxistischen Ansätze“ nicht als „*positiv*-wirtschaftswissenschaftliche Theorien“ anerkannt, insbesondere diejenigen nicht, die sich der (Lenk beruft sich hier auf W. Becker) „wissenschaftstheoretisch fragwürdigen“ „sogenannten dialektischen Methode“ befleißigen, welche „keine Theorie mit hohem empirischen Gehalt“ hervorbringen könne (220). Weiter vorn wird die angebliche „Etablierung neomarxistischer Fachbereiche“ als ernüchternde und enttäuschende Erfahrung „für die Kultur der allzu leicht verletzlichen Vernunft“ in einem Atemzuge mit dem Dritten Reich genannt (50). Es fragt sich doch, wie Vernunft definiert werden kann wenn nicht wissenschaftlich, und wie Wissenschaft hervorgebracht werden kann wenn nicht vernünftig. Nicht nur die Wissenschaft aber, auch die Vernunft ist unteilbar wie die Wahrheit: Interdisziplinarität, so nützlich sie auch überkommene Fachgrenzen sprengt, kann Fragmente nicht zu einem Ganzen kitten.

Ulrich Schmitz (Duisburg)

Marcuse, Herbert: *Zeit-Messungen*. Edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1975 (70 S., br., 4,50 DM).

„Ist die Neue Linke gescheitert?“ Diese Frage betitelt nur einen der vier Beiträge. In Wirklichkeit ist sie einziger Gegenstand. – Im Vortrag „Marxismus und Feminismus“ peilt Marcuse „das revolutionäre Potential des feministischen Sozialismus“ (16) an. Überwindung des Patriarchats als Aufgabe, aber kein neues Matriarchat; nicht Austausch einer Machtstruktur gegen eine andere, sondern Aufbau einer Gesellschaft, die von einem neuen Realitätsprinzip geleitet wäre. Spricht man mit Marcuse und Freud der Triebstruktur die Relevanz zu, die eigentlich den Produktionsverhältnissen angemessen ist, dann kann es geschehen, daß die Antithese maskulin-feminin, zur Synthese geworden, eine „androgyn“ Gesellschaft hervorbringt (19). Gewaltsamkeit und Erniedrigung der auch im feministischen Sozialismus fortwirkenden Konflikte würden vermindert werden. Die Frage drängt sich auf, warum der Vortrag „Marxismus“ und Feminismus betitelt ist?

In dem Vortrag „Theorie und Praxis“ ist die Arbeiterklasse Gegenstand der Untersuchung. Im Spätkapitalismus sei nicht die Arbeiterklasse im alten (engeren) Sinn Träger der revolutionären Veränderung, sondern das als „allgemeine Klasse“ zu bezeichnende „Ganze der abhängigen, unterdrückten Bevölkerung“ (34). Der Klassen Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital erscheint als Bestandteil des allgemeinen Gegensatzes zwischen der kapitalabhängigen Bevölkerung und dem Kapital. Das führt zur Entdeckung der *raison d'être* der Neuen Linken: ihre Forderungen und Experimente seien „Vorgriffe – ein späteres Stadium der Radikalisierung vorwegnehmend“ (28). Formen der „Gegen-Kultur“ an-

tizipieren Weisen nichtentfremdeter Arbeit, solidarischer menschlicher Beziehungen, Erfahrungen und Umgang mit der Materie jenseits ihrer Warenform. Das verändere das Bewußtsein. Marcuse meint, dieser Prozeß könne zum materiellen Faktor radikaler Veränderung werden. Der Rezensent erinnert sich, Ähnliches schon in Charles A. Reichs „Greening of America“ gelesen zu haben. Marcuse meint, solcher „Umschlag des Historischen Materialismus in gesellschaftlichen Idealismus“ (27) sei in der Marxschen Theorie selbst angelegt. Liegt nicht eine Verwechslung mit Max Stirner vor? (Vgl. auch die ausführliche Kritik dieses Aufsatzes von S. Tömmel in Argument 93).

In dem Vortrag „Scheitern der Neuen Linken?“ versteht Marcuse die Neue Linke als „neue Dimension gesellschaftlicher Veränderung“ (37), nicht nur als ökonomische und politische Umwälzung, sondern als Umsturz des herrschenden Systems von Bedürfnissen und deren Befriedigungsmöglichkeiten – also nicht von der Produktion, sondern vom Konsum her. Die so intendierte „Kulturrevolution“ sei nicht gescheitert, wenn sie auch mangels „angemessener Organisationsformen“ nicht in die Lage kam, sich als Alternative glaubhaft zu machen. Angesichts der „präventiven Konterrevolution“, in deren Epoche wir leben, empfiehlt Marcuse als „Minimal-Strategie“ der Neuen Linken die Errichtung von „Basen“, deren Aufgabe die Artikulierung des Protestes und die Mobilisierung konkreter Aktionen wäre. Isoliert von dem Gros der Bevölkerung werden die „Basen“ freilich die herrschenden ökonomischen und politischen Strukturen nicht einmal anknabbern. Ob es Marcuse bewußt ist, daß seine Analyse des Kapitalismus sowie seine Vorschläge zu dessen Überwindung sehr wenig Marx, dagegen sehr viel Kropotkin enthalten? – Ein amüsantes, zum Teil ausfälliges Gespräch mit Hans Magnus Enzensberger („Kursbuch“ 22/1970) rund um die vorgetragenen Probleme beschließt das Bändchen. Bruno Frei (Wien)

Benz, Ernst: Das Recht auf Faulheit / oder die friedliche Beendigung des Klassenkampfes. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1974 (126 S., br., 16,- DM).

Der Plan war fein ausgeklügelt: Eine im Spektrum des Marxismus weitgehend ignorierte Schrift, zumal von einem Autor, der in privater Verbindung zu Karl Marx stand (Lafargue heiratete die Marx-Tochter Laura), mit einem Thema, das aufhorchen läßt: „Das Recht auf Faulheit“, soll dem Marxismus entrissen und der eigenen Sache nutzbar gemacht werden. Soweit der Plan. Steckt der Teufel auch gewöhnlich im Detail, bei Ernst Benz liegt der Irrtum im Ganzen.

Das Buch beginnt, ist durchzogen und endet mit Privatem: Geschichten über sich (Vorwort) und Biographisches über Lafargue (Kap. I) belegen dies ebenso wie die 20 (!) Zitate aus privaten Briefen von Marx und Engels (17–22). Schließlich — und hierzu bedarf es schon einiger argumentativer Winkelzüge — wird der Selbstmord Lafargues als Tat gegen den Marxismus ausgeschlachtet (59 u. Kap. XIII). Solcherart privat eingestimmt kommt Benz zur Sache: Das „Recht auf Faulheit“ sei aus dem „Geschichtsbewußtsein des modernen Sozialismus marxistischer Prägung, wie er in den beiden Spielarten der Sozialdemokratie und des Kommunismus ... existiert“ verdrängt worden (13), in den „kommunistischen Ländern des Ostblocks“ habe sich „die Arbeitswut durchgesetzt“ (120), während die Gewerkschaften des Westens dabei seien, „das Vermächtnis Lafar-

gues“ zu verwirklichen, – „allerdings unbewußt“ (11). In dieser Lage will Benz durch seine Schrift die Leistung vollbringen, „den von seinen Parteigenossen . . . so krampfhaft vergessenen Vorkämpfer der Faulheit in das moderne Geschichtsbewußtsein wiedereinzuführen“ (15), d. h. – vom Benzschen Duktus in eine offene Sprache übersetzt – Lafargue soll für das Ziel der christlichen Utopie des Reiches Gottes umfunktioniert werden (29 u. Kap. XI). Zudem, gleichsam en passant, soll die Lafargue-Rezeption dazu dienen, „den Marxismus . . . (als) . . . Heilslehre“ zu entlarven, ihn auf seine „religiöse Wurzel“ zurückzuführen (75). Dieser Versuch ist jedoch schon methodisch so dilettantisch angelegt (Verschiebung des Analysegegenstandes von Marx' „Kapital“ auf eine kleinere Lafargue-Schrift), daß es nicht verwundert, wenn Benz Argumente nicht vorbringen kann (Kap. IX).

Für sein erstes Ziel jedoch kann Benz sich einige Fehler und Versäumnisse seitens der Marxisten zunutze machen. So z. B. die Tatsache, daß bei der deutschen Übersetzung der Schrift Lafargues durch Eduard Bernstein markante Stellen ausgelassen oder verändert wurden. In diesem Punkt kann Benzens Argumentation Wirkung hervorrufen (Kap. VIII), wenngleich die Gründe für die Textänderungen noch genauerer Forschung bedürften. Auch die geringe Beachtung, die Lafargue in der marxistischen Rezeption bisher gefunden hat, spielt Benz Argumente zu (13–15 u. Kap. XII). Hat es eine sozialistische Edition wirklich nötig, die Schrift über das „Recht auf Faulheit“ zu verschweigen, wie es z. B. in der Sammlung ausgewählter Schriften von Paul Lafargue (Dresden 1970) – Benz weist schadenfroh darauf hin (Anmerk. 13 zu Kap. XII, S. 125) – geschehen ist?

Schwerer durchzuhalten wird Benzens Position dort, wo er sich auf den Inhalt der Lafargue-Schrift bezieht: „Lob der Faulheit“ (Kap. II) und „Wahnsinn der Arbeitssucht“ (Kap. III) sind beides Termini, die Lafargue ironisch, aber auch trutzig gebraucht. Das Trutzige betreffend, greift Lafargue zwar die unreflektierte Arbeitswut mit beißender Ironie an, ist aber nicht, wie Benz behauptet, „gegen die Arbeit überhaupt“ (28), sondern fordert sogar ausdrücklich – und Benz stellt sich durch das Zitieren dieser Stelle selbst ein Bein –, daß „den Arbeitern ihr tägliches Arbeitspensum gesichert“ sein muß, um den schlechten Zustand durch einen besseren ersetzen zu können (68). Das Ironische bemerkt Benz nur an ganz markanten Stellen, z. B. wenn Lafargue schreibt, daß nach der Revolution die ehemaligen Bourgeois, falls sie unbedingt arbeiten wollen, „die öffentlichen Latrinen reinigen“ oder „bei den Beerdigungsanstalten als Todtengräber angestellt“ werden können (48). Dagegen nimmt Benz die Beschreibung der gemeinsamen Faulheit von Arbeitern und Bourgeois für bare Münze und zieht jubelnd den Schluß: „Durch die Annäherung im Nichtstun und im fröhlichen Konsum wird der Klassengegensatz überwunden und der Klassenkampf wird friedlich beendet“ (47–48). So hätte er es gern; bereits im Titel wird das Ereignis reißerisch angekündigt: „friedliche Beendigung des Klassenkampfes“ (Kap. V), und zwar vermittelt der „Verlegung der Revolution auf die Bühne“ (Kap. VII). Während Lafargue die Bühnenspiele der ehemaligen Bourgeois zur Unterhaltung der feiernden Arbeiter *nach* der Revolution beschreibt – an anderer Stelle wird dies ungewollt bestätigt (67) – versucht Benz beharrlich, die Theaterspiele als *Ersatz* der Revolution auszugeben. Zudem bemüht sich Benz, Situation und Rolle der Arbeiter, wie sie von Lafargue dargestellt werden, dreist zu verfälschen: Daß die Arbeiter und ihr (damaliges) Bewußtsein „Opfer der kapitalistischen Arbeitsmoral“ seien, wird zwar zitiert (30), jedoch ohne Konsequenz. Dagegen werden einige andere Zitate zu der Behauptung benutzt, Lafargue habe ernsthaft die These

aufgestellt, „daß der Arbeiter nicht Opfer einer ihm indoktrinierten Arbeitsauffassung ist, sondern daß er durch eigene Schuld der . . . Arbeitssucht . . . verfiel“ (34). Solcherart sich selber anspornend, verhöhnt Benz auch die heutigen Arbeiter: ihr „spezifisches Sozialproblem“ sei lediglich „der Zweitwagen und die schwierige Wahl des Urlaubsziels“ (119), ihr Konsum habe die „Symptome der Maßlosigkeit“ (120). Der Ausweg aus einer solchen Situation liege – so endet das Buch – in der Erkenntnis, daß sich das Sein des menschlichen Wesens allein „im (christlich) Transzendenten erfüllt“ (120). Spätestens hier wird die Position deutlich, von der aus der Versuch unternommen wurde, den Marxisten Lafargue umzufunktionieren.

Ernst Benz, der „heute wohl bedeutendste Religionswissenschaftler im deutschen Sprachbereiche“ (Verlagswerbung, 127) hat sich übernommen. Sein Versuch jedenfalls, „nach 80 Semestern“ Hochschularbeit (9), womöglich als Krönung seiner Wirkungsgeschichte, über Paul Lafargue den Marxismus schwächen zu wollen, ist gescheitert. Lafargues Inspirationen über das „Recht auf Faulheit“ verdienten eine verständige Rezeption, wobei die positiven Elemente in – heute wohl angemessenere – Reflexionen über das „Recht auf Muße“ Eingang finden sollten.

Alfred Kolberg (Marburg)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Wunderlich, Dieter (Hrsg.): Wissenschaftstheorie der Linguistik. Athenäum Verlag, Kronberg/Ts. 1976 (315 S., br., 19,80 DM).

Ebensowenig, wie von *der* Linguistik die Rede sein kann, existiert eine, oder gar *die*, Wissenschaftstheorie der Linguistik. Die Beiträge zu diesem Band – verfaßt zum Düsseldorfer Kolloquium „Wissenschaftstheorie der Linguistik“ 1975 – dokumentieren das. Gerade die Vielzahl der konkurrierenden linguistischen Positionen, (Teil-)Disziplinen, Erkenntnisinteressen und Methoden erfordert aber eine Selbstreflexion, die in der Lage ist, dieses chaotische Bild zu strukturieren und begründete Entscheidungsmöglichkeiten an die Hand zu geben.

Unter Rückgriff auf Theorien über Wissenschaftsprozess und Wissenschaftsgeschichte (Kuhn, Lakatos, Sneed u. a.) werden in einigen Beiträgen die linguistischen Entwicklungsstadien als Matrizen- oder Paradigmenwechsel interpretiert (Ballmer 8, Kanngießler 108, 118) und die Frage nach dem empirischen Gehalt linguistischer Ansätze gestellt (Ballmer 11, Itkonen 73). Wie wenig es bei dieser Reflexion auf den Gegenstand Sprache selbst ankommt – eine Reflexion der Methodologie sollte doch wohl sich richten auf die Annäherung und die möglichst große Angemessenheit theoretischer Aussagen in Bezug auf den Gegenstand (vgl. Kanngießler 107) – zeigt beispielhaft eine Formulierung Itkonens: „Im Zusammenhang mit grammatischen Beschreibungen ist die Heranziehung eines Korpus von tatsächlichen Äußerungen also eine unnötige Zeremonie“ (kritisch dazu Wunderlich 81). Als hätte es nie einen Positivismusstreit gegeben, in dem das Verhältnis von Begriff und Sache, von Theorie, Empirie und gesellschaftlicher Praxis in den Sozialwissenschaften heftig diskutiert wurde, werden nicht nur bei Itkonen unhinterfragte Prämissen gesetzt, so daß der Untersuchungsge-

genstand Sprache verkümmert bzw. in letzter Konsequenz gar nicht mehr zur Debatte steht. Dem entspricht, daß in den meisten Beiträgen als linguistisch relevante Theorien weitgehend nur formalisierende Ansätze wie Generative Transformationsgrammatik und Montague-Grammatik genannt werden und andere mit Sprache befaßte Disziplinen höchstens als Hilfskonstruktionen und Hilfswissenschaften auftauchen (u. a. Ballmer 49, Itkonen 71, Kanngießer 110).

Daß auch Sprechakttheorie und Pragmatik bruchlos in ein solches formalisierendes Konzept integriert werden können, zeigt Kanngießer (128): „Der Aufbau der pragmatischen Theorie kann also in strenger Analogie zum Aufbau der grammatischen Theorie (gemeint ist die GTG – J. E.) begriffen werden, und zwar unerachtet des Umstandes, daß die beiden Theorien sowohl durch ihre Aufgabenstellung, ihren Objektbereich und ihre Deutungsmöglichkeiten (Sprecher-Begriff) voneinander verschieden sind“ (vgl. auch Kanngießer 153). Aber auch eine funktionale Sprachbetrachtung, wie Kanngießer sie dann unter Zuhilfenahme des Begriffs „Kommunikationsbedürfnisse“ skizziert (131–139), hilft solange nicht weiter, wie der Realitätsbezug nur mit Mitteln der empirischen Sozialforschung und der Statistik (139) hergestellt werden soll und nicht mit Hilfe einer Gesellschaftstheorie, die wiederum die Kommunikationsbedürfnisse auf ihre materiellen Voraussetzungen zurückführen kann. (Soweit geht allerdings weder die (richtige) Kritik von Bense 161 f. noch die von Dittmann 168).

Die Tatsache, daß in der Linguistik der Untersuchungsgegenstand Sprache zugleich auch das Medium ist, in dem wissenschaftliche und auch theoretische Aussagen über Sprache formuliert werden können, kann bei „methodisch orientierten Linguisten“ (Lang 283) etliche Verwirrung stiften, entsprechend wird erhebliche Energie darauf verwandt, (natürliche) Objektsprache und Metasprache auseinanderzuhalten und durch Korrespondenzregeln, Übersetzungskorrelate und Korrelatsprachen nachträglich wieder in Beziehung zu setzen (Schnelle 220 ff., Lorenz 252 ff.). Der so zum wissenschaftlichen Problem gewordenen Tatsache, daß nämlich die letztendliche Metasprache doch wieder die natürliche Sprache ist, kann möglicherweise dadurch einfacher Rechnung getragen werden, daß diese Doppelfunktion von Sprache als ein wesentliches Merkmal des wissenschaftlichen Gegenstandes selbst berücksichtigt wird und in der Analyse der methodische Vorzug der Eindeutigkeit nicht auf Kosten des Gegenstands Sprache in der Konstruktion eben „eindeutiger“ Metasprachen geht.

Das weitgehende Verschwinden von Sprache als Untersuchungsgegenstand aus den Überlegungen, das Insistieren auf methodischer Exaktheit *ohne* den Gegenstand selbst zum Kriterium für die Angemessenheit der Methoden zu machen, kann, in terminologischer Anlehnung an Ballmer (19 ff.), als „Immunsierungsstrategie“ begriffen werden. Jürgen Ellerbrock (Bremen)

Bense, Elisabeth, Peter Eisenberg und Hartmut Haberland (Hrsg.): Beschreibungsmethoden des amerikanischen Strukturalismus. Max Hueber Verlag, München 1976 (362 S., br., 32,- DM).

Der Band übersetzt zehn der wichtigsten von insgesamt 43 Aufsätzen aus dem 1957 in Chicago von Martin Joos herausgegebenen Sammelband „Readings in Linguistics I“ sowie einen Beitrag von Harris zur Textanalyse von 1952 und das zweite Kapitel („Das Bedeutungsproblem in der Linguistik“) aus Quines „From a Logical Point of View“ (1953). Insgesamt bieten die zwölf Beiträge aus der

Gründerzeit des Strukturalismus vor allem einen repräsentativen Überblick über die gesamte Spannweite der von Chomsky später als „taxonomisch“ denunzierten Schule der Linguistik.

An den beiden ersten Aufsätzen der Textsammlung kann man die Ursprünge der bis heute anhaltenden Diskussion über die Frage nach dem Realitätsgehalt des Strukturbegriffs studieren. Bloomfields als „Programmschrift des amerikanischen Strukturalismus“ (10) abgedruckter „Set of Postulates for the Science of Language“ von 1926 entfaltet eine behavioristisch fundierte „axiomatische Methode“ (36) des Sprachstudiums, der es zuallererst auf Klarheit der Begriffe und Eindeutigkeit des linguistischen Gegenstandes ankommt. Demgegenüber befaßt sich der ein Jahr zuvor erschienene Artikel von Sapir über „Lautmuster in der Sprache“ mit einer „Psychologie der Sprechlaute“ (49) und versucht am Beispiel der phonetischen Phänomene die Notwendigkeit nachzuweisen, „hinter die Sinnesdaten aller Art von Ausdrücken zu gehen, um die intuitiv empfundenen und übermittelten Formen zu erfassen, die allein diesen Ausdrücken Bedeutung geben.“ (63) Die nicht ganz chronologische Anordnung auch der folgenden, flüssig übersetzten Texte von Hockett (zur phonologischen Theorie), Bloch (als eindrucksvolle Demonstration der Leistungsfähigkeit distributioneller Analyse), Harris (zu Morphemalternanten), Nida (mit Aufweis der Grenzen distributioneller Kriterien), Harris (über ein formalisiertes Verfahren zur Beschreibung von Äußerungen durch Morphemsequenzen), Wells (mit einer systematischen Theorie unmittelbarer Konstituenten), noch einmal Harris (zur Analyse der spezifischen Interrelationen der Morpheme innerhalb eines Textes), zweimal Hockett (Notiz über den empirischen Gehalt des Strukturbegriffs und Vergleich prozeßorientierter mit anordnungsorientierten Grammatikmodellen) und schließlich Quine (über das Verhältnis von Lexikologie und Grammatik mit besonderer Berücksichtigung des Synonymieproblems) führt die meist sehr präzise aus sachlichen und methodischen Schwierigkeiten entwickelten innerstrukturalistischen Kontroversen vor Augen, welche verschiedene Beschreibungstechniken durch eine immer einheitlichere und systematischere Theorie zu ersetzen neigen (z. B. Wells 211), zugleich deren Anwendungsbereich auf immer größere sprachliche Einheiten „ausdehnen“ (z. B. Harris 181) und auf immer neue, gewichtigere Schwierigkeiten und Grenzen stoßen. Harris bringt Leistungen und Grenzen seiner Schule auf einen Nenner, wenn er schreibt: „Zwar wissen wir nicht, WAS ein Text sagt, aber wir können herausbekommen, WIE er etwas sagt“ (261).

Sicherlich könnte nach dem Vorschlag der Herausgeber die Textsammlung als solche durchaus einschlägigen „Einführungskursen zugrundegelegt werden“ (7). Außer dem für den Anfänger hilfreichen Glossar (346–354) zu gut vierzig Fachwörtern gibt das Buch aber nicht auch die nötigen Hilfen, die in didaktischer Hinsicht der Lehrende und die in sachlicher Hinsicht vor allem der Lernende angesichts eines solchen Anspruchs erwarten könnte. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Einleitung der Herausgeber (9–35) eher als ein (nützliches) Nachwort für Leser, nicht aber als eine Einladung, Hinführung oder Hilfestellung für Seminarteilnehmer gelten. Anstatt durch einen systematischen Überblick auch Anfänger zu den wichtigsten Kennzeichen, Problemen und Entwicklungslinien des amerikanischen Strukturalismus zu geleiten oder aber die einzelnen Texte der Reihe nach vorzustellen und – auch bezüglich ihrer Verwendungsmöglichkeit in Seminaren – zu kommentieren, diskutieren die Herausgeber eine Reihe wichtiger Spezialprobleme, deren Zusammenhang untereinander nicht immer klar wird. Wohl wird, ausgehend von Bloomfields „Programmschrift“, die Problematik des Verhältnisses von Lautstrukturanalyse und Situationsanalyse als

das zündende Thema für die Entwicklung des Strukturalismus in seinen verschiedenen Dimensionen entfaltet (9–17), wohl wird auch die Frage der empirischen Rechtfertigung strukturalistischer Klassifikationen im Zusammenhang mit der wissenschaftstheoretischen Debatte des Wiener Kreises sehr richtig und an einzelnen Beispielen wissenschaftsgeschichtlicher Kontroversen aufgerollt (17–27). Eher als eine Einleitung haben wir dabei aber zwei Aufsätze mit unterschiedlichem Stil und kleinen Überschneidungen (z. B. „Überlappung der Phänomene“, 15 und 20) vor uns. Der dritte Teil wiederum gibt knappe Informationen über gesellschaftspolitische Erkenntnisinteressen der amerikanischen Linguistik (27–29), die besser an den ähnlich ausgerichteten Anfang gehörten, dann einleuchtende Kritik an der Chomskyschen Kritik des frühen amerikanischen Strukturalismus (29–34) sowie Hinweise auf die Kritik der Soziolinguistik an der strukturalistischen Homogenitätsannahme. Beides führt aber schon weit über die zeitliche und thematische Spannweite des Textbandes hinaus. Die sicherlich richtige Schlußthese, „daß eine autonome Linguistik auf unüberwindbare innertheoretische Schwierigkeiten stößt und darüber hinaus ihre Ergebnisse nicht denen vermitteln kann, die einen Nutzen daraus ziehen sollten“ (35), geht leider nicht schlüssig aus all dem instruktiven, gleichwohl ungenügend komponierten Material der Einleitung hervor. Mehr denn je wünscht man sich nun ein Konzept für linguistische Einführungskurse, das eine kritische Einschätzung der Leistungen des Strukturalismus mit den Anforderungen an eine gesellschafts- und berufsbezogene sprachwissenschaftliche Ausbildung verknüpft.

Ulrich Schmitz (Duisburg)

Cherubim, Dieter: *Grammatische Kategorien. Das Verhältnis von „traditioneller“ und „moderner“ Sprachwissenschaft.* Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1975 (196 S., br., 44,- DM).

Nur allzuoft muß das Wörtchen „exemplarisch“ zur notdürftigen Legitimation einer mehr oder weniger dem Zufall geschuldeten Materialauswahl innerhalb eines zu großen und anspruchsvollen Themengebiets herhalten. Verständlicherweise leiden gerade ambitionierte Qualifikationsleistungen darunter. Cherubims erst jetzt veröffentlichte überarbeitete Marburger Dissertation von 1971 beabsichtigt, strukturelle und vorstrukturelle Sprachwissenschaft durch „rekonstruktive Analyse“ (104) miteinander zu vergleichen, um daraus „die für den Erkenntnisfortschritt der Sprachwissenschaft relevanten Ergebnisse zu gewinnen“ (13). Obgleich in mancher Hinsicht „Unvergleichliches miteinander verglichen“ werde (104), sei man doch nicht berechtigt, „die moderne (strukturelle) Linguistik gegen die traditionelle Sprachwissenschaft auszuspielen“ (9). Diese Hypothese formuliert das Untersuchungsinteresse der ganzen Arbeit und lenkt in unkonventioneller Weise die Aufmerksamkeit auf die oft vernachlässigte oder geleugnete Wissenschaftsgeschichte der Linguistik. Mangels einer präzisen Eingrenzung des Themas (z. B. auf eine Fallstudie anhand zweier oder dreier Aspekte oder Autoren) gelingt es jedoch nicht, den immanenten Widerspruch zwischen „vergleichbar“ und „unvergleichlich“ konkret zu fassen, worauf es doch ankäme.

Nach einem sehr knappen, doch übersichtlichen Referat des allgemeinen Verhältnisses von traditioneller, historischer und struktureller Sprachwissenschaft im ersten Kapitel und etwas umständlichen wissenschaftstheoretischen Vorüberlegungen zur Trennung von Methodologie und Sprachtheorie (16–20), die freilich, wie sich im Verlauf des Buches zeigt, nicht überzeugend durchgehalten

werden kann, folgt die Erläuterung grundlegender Kategorien der modernen Sprachwissenschaft wie Kommunikation, Zeichen, System und Gliederung sowie Modell, Theorie und Grammatik im zweiten Kapitel. Zusammen mit Überlegungen zur „Analyse und Kritik grammatischer Termini als Bestandteil der methodologischen Selbstreflexion der Sprachwissenschaft“ (86) im dritten Kapitel sollen sie die Perspektive der Betrachtung antiker Sprachmodelle bzw. traditioneller Grammatik fixieren, die sich im Herzstück des Buches (Kap. 4 und 5) anschließt.

Dieses Verfahren wird mit einer berechtigten und einer problematischen Annahme gerechtfertigt. Unstrittig dürfte die (an anderen Stellen des Buches noch weiter ausgeführte) Vermutung sein, die Entwicklung der Sprachwissenschaft erscheine „insbesondere gebündelt in den Kategorien, unter denen sie (die Sprachwissenschaft) ihren jeweiligen Gegenstand konstituiert“ (161). Naiv ist jedoch die weitgehende, meist implizite Identifizierung des Verfassers (vgl. 138) mit den nur leicht modifizierten Hauptannahmen der strukturellen Linguistik als historisch fortgeschrittenstem Stand der Wissenschaft, anstatt sie auch einer kritischen Reflexion auszusetzen. Diesen Positionen gegenüber erscheinen denn auch die historisch älteren Auffassungen, soweit über deren Referat hinaus ein wirklicher Vergleich überhaupt stattfindet, im wesentlichen als Vorformen (z. B. 101 f., 106, 109, 111), die jene nur bestätigen. Die in der ersten Hälfte der Arbeit entwickelten Kategorien werden als unproblematischer, bestimmter „Standpunkt in der Entwicklung der Sprachwissenschaft“ (161) vorausgesetzt und neutralisieren damit entgegen der mancherorts erklärten Absicht (z. B. 13, 15) gerade die für eine Weiterentwicklung der Sprachwissenschaft fruchtbare historische Differenz zwischen vorstrukturalistischer und strukturalistischer Linguistik. So laden die 74 Seiten des vierten und fünften Kapitels (87–160), die sich mit sprachwissenschaftlichen Beiträgen aus dem Umkreis der peripatetischen und stoischen Philosophie, mit den Grammatikern des Dionysios Thrax, des Apollonios Dyskolos, des Donat und des Priscian und ihrer Nachfolger sowie mit einer Reihe verschiedener Grammatiken des 16. bis 19. Jahrhunderts beschäftigen, vorerst lediglich zur intensiveren Aufarbeitung der vorstrukturalistischen Geschichte der Linguistik unter sehr viel spezifischeren Fragestellungen ein. Vielleicht kann eine zukünftige Grammatik dann auch etwa von einem Vergleich sprachpädagogischer Zielsetzungen manch traditioneller Grammatik mit dem Genauigkeits- und Vollständigkeitsideal strukturalistischer Grammatiken lernen.

Ulrich Schmitz (Duisburg)

Trabant, Jürgen: *Elemente der Semiotik*. Beck'sche Elementarbücher. Verlag C. H. Beck, München 1976 (119 S., br., 16,80 DM).

Zentrales Anliegen der Arbeit ist es, „einige elementare Gedanken zu einer handlungstheoretisch fundierten Semiotik“ (13) darzustellen. Die Bestimmung des Begriffs „Semiotik“ ist abhängig davon, was als „Zeichen“ bezeichnet wird (11). Da die Semiotik „handlungstheoretisch fundiert sein soll, müßte sie Teil einer Theorie menschlicher Handlungen sein“; „sie würde die Theorie der Zeichen als Theorie von ‚Verständigungshandlungen‘ aufbauen, von denen Sprache eine besondere und die wichtigste Unterart wäre“ (54). Der primäre Zweck von Zeichen ist für Trabant das Verstandenwerden; Zeichen sind „kooperativ“ (61), und sie zeigen etwas an; sie sind auch „semantisch“ (62). Als Zeichen gelten also alle Handlungen, die Verständigung intendieren.

Diese Zeichendefinition impliziert, daß für Trabant alle sprachlichen Handlungen Zeigehandlungen (=Verständigungshandlungen [61]) und damit Zeichen sind, die sich lediglich durch verschiedene Modalitäten der kommunikativen Intention (82) unterscheiden. Aber gerade im Rahmen von Sprechakttheorien, auf die sich auch Trabant stützt, wurden Sprechakte wie Aufforderung, Behauptung, Frage als elementare Handlungsschemata herausgearbeitet, die jeweils spezifisch aktualisiert werden. Sprachliche Handlungen bestehen aus verschiedenen Teilhandlungen, unter denen die Zeigehandlung (Referenz) nur eine ist neben Prädikation (Bestimmungshandlung) und illokutionären Akten (z. B. konkrete Form einer Aufforderung).

Zeichen als Handlungen zu bezeichnen (57 ff.) scheint den handlungstheoretischen Ansatz zu übertreiben. Zwar können Zeichen Handlungsanweisungen vermitteln; sie sind aber *Mittel* der Handelnden, um zu handeln und zu kommunizieren. Zeichen werden z. B. gesetzt oder gegeben. Sicherlich besteht zwischen dem Mittel einer Handlung und der Handlung selber eine Beziehung, aber nicht die der Identität. Sprache existiert nur durch die Menschen und ihre an Zeichen gebundene gegenständliche, praktische menschlich-sinnliche Tätigkeit. Sprechen ist nicht nur Mitteilung über Handlung, sondern selber eine Form gegenständlichen Handelns. Sprache ist eine erstarrte Form dieses Handelns, die soziales Handeln widerspiegelt. Sie ist eine tradierte Abstraktion *aus* gesellschaftlichem Sprachverkehr, durch den Sprachveränderungen entstehen und weitergegeben werden. Sprache ist somit Ergebnis und Mittel sozialen Handelns, aber nicht Handeln selber. Sprache kann also nicht aus den Bezügen zur Lebenswirklichkeit gelöst werden und ist in ihnen zu untersuchen.

Entschieden wendet sich Trabant gegen eine Ausweitung der Semiotik zu einer Kulturwissenschaft (8 ff.) und tritt ein für eine Semiotik als eine Wissenschaft, die „einen wohl abgegrenzten Bereich im Ensemble menschlicher Fakten“ untersucht, „eine Disziplin, die weder das ganze der menschlichen Fakten – Kultur überhaupt – umschließt, noch andere als eben menschliche Fakten betrachtet“ (54). In strukturalistischem Sinne wird hier von der Vermittlung der Zeichen durch die gesellschaftliche Totalität abgesehen. Damit verkommt aber der wichtige Hinweis darauf, daß Semantik und Syntaktik nicht ohne „Berücksichtigung der Zeichenbenutzer“ (Pragmatik) (47) betrieben werden kann, zum bloßen Bekenntnis. Würde der Verweis auf die Handelnden ernst genommen, müßte man wohl „Zeichen zu etwas“ von „Zeichen von etwas“ unterscheiden, woraus aber entgegen Trabant die Berechtigung für Semiotiken z. B. der Architektur, Musik, Kultur abgeleitet werden könnte. In diesem Zusammenhang ist das Fehlen einer Zeichentypologie und der Verweis auf „einschlägige Einführungen in die Semiotik und Linguistik“ (101) unbefriedigend, da dort Typologien zu finden sind, die die angesprochene Einengung der Begriffe „Zeichen“ und „Semiotik“ sprengen, so z. B. die Zeichentypologie von A. Schaff, auf den sogar verwiesen wird (18 Anm. 16).

Die „Elemente der Semiotik“ sollen eine Einführung sein (101), die gleichzeitig dem Anspruch unterliegt, den Begriff „Semiotik“ einzuengen und den des Zeichens handlungstheoretisch zu bestimmen. Einführung und Neuansatz geraten aber beide so kurz, daß der Autor besonders hinsichtlich der Einführung von oft vereinfachender Darstellung (12) spricht, die stellenweise derart verkürzt ist, daß sie falsch wird. Das betrifft z. B. die schematische Trennung von Philosophie und Linguistik als Traditionen der Semiotik (11); das betrifft die Bestimmung ästhetischer Kommunikation, damit ästhetischer Mittel, als Nicht-Zeichen, da sie Selbstzweck sei (53, 97 ff.); das betrifft die Bestimmung des Hand-

lungsbegriffs, die lediglich von einer Lexikon-Bestimmung (Klaus/Buhr: Phil. Wörterbuch) ausgeht und z. B. den Weberschen Handlungsbegriff sowie neuere handlungstheoretische Ansätze (z. B. Maas) sowie die Tätigkeitstheorie (Leontjew, Galperin) nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus wird in dieser Einführung bezüglich wesentlicher Bereiche der Semiotik wie z. B. Gliederung von Zeichen, Struktur eines Zeichensystems auf andere Einführungen verwiesen (101), so daß hier keine Einführung in *die* Semiotik sondern eine in *Teilbereiche einer* Semiotik vorliegt.

Jürgen Tatz (Wolfsburg)

Schütze, Peter F.: Zur Kritik des literarischen Gebrauchswerts. Eine literaturphilosophische Untersuchung. Philosophische Texte Bd. 4. Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1975 (281 S., br., 44,- DM).

Die Arbeit liefert, wie der Titel nicht auf den ersten Blick erkennen läßt, einen Beitrag zu einer systematischen Theorie der Literatur auf materialistischer Grundlage; zugleich werden wissenschaftstheoretische Probleme der Literaturwissenschaft erörtert. Hauptfrage ist die nach der Besonderheit des literarischen Kunstwerks.

Ausgangs- und ständiger Bezugspunkt der ästhetischen Überlegungen sind für Schütze Kategorien der Gesellschaftstheorie (Arbeit, Produktion usw.), mit Hilfe derer sich Literatur als eine spezifische Form menschlicher Tätigkeit erweisen läßt; bewußt strebt Schütze eine „ontologische Bestimmung von Literatur“ (23) an, verstanden als systematische Abstraktionen des Geschichtsprozesses, weil erst auf diesem allgemeinen Fundament die Analyse der Literatur bestimmter historischer Entwicklungsstufen möglich sei. Seine Arbeit mündet in den Versuch, Grundprobleme der bürgerlichen Literatur zu erörtern; damit will er den Weg zeigen, wie seine Theorie historisch konkretisiert werden kann.

Im einzelnen untersucht Schütze ausführlich die Aspekte der gesellschaftlichen Bestimmtheit von Literatur: vom Arbeitsprozeß der Literaturproduktion über dessen Resultat, den Text, bis zu Vertrieb und Rezeption (der Bereich der Distribution kommt dabei allerdings ein wenig kurz). Eine ganze Reihe von Grundbegriffen der materialistischen Literaturtheorie wird in ihrem Stellenwert eingeschätzt und teilweise problematisiert (u. a. Widerspiegelung, Typik, Parteilichkeit, Perspektive, Form und Inhalt, Reflexion, Fiktion, Bedeutung, Genuß).

Schützes Buch bezieht sowohl Texte marxistischer Klassiker als auch neuere und neueste Veröffentlichungen (z. B. von Bloch, Haug, Holz, Hund, Metscher, Tomberg) mit ein, so daß es den aktuellen Stand der marxistischen Diskussion differenziert reflektiert. Es liefert Thesen, mit denen die Diskussion weitergeführt werden kann (z. B. mit dem Postulat der Einbeziehung zeichentheoretischer Begriffe und Untersuchungsergebnisse in die materialistische Literaturwissenschaft). Schütze argumentiert in ständiger sachlicher Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen, auch und gerade mit verbreiteten Schriften (wie Käte Hamburgers „Logik der Dichtung“ und Harald Weinrichs Arbeiten).

Kritik hervorrufen muß die sprachliche Form des Buches. Der Abstraktionsgrad, den das Thema erfordert, verleitet Schütze bisweilen zu unnötiger Gelehrtenhaftigkeit, die wiederum in scharfem Kontrast zu seiner an einigen Stellen recht drastischen und teilweise schiefen Metaphorik steht.

Uwe Naumann (Hamburg)

Kimpel, Dieter, und Beate Pinkerneil (Hrsg.): Methodische Praxis der Literaturwissenschaft. Modelle der Interpretation. Scriptor Taschenbücher S 55, Kronberg/Ts. 1975 (323 S., br., 16,80 DM).

Die Herausgeber umschreiben ihren Ausgangspunkt mit der Feststellung, „daß die bald über sieben Jahre sich erstreckende Phase einer literaturwissenschaftlichen Theoriebildung, die die Probleme ihrer Umsetzung nicht oder nur teilweise bedacht hat, an ihr Ende gekommen ist.“ (Vorbemerkung) Heute müßten sich Theorieansätze in der praktisch-interpretatorischen Umsetzung bewähren. Der Fortschritt gegenüber der früheren germanistischen Praxis, die eine pure Interpretationskunst gepflegt habe, liege im methodisch reflektierten Vorgehen der hier vorliegenden Analysen.

Der Band ist als Arbeitsbuch konzipiert: die einzelnen Beiträge sollen einerseits aufeinander zu beziehen, andererseits methodologisch und wissenschaftshistorisch einzuordnen sein. Dem ersten Ziel dient der angestrebte formal-gleiche Aufbau der einzelnen Arbeiten; die konkrete Anwendung der Methode schließt sich jeweils an einen Aufriß der Theorie, ihres Selbstverständnisses und ihrer zentralen Kategorien an. Dem zweiten Ziel kommt der Eingangssay von Beate Pinkerneil entgegen, in welchem die wesentlichen *Neuansätze* der Literaturwissenschaft der BRD und der DDR vorgestellt werden. Daß Pinkerneil für die Darstellung der historisch-materialistischen Literaturwissenschaft außerhalb der DDR nicht die Widerspiegelungs- und Ästhetik-Diskussion des ARGUMENT wählt – der ausführliche Anmerkungsteil weist auf sie hin, – sondern die Ansätze bei Mattenklott/Scherpe, mag als Ausfluß einer Pro Domo-Verlagspolitik noch hingehen. Immerhin nimmt sie ihre Darlegung der Ansätze des Westberliner Projekts zum Anlaß, die von den Autoren vorgenommene Trennung von logischem und historischem Aspekt bei der Betrachtung der Literaturverhältnisse des 18. Jahrhunderts zu kritisieren und ergänzend zu korrigieren (29 ff.). Der Aufsatz der Herausgeberin vermittelt einen insgesamt informativen, auch für einen Einstieg geeigneten Überblick über die jüngste Entwicklung der germanistischen Methodengeschichte. In den weiteren sieben Beiträgen werden dann folgende Methoden theoretisch und „in Aktion“ vorgeführt: – Transzendental-Hermeneutik und Ideologiekritik (Dieter Kimpel am Beispiel eines Briefs von Karl Kraus und an P. Handkes „Kaspar“), – Historisch-materialistische Literaturtheorie (Gert Mattenklott an Rilkes „Malte Laurids Brigge“; Hans Kaufmann an den „Schlesischen Webern“ von Heine), – Sozialpsychologie (Gert Sautermeister an Kafkas „Das Urteil“), – Rezeptionsästhetik (Hermann Kinder/Heinz-Dieter Weber an Kafkas „Kleiner Fabel“ und an einer Schiller-Rezeption im letzten Jahrhundert), – Formalismus/Strukturalismus und Semiotik (Karl Eimermacher/Rainer Grübel an Brechts Gedicht „Gegen Verführung“).

Einzelne Interpretationen, etwa Sautermeisters Deutung von Kafkas Erzählung, Mattenklotts Überlegungen zum Modernismus, aber auch Grübels strukturalistische Feinarbeit sind gewinnbringend auch außerhalb des Konzepts des Sammelbands zu lesen. Ein Vergleich der Leistungsfähigkeit der vorgeführten Methoden wird ohnehin dadurch erschwert, daß sie sich nicht am selben Gegenstand abarbeiten. Man würde z. B. gerne sehen, wie sich der transzendentalhermeneutische Ansatz an einem Text bewährt, der nicht selbst schon sprachphilosophische Problematik thematisiert. Doch nicht die Tatsache, daß die Einzelbeiträge trotz ihres gleichen Aufbaus mangelhaft aufeinander Bezug nehmen, macht im Grunde das Konzept der Herausgeber problematisch. Das Hauptproblem des Buches spricht Hans Kaufmann in seiner Vorbemerkung an (seine Stu-

die ist übrigens der einzige Nicht-Originalbeitrag des Bands): „Der marxistische Methodenbegriff, da er mit einer materialistischen, jedem Idealismus, jeder bürgerlichen Ideologie entgegengesetzten Theorie und Weltanschauung untrennbar verbunden ist, impliziert eine Zurückweisung des sogenannten ‚Methodenpluralismus‘“. (160) In der Tat kann auch in diesem Buch der pluralistische Anstrich nicht verdecken, daß sich darin nicht mehrere verschiedene Methoden, sondern zwei grundsätzlich entgegengesetzte ideologische und politische Haltungen messen.

Stephan Schmidlin (Berlin/West)

Paucker, Henri R. (Hrsg.): *Neue Sachlichkeit. Literatur im „Dritten Reich“ und im Exil.* Reclam Verlag, Stuttgart 1974 (320 S., br., 4,40 DM).

Heintz, Günter (Hrsg.): *Texte der proletarisch-revolutionären Literatur Deutschlands 1919–1933.* Reclam Verlag, Stuttgart 1974 (416 S., br., 5,50 DM).

Die von Paucker besorgte Textauswahl hat zwei vorab bemerkbare Mängel: die willkürliche Einteilung des literaturgeschichtlichen Abschnitts, über den informiert werden soll (1925–1945), die Zuordnung von konventionellen, zudem in sich kategorial höchst unterschiedlichen „Epochenbegriffen“. Die zeitliche Terminierung des Bandes nach immanent-geistesgeschichtlichen Kriterien, 1925 (erstmalig Begriff der „Neuen Sachlichkeit“ durch Hartlaub), statt etwa nach politisch-kulturellen Gesichtspunkten, z. B. 1924 (Wirken des Dawes-Planes als Kapitalismus-Stabilisierung), läßt einen Roman wie Thomas Manns „Zauberberg“, für Lukács geradezu Signatur der Epoche, unter den Tisch fallen. Entsprechend geht es mit dem Werk Franz Jungs. Paucker will durch das „Orientierungsprinzip Rationalismus-Irrationalismus“ (14) den erkannten Mangel der Epochenordnung (13) korrigieren, doch ist der vorliegende Band exemplarisch für die Misere einer nur halb durchgeführten Neuorientierung der Literaturgeschichte; er zeigt, daß es mit einer Synopse aus Kultur- und Politikdaten im Anhang wirklich nicht mehr getan ist. Paucker selbst nennt Orte, an denen seine Kategorien „Rationalismus“ und „Irrationalismus“ interferieren: Erich Kästners „Fabian“ und Alfred Döblins „Berlin Alexanderplatz“. Warum er – in stiller Anlehnung an Lukács? – den „Fabian“ als „trotz seiner sozialkritischen Aussagen“ dem „bürgerlichen Irrationalismus verpflichtet“ (14) kritisiert, „Berlin Alexanderplatz“ hingegen als Exempel für die „neue vielschichtige Auffassung von Wirklichkeit“ und deren Niederschlag in der Literatur herausstellt (15), läßt sich von seinem Ordnungsschema her nicht mehr erklären. Aber selbst das grobschlächtige Schema hält Paucker nicht konsequent durch und wechselt die kategorialen Ebenen, wenn er auf die Abschnitte „Die Krise der Ratio“ (32 ff.) und „Appell an die Vernunft“ (37 ff.) folgen läßt: „Der sozialistisch-marxistische Standpunkt“ (44 ff.) und „Nationalsozialistische Literaturkritik“ (57). Daß zuallererst die bestehende Kanonbildung kritisiert werden müßte, stellt sich Paucker nicht als Aufgabe. Es fehlen nicht einfach einzelne Autoren, sondern es sind ganze Gruppen demonstrativ abwesend: die „Geistigen“ wie Hiller, Haas, Paquet, v. Brentano bleiben unerwähnt, Zeitkritiker wie Theodor Lessing und Carl v. Ossietzky fehlen, damals sehr populäre kritische Autoren wie Feuchtwanger, Remarque und Plivier sind nicht vertreten (Feuchtwanger erscheint am Ende nur als Lektürevorschlag). Heinrich Mann, Repräsentant der Weimarer Literatur im guten und schlechten Sinne, von der Germanistik der Zeit als SPD-Schriftsteller verhöhnt, exemplarischer Exilautor zudem, bleibt in die „weiterführende Leseliste“

exiliert. Im Kapitel über Lyrik lautet eine Überschrift „Gedichte der neuen Sachlichkeit und Naturmagie“. Vorgeführt werden allerdings nur Naturmagiker wie Huchel und Eich. Das ist keine Frage des Umfangs. Platz für die genuinen Lyriker der Neuen Sachlichkeit – Kästner, Küpper, Mehring, Rombach etwa – wäre schon gewesen, hätte man sich bei den Magikern mit je einem Gedicht begnügt. Symptomatisch für die einseitige Ausrichtung der Literaturgeschichte auf den literarischen Prozeß in den Metropolen ist der Umstand, daß die Autoren aus dem Ruhrgebiet, damals keineswegs Provinzler, Heinrich Hauser, Hannes Küpper, der Kleist-Preisträger Erik Reger, fehlen. An ihnen aber wäre gerade ein wesentliches Moment dieser Literatur der Neuen Sachlichkeit, reaktionärer Technikultus und Organismusdenken, zu zeigen gewesen. Auch exemplarische Rechtsradikale wie Beumelburg, Blunck, Bronnen, Dwinger, Ewers, Schenzinger und Schirach fehlen. Schließlich fehlen nicht einfach wichtige Namen, ganze Sparten der literarischen Produktion bleiben durch das konventionelle Gliederungsschema Lyrik/Epik/Dramatik auf der Strecke. So Reportage und Hörspiel. In keinem anderen Genre aber erkannte sich die Neue Sachlichkeit so sehr wie eben in diesen. Es erproben sich bereits die damaligen – bezeichnend hilflosen – Versuche der Germanistik, ihre Gegenwart in den Begriff zu bekommen, am „Reportagemäßigen“, unisono an Brechts „Lindberghflug“ (Kindermann, Müller, v. Wiese) – nichts davon in diesem Band. Nach der Arbeiterliteratur braucht man da nicht mehr zu fragen. Für sie ist weder in der Reihe noch in dem Band ein Paltz vorgesehen.

Der Band „Texte der proletarisch-revolutionären Literatur“ zeigt, indem er noch wirklich neue Texte aus der Zeit 1919–1933 präsentiert, nicht nur bereits aus DDR-Anthologien bekannte übernimmt, wie sehr es sich dabei um eine – sehr verzweifelte – Rettungsaktion handelt: Weder sind alle Autoren-Biografien, nicht einmal nur die Namen, zu rekonstruieren, noch sind die Texte der infrage stehenden Zeit nur annähernd alle zu bergen. Das ist nicht nur Ausdruck des bisherigen, zunächst völligen, dann in der Glorifizierung einzelner etwas durchbrochenen „Vergessens“: Noch keine literarische Bewegung hat sich so rückhaltlos in den Dienst der Tagespresse gestellt wie diese – auch nicht der Vormärz. Zwar zeigt der vorliegende Band, daß mit der Durchforstung des Pressewaldes „geniale Meisterleistungen“ nicht zu entdecken sind, aber erst mit der Verfügbarkeit der Breite der Texte wird man sich sinnvoll mit dieser Literatur auseinandersetzen können, ohne in die sich gegenwärtig abzeichnende Kritik ihrer Wunschhaftigkeit, Stereotypie und Plumpheit – als bloße Negativreaktion auf den linksradikalen ritualisierten Optimismus – zu verfallen. Der Fortschritt dieses Bandes gegenüber anderen, sich mit dem eklektischen Zittern einiger hinlänglich bekannter Namen begnügender, in der „Unterteilung nach den beiden wesentlichen Richtungen“, der der Sozialdemokratie nahestehenden oder politisch indifferenten „Arbeiterdichter“ einerseits und den BPRS-Organisierten und Arbeiterkorrespondenten der KPD andererseits, ist zugleich auch ein gewisser Mangel. Zu mechanisch werden die Schafe von den Böcken getrennt. Günter Heintz informiert in der Einleitung umfassend über die Entwicklung und Organisation der proletarisch-revolutionären Literatur in der Weimarer Republik und gibt einen brauchbaren Überblick über die verwendeten literarischen Formen und ihre Implikationen. Der Band ist, was gegenüber vielen anderen „wildem“ Sammlungen der letzten Jahre besonders auffällt, sehr sorgfältig erarbeitet und übersichtlich ausgelegt. Er enthält eine brauchbare Literaturliste und – das ist neu und verdienstvoll – eine Aufstellung der Texte nach Motiven.

Erhard Schütz (Essen)

Blumensath, Heinz, und Christel Uebach: Einführung in die Literaturgeschichte der DDR. J. B. Metzler, Stuttgart 1975 (240 S., br., 22,- DM)

Angelegt auf 49 Schuldoppelstunden, ist das Buch besonders für jene Lehrer nützlich, die mit Geschichte, Kulturpolitik und Literaturentwicklung der DDR nur wenig vertraut sind. Quellentexte zu diesen Problemkreisen sind in einem 95 seitigen Anhang beigegeben. Der Kurs versucht, Literatur nicht als „autonomes“ sondern gesellschaftliches Phänomen verständlich zu machen. Er leistet Textanalyse stets im Kontext der Gesellschaftsanalyse.

Die Darstellungsentwicklung der Literatur von der antifaschistisch-demokratischen Phase über den Bitterfelder Weg bis zur Gegenwart ist durch die Analyse literaturtheoretischer Konzepte ergänzt: der Untersuchung der Theorie des Sozialistischen Realismus etwa gelingt es, gängige Vorurteile materialreich und literaturwissenschaftlich fundiert infrage zu stellen.

Der Literaturbegriff der Autoren ist weit genug, um neben den traditionellen Gattungen Lyrik, Prosa und Drama auch den Film und Texte der Singebewegung einzuschließen. Die Textbasis reicht dabei von bekannten Autoren der älteren und mittleren Schriftstellergeneration wie Seghers, Kant und Strittmatter bis zu Heiduczek und Volker Braun. Die Auswahl basiert dabei offensichtlich auf dem Prinzip, zum einen die für die Literaturentwicklung der DDR objektiv relevantesten Werke und Autoren zu behandeln, zugleich aber jene Autoren zu berücksichtigen, die in der bundesdeutschen Literatur als „Systemkritiker“ oft über Gebühr hervorgehoben wurden. Ausgewählte Texte Wolf Biermanns etwa, dessen „häufige ‚Martyrer‘-Stilisierung im Westen“ (105) und „sicherlich einmalige Aufsässigkeit... seine Behandlung im Unterricht wohl ebenso wie die ästhetische Qualität seiner Texte“ (105) begründen, werden einer differenzierten Untersuchung unterzogen, wobei neben der ästhetischen Analyse die Frage nach der inhaltlichen Richtigkeit seiner Kritik in der konkreten historischen Situation gestellt, jedoch nicht abschließend beantwortet wird.

Wie darüber hinaus am Gegenstand von Solschenizyns geplanter Nobelpreisrede in einem Exkurs durch Sprachanalyse über Pathos und Hohlheit der Begrifflichkeit die gesellschaftliche Verantwortungslosigkeit seiner Literaturkonzeption aufgedeckt und der metaphysische Freiheitsbegriff Solschenizyns mit dem marxistischen Freiheitsbegriff konfrontiert wird, kann als exemplarisch gelten. Mit einem derartigen Anknüpfen an gängigen Klischees und Vorurteilen entsprechen die Autoren ihrer Intention, die sie einleitend formulieren: Nur durch eine Enttabuisierung des Themas DDR, durch die Aufhebung des kalten Krieges auch auf kulturellem Gebiet, kann eine durch Sachkenntnisse fundierte und um Verständnis bemühte rationale Auseinandersetzung mit dem anderen Teil Deutschlands zustandekommen – als Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben“ (2). Das Buch gewinnt seinen Wert durch Informationsfülle und weitgehenden Verzicht auf proklamatorische Meinungsdarstellung. Die Entwicklung des eigenen Urteils wird dem Benutzer auf der Grundlage des reichhaltig angebotenen Materials überlassen. Das Bemühen um Objektivität ist überall offensichtlich. Der Band wäre daher sicherlich nicht allein für Sekundarstufenlehrer von Interesse; die primär didaktische Aufbereitung des Gegenstandes, die Gliederung nach Unterrichtsschritten, die große Zahl unterrichtspraktischer Hinweise und die Formulierung von Leitfragen für den Kursverlauf, die für den Lehrer einen wesentlichen Wert des Buches ausmachen, lassen es allerdings für Leser, denen es allein um eine Information über die literarische Entwicklung der DDR geht, nur wenig geeignet erscheinen.

Kirsten Boie-Grotz (Hamburg)

Soziologie

Belardi, Nando, und Christel, Zuschlag: Arbeiterbewußtsein und Arbeiterbildung. Ansatzpunkte für exemplarische Bildungsarbeit, Focus-Verlag, Giessen 1976 (374 S., br., 26,- DM).

Die Arbeit will eine empirische und theoretische Analyse des Arbeiterbewußtseins leisten und auf dieser Grundlage Ansatzpunkte und Perspektiven einer exemplarischen Arbeiterbildung (Negt) bestimmen, wie sie in letzter Zeit auch an Volkshochschulen, Akademien etc. stattfindet. Klassenbewußtsein, das abstrakte Bildungsziel einer solchen Arbeiterbildung, liefert nun aber nach Ansicht der Autoren keine brauchbaren Ansatzpunkte für die Auswahl konkreter Bildungsinhalte hinsichtlich des Problems, wie die Diskrepanz zwischen herrschenden Bewußtseinsformen der Arbeiter und Klassenbewußtsein in der Bildungsarbeit zu überwinden ist. Auch die Beschreibung eines solchen Bildungsprozesses als Stufenfolge von Konflikt-, Lage-, Interessen- und Klassenbewußtsein (Deppe-Wolfinger, 1971/1972) erscheint den Autoren unbefriedigend (63 ff). Zu wenig werde berücksichtigt, daß Klassenbewußtsein primär „das Ergebnis von alltäglichen Erfahrungen der sozialen Auseinandersetzungen“ sei, „die sich in Form vielfältiger Konflikte im Betrieb vollziehen“ (65). Auch die bisherigen Ergebnisse der empirischen Erforschung des Arbeiterbewußtseins bei Popitz u.a. und Kern/Schumann lieferten „wenig konkretes Material über Erfahrungen und Konflikte am Arbeitsplatz“ (17 ff). Deshalb führten die Autoren eine empirische Untersuchung der Einstellungen von Industriearbeitern zum Problembereich Lohn und Leistung durch, um „unterhalb der relativ abstrakten Ebenen der Kategorien Klassenbewußtsein und Arbeiterbewußtsein Denken und Verhaltensweisen der Befragten“ festzustellen (21). Die Befragung von je 30 Arbeitern und Arbeiterinnen wurde 1972 in einem metallverarbeitenden Unternehmen einer norddeutschen Großstadt durchgeführt, welches 2 800 Beschäftigte hatte. Schwerpunkt des verwendeten Fragebogens waren neben Fragen zu Ausbildung, Arbeitsbedingungen etc. und der sozialen und ökonomischen Situation der Arbeiter(innen) 23 Fragen über Lohn- und Leistungsprobleme und 9 Fragen zum Verhältnis zu den Gewerkschaften (90 ff). Die Ergebnisse der Befragung wurden mit den entsprechenden Kategorien einer von den Autoren entwickelten Lohntheorie konfrontiert. Diese direkte Verknüpfung von Theorie und empirischem Material nehmen die Autoren auf drei Abstraktionsebenen vor: Zunächst werden die Befragungsergebnisse zu den Lohn-, Leistungs- und Gewerkschaftsproblemen vor dem Hintergrund der objektivierbaren Kategorie des Lohnarbeitsverhältnisses als Ausbeutungsverhältnis diskutiert (108 ff). Es folgt die Darstellung der ermittelten Einstellungen zum Konflikt um Lohn und Leistung auf der konkreten Ebene des Betriebes (170 ff) und auf der Ebene des institutionalisierten Konfliktes zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden (223 ff). Aus der Diskrepanz „zwischen der gesellschaftlichen und betrieblichen Realität der Befragten und der subjektiven Wahrnehmung dieser Realität“ erkennen die Autoren „Argumentationsketten, Querverbindungen zwischen verschiedenen Problembereichen und stereotypenhafte Äußerungen der Befragten, wie auch Wahrnehmungsverzerrungen, Lernbarrieren und Abwehrmechanismen, die einen Erkenntnisprozeß behindern können“ (90). Entsprechend der verschiedenen Grade des Problembewußtseins differenzieren die Autoren die untersuchte Gruppe nach „apathischen und unkritischen“, „sozialpartnerschaftlichen“ und „tenden-

ziell systemüberwindenden“ Einstellungen, um jeweils für diese Untergruppen konkrete Vorschläge für die Motivationsbildung und die Ziel- und Inhaltsbestimmung der Bildungsarbeit abzuleiten (297 ff). In einem letzten Abschnitt des Buches werden dann weitere Perspektiven der exemplarischen Bildungsarbeit, insbesondere die zu vermittelnden Lernziele und einige langfristige Ziele der Arbeiterbewegung diskutiert (322 ff). Daß die Autoren die Interessen- und Bewußtseinslage als Ansatzpunkt exemplarischer Bildungsarbeit bestimmen, ist lobenswert und grundsätzlich richtig. Zu begrüßen ist auch die kritische Haltung gegenüber Negt, der den Lohnkonflikt als Ansatzpunkt einer betriebsnahen Arbeiterbildung leugnet (Negt 1971, S. 49 ff), während die Autoren den Lohnkampf der Arbeiter zum zentralen Ansatzpunkt exemplarischer Bildungsarbeit bestimmen (71 ff). Eigenartig ist, daß sich die Autoren wenige Seiten weiter widersprechen und erklären, der Lohnkonflikt sei nur „einer von vielen in der Arbeiterbildung als Unterrichtsgegenstand möglichen Konflikte“ (79). Man wird auch zustimmen können, wenn die Autoren ausgehend von den Befragungsergebnissen für die Gruppe mit „dichotomischen und apathischen“ Einstellungen als Ziel einer ersten Bildungsveranstaltung nicht gleich Klassenbewußtsein, sondern zunächst einmal Interessenbewußtsein entwickeln wollen (305). Wieso aber das Bildungsziel für die dritte Gruppe mit „tendenziell systemüberwindenden“ Einstellungen, also Ansätzen von Klassenbewußtsein, lediglich auf das Kennenlernen konkreter realisierbarer Alternativen (316) – etwa in Bezug auf „Arbeiterkontrolle und Mitbestimmung am Arbeitsplatz“ (341 ff) – beschränkt bleiben soll, wird nicht erklärt. Hier macht sich negativ bemerkbar, daß die Autoren an keiner Stelle zu einer Definition des Klassenbewußtseins vorgedrungen sind und sich nur ungenügend mit der psychologischen Lohntheorie und der spontaneistischen Bildungstheorie Negts auseinandergesetzt haben. Die vorliegende Überarbeitung der 1972 entstandenen Promotionsarbeit hätte Gelegenheit gegeben, auch die neuere Kritik an Negt zu verarbeiten. Dabei hätte auch eine gründliche Bestimmung des Klassenbewußtseins vorgenommen werden können, etwa unter Einbeziehung des Theorieansatzes von Tjaden-Steinhauer (1975) zur Bestimmung des Gesellschaftsbewußtseins der Arbeiter. Klassenbewußtsein wird dort richtig bestimmt als wissenschaftliches, realistisches, dialektisches und nicht-verkehrtes Bewußtsein, welches nicht spontan entsteht, sondern als Resultat der Anstrengungen theoretischer Arbeit und der praktischen gewerkschaftlichen und politischen Kampferfahrung der Arbeiter. Das größte Manko der Arbeit liegt aber in den unbewältigten Problem der Übertragbarkeit der von den Autoren vorgeschlagenen konkreten Ziele und Inhalte der exemplarischen Bildungsarbeit auf andere Lerngruppen. Wie der Lehrer (Dozent, Teamer) der Arbeiterbildungsveranstaltung die Ergebnisse und Vorschläge der Untersuchung auf seine Lerngruppe unter anderen betrieblichen Bedingungen und anderen, zeitlich verschobenen gesellschaftlichen und politischen Situationen anwenden soll, verraten die Autoren nicht. Zwar glauben sie, daß die untersuchte Gruppe der 60 Arbeiter(innen) repräsentativ – wenn auch nur unter qualitativen Gesichtspunkten – für die Industriearbeiterschaft insgesamt sei. Den Widerspruch zwischen der „Momentaufnahme“, die die Befragung ja darstellt, und der Erkenntnis, daß Arbeiterbewußtsein als Dynamik und in Abhängigkeit von den jeweils spezifischen Arbeits- und Lebensbedingungen und der historisch konkreten Ausprägung der Produktionsbedingungen und -verhältnisse analysiert werden muß, sehen die Autoren zwar ein, thematisieren dieses für ihre Arbeit zentrale Problem aber nicht.

Udo Ropohl (Berlin/West)

Antonoff, Roman: *Arbeitsästhetik. Beiträge zur Humanisierung der Arbeitswelt. Reihe: Morgen – Entwürfe für die Zukunft.* Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1976 (80 S., br., 16,- DM).

Einer der Herausgeber der Reihe „Morgen – Entwürfe für die Zukunft“ ist Mitarbeiter im Bundesinnenministerium, ein anderer profilierter Zukunftsforscher. Somit stellt Antonoff wohl offiziell erwünschte und erhoffte Perspektiven im Bereich der „Arbeitswelt“ vor. Es geht um die Absicht, dazu „beizutragen, daß die Arbeit den Menschen Spaß und Freude bereitet“ (17). Die Beiträge, die für diese Ansicht Lösungen zeigen wollen, sind als „Szenarien“ aufgebaut, haben aber untereinander keinen systematischen Zusammenhang, auch nicht durch den Begriff der „Arbeitsästhetik“. Dieser Begriff ist schon durch das Verfahren seiner Gewinnung problematisch. Antonoff machte eine Umfrage, um seine Brauchbarkeit zu überprüfen, jedoch nicht für die Erfassung eines sachlichen Problemfeldes, sondern nur mit dem Interesse, sein Ankommen zu garantieren, zweifelte er doch „vor allem an der Attraktivität der Bezeichnung ‚Arbeitsästhetik‘“ (14). Sachlich unbrauchbar wird der Begriff, weil Antonoff unter Arbeit jegliche Art von Tätigkeit und Handlung versteht. So können verschiedene Bereiche Gegenstand der Arbeitsästhetik sein, das „Lernen“ (75), die „Hausfrauenarbeit“ (75), die „Verbraucherberatung“ (54) und das „Verkäufertraining“ (51), die „Dramaturgie“ gewerkschaftlicher, unternehmerischer oder betrieblicher Aktionen, das „Essen und Trinken im Betrieb“ usw. Antonoffs eigene Position zu solchen Aktivitäten ist doppelt: Zum einen betreibt er massive Werbung für „Arbeitsästhetik“ vonseiten eines „Kommunikations-Designers“; soweit versucht er, die Notwendigkeit dieser neuen Disziplin samt ihrer Einsatzmöglichkeiten aufzuzeigen. Zum anderen beschäftigt er sich mit realen Problemen der Krisenbewältigung in der BRD. Er interessiert sich besonders für die Krisen der Ökonomie, lenken sie doch nach seiner Vorstellung „die Priorität der Industrieländer“ auf die „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Das führe dazu, daß „man in den achtziger Jahren dann einen verbissenen Arbeitseinsatz starten wird, um die Lebensfähigkeit der Industriestaaten überhaupt aufrechtzuerhalten“ (16), „ohne jedoch mit gewohnten finanziellen Zuwachsraten und Konsumbefriedigungen rechnen zu können“ (16). Mehr Arbeit für weniger Lohn heißt also das Rezept. Und als Würze für die Mixtur schlägt Antonoff ästhetische Mittel vor, um Leistungsreserven bei den Arbeitenden zu erschließen, so etwa durch Neugestaltung von betrieblichen Kommunikationsprozessen, Arbeitsinformationen, Arbeitsobjekten und der Arbeitsumwelt (53). Jedoch: Revolutionäre „Veränderungen im Wertesystem“ (11) seien im Gange, bei den Arbeitern seien massenhaft Zweifel „an der Möglichkeit, durch Anstrengung den eigenen Status zu verbessern“ (12), aufgekommen. Deshalb: „Sozialpolitik muß Phantasie entwickeln“ (12). Klassenübergreifende Maßnahmen der Sozialintegration sollen die Legitimationskrise des Systems verdecken, Ästhetisches scheint dazu besonders geeignet. So lautet einer der Vorschläge, „die Arbeit zum primären, glorifizierbaren Lebensinhalt aufzubauen“ (16). Diese Notwendigkeit wachse, denn: „Sollte sich die wirtschaftliche Lage noch mehr verschlechtern, so ist es durchaus nicht gesagt, daß damit auch eine Abnahme ästhetischer Bedürfnisse einhergehen wird. Eher dürfte hier ein Entgegensteuern eintreten“ (14). Auch bei solchen sozialintegrativen Aufgaben hilft Antonoff aus: „Die interessanteste Aufgabe des Arbeitsästhetikers wird vielleicht darin bestehen, den Mitarbeitern vom Manager bis zur Putzfrau – zu zeigen, wie sie selbst durch persönliche Anwendung und Schaffung ästhetischer Mittel und Methoden ihre Situation im Betrieb verbessern

können“ (17). So gesehen, ist der Untertitel: „Beiträge zur Humanisierung der Arbeitswelt“ gerechtfertigt, sie dienen jedoch denjenigen Humanisierungs-Interessenten, die ästhetische „Interessenwecker“ und „Zufriedenmacher“ (63) in reaktionärer Weise zu vereinen suchen, indem sie Leistungssteigerung und Sozialintegration als die zu vermittelnden Pole bei der „Humanisierung“ setzen.

Chup Friemert (Berlin/West)

Houtart, François, und André Rousseau: Ist die Kirche eine antirevolutionäre Kraft? Chr. Kaiser Verlag/ Matthias-Grünwald-Verlag, München-Mainz 1973 (315 S., br., 35,- DM).

„Der religiöse Bereich wird von politischen Konflikten direkt in Mitleidenschaft gezogen, und zwar um so mehr, je zentraler die Stellung ist, die er im sozialen und symbolischen Gefüge einnimmt. Seit der Renaissance wurde dieses Kampfterrain durch den Gang der Ereignisse immer mehr zur Randerscheinung. Dies gilt jedoch nicht für alle Teile der Welt, und es ist z.B. noch relativ zentral in Lateinamerika und Afrika... Zweitens eignet sich das Religiöse nicht in jedem Fall als Kampfinstrument, wie die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Europa deutlich zeigt. Ihre Theoretiker und Militanten erkannten, daß sie nichts zu gewinnen hatten, wenn sie die Waffe der religiösen Symbolik zum Kampf benutzten, und daß gerade der Antiklerikalismus ihre Abhängigkeit vom Liberalismus zementierte“ (303 f.). Die Verfasser, Professoren für Religionssoziologie an der Universität Löwen und am Pariser Institut Catholique, verknüpfen solche relativ klaren Antworten auf die Themafragen mit einer differenzierten empirisch-historischen Analyse der gesellschaftlichen Funktion „neutraler“ religiöser Werte und der institutionellen Struktur der Kirchen in Frankreich, Lateinamerika, im südlichen Afrika und in Vietnam (15–261, 9–13).

Die zweite These leitet sich aus der Interpretation von Materialien zur Rolle von Religion und Kirche in Frankreich zwischen 1789 und Mai 68 her. Die Autoren zeigen, wie die jeweils herrschende Klasse sich der religiösen Ideologie und der kirchlichen Institution beinahe nach Belieben zur Legitimation ihrer Stellung bedienen konnte, während alle religiös oder antireligiös motivierten Forderungen der Arbeiterklasse und ihrer zeitweise nicht wenigen Sympathisanten im niederen Klerus ins Leere stießen. Zur Erklärung bedienen sich die Verfasser des kategorialen Systems der Linksstrukturalisten P. Bourdieu und M. Godelier. Sie prüfen die kirchliche Doktrin daraufhin, wie weit sie der „versteckten Logik“ der Klassengesellschaft entspricht; sie finden, daß sie sich gut als Instrument der „symbolischen Gewalt“ und „kulturellen Willkür“ der Herrschenden eignet: sie breitet den „Mantel der Einmütigkeit“ über die Klassengegensätze, indem sie jede „ideologische Nachfrage“ aus dem gleichen Schatz allgemeiner Werte befriedigt; sie transformiert soziale in moralische Probleme und interpretiert sie im Rahmen vorindustrieller Sozialformen, wie die Verfasser am Beispiel von Armut, Familie und Betrieb zeigen. Sie räumen zugleich auf mit der üblichen Deutung der bürgerlichen Revolution als „gewaltsame antireligiöse Kampagne“: Zwar war sie antiklerikal und konnte deshalb keinen kirchlichen Segen erlangen; doch ergab sich bald eine „unausgesprochene Allianz“ zwischen Liberalen und Traditionalisten, die sich beide aus dem seit der Entmachtung des Adels substantiell und funktional kaum veränderten religiösen Fundus bedienten, so daß bei Bedarf der Institution Kirche sogar neue Einflußmöglichkeiten, etwa Mission in den Kolo-

nien oder Erziehung der Arbeiterkinder, eingeräumt werden konnten (29–89, 221–261, 292 f., 305 f.).

Wie die zivilisationskritische Umdeutung des Mai 68 durch die französische Kirche zeigt (221 ff.), stellt religiöse Sprache meist den Blick auf eine reale Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen. Ein „ideologisches Kampfinstrument“ muß sich die Arbeiterklasse selbst schaffen; *Marx* bekommt gegen den noch im antireligiösen Argumentieren befangenen *Proudhon* historisch recht (67 ff., 268, 293).

Damit wird aber die erste These der Verfasser schwierig: sollte man dann nicht den Kampfplatz, auf dem für die politisch Machtlosen nur untaugliche Waffen bereitliegen, aufgeben und den Herrschenden allein überlassen? Die Verfasser verlieren hier etwas den Faden. Einerseits meinen sie konsequent, revolutionäre Theologen wie *Camilo Torres* seien heute notwendiger als Theologen der Revolution (308–314); andererseits behaupten sie – leider kaum durch Belege gestützt –, *heute* sei es immer mehr Menschen möglich, gesellschaftsverändernde Praxis auch religiös zu deuten (293, 299). Für die Redlichkeit der Analyse spricht, daß die Autoren die Gespaltenheit vieler lateinamerikanischer Kirchen (91–144) und die zunehmende internationale Kritik an imperialistischen kirchlichen Institutionen in Vietnam (145 ff.) und Südafrika (176 ff.) nicht im Sinne ihrer Hoffnungen ausschlachten, sondern gerade für diese Regionen die Implikationen jenes globalen Beziehungsmodells von Religion und Politik herausarbeiten, das in Europa die Religion antirevolutionär werden ließ: die Symbiose von kirchlicher Hierarchie und politischer Macht. Die Institution Kirche stützt sich auf die politische Autorität und verleiht so ihren Normen den Schein der Naturwüchsigkeit und Selbstverständlichkeit; im Gegenzug inszeniert sie ein „symbolisches Spiel objektiv im Hinblick auf die am meisten unterprivilegierten gesellschaftlichen Klassen“, befriedigt aus *einer* Doktrin Heils- und Legitimationsbedürfnisse (277–290). Das alles vollzieht sich auch gegen und über die Intentionen der Akteure hinweg, und dennoch steht jeder einzelne kirchliche Amtsträger in dem Dilemma zwischen Forderungen seiner Zielgruppe und der Aufgabe, die „offizielle gesellschaftliche Logik“ zu reproduzieren (307 f.). Revolutionäres Handeln führt unter dieser Konstellation in jedem Falle zum Bruch mit der Institution, wie bei C. Torres und all den an den Rand der christlichen Tradition gedrängten Volksbewegungen (124 ff., 292 ff.). Die Ambivalenz der ersten These nährt sich aus vagen Hoffnungen der Verfasser auf eine Lockerung der Abhängigkeit der Laien vom Klerus, über die sich möglicherweise die Religion aus solchen gesellschaftlichen Zwängen lösen könne (293, 314). Welche Art von „Religion“ das dann sein soll, und unter welchen Bedingungen solche Veränderungen sinnvoll und möglich wären, hätte man aber gerne noch erfahren.

Bourdieu's Symboltheorie, die hier zum ersten Mal auf den kirchlichen Bereich angewendet wird, zwingt offenbar nicht zu solchen praktischen Überlegungen. Auch seine politökonomische Blindheit hat hier voll durchgeschlagen: das Symbolsystem wird lediglich mit einer isolierten Herrschaftsproblematik konfrontiert. Da durchweg von „religiösen Bereich“ die Rede ist und der (bei Bourdieu thematisierte) Gesamtkomplex gesellschaftlich notwendiger Symbolik nur selten berührt wird (29 ff., 180), ergeben sich zusätzlich begriffliche Schwierigkeiten. Der historisch-empirische Hauptteil ist in vielem klarer als das etwas zerfahrene theoretische Schlußkapitel (262–315). Der ausladende Stil der Verfasser und eine nachlässige oder bewußt tendenziöse Redaktion der Übersetzung vor allem des letzten Abschnitts, die den Text oft gegen den marxistischen Strich bürstet (z. B. 291) oder unverständlich macht (z. B. 314 Mitte), erschweren die Lektüre des

Buches. Es ist dennoch unentbehrlich für alle, die nach neuen Wegen soziologischer Religionskritik suchen: hier finden sie eine Menge klarer, konkreter und differenzierter Thesen. Traugott Schöfthaler (Berlin/West)

Aufermann, Jörg, Hans Bohrmann und Rolf Sülzer (Hrsg.): *Gesellschaftliche Kommunikation und Information*, Bd. I und II. Fischer Athenäum Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1973 (873 S., br., je 15,80 DM).

Nach den von D. Prokop herausgegebenen Bänden zur Massenkommunikationsforschung (s. Rez. in Arg. 87) liegt hier eine weitere Textsammlung zu diesem Thema vor. Allerdings ist der Rahmen weiter gesteckt: die Hrsg. begreifen „Massenkommunikation als einen Ausdruck gesellschaftlicher Kommunikation“ (3); sie sehen in der sozialen Kommunikation einen „reflexiven Prozeß“, was für sie heißt, „die sozialstrukturellen Bedingungen der Kommunikation und ihrer wissenschaftlichen Analyse selbst zu berücksichtigen.“ (3)

Die Themen der ausgewählten Texte — vorwiegend Originalbeiträge und Erstübersetzungen — reichen von der Darstellung der Ansätze der Kommunikationsforschung und Publizistikwissenschaft über sehr stark an der linguistischen Pragmatik bzw. de Saussure orientierten Sprach- und Textanalysen (eine Kritik daran wird im Beitrag von Wilbert Ubbens gleich mitgeliefert) bis zur „kommunalen Kommunikation“ mit Sülzers Aufsatz über „Architektonische Barrieren öffentlicher Kommunikation“. Hinzu kommen empirisch aufschlußreiche Beiträge zur Pressekonzentration (Aufermann), Aufsätze zur Begründung einer materialistischen Kommunikationstheorie (Dröge, Hoffmann, Holzer), teils personalisierende, teils auch Grundlagen des gewerkschaftlichen Kampfes behandelnde Darstellungen des Kommunikators und Arbeiten zur Sozialisations- und Wirkungsforschung sowie wichtige Bibliographien — z. B. zur einschlägigen BRD-Literatur von 1960–1972 samt Kommentar — und sonst schwer zugängliche Statistiken.

Zwei Beiträge verdienen besonderes Interesse: Frieder Naschold gibt eine sehr geschlossene, kritische Darstellung der Entwicklung der positivistischen Kommunikationswissenschaft. Er schildert im wesentlichen drei Entwicklungsstufen: die Umformung von stimulus-response-Theorien über den Einbau von sozialpsychologischen und soziologischen Variablen zu Transaktionstheorien, die dem Leser/Zuschauer über die Auswahl des Programms einen großen Einfluß auf den Kommunikator zuweisen. Gerade solche Theorien sind vielfach in neuere mediendidaktische Konzeptionen eingegangen (z. B. hessische RRL Deutsch oder Bremer Projekt). Beispiel für die Anwendung dieser Theorien sind die Aufsätze von Klapper, Catton jr. und Lazarsfeld/Merton.

Hoffmann zeigt in seinem Beitrag, wie eine materialistische Kommunikationswissenschaft ihren Gegenstand genau abgeleitet in Bezug auf das System der gesellschaftlichen Arbeit entwickeln muß. Ihr käme die Aufgabe zu, einen Beitrag zur Klassenanalyse zu leisten, „die Medien als Instrumente zur Organisation von Klassenhandeln zu fassen.“ (194) Hiervon ausgehend setzt er sich kritisch mit Positionen von Negt/Kluge sowie Dröge/Modelmog auseinander. (Vgl. weiterführend hierzu den Beitrag von Hoffmann in AS 10). Rainer Pitz (Marburg)

Erziehungswissenschaften

Marx, Karl, und Friedrich Engels: Über Pädagogik und Bildungspolitik. Ausgewählt und eingeleitet von H. Schuffenhauer, J. Goldhahn, L. Hartung u.a.. Volk und Wissen, Berlin/DDR 1976 (Bd. I 301 S., Bd. II 318 S., Ln., je 19,- M).

Lenin, Wladimir Ijitsch: Über Bildungspolitik und Pädagogik. Ausgewählt, eingeleitet und erläutert von G. Uhlig u.a.. Volk und Wissen, Berlin/DDR 1975 (Bd. I 398 S., Bd. II 319 S., Ln., je 21,10 M).

Marx und Engels wie auch Lenin waren keine Pädagogen im engeren Sinne dieses Begriffs. Sie hinterließen keine Schriften mit spezifisch pädagogischen Inhalten und doch haben ihr Werk und ihre Tätigkeit für die Begründung und Weiterentwicklung der wissenschaftlichen pädagogischen Theorie eine große Bedeutung erlangt. Auf der Grundlage der 40-bändigen Marx-Engels-Werke, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1956 bis 1970 gibt die vorliegende zwei-bändige Ausgabe eine umfassende chronologisch geordnete Auswahl pädagogisch relevanter Texte aus den Werken und Briefen von Marx und Engels. Eine materialreiche und umfangreiche Einleitung, ergänzt durch eine Liste der Lebensdaten von Marx und Engels, erläutern unter den Abschnitten, „Das Verhältnis von Erziehung und Gesellschaft“, „Das Verhältnis von Erziehung und Individuum“, „Das allgemeine kommunistische Erziehungsziel“, „Der Grundsatz der Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit“, „Bestandteile und Inhalte der kommunistischen Bildung und Erziehung“, „Die Bedeutung der bildungspolitischen Grundpositionen von Marx und Engels für den Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung“ die Vorstellungen und das Wirken der Schöpfer des historisch-dialektischen Materialismus.

Die zwei-bändige Lenin-Ausgabe gibt die pädagogischen und bildungspolitischen Schriften und Reden auf der Basis der 40-bändigen Werkausgabe und der beiden Ergänzungsbände, Dietz Verlag, Berlin/DDR seit 1955, in thematischen Zusammenhängen wieder: I. „Lenin über den Klassencharakter der Erziehung in der kapitalistischen Gesellschaft“, II. „Lenin über die Rolle und die Aufgaben der Erziehung im Kampf gegen den Imperialismus“, III. „Lenin über Bildungspolitik, Erziehung und Bildung beim Aufbau des Sozialismus“. Eine umfassende Einführung beschreibt den Lebensweg und die bildungspolitische Tätigkeit Lenins, seine Anschauungen über Bildungspolitik und Pädagogik, weist auf die Bedeutung Lenins für die Schulpolitik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung hin und schließt mit den wichtigsten Lebensdaten Lenins und einer Auswahlbibliographie. Hans-Jürgen Gottschalk (Darmstadt)

Böttcher, Gisela, und Gerd Herweg: Schule. Modelle für den politischen Unterricht. Sekundarstufe I. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/M. - Berlin/West - München 1976 (Lehrerheft 46 S., Arbeitsheft 48 S., geheftet, 3,80 u. 4,80 DM).

Die Autoren haben für ihr Unterrichtsmodell den Bereich „Schule“ gewählt, weil er die „Ersterfahrung mit einer staatlichen Institution“ thematisiert. (Lehrerheft, 1) Sie bieten ihr Modell als einen Beitrag zur politischen Bildung im 5./6. Schuljahr an. Als allgemeines Ziel formulieren sie, daß der Schüler in den Stand

gesetzt werden soll, „eine Prüfung und ggf. Änderung von Einstellung, Urteil und Verhalten (...) ermöglichen, bzw. (...) erwirken“ zu können. (Lh., 1) Dies ist ein reduzierter Lernbegriff, indem er die Dimension des Aufbaus positiver Kenntnisse, Einstellungen usw. vernachlässigt und somit politisches Lernen auf Kritik („Prüfen“) vereinsamt. Die Autoren bieten 4 Gruppen von Lernzielen an, (a) zur familialen Sozialisation, (b) zur Schule als Einrichtung einer antagonistischen Gesellschaft, (c) zur Kritik der Schulnormen und -ziele und (d) zur Befähigung zum Handeln aufgrund von Reflexion. Die Lernziele sind durch hessische, hamburgische und nordrhein-westfälische Richtlinien begründet und abgedeckt. Das Unterrichtsmodell ist nach 4 Erfahrungsbereichen geordnet, die einander bedingen, die aber nicht alle im Unterricht abgehandelt werden müssen, nämlich nach den Bereichen „Herkunft“, „Institution Schule“, „Lerninhalte“ und „Rollenverhalten“. Jedem der 4 Lernzielgruppen sind jeweils verschiedene Materialien zugeordnet (im Arbeitsheft für Schüler), mit deren Hilfe die Lernziele erreicht werden können. Die Materialien und ihre Zuordnung werden kurz didaktisch kommentiert. Das Arbeitsheft enthält in einer übersichtlichen Anordnung Texte, Tabellen, Schaubilder, Comics und Arbeitsvorschläge.

Das Unterrichtsmodell Schule besteht also im wesentlichen aus Lernzielen und Unterrichtsmaterialien. Es ist zu wünschen, daß für die Praxis die Planung des Unterrichtsprozesses (z. B. Zeitangaben, Angaben zur Methode) präzisiert worden wäre. Dies nicht, um eine Vorschrift gesetzt zu bekommen, sondern um anhand eines konkreten Unterrichtsmodells dieses für den eigenen Unterricht leichter und schneller variieren zu können. Im großen und ganzen haben aber m.E. die Autoren ein Unterrichtsmodell vorgelegt, das geeignet ist, einen realitätsgerechten und gesellschaftskritischen ersten Zugang zum Bereich Schule zu ermöglichen. Indes dient ihr Bemühen, sich nach offiziellen Maßstäben abzusichern (Richtlinienbezug; Nomenklatur: „Gruppen“ statt „Klassen“ usw.) nicht immer der Aufarbeitung und Durchschaubarmachung der Realität: So gibt die Einteilung der Gesellschaft in Ober-, Mittel- und Unterschicht die Realität nicht nur, was didaktisch sinnvoll wäre, *einfach* wieder, sondern leider auch *falsch* – insbesondere, wenn als Angehörige der Oberschicht z.B. Professoren und Fabrikbesitzer kommentarlos nebeneinandergestellt werden. (Lh., 40)

Horst Hensel (Unna)

Richter, Dieter, und Jochen Vogt (Hrsg.): Die heimlichen Erzieher. Kinderbücher und politisches Lernen. Erfahrungen, Analysen, Vorschläge. Rowohlt Verlag, Reinbek 1974 (221 S., br., 5,80 DM).

Neben Aufsätzen über Comics, Literaturpädagogik, Ziele einer „emanzipatorischen“ Kinderliteratur, über die Rolle der Phantasie in Kinderbüchern enthält der Band Abhandlungen zu speziellen Thematiken (z. B. über den Klassiker „Struwwelpeter“, den dt. Jugendbuchpreis, über die Darstellung der Technik in Kinderbüchern) und gibt Orientierungen zur praktischen Arbeit (Arbeit mit Kinderbüchern in der Schule). Eine Themenvielfalt, die zugleich anregt und Verwirrung stiftet, weil eine Grundkonzeption, auf die sich die Beiträge bezögen, nicht unmittelbar einsichtig wird.

13 Autoren haben mitgearbeitet, Autoren, die laut biografischer Notiz (221) vorwiegend an literaturpädagogischer Arbeit interessiert sind. Als Indiz eines gemeinsamen Erkenntnisinteresses könnte man die durchgängige Tendenz bewerten, die Untersuchung nicht abstrakt, sondern anwendbar zu führen, kritische

Analyse also mit Hinweis und Programm zu verbinden. Fundament dieser gemeinsamen Orientierung auf pädagogische Praxis hin scheint eine übereinstimmende Einschätzung des Untersuchungsgegenstandes zu sein: „Kinderbücher vermitteln ihren Lesern bestimmte Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen; es sind dies aber die Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen einer bestimmten Gesellschaft, geprägt durch den Widerspruch der Klassen und die Herrschaft von Menschen über Menschen (...) Kinderbücher sind Erziehungsmittel, sind Instrumente der kindlichen Sozialisation. Und als solche sind sie zu untersuchen“ (9/10).

Dieser übergreifende Ansatz ist allerdings eher plakatives Motto als systematisch durchgehaltenes Programm. Die Autoren gehen von unterschiedlichen, zum Teil von materialistischen, zum Teil von verdeckt-antiautoritären, mit marxistischem Vokabular dekorierten Positionen aus. Entsprechend variieren die Untersuchungsverfahren und die Ergebnisse. Einige Autoren sehen ihre Aufgabe bereits damit erledigt, daß sie, vornehmlich text-orientiert, ‚entlarven‘, was zumal bei Kinderbüchern großen ideologiekritischen Aufwandes nicht bedarf; immer wieder bringen sie als Ausbeute dekuvierender Kinderbuch-Betrachtung die vertrauten Topoi „heile Welt“, „Idylle der Familie“, „Konfliktfeindlichkeit“, „Anpassung an den status quo“ etc. ein. Die herausgespürten „anti-emanzipatorischen Ideologien“ (154) werden dabei allerdings häufig weniger analysiert als wortreich verdonnert; erschreckend in diesem Zusammenhang aufbauschende und zugleich verharmlosende Etikettierungen wie „faschistoider Quatsch“ (166). Programmatiken, die sich solch vagen Ansätzen anschließen, enden pauschal bei der Forderung nach „emanzipatorischen Inhalten“, ohne freilich auszuführen, um wessen Emanzipation, wovon, wohin und mit welchen Mitteln es sich handeln könnte. – Entschieden gründlicher verfahren demgegenüber andere Beiträge – hier seien insbesondere die Arbeiten von Dieter Richter und Johannes Merkel genannt – Beiträge, die ideologische Strukturen der Kinderliteratur im Kontext der Kapitalismus-Geschichte zu entziffern suchen; sie können deshalb auch genauere Konzepte für eine politische Erziehung – als deren bescheidener Bestandteil die Erziehung durch Kinderbücher fungiert – zu entwickeln versuchen.

Klaus-Dieter Lenzen (Kronberg/Ts.)

Dehn, Wilhelm (Hrsg.): Ästhetische Erfahrung und literarisches Lernen. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (300 S., br., 13,80 DM).

Nach dem Titel dieses Readers zu urteilen, lassen sich Diskussionsbeiträge erwarten etwa zu der Frage nach den spezifischen Erkenntnisleistungen von Kunst im Unterschied zum wissenschaftlich-diskursiven Verfahren der Erfassung von Wirklichkeit. Diese Erwartung scheint sich durch das Vorwort zu bestätigen, wenn der Herausgeber u.a. kritisiert, „daß eine Klasse von *Erfahrungsprozessen*, für die das Literarische zum Anlaß wird, in unseren Erziehungs- und Ausbildungseinrichtungen kaum einen Ort hat“ (7).

Mit der genannten oder auch einer anderen, in eine klar abgegrenzte Richtung gehenden Erwartung im Kopf macht dann das Inhaltsverzeichnis ratlos: Teil I: Anthropologie ästhetischer Erfahrung; II: Geschichtenerzählen als Praxis; III: Theorie der Rezeptionsanalyse, und IV: Ansätze empirischer Wirkungsforschung.

Der oben formulierten Vorstellung über die etwaige gemeinsame Problemstel-

lung der einzelnen Texte entspricht am ehesten Teil I. Neben zwei primär hermeneutisch verfahrenen Arbeiten über „die Natur der ästhetischen Wirkung“ (J. König) bzw. der literarischen (H. Turk), exemplifiziert an einem Rilke-Gedicht bzw. an Schillers „Ästhetischen Briefen“, enthält dieser Teil Beiträge von H. Plessner über die recht eigentliche Zuständigkeit der Dichtung für die Durchdringung des „Phänomens Leidenschaft“ (47), eine Passage aus Wygotskis „Psychologie der Kunst“: „Kunst als Katharsis“, sowie einen Ausschnitt aus Kosíks „Dialektik des Konkreten“, in dem es vor allem um die Zurückweisung einer mechanistischen Widerspiegelungstheorie geht, nach der undialektisch ein bestimmtes Kunstwerk „nichts anderes als‘ der Ausdruck“ bestimmter ökonomisch-politischer Verhältnisse wäre (57). Gegen die „Fetischisierung der Ökonomie“ (50) insistiert Kosík auf der Bedeutung von Philosophie und Kunst „zur Erkenntnis der menschlichen Wirklichkeit als *ganzer* und zum Erschließen der Wahrheit dieser Wirklichkeit *in ihrer Wirklichkeit*“ (56).

Der Stellenwert des II. Teils im Gesamtgefüge des Readers wie der Zusammenhang der Einzeltexte untereinander werden erst durch Dehns Einleitung (vgl. besonders den Abschnitt „Symbolischer Austausch“, 16 ff.) in etwa einschichtig. G. H. Meads Ausführungen über „die Identität und das Subjektive“, eine Kurzgeschichte von P. Bichsel und Reflexionen über das Geschichtenerzählen, u.a. von Max Frisch und dem Herausgeber selbst, wurden zusammengestellt unter einem von der Interaktionstheorie hergeleiteten Aspekt: „Der Austausch bzw. die Mitteilung von Geschichten (eben auch von nicht literarischen Alltagsgeschichten; die Rezensentin) nutzt die Erfahrung mit signifikanter Symbolik (. . .) Die Symbole sind hier Entwürfe von Verhalten, Konstruktionen von Geschehen, Verlautbarungen über erwartete Ereignisse“ (18); die Funktion dieses symbolischen Austauschs ist z.B. das Verlangen nach Selbstbestätigung im sozialen Kontext.

Ist eine logische Abfolge von Teil I und II noch nachvollziehbar, so stehen die Teile III und IV isoliert da. Abgesehen von einem weiteren Teilstück aus Wygotskis „Psychologie der Kunst“, wurden für Teil III Passagen aus bekannten Rezeptionsästhetischen Arbeiten von R. Ingarden, W. Iser und I. Girschner-Woldt ausgewählt. Unter den „Ansätzen empirischer Wirkungsforschung“ scheint mir erwähnenswert lediglich der Beitrag von H. Hillmann. Hillmann legte etwa 300 Versuchspersonen mit sehr verschiedenen Bildungsvoraussetzungen einen kurzen Brecht-Text zur Interpretation vor. Das Ergebnis, ein breites Spektrum unterschiedlichster Assoziationen, vom Verfasser mit Hilfe eines überzeugenden Auswertungsschemas interpretiert, legt wesentlich mehr frei über schichtspezifische Wahrnehmung, als dies z. B. mit den oberflächlichen Methoden der etablierten Markt- und Meinungsforschung möglich ist.

Im Vorwort betont der Herausgeber, der vorgelegte Band sei kein Reader im gewohnten Sinn; es sollte lediglich versucht werden, „einen Problembereich abzustecken und Erkenntnisfelder einander zuzuordnen“ (7). Die Einzelteile seien in ihrer Tragweite erst im Nachhinein aus der Kenntnis des Ganzen verständlich. Zwischen einigen Beiträgen lassen sich durchaus erhellende Bezüge herstellen. Insgesamt jedoch erweist sich das Prinzip des Readers im hier behandelten Fall als besonders fraglich: In der Zusammenstellung der verschiedensten Theoremeansätze, denen Dehn in seiner insgesamt eher verwirrenden Einleitung noch einige weitere hinzugesellt, werden aufgrund der Kürze der Ausschnitte weder die einzelnen Erklärungsmuster in sich selber klar, noch ergibt sich gar, wie postuliert, aus der Disparatheit der versammelten Teile ein stringentes Ganzes.

Karin Buselmeier (Heidelberg)

Barabas, Friedrich, Thomas Blanke, Christoph Sachße und Ulrich Stascheit: *Jahrbuch der Sozialarbeit 1976*. Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek 1975 (440 S., br., 9,80 DM).

Aufgabe des Jahrbuches, das in Abständen von zwei Jahren erscheinen soll, ist es, „Entwicklungen in der Sozialarbeit, Projekte und Konflikte, ausführlicher aufzuarbeiten und intensiver zu reflektieren, um damit grundsätzlichere Aussagen über verschiedene Tätigkeitsbereiche von Sozialarbeit zu ermöglichen“ (11). Eine wichtige Arbeit also, die ein Stückweit die Theorielosigkeit im Bereich Sozialarbeit abbauen könnte. — Die drei Hauptteile (Praxisberichte, theoretische Einordnung und rechtliche Grundlagen der Sozialarbeit) können unabhängig voneinander gelesen werden. Hervorzuheben ist der praktische Wert des Rechtsteils, der als Nachschlagwerk genutzt werden kann. Ausführlich wird über neuere Entwicklungen und Urteile informiert, vor allem in den für die Berufspraxis relevanten Bereichen (etwa Sexualstrafrecht, Zeugnisverweigerungsrecht). — Zwei Projekte stehen im Mittelpunkt der Praxisberichte: der Aufbau und die pädagogische Neukonzeption von Kindertagesstätten der Stadt Frankfurt (bekannt unter dem Namen Kita 3000) und das Georg-von-Rauch-Haus in Westberlin. An Hand dieser Beispiele versuchen die Autoren ihre These zu belegen, daß die Entwicklung von Sozialarbeit im wesentlichen geprägt werde „durch die zunehmende Vergesellschaftung von vormalig privat organisierten Sozialisationsaufgaben; der Gegenstandsbereich von Sozialarbeit als staatlich veranstaltete Sozialisation“ zu verstehen sei (13). Das Frankfurter Kitaprojekt reagiere auf die Krise der Vorschul- und Familienerziehung, deren Ursachen folgendermaßen erklärt werden: bevölkerungspolitische Überlegungen (Pillenknick), zunehmende Erwerbstätigkeit der Frau und neue gesellschaftliche Anforderungen an die Qualifikation der zukünftigen Arbeitskraft. Überraschend ist allerdings die unentschiedene Haltung der Autoren gegenüber ihren eigenen Erklärungsversuchen, denn gleichzeitig behaupten sie, daß es „keine empirisch belegbaren Veränderungen im Produktionssektor“ (399) gebe. So werden alle gesellschaftlichen Veränderungen in die Reproduktionssphäre, das traditionelle Arbeitsfeld der Sozialarbeit, verlagert. — Bezugspunkt zur Einordnung des Georg-von-Rauch-Hauses sind Alternativmodelle zur herkömmlichen Resozialisierung, in diesem Zusammenhang dokumentiert das Buch die Diskussion um neue Formen und Inhalte von Heimerziehung. Die Begründung für diese Reformen, „die auf offene und präventive Maßnahmen und Aufhebung von Repressionen und Diskriminierung abzielen, ergibt sich aus der Notwendigkeit eines einheitlichen, widerspruchsfreien Systems öffentlicher Erziehung“ (238).

Die Autoren weisen zwar selbst auf die Grenzen ihrer theoretischen Einordnung hin; eine schwerwiegende Inkonsequenz ist es jedoch, daß sie die Frage unbeantwortet lassen, warum sich die Notwendigkeit der Einheitlichkeit und Widerspruchsfreiheit nicht auch in anderen Bereichen öffentlicher Erziehung niederschlägt (oder sollten Resozialisierungsmaßnahmen eine solche Ausnahme sein?), denn öffentliche Erziehung insgesamt zeichnet sich durch Kompetenzen-Wirrwarr und Konkurrenz verschiedenartiger Maßnahmen aus.

Dreh- und Angelpunkt des Jahrbuches ist letztlich der analytische Versuch zur Bestimmung der Staatstätigkeit, und das auch mit gutem Grund, denn aus der Funktion des Staates als Anstellungsträger ergibt sich sowohl eine formale als auch eine inhaltliche Bindung der Sozialarbeiter. Die Autoren gehen davon aus, daß der Staat die Aufgaben, die sich aus der Vergesellschaftung von Erziehung ergeben, übernimmt, um die Lohnarbeiterexistenz und damit den Kapita-

lismus zu erhalten. Dieser Staatsfunktion wird zugleich eine phantastische Eigendynamik unterstellt, die in der Realität nicht zu finden ist: Gegen die Kapitalinteressen wirke sich aus, „daß die durch staatliche Reformen anerzogenen sozialstaatlichen Verkehrsformen in Konflikt mit den tauschbezogenen Verkehrsformen geraten“ (426), mit der Konsequenz einer „Auflösung der Verkopplung von Produktion und Sozialisation“. D. h., daß sich Sozialisationsinhalte nicht mehr an den Anforderungen der gesellschaftlichen Produktion messen lassen, sondern selbst Resultat vermehrter Staatstätigkeit sind und sich folglich aus sich selbst heraus erklären. Diese Bestimmung befreit die Sozialarbeiter zwar von der Zumutung, sich weiterhin über ihre Stellung zu den herrschenden Kapitalinteressen Gedanken zu machen oder, anders formuliert, ihre Arbeit nur von Kapitalinteressen bestimmt zu sehen, beläßt sie aber in Wirklichkeit im Schwebezustand zwischen totaler Abhängigkeit und scheinbarer Autonomie.

Die Verfasser schlagen vor, die Begriffe Sozialarbeit und Sozialpädagogik aufzuheben in einem einheitlichen Begriff von Sozialarbeit, da in der Realität beide Aspekte (materielle Hilfeleistung und Beratung) immer mehr zusammenfallen. Ein sinnvoller Vorschlag, dem zu folgen wäre! Nur leider kann man den Autoren nicht den Vorwurf ersparen, daß sie selbst nur eine Seite der Medaille sehen; wie sonst ist es zu erklären, daß sie die „traditionelle“ Seite von Sozialarbeit gänzlich ausblenden? Es bleibt daher zu fragen, welche Bedeutung die zunehmende Einschränkung von finanziellen Mitteln für die Betroffenen hat, sei es in der direkten Hilfeleistung oder in sozialen Einrichtungen, sei es allein schon durch die Festschreibung der Planstellenzahl für Sozialarbeiter.

Durch die fürs Ganze genommene Auswahl der Projekte – Kinder- und Jugendzuziehung – tritt nur ein Ausschnitt des aktuellen und potentiellen Arbeitsfeldes in die Debatte. Wie soll sich der „normale“ Sozialarbeiter der Familienfürsorge oder Altenbetreuung dort wiederfinden und Anregungen für seine Arbeit erhalten? Wie soll er auf dieser Grundlage den Wunsch der Autoren erfüllen, an der Diskussion über die Perspektive von Sozialarbeit teilzunehmen?

Doris Sneed (Berlin/West)

Medizin

Reiners, Hartmut, und Volker Volkholz (Hrsg.): Das Gesundheitssystem in der BRD. Eine Einführung. VSA, Hamburg-Berlin/West 1977 (171 S., br., 12,80 DM).

Zu Teilaspekten des Gesundheitssystems der BRD liegen zahlreiche Beiträge vor. Eine kritische Gesamtdarstellung, die als Einführung geeignet ist, fehlt jedoch. Die vorliegende Einführung in das Gesundheitssystem der BRD nimmt für sich in Anspruch, leicht verständlich geschrieben und so konzipiert zu sein, daß sie als Unterrichtshilfe und Informationsmaterial für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit eingesetzt werden kann.

Das Buch gliedert sich in fünf Kapitel: (1) Die BRD – ein Sozialstaat, (2) die gesetzliche Krankenversicherung, (3) die ambulante Versorgung, (4) die stationäre Versorgung und (5) Berufe im Gesundheitswesen. Im Anhang findet sich eine Darstellung von Ausbildungsgängen im Gesundheitswesen sowie eine Dokumentation der gesundheitspolitischen Forderungen der Gewerkschaft ÖTV. Die

Abfolge der Kapitel entspricht einer systematischen Darstellung, die das Gesundheitssystem der BRD als Teilbereich des Systems der sozialen Sicherheit und als Resultat der Sozialstaatsfunktion eines entwickelten kapitalistischen Staates darstellt. Was unter Sozialstaat zu verstehen ist und wo die Kritik anzusetzen hat, wird am Beispiel der Begriffe Versorgungsprinzip, Fürsorgeprinzip, Äquivalenzprinzip sowie anhand einzelner Bereiche des Systems der sozialen Sicherheit erläutert. Das erste Kapitel endet mit einer Kritik der Dysfunktionalität des Systems, wobei am Beispiel der Einheitsversicherung, wie sie in Berlin bis 1952 existierte, Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Es folgt die Analyse der GKV: Ein kurzer historischer Überblick der Auseinandersetzungen zwischen Krankenkassen und Ärzteverbänden verdeutlicht die entscheidende Rolle der kassenärztlichen Vereinigungen und ihres Behandlungsmonopols. Schon in der Einleitung des Buches wird die Kritik am Gesundheitswesen in die beiden folgenden Aussagen zusammengefaßt: (1) Dysfunktionale Arbeitsteilung und organisatorische Zersplitterung, (2) Wahrung von Partikularinteressen und Privilegien der Ärzteschaft. Unter der Überschrift „Leistungen der GKV“ wird auch kurz auf die Arzneimittelversorgung eingegangen. Einige Sätze über die Preisbindung bei Arzneimitteln scheinen jedoch nicht ausreichend, um die wichtige Rolle der Pharmaindustrie im Gesundheitswesen der BRD zu beschreiben.

Das folgende Kapitel über die ambulante Versorgung beinhaltet Indikatoren wie Arztdichte, regionale Verteilung, Verhältnis von Fach- zu Allgemeinärzten usw. In zahlreichen Tabellen und Grafiken werden die empirischen Belege der vorgetragenen Thesen dargestellt. Das letzte Kapitel beleuchtet die sogenannten nichtärztlichen Berufe im Gesundheitswesen. Hier überwiegen jedoch berufsstatistische Angaben, ohne daß näher auf die wachsende Bedeutung und die Probleme der Mehrheit aller Beschäftigten im Gesundheitswesen eingegangen wird.

Das insgesamt gute Konzept des Buches wird in bezug auf die eigene Aufgabenstellung als leicht verständliche Unterrichtshilfe durch einige Schwächen belastet. Da ist eine vor allem im ersten Kapitel störende saloppe Schreibweise. Auch erklären die Autoren weniger ihre politischen Einschätzungen, als daß sie diese als selbstverständlich und bekannt voraussetzen und oft auf einem hohen Abstraktionsniveau polemisieren. Gerade für ein Buch, das als Unterrichtshilfe und Informationsmaterial gedacht ist, scheint mir vordergründige Radikalität fehl am Platze.

Dieter Borgers (Berlin/West)

Rauskolb, Christa: Lobby in Weiß. Struktur und Politik der Ärzteverbände. EVA, Frankfurt/M., Köln 1976. (336 S., br., 18,- DM).

Es handelt sich um eine 1973 abgeschlossene Dissertation, die mit Unterstützung der Stiftung Mitbestimmung gedruckt wurde. Auf ein Referat der amerikanischen organisationssoziologischen Literatur folgt ein Abriss der Geschichte der deutschen Ärzteorganisationen vom Kaiserreich bis 1960. Die soziologischen Einsichten bleiben für den historischen Teil ebenso folgenlos wie umgekehrt. In dem immerhin 1976 publizierten Buch wird die neuere Diskussion um das Gesundheitswesen nach 1945, wie sie z.B. in verschiedenen Argumentheften nachzulesen ist, nicht verarbeitet. Statistiken reichen nur bis 1969. Der dritte Teil des Buches versucht eine Beschreibung der Ärzteverbandspolitik in der BRD, wobei vor allem der Gleichgewichtstheoretiker Herder-Dorneich Pate stand. Die Re-

formvorschläge Rauskolbs wiederholen den Forderungs-Katalog der in der Schriftenreihe des WSI erschienenen gewerkschaftlichen Studie zur Gesundheitssicherung in der BRD aus dem Jahre 1971. Der rote Faden von Rauskolbs Argumentation heißt: zentrale Planung muß die „antiquierten“ ineffektiven Strukturen der Gesundheitsversorgung ablösen und den Erfordernissen der modernen Industriegesellschaft anpassen. „Die abwehrende Einstellung der Ärzte gegenüber der Tendenz zur Vergesellschaftung des Arztberufs wäre abzubauen. Nach der Intention dieser Arbeit ist das mit der ideologiekritischen Auflösbarkeit der berufständischen Ideologie gleichzusetzen“ (265). Die Autorin glaubt, Ideologien durch Aufklärung und geschickte Taktik „auflösen“ zu können. Dabei hofft sie auf noch zu schürende Gegensätze innerhalb der Ärzteverbände und vor allem auf die Effektivitätswänge des kapitalistischen Systems.

Christa Rauskolb wollte eine ideologiekritische Studie schreiben, aber aus dem von Adorno übernommenen Ideologiebegriff als „objektiv notwendigem und zugleich falschem Bewußtsein“ (16) zog sie keine praktischen Konsequenzen. Weder zeigte sie die Notwendigkeit des Zusammenhangs der „vorindustriellen“ Ärzteideologie und ihres Fortbestehens mit der kapitalistischen Produktionsweise, noch die Falschheit dieses Bewußtseins, das Nichterkennen des Wesens gesellschaftlicher Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen. In der blinden Anerkennung der „Effektivität“ teilt sie vielmehr diese Ideologie.

Michael Berger (Freiburg)

Pflanz, Manfred: Die soziale Dimension in der Medizin. Hippokrates-Verlag, Stuttgart 1975 (364 S., br., 28,- DM).

Im vorliegenden Buch sind 35 Aufsätze und Vorträge von Manfred Pflanz zusammengefaßt, die zwischen 1965 und 1975 veröffentlicht wurden. Die Sammlung enthält weniger empirische Arbeiten als vielmehr methodenkritische und themenbestimmte allgemeine Abhandlungen zum Problem des „Sozialen“ in der Medizin. Pflanz definiert im Vorwort dieses Soziale folgendermaßen (7): „Kritische Betrachtung der Medizin als einer sozialen Organisation, die der Beobachtung und Leitung unter dem Gesichtspunkt von Interessen der Gesellschaft bedarf.“ Für das Spektrum, der in dem Band veröffentlichten Arbeiten, ist das eher eine zu enge Definition. Einige der Aufsätze bezeichnen vom Gegenstand her eigene Fachdisziplinen z.B. Medizinsoziologie, Epidemiologie, Ernährungswissenschaft, Sozialmedizin, Gesundheitssystemforschung und Präventivmedizin. Die Einzelbeiträge sind unter dem Versuch einer Systematisierung in 7 Kapitel geordnet. Einige Stichworte aus den Überschriften sollen hier die Breite der Diskussion und die manchmal für den Leser verwirrende Vielfalt der Themen anzeigen: Selbstmedikation, Diätberatung, Ätiologie, soziale Krankheitsfaktoren, Psychosomatik, Pflegepersonal, Gesundheitsforschung, Bedarfsrechnungen usw.

Für den Außenstehenden gibt dieser Band einen Überblick zu wichtigen Fragestellungen. Alle Beiträge vermeiden wohlthuend allzu medizinische oder soziologische Fachsprache. Sie verlieren auch nie den Blick auf die Grenzen wissenschaftlicher Einflußnahme unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Der Anspruch, die Fakten vom ideologischen Ballast zu trennen, wird streng eingehalten und die wissenschaftliche Redlichkeit Manfred Pflanz' unterscheidet sich gründlich von der unbekümmerten Vordergründigkeit vieler Autoren in der Sozialmedizin.

Seine Rolle als Pionier, der viele Probleme zum ersten Mal für die BRD formuliert hat, ist überdeutlich. Als Beispiel sei hier lediglich der Beitrag über Selbstmedikation aus dem Jahre 1969 genannt. Im Zusammenhang mit der „Kostenexplosion“ wird jetzt häufig die Selbstverantwortung und Selbstbehandlung betont. Pflanz schreibt schon damals, daß es Untersuchungen über die wirklichen Vor- und Nachteile der Selbstbehandlung nicht gibt, stellt jedoch die Gefahr eines größeren Arzneimittelmißbrauchs heraus.

Die Literaturverzeichnisse einzelner Arbeiten zeigen den fast ausschließlichen Einfluß der amerikanischen Medizinsoziologie und Epidemiologie. Die Ursachen dafür sind wohl weniger persönlicher Natur, sondern reflektieren die politische und wissenschaftliche Situation auf dem Gebiet der Sozialmedizin in der BRD. Die Aufsätze dieses Bandes zeigen so nicht nur durch ihre inhaltliche Kritik, sondern auch durch den Rückgriff auf die anglo-amerikanische Literatur den Mangel an wissenschaftlicher Analyse von Problemen der Gesundheitsversorgung in der BRD.

Dieter Borgers (Berlin/West)

Petri, Horst, und Matthias Lauterbach: *Gewalt in der Erziehung.* Ein Plädoyer zur Abschaffung der Prügelstrafe. Analysen und Argumente. Fischer Athenäum Taschenbücher, Frankfurt/M. 1975. (135 S., br., 9,80 DM).

Das vorliegende Buch handelt von der Gewalt gegen Kinder. Die Autoren beschreiben das breite Spektrum direkter und indirekter Gewaltanwendung. Hierbei stellen die extremen Ausdrucksformen der Gewalt – die Prügelstrafe und die Kindesmißhandlung – nicht, wie die Vertreter der Forensischen Psychiatrie und der Presse glauben lassen, ein auf einzelne Personen und Familien beschränktes, individualpsychologisches Phänomen dar. Sie sind lediglich Teil der allgemeinen Gewaltausübung in der Erziehung, nur eine Ausdrucksform dieser Gewalt. Durch die Heraushebung der Kindesmißhandlung als einer von anderen Formen grundsätzlich unterschiedenen Form der gängigen Erziehungspraktiken kann sie zum Merkmal einer pathologischen Minderheit erklärt werden. Das allgemeine Versagen in der Erziehung wird durch Projektion auf eine Minderheit abgewälzt und damit perpetuiert. Die grundsätzliche gesellschaftliche Tolerierung körperlicher Gewalt gegenüber Kindern schlägt sich auch in den geltenden Gesetzen nieder: während im Laufe des letzten Jahrhunderts das körperliche Züchtigungsrecht gegenüber Leibeigenen, Frauen, Lehrlingen u. a. abgeschafft wurde, steht die Prügelstrafe bei Kindern heute noch immer nicht unter Strafe.

Welche Folgen körperliche Züchtigung hat, wie sie sich auf die Charakterbildung auswirkt, wird in diesem Buch aus tiefenpsychologischer Sicht dargestellt und im Anhang am Beispiel des Jürgen Bartsch und der Green Baretts exemplarisch verdeutlicht. Die Autoren verstehen ihr Buch nicht als allgemeinen Beitrag zur Sozialisationsforschung, sondern wollen die Verhältnisse in der BRD darstellen. Deshalb verarbeiten sie ausschließlich die wenigen westdeutschen Untersuchungen. Das Zahlenmaterial dazu findet sich im Anhang.

Als symptomatisch wird festgestellt, daß wissenschaftliche Untersuchungen hierzu in der BRD bislang kaum durchgeführt wurden. Empirische Untersuchungen sind rar und, soweit sie vorliegen, methodisch anfechtbar. Auch wenn deshalb noch zahlreiche Fragen unbeantwortet sind, kann doch in einem Punkt kein Zweifel bestehen: Gewalt ist ein zentraler Faktor in der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen, dessen verbindlichere Untersuchung bei uns nicht vernachlässigt werden darf.

Ulrike Faber (Berlin/West)

Geschichte

Bley, Helmut: Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung 1904–1913. Eine Studie über Bebels Geheimkontakte mit der britischen Regierung und Edition der Dokumente, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975. (254 S., br., 34,- DM).

Angeregt wurde die Untersuchung durch die vom Autor aufgrund neuer Quellen aufgedeckte Tatsache, daß Bebel als Vorsitzender der SPD in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg in vertraulichen Gesprächen mit dem britischen Generalkonsul in Zürich, Heinrich Angst, die außenpolitische Lage erörtert hat – „dies in dem Wissen, daß seine Ansichten der britischen Regierung weitergeleitet wurden“ (9). Das Bekanntwerden dieser Geheimkontakte war für die Springer-Presse ein willkommener Anlaß, eine Vaterfigur der deutschen Sozialdemokratie in den Verdacht des „Landesverrats“ zu setzen (s. DIE WELT v. 20. 8. 1973: War Bebel ein Landesverräter?), um damit zugleich die Ostpolitik der Brandt-Regierung als „national unzuverlässig“ zu diskreditieren.

Bley wendet sich entschieden gegen die publizistische Ausschlachtung seiner 'Entdeckung' zum Zwecke einer Reaktivierung des „alten Syndroms von den angeblich 'vaterlandslosen Gesellen'“ (10). Er möchte das Material für eine „Erarbeitung der außenpolitischen Vorstellungen Bebels“ nutzbar machen und „damit auch einen weiteren Baustein zur bislang nicht vorliegenden wissenschaftlichen Biographie Bebels“ (14) liefern. Methodisch geht er dabei so vor, daß er Angsts Gesprächsaufzeichnungen aus den Jahren von 1910 bis 1913, die im Anhang vollständig abgedruckt werden, auf die aktuellen außenpolitischen Lagebeurteilungen Bebels hin analysiert und daran anschließend – unter Einbeziehung zeitlich vorgelagerter Reichstags- und Parteitagsreden des SPD-Vorsitzenden – systematisierend Elemente der „Kontinuität im außenpolitischen Denken Bebels“ (65) festzustellen sucht. Als deren rationalen Kern weist Bley die Vorstellung einer besonders aggressiven und friedensbedrohenden Rolle des preußisch-deutschen Militarismus nach. So hoch Bebel die Leistungsfähigkeit der preußischen Militärmaschine eingeschätzt habe, so gering habe er die Möglichkeiten für die Sozialdemokratie veranschlagt, zur Abwehr der Kriegsgefahr wirksame Gegenmaßnahmen, etwa einen Militärstreik, zu organisieren. Deshalb habe Bebel seine Hoffnung auf „Hilfe von außen“ (53), vor allem auf die englische Regierung, gesetzt, der er eine forcierte Flottenrüstung im Interesse der Friedenssicherung angeraten habe.

Leider versäumt es Bley, die Entwicklung der außenpolitischen Konzeption Bebels in die innerparteilichen Diskussionen und Auseinandersetzungen der SPD vor 1914 einzuordnen. So wird nicht sichtbar, wo Bebel jeweils eigene Vorstellungen und Ideen artikuliert oder wo er auf bereits ausformulierte Bestandteile der außenpolitischen Programmatik der Partei zurückgreift. Im Grunde negiert Bley den Einfluß der innerparteilichen Theoriebildung auf Bebels Haltung in der Kriegs- und Friedensfrage, weil er Bebel eine von den Richtungskämpfen in der Partei abgehobene „Sonderstellung“ zuschreibt, die ihn zu einer „Sonderpolitik mit dem britischen Kabinett“ (21) im Stil der Geheimdiplomatie befähigt habe. Wenn Bebel aber z. B. trotz und neben der von ihm beschworenen Kriegsgefahr an der Vorstellung „einer möglichen Interessenharmonie der kapitalistischen Staaten“ festhielt, „da je länger je mehr die Interdependenz in der Finanz- und Handelsverflechtung wachse“ (85), so rekurrierte er hier offenbar auf die von Kautsky, dem theoretischen Kopf des Parteizentrums, entwickelte Theorie des

„Ultraimperialismus“. Bley müssen solche Zusammenhänge auch deshalb verborgen bleiben, weil er die Imperialismusdebatte in der SPD und ihre richtungsmäßige Ausdifferenzierung vor 1914 nicht einmal im Ansatz verfolgt. Die von ihm immer wieder erstaunt registrierten Widersprüche in der Argumentation Bebels erscheinen ihm daher als dessen subjektives „Unvermögen, differenziert und widerspruchsfrei zu formulieren“ (135); hier wäre aber zu fragen gewesen, ob sie nicht vielmehr notwendiger Ausdruck der ambivalenten politisch-ideologischen Zwischenposition des ‚Zentrismus‘ waren, der auch Bebel zuzurechnen ist.

Indem Bley Bebel aus den politisch-sozialen Kämpfen seiner Zeit und den sie reflektierenden Richtungsdivergenzen in der SPD herauslöst, kann er Beurteilungskategorien an ihn herantragen, die einer funktionierenden bürgerlich-parlamentarischen Demokratie entnommen und auf die andersgelagerten Systembedingungen des Kaiserreichs zurückprojiziert werden. Das Bebel-Bild, das die Darstellung auf diese Weise vermittelt, ist das eines friedliebenden, auf Ausgleich nach außen und Reformen im Innern bedachten „Oppositionsführers im parlamentarischen System“ (61). Die politische Funktion, die diese Deutung erfüllen soll, ist offenbar, den Vorsitzenden der SPD vor 1914 möglichst nahtlos in die Ahnengalerie der heutigen sozialdemokratischen Führungsgarnitur einzureihen und ihn gewissermaßen zu einem Vorläufer Willy Brandts zu stilisieren. Denn – so Bley – Bebel auf andere Prinzipien festzulegen als auf „unbedingte Friedensliebe und der Forderung der moralischen Integrität der politischen Führung“ wäre diesem „großen deutschen Staatsmann und Friedenspolitiker sicher nicht angemessen“ (139).

Volker Ullrich (Hamburg)

Kreppel, Klaus: Entscheidung für den Sozialismus. Die politische Biographie Pastor Wilhelm Hohoffs 1848–1923. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1974. (196 S., br., 25,- DM).

Die solide gearbeitete Dissertation (Universität Frankfurt) fußt auf unveröffentlichten Quellen über Hohoff, auf einer Auswertung einschlägiger zeitgenössischer Zeitungen, Zeitschriften, Protokolle und Einzelschriften sowie auf einer fundierten Kenntnis der Literatur zur Geschichte des Katholizismus und der Arbeiterbewegung. Ihr Autor ist von links-katholischen Bewegungen beeinflusst, vor allem vom Kreis um die Zeitschrift „Kritischer Katholizismus“. Deshalb lag es für ihn nahe, nach der historischen Dimension dieser — innerhalb der Amtskirche nach wie vor umstrittenen — gesellschaftlichen Strömung zu fragen: Er liefert einen Beitrag zur politischen Ideengeschichte des sozialen Katholizismus im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert.

Die detailliert nachgezeichnete Biographie Pastor Hohoffs ist eingebettet in eine knappe, aber präzise Untersuchung der Wandlung im „politischen Katholizismus“ des 19. Jahrhunderts vom sozialromantischen, noch ständisch bedingten Antikapitalismus zum sozialen Pragmatismus, zur „Sozialpartnerschaft“ (9–29). Im Laufe seiner Entwicklung näherte sich Hohoff der Sozialdemokratie. Mit Bebel trat er 1873–74 in einen Disput über das Verhältnis von Christentum und Sozialismus ein, deren Ziele sich seiner Meinung nach deckten. Bebel hielt diese Ansicht angesichts der Praxis der Institution Kirche für unrealistisch, bot dem Pastor aber die Mitgliedschaft in der SPD an, um dort seine Theorien zu verwirklichen (41–46). Ausdrücklich befürwortete Hohoff den Klassenkampf als

Notwehrakt des Proletariats. Nach 1918 verteidigte er die SPD gegen die Angriffe der katholischen Kirche (96–107), in der er von Anfang an fast allein stand. Sein Eintreten für einen Sozialismus Marxscher Prägung wurde überwiegend scharf abgelehnt. Hohoff war wichtig für die allmähliche Öffnung der Sozialdemokratie gegenüber Christen seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts (45, vgl. 97 ff.). Er war und ist wichtig für den Linkskatholizismus (vgl. 122 ff., 158 ff.). Trotz Relikten vorindustrieller Vorstellungen wollte er die Verbindung von Christentum und Sozialismus in einer neuen Gesellschaftsordnung, also weg von einem Christentum, das „die Menschen über einen Zustand (hinwegtröstet), den man durch Empörung und Kampf ändern“ kann (156 nach H. Gollwitzer). Dies ist heute noch aktuell: die Forderungen Hohoffs sind noch nicht erfüllt, der Widerstand der Kirche gegen solche Tendenzen dauert an. Weniger Hohoffs Theorien als seine beispielhafte Haltung, sein Engagement für den Sozialismus reihen ihn in die demokratischen Traditionen unserer Geschichte ein.

Heiko Haumann (Freiburg/Br.)

Sigel, Robert: Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg. Duncker & Humblot, Berlin/West 1976. (177 S., br., 48,- DM).

Die aus einer Münchner Dissertation hervorgegangene Arbeit beschäftigt sich mit einer auf dem äußersten rechten Flügel der deutschen Sozialdemokratie angesiedelten Gruppe, die bisher in der wissenschaftlichen Literatur übergangen oder stark vernachlässigt wurde: Sigels Arbeit trägt also zu einer differenzierteren Analyse der bereits vor dem Weltkrieg entstandenen, später in den drei Parteien SPD, USPD und KPD aufgegangenen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie bei (13). Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe nimmt dabei schon allein deswegen eine Sonderstellung ein, weil deren Repräsentanten bis zum 4. August 1914 auf dem linken Flügel der Partei standen und erst nach der Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten jäh umschwenkten und in der Folge zu den fanatischsten Propagandisten der deutschen Kriegsführung gehörten, wobei sie sich eigentlich erst zu einer relativ geschlossenen Gruppe zusammenschlossen. Mit der Erforschung der Gründe und Motive für diesen erstaunlichen Kurswechsel soll schließlich – so der Verfasser – ein „Beitrag zum historischen Verständnis der Entscheidung vom 4. August überhaupt“ geleistet werden (14).

Während die Ausbreitung der persönlichen Biographien der drei Renegaten für sich genommen recht interessant, im Hinblick auf deren spätere politische Entscheidung aber wenig aussagekräftig ist (dafür sind die Lebensläufe zu unterschiedlich!, S. 21–34), rückt Sigel mit Recht einen 1971 erstmals veröffentlichten Brief Konrad Haenischs an Karl Radek vom 4. Oktober 1914 in den Mittelpunkt seiner Untersuchung. Dieser Brief (bei Sigel fast vollständig wiedergegeben, S. 34–41) enthält zunächst recht eindrucksvoll die auch von der Parteimehrheit benutzte Argumentation für eine Unterstützung des Krieges. So seien, nachdem der Krieg nun einmal ausgebrochen ist, alle Kräfte für die Landesverteidigung zu mobilisieren; dies bedeute gleichzeitig eine Verteidigung deutschen Landes und deutscher Kultur gegen den barbarischen russischen Zarismus; schließlich habe der Zusammenbruch der Internationale entgegen allen früheren Illusionen die Stärke des Nationalbewußtseins der Arbeiter unter Beweis gestellt, woraus sich die Notwendigkeit ergebe, zumindest vorübergehend die bestehenden Klassenge-

gensätze zurückzustellen und stattdessen die Gemeinsamkeit der Nation gegenüber den anderen Nationen zu betonen. Eine besondere und für die spätere Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe eigentümliche Note erhält der Brief aber dadurch, daß er – in bewußter Abgrenzung vom revisionistischen Parteiflügel – vom „Standpunkt“ des „Proletariats“, des „Marxismus“ und des „Revolutionärs“ geschrieben ist.

Dieser Versuch, die Unterstützung des imperialistischen Krieges mit einem auf Marx sich berufenden „revolutionären“ Standpunkt zu verbinden, mündet schließlich in die Propagierung einer bis 1915 fertig ausgearbeiteten „sozialimperialistischen“ Theorie, deren drei wesentliche Bestandteile die Theorie vom „Kriegssozialismus“, die spezielle Imperialismus-Theorie Cunows sowie die Theorie vom Weltkrieg als einer „Weltrevolution“ sind. Der Krieg – so behaupten Lensch und Haenisch – habe das kapitalistische Deutschland zur Einführung „sozialistischer Maßnahmen“, zur planmäßigen Organisation der Wirtschaft gezwungen. (Beweis dafür: das staatliche Getreidemonopol, die Festsetzung von Höchstpreisen und die Ausgabe von Brotkarten!) (46–56). Als politische Konsequenz daraus ergab sich eine bedingungslose Unterstützung der deutschen Kriegsführung, da eine Niederlage Deutschlands diese sozialistischen Ansätze gefährden würde. Cunows Imperialismus-Theorie (S. 66–73) setzt deutlicher an der ökonomischen Lehre von Marx an, wenn beispielsweise der Monopolisierungsprozeß, die Trennung von Kapitalbesitz und Kapitalfunktion oder die beschleunigte Expropriation kleiner und mittlerer Unternehmen als notwendige Folge kapitalistischer Konkurrenz betrachtet werden. Ihre mechanistische Verkürzung erfährt Cunows Theorie aber da, wo sie im Imperialismus eine *notwendige* Entwicklungsstufe auf dem Weg zum Sozialismus sieht und den Kampf gegen den Imperialismus demzufolge auf eine Stufe mit der „Maschinenstürmerei“ stellt. Auch hier ergibt sich in der Konsequenz die praktische Unterstützung des imperialistischen Deutschland im Ersten Weltkrieg. Höchst abenteuerlich mutet schließlich die Theorie vom Weltkrieg als einer „Weltrevolution“ an (73–109). Ausgangspunkt hierbei ist die Qualifizierung Englands als einer rückständigen, auf dem Prinzip des „Individualismus“ beruhenden kapitalistischen Gesellschaft, dessen fortgeschrittenen Gegenpol Deutschland bilde, das ja bereits ein wesentliches Prinzip des Sozialismus, die „staatliche Organisation“, verwirklicht habe. Der Weltkrieg verwandelt sich so in einen Kampf des „Proletariats Deutschland“ gegen den „Bourgeois England“.

In der kritischen Darstellung der genannten Positionen, deren Kern – etwa in der Staatstheorie Hilferdings – in die Sozialdemokratie eingegangen ist, liegt die Stärke und Wichtigkeit vorliegender Arbeit. Mit Recht wird auch die Wirkung und historische Bedeutung der Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe darin gesehen, daß durch sie das gesamte Spektrum der Kriegs-SPD verschoben wurde: Das ehemalige Zentrum um Kautsky und Haase gehörte zum linken Flügel, während die früheren Rechten um Ebert und Scheidemann eine neue Mitte bildeten (139, 163), eine Konstellation, die den Kampf der revolutionären Linken innerhalb und außerhalb der SPD außerordentlich erschweren mußte.

Peter Strutynski (München)

Niethammer, Lutz, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1976. (782 S., Ln., 48,- DM).

Hier sind Ergebnisse gemeinsamer Forschungsarbeit eines seit 1971 tätigen Kreises jüngerer Historiker (Borsdorf, Brandt, Christier, Dröll, Lein, Linke-Marßolek, Niethammer, Pietsch, Schmollinger, Schröder, Sywottek und Weinrich) aus dem Umkreis ihrer Examensarbeiten oder Dissertationen gesammelt. Einführend werden politisch-programmatische Entwicklung von KPD, SPD, anderen Linksgruppen und Gewerkschaften während des Faschismus ebenso skizziert wie die alliierte Kriegszielpolitik hinsichtlich deutscher Innenpolitik; der kommunistische Widerstand wird zusammen mit der Politik des Nationalkomitees Freies Deutschland abgehandelt. Diese Abschnitte bieten eine nützliche Zusammenfassung wesentlicher Aspekte des Forschungsstandes. Dagegen versucht Dröll, aus vorhandenen Analysen die „Zusammenbruchskrise des faschistischen Systems“ unter der weitergehenden Fragestellung zu entfalten, „wie bei fortlaufender Akkumulation des Kapitals ein Prozeß sich vollziehen konnte, der sich auf eine katastrophische Selbsterstörung der bürgerlichen Gesellschaft zu bewegte, ohne daß die Arbeiterklasse zu einer Aktion fähig war“ (131). Der Verfasser konstatiert einen breiten gesellschaftlichen Zersetzungsprozeß und postuliert gleichzeitig die Notwendigkeit einer „Klassenaktion“ „des gesamten in Deutschland lebenden Proletariats“ (160 f.); die komplizierten Grundlagen und Möglichkeiten des – von Dröll vernachlässigten – antifaschistischen Widerstands werden so stark vereinfacht. Für die Zeit nach der Befreiung vom Faschismus verlangt er in einer „persönlichen Meinungsäußerung“ (628–631) eine „revolutionäre Demokratie“ „als Voraussetzung der politischen Machteroberung der Arbeiterklasse“, der gegenüber die Säuberung des Staatsapparats von Faschisten abqualifiziert wird. Der größte Teil (219–627) analysiert Entstehung, Tätigkeit und Niedergang von Antifa-Ausschüssen und vergleichbaren Organisationen im Rahmen von Lokalstudien zu Leipzig, Solingen, Ruhrgebiet (davon besonders Duisburg und Mülheim), Hamburg, Braunschweig, Bremen, Frankfurt/M., Hannover, Stuttgart, Südbayern und Tirol. Auch in zahlreichen anderen Orten wurden 1945 Antifa-Ausschüsse gegründet. Sie entstanden – angeregt v. a. durch kommunistisch beeinflusste Antifa-Komitees vor 1933 und das in der UdSSR gebildete Nationalkomitee Freies Deutschland – unmittelbar vor, während oder nach der alliierten Besetzung, z. T. um eine kampflöse Übergabe zu erreichen. Die überwiegend von kommunistischen und linkssozialistischen Lokalaktivisten getragenen Ausschüsse konnten trotz ihrer antifaschistischen Maßnahmen und ihrer Hilfe bei Wohnungs- und Lebensmittelbeschaffung die nötige Anerkennung der westlichen Besatzungsmächte gewöhnlich nicht erlangen. Fast alle lösten sich noch 1945 auf, nachdem die Besatzungen bürgerlich-reaktionäre und rechtssozialdemokratische Verwaltungsfachleute für die entscheidenden Positionen bevorzugt hatten. In der SBZ wirkten die von der KPD-Führung entsandten Initiativgruppen von Anfang an für die Auflösung der als sektiererisch bezeichneten Antifas zugunsten einer Blockpolitik antifaschistischer Parteien; den Antifa-Aktivisten waren staatliche Funktionen zugedacht. Nach dem programmatischen Juni-Aufruf der KPD 1945 wandten sich auch in den Westzonen die in Antifas tätigen Kommunisten der Stärkung der KPD zu. Diese Entwicklung wird in ihrer unterschiedlichen örtlichen Ausprägung differenziert herausgearbeitet. Auf der Grundlage eines gewaltigen Quellenmaterials – darunter sind erstmals breit

ausgewertete US-Geheimstudien hervorzuheben – entsteht ein Bild nicht nur von Antifa-Ausschüssen als besonderer Organisationsform, sondern eine manchmal geradezu naturalistische Darstellung der Reaktivierung von Arbeiterbewegung 1945.

Enthält dieser Teil zunächst aufschlußreiche neue Forschungsergebnisse, so fordert der Band zum wissenschaftlichen Meinungsstreit heraus, wo weitergehend eine historisch-politische Konzeption entwickelt wird. Hier sind auch die Autoren, die ihre Positionen im Rahmen eines „linken Pluralismus“ (14) definieren und ein „politisches Interesse“ (16) nicht verheimlichen, nicht völlig einheitlicher Meinung. Gemeinsam ist der Ansatz, die Antifa-Ausschüsse als „Alternative zu den später in der Bundesrepublik und in der DDR entstandenen Ordnungen“ (13) zu diskutieren. Dabei grenzen sie sich namentlich gegenüber der DDR-Historiographie ab: „Spontane und autonome Ansätze in der Arbeiterbewegung werden hier in ein – historischer Materialismus genanntes – Schema gezwängt und damit eine Politik legitimiert, die gerade die Brechung dieser Ansätze als sozialistische Strategie ausgibt“ (17). Die hier anklingende Alternativvorstellung sozialistischer Strategie wird jedoch nicht entfaltet. Brandt, der die Ausschüsse offenbar am stärksten als Ansatz eines dritten Weges begreift, bleibt bei der plakativen mit der teilweise naturalistischen Darstellungsart koinzidierenden Formel der „Arbeiterautonomie“ (695) stehen, die theoretisch eher dem Syndikalismus als dem Marxismus verpflichtet ist. Fraglich ist, ob nicht „die unmittelbaren eigenständigen Bestrebungen der deutschen Kommunisten“ (657) für dieses Konzept vereinnahmt werden, wenn sie – im Gegensatz zum Selbstverständnis der KPD – der Parteiführung beinahe prinzipiell gegenübergestellt werden; widersprüchliche politische Vorstellungen in bestimmten Fragen sollen damit keineswegs geleugnet werden. Auf ein sozialistisches Endziel gerichtete Strategie und Taktik treten bei Brandt zurück zugunsten einer Dominanz der auf „Betriebe und Gewerkschaften“ (696) fixierten Basisaktivität. Dem scheint Dröll die allgemeine Einsicht voraus zu haben: „... ohne revolutionäre Theorie, die ihre Praxis leitete, produzierten die Arbeiter mit der Gesellschaft zugleich auch ihre Existenz als ausgebeutete und unterdrückte Klasse“ (631). Gegenüber Brandt betont Niethammer abschließend stärker die Grenzen der Antifas hinsichtlich innerer wie äußerer Faktoren und hebt neben ihrem Übergangscharakter Züge hervor, die als sektiererisch bezeichnet werden können. Der Band bringt die historische Erforschung der bundesdeutschen Arbeiterbewegung – ungeachtet diskussionsbedürftiger konzeptioneller Aussagen – einen wichtigen Schritt voran und kann zugleich durch die in dem schon monographischen Umfang erreichenden Voraussetzungsteil zusammengefaßten Forschungsergebnisse als Handbuch dienen.

Wolf-Dietrich Schmidt (Hamburg)

Klotzbach, Kurt: *Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914–1945.* Mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg, 2. verb. Aufl. 1976 (278 S., br., 20,- DM).

Hiermit sind – zuerst 1974 veröffentlicht – über 2 300 deutsch-, englisch- und französischsprachige Titel aus der Sekundärliteratur zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erfaßt, die seit 1945 erschienen sind. Memoiren und Quelleneditionen werden nur soweit verzeichnet, wie sie „den Forschungsprozeß

entscheidend zu beeinflussen vermochten“ (8). Der Aufbau ist chronologisch: Erster Weltkrieg; Weimarer Republik; Zeit der NS-Herrschaft. Vorangestellt werden Angaben über bibliographische Hilfsmittel, allgemeine Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und einführende Darstellungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die zeitlichen Abschnitte sind jeweils nach verschiedenen, für relevant erachteten Sachgebieten unterteilt. Hervorzuheben ist, daß die DDR-Forschungen nahezu vollständig berücksichtigt werden. Eindrucksvoll wird dabei schon von der Quantität der Publikationen her der Vorsprung dokumentiert, den die DDR-Historiographie auf diesem Gebiet gegenüber ihrer bundesrepublikanischen Konkurrenz besitzt. Als gelte es, diesen Eindruck nachträglich zu korrigieren, bemüht sich Klotzbach in seinem einleitenden Forschungsbericht (17–42) darum, den Beitrag der BRD-Historiker der deutschen Arbeiterbewegung für den gesamten Berichtszeitraum besonders herauszustellen, während er die Veröffentlichungen aus der DDR pauschal als Produkte einer ideologisch gegängelten, dogmatisch verengten Parteihistorie abqualifiziert. Eine ernsthafte wissenschaftliche Diskussion um die Ergebnisse der DDR-Geschichtsschreibung, die sich den Blick für Unterschiede und Nuancen nicht verstellt, wird auf diese Weise umgangen.

Dennoch ist Klotzbachs Bibliographie zweifellos ein nützliches Hilfsmittel für alle, die sich in Forschung und Lehre mit der deutschen Arbeiterbewegung beschäftigen. Damit sie ihren Gebrauchswert behält, sollte sie bei einer weiteren Neuauflage nicht nur – wie in der vorliegenden Ausgabe – um wenige Titel ergänzt, sondern gründlich überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht werden.

Volker Ullrich (Hamburg)

Soziale Bewegung und Politik

Pozzoli, Claudio (Hrsg.): Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 3. Die Linke in der Sozialdemokratie. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1975 (368 S., br. 11,- DM).

Das Schwerpunktthema des Bandes ist beschränkt auf den Zeitraum vor 1914 und nach 1945, wobei die Nachkriegsperiode nur in einem Round-Table-Gespräch zwischen Eberhard Schmidt, Jürgen Seifert, Karsten Voigt, Oskar Negt u. a. über „Die Linke in der SPD nach 1945“ behandelt wird, in einer Diskussion, die Haltmacht vor Positionen, wie sie etwa im SHB vertreten werden. – Der französische Fachmann für die Geschichte der II. Internationale, *Georges Haupt*, beschäftigt sich mit den Beziehungen zwischen den Bolschewiki und dem Internationalen Sozialistischen Büro (ISB) von 1905 bis 1914 (11–49), vor allem mit der Rolle Lenins. Haupt will einer Überbewertung des Einflusses der Linken in der Vorkriegs-Internationale entgegenreten. So stellt er zumindest für die Zeit vor 1912 gute Beziehungen zwischen Lenin und dem ISB fest („Komplizenverhältnis“, 20). Die im Widerspruch dazu stehende Tatsache, daß gleichzeitig Lenins gesamtes Streben in der Internationale darauf gerichtet war, Revisionismus und Opportunismus zurückzudrängen, was ihn in Konflikt auch mit dem ISB bringen mußte, wird mit dem pluralistischen Charakter der damaligen sozialistischen Bewegung erklärt (21). Eine „Wende“ in den Beziehungen sei erst eingetreten, als die Spaltung der russischen Sozialdemokratie unwiderruflich gewor-

den war. Der Versuch des ISB, gegen den Willen Lenins Schritte zur Einigung einzuleiten, wird aber von Haupt nicht verstanden als – direkte oder indirekte – Unterstützung der menschewistischen Fraktion, sondern als Versuch, Einheit „um jeden Preis“ herzustellen (22). Auch die Übereinstimmung zwischen dem ISB und der führenden Linken in der deutschen Sozialdemokratie, Rosa Luxemburg, in dieser Frage kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Repräsentanten der II. Internationale sich bewußt auf die Seite der reformistischen Minderheit der russischen Arbeiterbewegung stellten. Ebenso wenig kann unter Berufung auf Peter Nettl ein „Antagonismus“ zwischen Lenin und Luxemburg behauptet werden (34), wo es sich eher um unterschiedliche Auffassungen in der Frage der polnischen Nation sowie um eine teilweise erstaunliche Unkenntnis Luxemburgs in den russischen (Partei-)Verhältnissen handelte. Implizit belegen dies übrigens die aufschlußreichen Dokumente, die Haupt im Anhang seines Beitrages erstmals veröffentlicht (39–49).

Der italienische Historiker der Arbeiterbewegung *Enzo Collotti* wendet sich im zweiten Beitrag gegen Einschätzungen, die in Karl Liebknecht lediglich einen „Mann der Tat“ sehen und zu sehr dessen „Voluntarismus“ und „Subjektivismus“ betonen (50 f.). Liebknechts herausragende theoretischen Leistungen werden erstens in dessen Analyse des preußischen Staats als hegemonialer Kraft im Deutschen Reich und den darin begründeten spezifischen militärischen Machtstrukturen gesehen. Auf diese Weise sei es erst möglich gewesen, „aus dem antimilitaristischen Kampf eines der Kernstücke der sozialdemokratischen Politik zu machen“ (57). Zweitens habe Liebknecht versucht, die reformistische Entwicklung der Partei nicht mehr nur unter „rein ideologischen Zielsetzungen“ zu interpretieren, sondern „Einsicht in jene Strukturen und sozioökonomischen Grundlagen zu gewinnen, die im Proletariat und damit auch in der Sozialdemokratie eine neue Schichtung bewirkt hatten.“ (55) Daraus erkläre sich Liebknechts Orientierung auf die besitzlose Masse der Proletarier sowie auf die Organisation der Arbeiterjugend (55 f.).

Annette Jost bemüht sich um den Nachweis, Rosa Luxemburgs kritische Beurteilung der Gewerkschaften habe sich zwischen dem Erscheinen der Schrift „Sozialreform oder Revolution?“ 1899 und dem Gründungsparteitag der KPD 1918/19 aus einer grundsätzlichen Bejahung der Gewerkschaften als Organisatoren der „sozialen Notwehr der Arbeiterklasse“ zu einer ebenso prinzipiellen Ablehnung und Bekämpfung der Gewerkschaften als Organe der „Konterrevolution“ gewandelt. Als theoretischen Bezugspunkt wählt Jost dabei die Auffassungen Anton Pannekoeks, der in den Gewerkschaften eine „konservative, den Kapitalismus befestigende Kraft“ (zit. 84) sieht. Die Entwicklung der Gewerkschaften, vor allem aber die Erfahrungen mit der Rätebewegung in der russischen und deutschen Revolution (100) hätten in Luxemburg die Erkenntnis reifen lassen, daß an die Stelle der „alten Organisationen“ nun die Räte treten müßten. Jost vernachlässigt, daß sich diese Haltung Luxemburgs nur aus der konkreten revolutionären Situation des November 1918 erklären läßt, als die Politik der Generalkommission offen reaktionäre Züge angenommen hatte. Aber selbst in dieser Situation warnt Luxemburg die Delegierten des Gründungskongresses der KPD vor übereilten Beschlüssen hinsichtlich der Gewerkschaftsfrage. (Siehe Protokoll des Gründungsparteitages, Berlin 1972, S. 187) Völlig verfehlt scheint mir auch Josts Annahme, Luxemburg habe die Räte als über der politischen Partei stehend betrachtet (100).

In einem sehr materialreichen Beitrag skizziert *Hans Manfred Bock* die Lehre und das Wirken Anton Pannekoeks (103–125), dessen Schriften zum Parlamen-

tarismus und zur Organisationsfrage in der Studentenbewegung der 60er Jahre weite Verbreitung fanden. Bock geht zwar mit Recht davon aus, daß die Rolle Pannekoeks auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie vor dem 1. Weltkrieg zunächst einmal unabhängig von dessen späterer Entwicklung zu einem entschiedenen Gegner des Leninismus betrachtet werden muß. Allerdings sollten Pannekoeks theoretische Positionen nicht so problemlos neben oder sogar über diejenigen Mehrings, Luxemburgs und anderer Linker in der Sozialdemokratie gestellt werden: die im Anhang abgedruckten Dokumente (Artikel Pannekoeks aus den Jahren 1910 bis 1914, S. 126–158) geben deutlich Auskunft nicht nur über Pannekoeks Kampfstellung gegen den opportunistischen Flügel in der Arbeiterbewegung, sondern ebenso auch über seine Schwierigkeiten mit der materialistischen Erkenntnistheorie (131), seine Spontaneitätstheorie (140, 142), seine Organisationsfeindlichkeit (143, 145, 150) sowie seine Verabsolutierung der Parlamentarismus-Kritik (141).

Nur knapp die Hälfte des Jahrbuchs ist dem Schwerpunktthema gewidmet. Eine Bibliographie der „Annali“ des Istituto Giangiacomo Feltrinelli, ein knapper Rezensionsteil und einige brauchbare Hinweise auf Tagungen, Archive und Zeitschriften zur Geschichte der Arbeiterbewegung schließen den Band ab.

Peter Strutynski (München)

Hofschen, Heinz-Gerd, u. a.: SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie im System der BRD. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975 (182 S., br., 12,80 DM).

Gemessen an der nicht unerheblichen Rolle dieser Partei im politischen Leben der Bundesrepublik, blieb die SPD-Entwicklung bis heute weitgehend wissenschaftliches Brachland. Insbesondere um die Aufarbeitung des geschichtlichen Werdegangs der westdeutschen Nachkriegssozialdemokratie wäre es schlecht bestellt, wenn sich nicht seit geraumer Zeit eine Gruppe Marburger Historiker bemühen würde, diese Lücke zu schließen. Von einem als traditionalistisch-marxistisch zu klassifizierenden Standpunkt aus versuchen Heinz-Gerd Hofschen, Erich Ott und Hans Karl Rupp, sowohl der Legendenbildung in apogetischer Absicht, wie sie die parteioffizielle bzw. -offizielle Historiographie verfolgt, vorzubeugen, als auch „antirevisionistischen“ Geschichtsklitterungen entgegenzuwirken, die sozialdemokratische Politik gleich welcher Couleur als Arbeiterverrat brandmarken.

Wie damit bereits angedeutet, liegen die Mängel der meisten Monographien dieser Art in ihrem falschen Methodenverständnis und inadäquaten Erkenntnisinteresse begründet. Beim vorliegenden Buch hingegen ist zunächst positiv hervorzuheben, daß seine Autoren nicht in den Kardinalfehler spekulativer Geschichtsbetrachtung verfallen, die Entwicklung der SPD als ideengeschichtliches Problem zu behandeln oder übermäßig zu personalisieren, sondern den Stand der Klassenkämpfe in Abhängigkeit vom ökonomischen Prozeß und die dadurch bedingten sozialen Veränderungen mitreflektieren. In dem Bestreben, ihren materialistischen Anspruch einzulösen und das übergreifende Analyseverfahren unter Zugrundelegung der sozioökonomischen und politischen Bedingungsfaktoren bis zum Schluß durchzuhalten, verlieren Hofschen, Ott und Rupp allerdings ihren eigentlichen Gegenstand, die sozialdemokratischen Binnenstrukturen, innerparteilichen Wandlungsprozesse und deren Rückwirkung auf das gesellschaftliche Umfeld, bisweilen aus dem Auge. Hier wäre der Hinweis auf thematisch angren-

zende Studien sinnvoll und der Übersichtlichkeit der eigenen Arbeit förderlich gewesen.

Inhaltlich lehnen sich die Verfasser eng an Forschungsergebnisse Wolfgang Abendroths an. Sie begreifen die politische und programmatische Entwicklung der SPD, Flügelkämpfe, innere Differenzierung und Polarisierung usw. als Reflex der westdeutschen Klassenauseinandersetzungen. Während der Rekonstruktionsperiode des Nachkriegskapitalismus („Wirtschaftswunder“) griffen innerhalb der Arbeiterklasse, deren übergroße Mehrheit die Sozialdemokratie immer noch als „ihre“ Partei betrachtete, reformistische Illusionen bezüglich eines krisenfreien Fortgangs der Kapitalreproduktion und der Möglichkeit eines allmählichen Übergangs zum Sozialismus Platz, wovon die SPD nicht unberührt blieb. Die programmatische (Godesberg 1959) und praktische Entmarxifizierung (Massenausschlüsse Anfang der sechziger Jahre) leitete zu einer „Phase weitestgehender Anpassung“ über, in der sich die SPD als effizientere Stütze des monopolkapitalistischen Systems zu profilieren suchte. Die Rezession 1966/67 brachte zwar die langersehnte Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition mit der CDU/CSU, signalisierte aber zugleich einen tiefgreifenden Wandel im sozialen, ökonomischen und politischen Leben der BRD.

Überzeugend weisen Hofschien, Ott und Rupp nach, daß die partielle Linksöffnung der SPD gegen Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre als Antwort auf die Intensivierung der Klassenauseinandersetzungen, Veränderungen in den Gewerkschaften und die Studentenbewegung zu verstehen ist. Die Integrationsbemühungen der Parteiführung konnten jedoch nicht verhindern, daß der Kampf zweier Klassenlinien, wie er die Geschichte der SPD seit dem Revisionismusstreit prägt, erneut aufflammte. Die Autoren arbeiten innerhalb des damit verbundenen Polarisierungsprozesses drei unterschiedlich starke Hauptströmungen heraus, die sie als integrationistische, reformistisch-sozialistische und marxistische bezeichnen. Fragwürdig erscheint die Begriffsverbindung „reformistisch-sozialistisch“, stellt der Reformismus doch unzweifelhaft eine bürgerliche, alles andere als sozialistische Ideologievariante in der Arbeiterbewegung dar. Ansonsten aber ist das gewählte Klassifikationsschema durchaus geeignet, die innerparteilichen Richtungsgruppierungen zu charakterisieren.

Abschließend stellen die Verfasser strategische Überlegungen an, wie die oppositionellen Kräfte in der SPD gestärkt werden können, um längerfristig als sozialistische Linke ein Gegengewicht zum rechtssozialdemokratischen Regierungsflügel zu schaffen. Als Vorbild dient die Entwicklung in Frankreich, wo mit der Transformation der verbürgerlichten SFIO in die PSF der Grundstein für eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten als den beiden Hauptzweigen der Arbeiterbewegung gelegt wurde. Nur die Initiierung von und die aktive Beteiligung an außerparlamentarischen Massenkämpfen, in denen die Aktionseinheit der Arbeiterklasse hergestellt wird, kann die SPD-Linke nach Meinung der Autoren vor den Disziplinierungsversuchen der Parteispitze schützen und sie in die Offensive bringen.

Christoph Butterwegge (Osnabrück)

Schuster, Dieter: *Der Deutsche Gewerkschaftsbund*. Droste Verlag, Düsseldorf 1977 (268 S., br., 19,80 DM).

Der Düsseldorfer Droste Verlag bemüht sich seit einigen Jahren, „durch Kurzmographien über die Aufgaben, die Tätigkeit und die Organisation unseres Staatswesens in anschaulicher Form zu unterrichten“ (Klappentext). Zwischen einem Band über das Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (Bd. 44) und einer festschriftartigen Darstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung (Bd. 47) erschien nun der vorliegende Band 46, dessen Autor auch verantwortlich zeichnet für eine im Auftrag des DGB-Bundesvorstands herausgegebene, inzwischen mehrmals aufgelegte und an Gewerkschaftsmitglieder kostenlos abgegebene Schrift über „Die Deutsche Gewerkschaftsbewegung“, die dem hier besprochenen Buch über weite Strecken als Vorlage diente.

In einem viel zu kurz geratenen historischen Rückblick (10–25) auf die wechselhafte Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung werden all jene Mißverständnisse, Halbwahrheiten und Verdrehungen reproduziert, von denen auch die bürgerliche Geschichtsschreibung – sofern sie sich überhaupt schon der Arbeiterbewegung zuwendet – gekennzeichnet ist. So wird beispielsweise bedauert, daß das Sozialistengesetz (1878–1890) eine „Integration der Arbeiterschaft in den bestehenden Staat verhindert habe“ (12 f.), ohne auch nur einen Hinweis auf den Charakter und Klasseninhalt dieses Staates zu geben. An anderer Stelle wird der deutschen Gewerkschaftsbewegung von Anfang an eine nur-reformistische Haltung angedichtet (13), was nur möglich ist, wenn man von der Praxis der Gewerkschaften vor der Jahrhundertwende sowie den späteren heftigen inneren Auseinandersetzungen um die richtige Strategie und Taktik abstrahiert („Neutralitätsdebatte“, „Massenstreikdebatte“, „Burgfriedenspolitik“). Der Bankrott einer reformistisch gewordenen Gewerkschaftsführung wird – wie im Falle des August 1914 – entweder auf die Massen abgewälzt (die Gewerkschaften konnten sich der „nationalistischen Atmosphäre dieser Tage nicht entziehen“, 15) oder – nach dem Sturz der Hermann-Müller-Regierung – einem nicht weiter hinterfragten Kräfteverhältnis angelastet („Die Gewerkschaften waren machtlos gegen die nun folgenden, mit Hilfe von Notverordnungen praktizierten Regierungsmaßnahmen.“ 20) oder – 1933! – bewußt heruntergespielt: „Doch die Gewerkschaftsführer hatten nicht mehr den Mut, ihre geschwächten Organisationen . . . zu einer Kraftprobe aufzurufen, deren Ausgang ungewiß war. Das Risiko, das Leben ihrer Mitglieder aufs Spiel zu setzen, schien den Gewerkschaftsführern zu groß.“ (21) Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß sich bei der Beschreibung des Verhältnisses der Kommunisten zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik und nach 1945 ganz ungebrochen antikommunistische Erkenntnissschranken bemerkbar machen (vgl. 17, 23 f.). Ärgerlicher als dies sind jedoch Passagen, die hinter gewerkschaftsoffizielle Standpunkte zurückfallen und selbst im Widerspruch stehen zu Auffassungen, wie sie auch von Schuster in seiner DGB-Schrift vertreten werden. Über die Frage der Sozialisierung nach dem 1. Weltkrieg sagt er dort: „Das Unterlassen grundsätzlicher Veränderungen am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gefüge wirkt sich verhängnisvoll aus.“ (D. Sch.: *Die deutsche Gewerkschaftsbewegung*, Düsseldorf 1973, S. 49) Umgekehrt argumentiert er hier: „Die Gewerkschaften waren jedoch auf keinen Fall bereit, die demokratisch-parlamentarische Ordnung zugunsten von Experimenten aufzugeben . . .“ (16) und suggeriert damit – Zugeständnis an den „Zeitgeist“? – die Unvereinbarkeit von Sozialismus und Demokratie. Widersprüchlich auch die Behandlung des antifaschistischen Widerstands: In der Droste-Ausgabe

gipfelt die Darstellung des gewerkschaftlichen Widerstands in der Beteiligung am Attentat auf Hitler (22), während in der DGB-Schrift gerade der unbekannt gebliebene Widerstand hervorgehoben und gewürdigt wird: „Zu lange hat sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Widerstand im Krieg und auf den 20. Juli 1944 konzentriert. Dabei wird übersehen, daß vom Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft an viele Mitglieder und Funktionäre der Arbeiterbewegung ihre Freiheit und ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, um den Nationalsozialismus zu bekämpfen.“ (a.a.o., S. 72 f.).

Umfassend gerät der Teil, der den DGB und seine Organisationen in ihrer heutigen Verfassung darstellt (46–129). Er enthält durchaus nützliche Daten über den DGB und seine Einzelgewerkschaften, so über die Zusammensetzung der Vorstände, die Gliederung in Bezirke, den Mitgliederstand (Stand: 1975), den Organisationsbereich, die gewerkschaftseigenen (Bildungs-)Einrichtungen, Presseorgane und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Statt allerdings Aufgabenstellung, Funktions- und Wirkungsweise gerade letzterer kritisch einzuschätzen, begnügt sich der Autor mit der einfachen Wiedergabe von schönfärberischen Selbstdarstellungen. In Werbeprospekt-Manier heißt es etwa über das „gemeinwirtschaftliche“ Unternehmen „Neue Heimat“: „In allen Dienstleistungsbereichen sind die langjährigen Erfahrungen der Gesellschaften, die Qualifikation hochspezialisierter Mitarbeiter und die Ausstattung der Unternehmen mit modernem technischen Arbeitsgerät die solide und tragfähige Grundlage ihrer Tätigkeit.“ (122)

In einem weiteren Teil werden Grundpositionen des DGB zu einer Reihe gesellschaftspolitischer Gegenwartsfragen referiert. (130–217) („Gewerkschaften und Politik“, „Europa“, „Mitbestimmung“, „Vermögensbildung“, „Humanisierung der Arbeit“, „Bildungspolitik“ u.v.m.). Hier wäre es auf jeden Fall sinnvoll gewesen, auch auf entsprechende Programme des DGB bzw. der Einzelgewerkschaften zu verweisen. Einen interessanten Einblick in die tägliche Öffentlichkeitsarbeit des DGB-Bundesvorstands bietet die sich anschließende Zusammenstellung offizieller Verlautbarungen des DGB-Nachrichtendienstes aus dem Jahre 1975 (218–259). Ein Organisationsplan und ein – allerdings lückenhaftes – Literaturverzeichnis schließen die Arbeit ab. Insgesamt: ein entbehrliches Handbuch.
Peter Strutynski (Kassel)

Gramsci, Antonio: Briefe aus dem Kerker. Herausgegeben und übersetzt von Gerhard Roth. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1972 (102 S., br., 6,- DM).

Neben den „Gefängnisheften“ („Quaderni del Carcere“) sind die 1965 veröffentlichten „Briefe aus dem Gefängnis“ die Quelle für Gramscis Ideen während der elfjährigen Isolierung in den Gefängnissen des Faschismus. Die Auswahl von Briefen an seine Frau Julka und seine Schwägerin Tatjana soll im Gegensatz zur Heiligenlegende einer kritischen Gramsci-Rezeption dienen. Der Begründer der KPI erscheint in diesen Briefen als souveräner Interpret des marxistischen Gedankengutes in konkreter, praktisch bezogener Nutzenwendung. – In der Polemik gegen Benedetto Croce, den Apologeten des Liberalismus, zerpfückt Gramsci den liberalen Freiheitsbegriff. „Croce verwechselt, und zwar im Widerspruch zu sich selbst, ‚Freiheit‘ als philosophisches Prinzip bzw. als spekulativen Begriff mit ‚Freiheit‘ als Ideologie bzw. als praktisches Herrschaftsinstrument, als Element einer hegemonialen moralischen Einheit“ (79). Wenn die gesamte Ge-

schichte im Hegelschen Sinn eine Geschichte der Freiheit (des Geistes) sei, warum sollte dann nur die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts die Geschichte der Freiheit sein? Das sei nicht mehr Geschichte der Freiheit im philosophischen Sinn; sie werde vielmehr verbreitet „in Form einer Religion innerhalb der Intellektuellenschicht und eines Aberglaubens im einfachen Volk, das sich mit den Intellektuellen verbunden fühlt, dessen Bannerträger und Priester die Intellektuellen sind. Es handelt sich hier also um eine Ideologie, ein praktisches Herrschaftsinstrument“ (79). Die Tätigkeit Croces erscheint Gramsci „als die mächtigste Maschine, die die herrschende Gruppe heute besitzt, um die neuen Kräfte ihren vitalen Interessen anzugleichen“ (84). Als Arbeitsaufgabe stellt sich der Gefangene „eine Untersuchung über die italienischen Intellektuellen, ihre Ursprünge, ihre Gruppierungen entsprechend den verschiedenen Kulturströmungen, ihren verschiedenen Denkweisen“ (20). Im Kerker, angesichts des Mangels an Material, könne diese Aufgabe nur sehr mangelhaft bewältigt werden, er möchte die in früheren Arbeiten skizzenhaft vertretenen Thesen weiter ausbauen „und zwar von einem ‚interessenlosen‘ Standpunkt aus, ‚für ewig‘“ (21), die letzten Worte in deutsch, so die „Interessenlosigkeit“ ironisierend.

In den Briefen spielt das Problem des nationalen Kulturbewußtseins eine große Rolle. „Harte Worte“ gebraucht er gegen Tatjana, die von einem rassenorientierten Film beeindruckt zu sein scheint und den Filmtitel „Zwei Welten“ weltanschaulich akzeptiert. Das sei Pogrom-Ideologie, die Ideologie der „Schwarzen Hundertschaften“ (von den Faschisten spricht Gramsci aus Zensurgründen nicht). Sog. „Rassenmerkmale“ seien in Wirklichkeit geschichtsbedingt, gut genug für einen Hintertreppenroman oder für einen Unterhaltungsfilm. „Der moderne Mensch müßte eine Synthese all dessen sein, was . . . als Nationalcharakter hypostasiert wird . . . , so daß in ihm sozusagen der italienische Renaissance-mensch neu entsteht, der moderne Typ eines Leonardo da Vinci, der Massenmensch oder Kollektivmensch geworden ist und trotzdem seine starke Persönlichkeit und individuelle Einzigartigkeit beibehalten hat“ (87). – Außer dem politisch-literarischen Programm hat Gramsci ein privates, der 1. Punkt lautet: „meine Gesundheit aufbessern“. Deutsch und Russisch will er lernen, Ökonomie und Geschichte betreiben. Er will seinen Humor auch im Gefängnis bewahren. Die schmale Briefauswahl ist eine Fundgrube von Beispielen intellektuellen Mutes, von Freiheit und Verantwortung des Wortes und eines seltenen Reichtums an Aussagen über die mannigfachsten Probleme, die uns Heutige erregen. Diese Briefe sind nicht Archivstoff, sondern aktueller Gesprächstoff. Gramsci war 46 Jahre alt als er am 27. April 1937 starb. Bruno Frei (Wien)

Balibar, Etienne: Über die Diktatur des Proletariats. VSA, Berlin/West 1977 (178 S., br., 14,80 DM).

Der Entstehungsgrund des Buches ist im Anhang dokumentiert: Die Diskussion um den Begriff der „Diktatur des Proletariats“ vor und nach dem 22. Parteitag der FKP. Auf dem Parteitag wurde die Abschaffung des Begriffs begründet mit der Betonung des Gegensatzes von „Diktatur“ und „Demokratie“ und mit der Feststellung, daß neben dem Proletariat auch die übrigen lohnabhängigen Schichten an der sozialistischen Macht beteiligt sein werden. Balibar sieht in dieser Argumentation eine Unterordnung des Marxismus unter die bürgerliche „politische Wissenschaft“ (21) und liefert seinerseits eine umfassende Begründung

für die These, „daß der Begriff der Diktatur des Proletariats nicht von der marxistischen Theorie über den Staat und den Klassenkampf zu trennen ist“ (55). Er will „zeigen, warum die Probleme des Sozialismus nur in Begriffen der Diktatur des Proletariats auf revolutionäre Weise gestellt werden können“ (106). – Balibar zieht zunächst eine Parallele zwischen der Konzeption des 22. Parteitag und von Stalin 1936 vorgebrachten Theorie vom Ende der Klassenkämpfe in der Sowjetunion. Beide Positionen beschränken den Begriff der Diktatur des Proletariats auf seinen repressiven Aspekt und verzichten auf das Mittel der „Diktatur“ zugunsten der „Demokratie“ – Stalin für die Epoche des Sozialismus, die FKP bereits für den Prozeß des Übergangs zum Sozialismus. Gegen die stalinsche Theorie und Praxis wie gegen die Wendung der FKP-Theorie stellt Balibar seine Rekonstruktion von Lenins Auffassungen zur Diktatur des Proletariats. Die Divergenzen beginnen bei der Frage der Staatsmacht. Balibar zeigt an Lenin, daß der Staat kein über den Klassen stehender „öffentlicher Dienst“ ist, sondern daß alle Aspekte der Staatsmacht durch die Klassenverhältnisse determiniert sind (50). Wo von anderen FKP-Theoretikern die „organisierenden Funktionen“ des Staates hervorgehoben werden (51 f.), sieht Balibar die „Vorstellung von der Diktatur der Bourgeoisie, vom Staat als Klasseninstrument“ (55) revidiert. Es fällt schwer, die Kontroverse an diesem Punkt zu fixieren, da Balibar selbst an anderer Stelle dem Staatsapparat die Funktion zuweist, die „Organisation der gesamten Gesellschaft unter der Vorherrschaft einer Klasse“ (70) zu gewährleisten, und da der von ihm kritisierte Hincker nicht in Frage stellt, daß auch die organisierenden Funktionen des Staates vom Klasseninteresse determiniert sind.

Hinter dieser Kontroverse stehen unterschiedliche Auffassungen in der Frage, was mit dem bestehenden Staatsapparat nach dem Erringen der politischen Macht geschehen soll. Neben der Zerschlagung der „repressiven Staatsapparate“ (78 f.) gilt es von Anfang an, einen „Staat neuen Typs“ (77) hervorzubringen. Wichtigstes Mittel dazu – und „Hauptaspekt“ der Diktatur des Proletariats – ist die Entfaltung einer „proletarischen Massendemokratie“ (91), die die „führende Rolle der Volksmassen im Staat“ (93) und die „ständig wachsende Kontrolle der Staatsfunktionen“ (98) zum Ziel hat. Balibar betont die Notwendigkeit eines breiten Klassenbündnisses (93 f.) ebenso wie die „Hegemonie des Proletariats“ (95). Die Interessengegensätze, die sich aus dem Spannungsverhältnis beider Ziele in der politischen Praxis ergeben (und ergeben haben), werden zwar angesprochen (59, 96), es wird aber nicht diskutiert, in welchen politischen Formen solche Differenzen ausgetragen werden können. Zur Lösung dieses Problems hat die FKP die Strategie der Fortführung und Erweiterung der Traditionen repräsentativer Demokratie entwickelt. Demgegenüber unterstreicht Balibar die Bedeutung des politischen Kampfes um weiterreichende Ziele: für die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit (88, 132 f.), von Verwaltung und Produktion (76), von politischer und ökonomischer Sphäre (136). Die proletarische Revolution muß von Anfang an die „Entwicklung kommunistischer Gesellschaftsformen“ (103) in Angriff nehmen. Die Diktatur des Proletariats ist vor allem durch die „Perspektive des Kommunismus“ (110) charakterisiert und stellt daher weder ein Mittel des Übergangs zum Sozialismus dar, noch eine in Gegensatz zu „sozialistischer Demokratie“ stehende politische Form (20 f.). – Der umstrittene Begriff „Diktatur des Proletariats“, der von der FKP (mit Blick auf die politische Praxis nach der Oktoberrevolution) als diktatorische Form sozialistischer Macht gefaßt wird, ist für Balibar ausschließlich auf einer allgemeineren Ebene verwendbar: als Gegenbegriff zu „Diktatur der Bourgeoisie“ wird er identifiziert mit der „leninistischen Staatstheorie“ (140) oder sogar mit dem Sozialis-

mus selbst (37, 105, 138 f.) – bei Lenin sind beide Ebenen des Begriffs zu finden. Der entscheidende Unterschied liegt darin, daß Balibar die historischen Veränderungen des Kapitalismus seit Lenin begrifflich nicht reflektiert, während sich die FKP-Strategie wesentlich auf die Analyse der Veränderungen gründet, die seither vor allem im Verhältnis von Staat und Gesellschaft und in der Sozialstruktur eingetreten sind, und auf diese Veränderungen mit einer neuen Konzeption sozialistischer Macht antwortet. Balibars Argumentation bleibt daher auf die Ebene der suprahistorischen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der marxistischen Revolutionstheorie beschränkt, aus seiner theoretischen Alternative folgt keine Veränderung für die strategische Orientierung seiner Partei.

Eckhard Volker (Berlin/West)

Hobsbawm, Eric J., und Giorgio Napolitano: Auf dem Weg zum „historischen Kompromiß“. Ein Gespräch über Entwicklung und Programmatik der KPI. edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1977 (151 S., br., 6,- DM).

„Die Herausforderung der KPI“ an die Linke Westeuropas sieht Sophie Alf in ihrer – dem vorliegenden Band vorangestellten – Einführung in Geschichte und Politik der KPI in der „definitiven Abkehr . . . von einem Sozialismus des ‚so-wjetischen Modells‘“, die weder der Rückkehr auf sozialdemokratische Positionen noch der Stiftung eines neuen Königsweges „euromarxistischer“ Orthodxie bedarf (8 ff.). Wie vielfältig diese Herausforderung ist, zeigt das anschließende Interview Hobsbawms mit Napolitano, Mitglied des Parteipräsidiums und des Sekretariats der KPI, aus dem Jahre 1975. Untergliedert ist es in vier Teile, von denen der erste die historische Entwicklung der KPI behandelt, der zweite die aktuelle Krise Italiens und deren Lösungsmöglichkeiten, der dritte den internationalen Kontext kommunistischer Politik in Westeuropa und der vierte die strategischen Probleme des „italienischen“ Wegs zum Sozialismus und dessen Bedeutung für die kommunistische Weltbewegung. Die Interview-Form prägt den Text nachhaltig: Seine Stärke besteht weniger in der Vertiefung, als vielmehr in der Zusammenschau der Probleme, im Sichtbarmachen von Kontinuitäten und Interdependenzen: Wer vor der Lektüre begründete Zweifel an der Veränderbarkeit der DC im Rahmen des historischen Kompromisses oder am sozialistischen Charakter des ökonomischen Reformprogramms der KPI hatte, wird sie nach den entsprechenden Erklärungen Napolitanos (26 ff., 88 ff.) kaum ausgeräumt finden. Alle Themen einzeln zu erörtern, würde den Rahmen einer Rezension sprengen; hier sei nur auf zwei für deutsche Leser besonders interessante Aspekte verwiesen:

Aus der Prognose, daß ökonomische Krisen des Kapitalismus per se weder dessen Zusammenbruch noch aber die sozialistische Revolution bewirken werden, verwirft die KPI, nach Napolitano, den für die Kominterntradition typischen Primat der „Entlarvungsstrategie“ und legt den Hauptakzent auf die Notwendigkeit, bereits in der Opposition konstruktiv potentielle „Regierungspartei“ zu sein, als deren Kernstück sie „die Notwendigkeit einer positiven Einstellung der Arbeiterklasse zu den Problemen der Produktion“ begreift, entsprechend Gramscis These, „daß den Staat erobern . . . vor allem bedeutet, in der Leitung der Produktivkräfte größere Fähigkeiten zu beweisen als die Kapitalisten“ (56 ff., 84 ff.).

Die in der orthodoxen Diskussion übliche Trennung zwischen (intraproletarischer) *Aktionseinheits-* und *Bündnispolitik* (zwischen Klassen) wird bei Napolitano aufgehoben durch die Konzeption der Durchsetzung eines differenzierten neuen hegemonialen Blocks, die über drei einander vermittelnde Ebenen erfolgt: die Bündnisstrategie zwischen Proletariat und Mittelschichten; die Politik gegenüber den „kapitalistischen Kräften“, die deren „Vereinigung auf reaktionären Positionen“ verhindern soll; die Herstellung der proletarischen Klasseneinheit (80 f.) – Ebenen, die ihrerseits vertikal durch Widersprüche überlagert werden, die nicht mit den Klassengrenzen identisch sind: etwa zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen; Beschäftigten im privaten und solchen im staatlichen Sektor; Beschäftigten im Bereich der Industrie und solchen im Dienstleistungs- und Verwaltungsbereich; besser und schlechter gestellten Arbeitergruppen; Interessen am Ausbau des kollektiven und solchen am Fortschreiben des privaten Konsums etc. (79 ff., 114 ff.) Proletarische Hegemonialpolitik bedeutet unter diesen Bedingungen auch, den Gefahren neuer Korporatismen, nicht zuletzt innerhalb der Arbeiterklasse selbst, entgegenzuwirken (anstatt sie nur militant zu steigern) sowie notwendige „Kompromisse“ gegenüber nichtproletarischen Kräften zum Element bereits der Herstellung *intraproletarischer* Einheit und damit der Herausbildung von *Klassenbewußtsein* zu machen (94 f., 113 ff.).

Thomas Scheffler (Berlin/West)

Jura

Blasius, Dirk: *Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität. Zur Sozialgeschichte Preußens im Vormärz.* Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976 (203 S., br. 38,- DM).

Die Erforschung der Eigentumskriminalität und der gesellschaftlichen Reaktion darauf durch Strafvollzug und Strafrechtsreform in Preußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dient Blasius dazu, die bis heute gültigen und bestehenden Verhaltensmuster gegenüber abweichendem Verhalten in ihrer Entstehungsphase zu erhellen. Er leistet damit zugleich einen wichtigen Beitrag zur Sozialgeschichte Preußens im Vormärz, der die Möglichkeit bürgerlicher Emanzipation ausleuchtet. Es wird deutlich, daß das liberale Bürgertum sich aus ökonomischen Interessen mit den agrarischen Eliten zum Schutz des Eigentums gegen die Besitzlosen verbündet und dadurch schon vor Ausbruch der Revolution von 1848 auf weitergehende Emanzipationsansprüche verzichtet und die Führungsrolle agrarischer Eliten stabilisiert. Dies ist einer der Gründe, für die in Deutschland lang andauernde Blockade aller Demokratisierungsprozesse.

Aus den Akten des preußischen Justizministeriums erhebt der Autor zunächst das starke Ansteigen der Eigentumskriminalität. Anknüpfend an zeitgenössische Versuche gelingt es ihm, deren Abhängigkeit von den Getreidepreisen bis 1848 für die preußischen Provinzen plausibel zu machen. Die Not der armen Leute ist eindeutig die Ursache der Kriminalität, ein Befund, der von den unteren preußischen Verwaltungsbehörden und Gerichten klar gesehen wird. Dieser Tatbestand wird nun von der politischen Elite, der Bürokratie und den ständischen Vertretungen in ein moralisches Versagen umgedeutet. Unter Berücksichtigung der Interessen des Brenn- und Schankgewerbes lehnt der preußische Justizminister ein

Verbot des „Branntweingenuß(es) seitens der niederen Volksklasse“ (58), wie es der preußische Oberpräsident Schön zur Verringerung der Kriminalität forderte, ab, da ein „moralisches Gebrechen“ nur mit moralischen Mitteln zu bekämpfen sei. Hier beginnt eine Strategie strafrechtlicher Kontrolle, die bekannte soziale Ursachen von Verbrechen bewußt nicht berücksichtigt. Mit der Auflösung der alten Gesellschaftsordnung im Zuge der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise gewinnen vormoderne Herrschaftsinstitutionen wie der Strafvollzug eine neue Funktion: Er wird gerade in seiner Inhumanität funktional für eine Strategie, die die Sozialkontrolle über die Untertanen durch Repression und Abschreckung aufrecht erhalten will. Die Untersuchungen zur Entstehungsgeschichte des preußischen Strafgesetzbuches sind schließlich ein vorzügliches Beispiel für eine Rechtsgeschichte, die mehr sein will als schlichte Entstehungsgeschichte von Gesetzestexten. Blasius konfrontiert die Dokumente der Beratungen des Strafgesetzbuches in der Bürokratie und den Ständen mit der Analyse der ökonomischen Interessen der Beteiligten und versucht, am Beispiel des Holzdiebstahls Howard S. Beckers These der Entstehung von Kriminalität durch Zuschreibung zu überprüfen. Auch das fortschrittliche rheinische Bürgertum übernahm die enge interessengebundene und die sozialen Ursachen des Holzdiebstahls leugnende Position „Furcht bewahrt das Holz“ der Agrarier. Der schlesische Kreditinstitutsdirektor v. Gaffron formulierte unter Leugnung der Not als Entschuldigung für Verbrechen die lang gültige Formel bürgerlicher Reaktion auf abweichendes Verhalten: „Wir müssen im Auge haben, daß der Begriff des Eigentums eine Erschütterung erleidet, wenn der Verbrecher straflos bleibt ...“ (132)

Im Vor- und Schlußwort (9, 137) stellt der Autor seine Untersuchung als einen Beitrag zur „deutschen Sonderentwicklung“ vor, die in der Regel als eine Ursache für die faschistische Machtergreifung und die verspätete Demokratisierung in Deutschland angeführt wird. Leider wird an keiner Stelle der Arbeit der Vergleich mit anderen bürgerlichen Gesellschaften aufgenommen und so erscheint der Hinweis auf die „Sonderentwicklung“ als eine unnötige Referenz vor den Herausgebern der „Kritischen Studien“. Es ist zu vermuten, daß der Vergleich mit der Entwicklung in anderen bürgerlichen Gesellschaften mehr Gemeinsames als Trennendes zu Tage gebracht hätte, denn auch für eine bürgerliche Gesellschaft, die weniger durch feudale Fesseln in ihrer Entstehungsphase behindert wurde, war der Schutz des Eigentums gegenüber den Besitzlosen die Schranke, die die Besitzlosen von den bürgerlichen Errungenschaften ausschloß. Denn für die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise war der Schutz des abstrakten Eigentumsbegriffes geradezu unverzichtbar.

Thomas Berger (Göttingen)

Maus, Ingeborg: Bürgerliche Rechtstheorie und Faschismus u. s. Zur aktuellen Wirkung der Theorie Carl Schmitts. Wilhelm Fink Verlag, München 1976, (195 S., br., 38,- DM).

Wenn Juristen die „Soziologisierung des Rechts“ fordern, sollte die Rechtswissenschaft und die Soziologie gleichermaßen hellhörig werden, kann doch die Forderung ein Doppelpes sein, nämlich die Einbeziehung der Sozialwissenschaften in die Jurisprudenz zur Herausarbeitung der demokratisch-rationalen Momente der Rechts- und Verfassungsstruktur und deren Abschirmung vor involutiven sozialen Prozessen – in diesem Sinne hatte das Loccumer Modell für

die Integration der Sozialwissenschaft als Demokratiewissenschaft in die juristische Ausbildung plädiert – oder die Anpassung des Formalrechts an eine demokratisch regredierte Sozialstruktur. Maus benennt als klassischen Zeugen für die Ambivalenz der Forderung den sozialistischen Verfassungsrechtler Otto Kirchheimer, der 1932 in der „Verfassungsreformdiskussion“ mit der Feststellung, die Legalordnung könne den realen Machtverhältnissen „vorausinken“, die politische strategische Alternative aufzeigte: Verkürzung des Legalsystems auf den Standard der demokratisch regredierten Realität oder kämpferische Umgestaltung der Machtverhältnisse mit dem Ziel der demokratischen Ausfüllung der Legalordnung. Die Tradition der Rechtsverkürzung in der deutschen Rechtstheorie ist der Gegenstand der Untersuchung von Maus; ihre Arbeit beabsichtigt, „einen Beitrag zur Vermittlung von Rechts- und Sozialwissenschaften zu leisten, indem sie den Prozeß einer bedenklichen Vermittlung kritisch zurückverfolgt“ (20). Die Verfasserin macht für die Zurückschraubung des Rechtssystems auf die gesellschaftliche Faktizität vorrangig eine Methode verantwortlich, die nicht mehr nur die Legalität mittels einer restaurierten einheitlichen Rechtsidee untergräbt, sondern den Prozeß der Substituierung solcher Wertvorstellungen ins Zentrum eines neuen dynamischen Rechtssystems rückt. Maus nennt solche material-antiformalen und zugleich dynamischen Ansätze „Gründungstheorie“, weil diese den Geltungsgrund allen Rechts in einen Gründungsvorgang verlegt, den nicht ein Willensakt konstituiert, sondern der sich im Entstehen jeder Institution selbsttätig vollziehen soll. Aus der antiformalen Stoßrichtung jenes Theorieansatzes, der mit der Diffamierung der Rationalität des formalen Rechts als Instrument permanenter Revolution die im parlamentarisch gesetzten Formalrecht mitgarantierten Interessen auch unterprivilegierter sozialer Gruppen politisch ausschalten will, wird die Affinität bürgerlicher Rechtstheorie zum Faschismus erklärt: die Vollendung der Zerstörung des Formalrechts im „konkreten Ordnungsdenken“ Carl Schmitts ist der juristische Ausdruck der terroristischen Domestizierung aller unterprivilegierter Gruppen im NS-System.

Mit dieser Analyse setzt sich Maus in Widerspruch zu der nach 1945 „herrschenden Meinung“ in der deutschen Rechtswissenschaft, die den weltanschaulichen Relativismus des staatsrechtlichen Positivismus der Kapitulation vor dem NS-Regime bezichtigt und umgekehrt antiformale, substantielle, „naturrechtliche“ Theorien als mögliche Widerstandspositionen, die nur aufgrund der Dominanz des Positivismus in Rechtsprechung und Rechtswissenschaft nicht hätten zum Zug kommen können, markiert. Das Buch ist insofern zugleich ein Beitrag sowohl zur Rehabilitierung des juristischen Positivismus vor dem intransigenten Vorwurf faschistischer Depravierung als auch zur Entlarvung der Motive jener Positivismusschelte, in der heute wie in der Weimarer Zeit ein harter Kern antidemokratischen Denkens verborgen ist. Das positivistische Verständnis des formellen Gesetzes als ausschließliches Produkt eines demokratischen, potentiell die Interessen *aller* sozialen Gruppen aufnehmenden Gesetzgebungsverfahrens stieß – wie Maus eindringlich nachweist – in der Staatsrechtslehre von Weimar auf den Widerstand der Interessenvertreter bürgerlicher Privilegien. Daß zuweilen auch unter linken Autoren eine recht schlichte Kritik am juristischen Positivismus floriert, hat gewiß einen Grund in der vorschnellen Identifikation von Rechtspositivismus und soziologischen Positivismus, eine Gleichsetzung, welche die Verfasserin mit dem Argument auflöst, daß der soziologische Positivismus die Differenz zwischen demokratischer Verfassungsstruktur und der durch Machtballungen gekennzeichneten sozioökonomischen Struktur zugunsten der letzteren beseitigt, während der Rechtspositivismus den in der Verteilungssphäre

sich durchsetzenden antagonistischen Ansprüchen gesellschaftlicher Gruppen die rechtliche Form verleiht und sie damit als grundsätzlich gleichberechtigte anerkennt (47 ff.).

Die Betonung der Offenheit der positivistischen Theorie gegenüber der realen Durchsetzung antagonistischer gesellschaftlicher Ansprüche im Wege der revolutionären Verfassungsgebung und – dazu kontrastierend – die Kennzeichnung materialer Verfassungstheorie als Vehikel zur Stilllegung der sich revolutionärer Verfassungsgebung verdankenden, progressiven Inhalte der Verfassung scheint nicht bloß die Frontstellung in der Weimarer Staatsrechtslehre, sondern zudem die eigene Option der Verfasserin für eine progressive Alternative zur Gründungstheorie anzugeben. Jedoch wird diese Alternative nicht akzeptiert, vielmehr sucht Maus in einer vorsichtigen Distanzierung vom „gegen innere Umdeutungen seiner offenen Progressivität nicht abgesicherte(n) Gesetzespositivismus“ (61) nach einem „inhaltlichen Verfassungsminimum“, nach „verfassungslegitimierenden materialen Rechtsgrundsätzen“. Zum staatsrechtlichen „deus ex machina“ aus dem Dilemma, eingeklemmt zu sein zwischen der reaktionären Tradition materialer Gründungstheorie und relativistischer Offenheit des Positivismus, wird die vorgeblich „große Ausnahme“ (61) der Konfrontation in der Weimarer Verfassungsdiskussion Hermann Heller. Nun ist aber recht zweifelhaft, ob Hellers Staatslehre wirklich die Verbindung von inhaltlicher Zielbestimmung der Verfassung mit der Anerkennung struktureller Offenheit für jeweils neue Inhaltsbestimmungen durch den Gesetzgeber leistet, oder ob nicht jenes inhaltliche Verfassungsminimum soziale Prozesse einfriert auf dem Standard eines sozialdemokratischen Verständnisses von sozialem Rechtsstaat, in dem für ein anderes Demokratieverständnis als ein sozialdemokratisches kein Raum mehr ist. Über die Gewichtung von materialen Inhalten und politischen „formalen“ Freiheitsrechten in dieser Staatslehre gibt die Bereitwilligkeit Auskunft, mit der Hermann Heller 1932 um der Bewahrung der sozialstaatlichen Errungenschaften sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Politik willen tragende Bestimmungen des organisatorischen Teils der Weimarer Reichsverfassung und damit die politische Offenheit dieser Verfassung der bürgerlichen Konterrevolution preisgab. (Vgl. hierzu Hellers Aufsatz „Ziele und Grenzen einer deutschen Verfassungsreform“, in: Neue Blätter für den Sozialismus, 3. Jahrg., (1932), S. 576 ff.).

Ist schon die Staatslehre Hellers eine wenig überzeugende Beweisführung für eine in progressiver Absicht gelungene „Verbindung von positivistischer Formgläubigkeit und inhaltlicher Zielbestimmung“ (72), so wird die am Beispiel der Staatsrechtslehre der BRD aufgezeigte Möglichkeit einer fortschrittlichen materialen Verfassungstheorie noch fragwürdiger. Maus attestiert dabei eine im Verhältnis zur Weimarer Republik scheinbare Umkehrung der Frontstellung: eine antiformale linke Verfassungsinterpretation, für die Wolfgang Abendroth als Zeuge berufen wird, steht gegen eine sich positivistisch gerierende Technik der Verfassungsauslegung der Carl Schmitt Schule. Wenn die Verfasserin auch anhand der Verfassungs- und Verwaltungslehre Ernst Forsthoffs überzeugend darlegt, daß die „Entwertung“ des Grundgesetzes begleitet ist von der materialen Aufladung der Verwaltungspraxis, die sozialstaatliche Verfassungsmaximen zugunsten der „Rationalität des industriell-bürokratischen Prozesses“ (78) aufhebt, so greift die skizzierte Frontstellung dennoch insofern zu kurz, als sie die in der BRD herrschende Verfassungsinterpretation unbenannt läßt. Die Alternative würde bei Einbeziehung jener Verfassungslehre lauten: materiale, d. h. wehrhafte, streitbare Demokratie im Sinne der vom Bundesverfassungsgericht geprägten Formel von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder sozialstaatliche

(resp. antifaschistische resp. antimonetaristische) Wertordnung – eine Alternative, die es sich gefallen lassen müßte, danach befragt zu werden, ob eine Verfassungstheorie nicht eher dann das Prädikat „progressiv“ verdient, wenn sie den verfassungsrechtlichen Rahmen für soziale Prozesse unverkürzt offenhält, anstatt sich darauf einzulassen, der „objektiven Wertordnung“ Grundgesetz „linke“ Werte zu konfrontieren.

In den abschließenden Ausführungen zum sozialen und politischen System des deutschen Faschismus verifiziert die Verfasserin die These, die Rechtsstruktur des Nationalsozialismus diene der „Anpassung an Bedürfnisse des organisierten Kapitalismus unter beschleunigter Eliminierung individualistischer Residuen“ (141), am Beispiel von Carl Schmitts Doktrin des „konkreten Ordnungs- und Gestaltungsdenken“, das mit der Segmentierung des Rechtssystems in Sonderordnungen autonomer ökonomischer Machtballungen jede Garantie individueller Freiheit liquidiert. Die Kontinuität der Gründungstheorie über den Faschismus hinaus erblickt Maus in dem Postulat der „Entpolitisierung der Gesellschaft“, in diesem Sinne sind die Strategen einer formierten Gesellschaft in der Tat die „Nachlaßverwalter nationalsozialistischer Politik“ (166). Anzufügen wäre hier freilich die ketzerische Frage, ob die Ideologen der „formierten Gesellschaft“ und ihre Nachfolger in der CDU wirklich die einzigen Erben des Schmittschen Nachlasses einer „entpolitisierten Gesellschaft“ sind.

Volker Neumann (Villigst)

Kolbe, Dieter: Reichsgerichtspräsident Dr. Erwin Bumke. Studien zum Niedergang des Reichsgerichts und der deutschen Rechtspflege. Studien und Quellen zur Geschichte des Deutschen Verfassungsrechts, herausgegeben von Hermann Conrad, Gerd Kleinheyer und Ulrich Scheuner, Band 4. C. F. Müller Juristischer Verlag, Karlsruhe 1975 (431 S., br., 98,- DM).

Als höchster deutscher Richter in den Jahren 1929 bis 1945 stellt Reichsgerichtspräsident Dr. Erwin Bumke eine Schlüsselfigur zum Verständnis des Weges der Justiz in der Weimarer Republik und im Dritten Reich dar. Anhand der Person des letzten Reichsgerichtspräsidenten zeigt Kolbe den Niedergang der deutschen Rechtspflege auf. Er versucht auch Antwort auf die Frage zu geben, wie es hierzu kommen konnte und warum und in welcher Weise die national-konservative deutsche Richterschaft unter nationalsozialistischer Herrschaft mitgewirkt hat. Die Person des letzten Reichsgerichtspräsidenten schien ihm für eine solche Untersuchung besonders interessant, da sich die Frage aufdrängt, warum und wie Erwin Bumke als Jurist „alter Schule“ trotz aller Veränderungen im staatspolitischen Bereich und der Eingriffe in die Justiz 16 Jahre lang von der Weimarer Republik bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches das Amt des höchsten Richters ausüben konnte und ausgeübt hat. Kolbe hat Fakten und Dokumente gesammelt und alles erreichbare Material gesichtet. Daneben hat er auch Freunde, Mitarbeiter und andere Zeitgenossen Bumkes aufgespürt und um Auskunft und Stellungnahme ersucht.

Seinen politischen Standpunkt und seine ideologische Ausrichtung hatte Bumke vor seiner Ernennung zum Reichsgerichtspräsidenten nur selten offenbart. 1903 hatte er in einem Schreiben an den Reichsjustizminister auf den sich zu jener Zeit in Genf abspielenden Generalstreik hingewiesen, da, wie er meinte, die strafrechtliche Verfolgung der zahlreichen bei dieser Gelegenheit begangenen

schweren Verfehlungen gegen das Strafrecht für sein Studium besonders anregend gewesen sei (8), 1919 trat er in die rechtsgerichtete Deutschnationale Volkspartei (DNVP) ein (19). Im Januar 1929 bejahte er auf einer Sitzung des Strafrechtsausschusses die Anwendung der Vorschriften über Landesfriedensbruch und Auflauf auf streikende Fabrikarbeiter (44). Solche Anschauungen erscheinen Kolbe als unbewußte, aber zwangsläufige Folge der ideologischen Ausrichtung der ganz überwiegenden Zahl der Richter jener Zeit. Da der deutsche Richterstand die Staatsumwälzung von 1918 unbeschadet überstanden hatte, saß in der Weimarer Republik derselbe Personen- und Gesellschaftskreis zu Gericht, der schon im kaiserlichen Deutschland Recht gesprochen hatte. Daß es sich hierbei nur um Angehörige einer kleinen wohlhabenden Schicht des Bürgertums handeln konnte, wurde schon durch die außerordentliche Länge und Höhe der Kosten der juristischen Ausbildung bewirkt. Da es überdies möglich war, politisch unbequeme Elemente während der Ausbildungszeit zu entlassen oder erst gar nicht einzustellen und die studentischen Verbindungen ein übriges bewirkten, konnte der ideologische Standort der Richter nach einer derartigen Selektion nur konservativ, nationalistisch und monarchistisch sein (71). – Mit der organisatorischen Gleichschaltung der Justiz stellte sich auch Reichsgerichtspräsident Bumke in den Dienst des NS-Staates. Seine Hinwendung zum Dritten Reich machte beispielsweise die Rede vom 4. 5. 1935 deutlich, in der er ausführte, es ginge jetzt darum, auch die Rechtsprechung so zu gestalten, „daß das Volk in unseren Sprüchen den Willen des Führers wiederfindet“ (246). Einer möglichen späteren Verantwortung und Rechtfertigung entzog sich Bumke, 70jährig, durch Selbstmord: Während die Amerikaner in Leipzig einrückten, nahm er Gift und verstarb in seiner Wohnung im Reichsgerichtsgebäude (398). – Das Versagen der Justiz im Dritten Reich ist dem Historiker und Rechtsgeschichtler eine hinlänglich bekannte geschichtliche Tatsache. Die Arbeit von Kolbe vermittelt insoweit keine neuen Erkenntnisse. Sie verhilft dem Leser aber zu neuen detaillierten Einblicken in den damaligen Justizapparat. Thomas Schalt (Freiburg)

Ansary, Tugrul und Volkmar Gessner (Hrsg.): *Gastarbeiter in Gesellschaft und Recht.* Zehn Beiträge. Verlag C. H. Beck, München 1974 (284 S., br., 16,80 DM).

Die Aufsatzsammlung will jeden, „der mit Gastarbeitern zu tun und dabei Rechtsregeln anzuwenden hat, über den Stand der rechtlichen Diskussion informieren und ihn zugleich anregen, das Seine zur Verbesserung der Lage unserer ausländischen Mitbürger beizutragen“ (9). Angesprochen sind also in erster Linie Richter, Anwälte und Verwaltungsbeamte, doch verdient das Buch darüber hinaus deshalb ein breiteres Interesse, weil darin zum erstenmal eine umfassende Darstellung der rechtlichen Lage der Gastarbeiter erfolgt.

Den hervorragenden Beitrag liefert der Verwaltungsrichter Franz mit der Analyse des Ausländergesetzes von 1965 und seiner bisherigen Anwendung, indem er überzeugend aufzeigt, daß die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis im Belieben der Behörde liegt, die das gesetzliche Kriterium „Belange der BRD“ willkürlich auslegen kann. Unter dem doppelten Kontrollmechanismus der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis wird der ausländische Arbeiter völlig der Exekutive ausgeliefert. Nach Franz stellen die bestehenden Regelungen den Rechtszustand wieder her, der während des Krieges unter der Geltung der Kriegsverordnung vom 5. 9. 1939 bestanden hatte, „als 5,5 Millionen Zwangsarbeiter und 1,5 Millionen

Kriegsgefangene in der deutschen Rüstung eingesetzt waren“ (44). Auf „Die politischen Rechte der Gastarbeiter“ (80–101) eingehend führt Tomuschat ihre Politisierung auf das in der BRD herrschende „wache Demokratieverständnis“ zurück, das auch unter Ausländern „ein Bedürfnis nach politischer Betätigung“ (80) entstehen lasse. Dieser Meinung kann sich nicht anschließen, wer sich in Gastarbeiter-Vereinen auskennt: Ihre Mitglieder waren in der Regel bereits im Herkunftsland politisch aktiv bzw. gewerkschaftlich organisiert. Die Angst vor dem Konflikt mit den Behörden und die Gefahr der Ausweisung zwingt sie zum möglichst unauffälligen Verhalten und damit eher zur Entpolitisierung. In § 6 Abs. 2 des Ausländergesetzes heißt es, daß eine politische Betätigung durch besondere Verfügung – neben den Fällen der Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der Beeinträchtigung der sonstigen „erheblichen Belange der BRD“ – auch dann verboten werden kann, wenn die Abwehr von „Beeinträchtigung der politischen Willensbildung in der BRD“ es erfordert. Tomuschat versucht diese Bestimmung zu rechtfertigen, indem er die „unmittelbar auf die Staatspolitik bezogene Meinungskundgebung“ (92) der Ausländer auf die gleiche Stufe mit der „bedenklichen Beherrschung des Meinungsmarktes“ (92) durch die Pressekonzentration stellt. „Wahlaufrufe von politischen Ausländervereinigungen zu Gunsten einer der am Bundestagswahlkampf teilnehmenden Parteien etwa wären geeignet, diese Partei dem Verdacht auszusetzen, sie habe sich in die Abhängigkeit von der betreffenden nationalen Gruppe begeben“ (91). Tomuschat bleibt die Begründung schuldig, warum dieser Verdacht wichtiger sein soll als das Recht von über 10 % der arbeitenden Bevölkerung in der BRD, zu den Wahlen ihre Meinung zu äußern. Mit Befriedigung stellt er noch fest, daß die in einigen Gemeinden gegründeten „Ausländerparlamente“ aus rein privater Initiative erwachsene Einrichtungen mit der Rechtsform des eingetragenen Vereins seien, deren Arbeit ohnehin an Sprachschwierigkeiten scheiterte.

Die Mehrzahl der Beiträge würdigen die Lage der Gastarbeiter nach den gesetzlichen Bestimmungen, ohne auch auf ihre Auslegung durch Richter, Verwaltungsbeamte, Betriebsleiter usw. einzugehen. So schreibt z. B. Wolterreck in „Soziale Sicherung, Besteuerung“ (134–143): „Anspruch auf Arbeitslosengeld haben ausländische Arbeitnehmer unter den gleichen Voraussetzungen wie deutsche Arbeitnehmer . . . Voraussetzung ist . . . , daß der ausländische Arbeitnehmer der deutschen Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht“ (137). Was er jedoch nicht weiter ausführt, ist die tägliche Praxis: Der Ausländer steht der deutschen Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung, weil er wegen seiner Arbeitslosigkeit auch seine Aufenthaltserlaubnis verliert. Ferid beklagt die „Miserere der Fälle mit Auslandsberührung“ (144) in der Rechtspraxis: „Da übernimmt jeder Feld-, Wald- und Wiesenanwalt jegliche Auslandsrechtssache – und vermurkst sie heillos“ (145). Das ist jedoch nicht allein auf ihre unzureichende juristische Ausbildung zurückzuführen – wie das Ferid tut –, sondern das Standesdenken der Rechtsanwälte einerseits und die Unwissenheit und Unsicherheit der Gastarbeiter in Rechtsangelegenheiten andererseits sind die Hauptursachen für diese Situation: Renommiertere Anwälte übernehmen erst gar nicht sog. Gastarbeitersachen, die anderen halbherzig und gegen hohes Honorar!

Angesichts der wachsenden betrieblichen und administrativen Widerstände gegen den weiteren Verbleib der Gastarbeiter in der BRD und entsprechend der zunehmenden Mißachtung ihrer Rechte kommt diesem Buch eine besondere Aktualität zu.

Sefik Alp Bahadır (Berlin/West)

Ökonomie

Riese, Hajo: *Wohlfahrt und Wirtschaftspolitik*. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1975 (186 S., br., 9,80 DM).

Riese geht es in seiner Studie um die Kritik an der vorherrschenden funktionalistischen Interpretation der Ökonomie (12), die nicht gemäß einer sozialwissenschaftlichen Fragestellung die Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte aus dem Wirtschaftsprozess erklärt, sondern in einer bloßen Bedingungsanalyse umgekehrt die Wirkungen von Entscheidungen auf den Wirtschaftsprozess analysiert (11). Dieser Funktionalismus hat zur Folge, daß die Normen – auf die keine wohlfahrtsorientierte Wirtschaftspolitik verzichten kann – in den Datenkranz des Modells oder den Zielkatalog und damit außerhalb der ökonomischen Analyse gestellt werden (13). Rieses Untersuchung beschränkt sich auf staatliches Handeln, eben die Wirtschaftspolitik (Wettbewerbs-, Vollbeschäftigungs-, Wachstums- und Strukturpolitik, Außenhandels-, Sozial-, Verteilungs- und Inflationspolitik). Vorgeschaltet ist ein extensiver, ein Drittel der Arbeit umfassender Diskurs über die methodologische Fundierung einer Theorie der Wirtschaftspolitik. Ausgehend von Kuhns wissenschaftstheoretischer Position untersucht Riese die Angemessenheit ökonomischer Theorien für die Begründung einer politischen Praxis, und damit ihrer entscheidungstheoretischen Relevanz. „Als angemessen werden Theorien oder Ziel-Mittel-Systeme dann angesehen, wenn ihr Wohlfahrtspostulat die Normen für die politische Praxis bildet.“ (55) Als Beurteilungsmaßstab kennt Riese drei entscheidende Paradigmata, „aus denen sich alle ökonomischen Theorien ableiten lassen, nämlich das merkantilistische, klassische und neoklassische“ (24). Auf diese methodologische Grundlegung stützt sich die Überprüfung der *theoretischen* Fundierung der verschiedenen Wirtschaftspolitiken. Im Ergebnis weisen allein Wettbewerbs- und Vollbeschäftigungspolitik eine angemessene Entscheidungstheorie auf (24); für die anderen Politiken muß die Irrelevanz der ihnen zugeschriebenen bzw. zugrundegelegten theoretischen Konzepte konstatiert werden.

Ein Vorzug der Arbeit liegt in der Herausarbeitung und Betonung der „*merkantilistischen Hermeneutik*“, die etlichen Bereichen der Wirtschaftspolitik – z. B. der Keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik und der Außenhandelspolitik, insbesondere der in der Bundesrepublik praktizierten – innewohnt. Der Merkantilismus liefert eine Theorie der Nachfrage, der Konsum wird als die Ursache der Produktion angesehen, und Keynes selbst hat die Affinität seiner Vollbeschäftigungstheorie mit merkantilistischen Vorstellungen betont (68). Es ist anregend, die praktische Wirksamkeit merkantilistischen Gedankengutes in der staatlichen Politik zu verfolgen, während die Dogmengeschichte dieses in die frühkapitalistische Periode verbannt hat. – Eine entscheidende Schwäche bildet die Ausblendung der Politischen Ökonomie mit der genialen Begründung, Marx habe nur eine *Kritik* der Klassik und der bürgerlichen Gesellschaftsformation, nicht aber eine Theorie liefern wollen, die zugleich Maximen für wirtschaftspolitische Entscheidungen innerhalb dieser Gesellschaft bereitstellt (65). Abgesehen von der so de facto behaupteten Irrelevanz der Politischen Ökonomie vermag Rieses Position angesichts der in jüngerer Zeit verstärkten Bemühungen nicht zu überzeugen, auf dem Hintergrund des Marxschen „Paradigmas“ öffentliche Gegenpositionen z. B. zu denen des Sachverständigenrates zu beziehen oder Lösungsvorschläge zu Problemen wie der Massenarbeitslosigkeit zu unterbreiten.

Diese Kritik läßt sich verallgemeinern. Zwar gelingt es Riese, die Unangemessenheit herrschender Wirtschaftstheorie und -politik aufzuweisen. Die Breite seines Angriffs auf methodologischer und theoretischer Front macht jedoch zugleich seine Schwäche aus, da ihm ein eigener durchgehender Standpunkt abgeht. Riese konzentriert sich daher nicht auf bestimmte wesentliche Elemente ökonomischer Theorien und ihrer wirtschaftspolitischen Ausformung, sondern er will alle Facetten des Gegenstands beleuchten. Dies gerät ihm in der Kürze oft zum Eklektizismus und zur Verflachung. So präferiert er z. B. in der Vollbeschäftigungspolitik einen keynesschen, in der Inflationspolitik einen eingeschränkt neoklassischen Ansatz; ein Subkapitel über „List und Keynes“, enthält einen Absatz (!) über List und zwei über Keynes (76 f.) und die „Kritik der keynesianischen Verteilungstheorie“ (1,5 Seiten) erschöpft sich in der Kritik der Kaldorschen Bestimmungsgleichung der Profitquote (158 f.). Diese Beispiele lassen sich vermehren. Das Ganze gleicht einem Ritt über den Bodensee, bei dem Roß, Reiter und See merkwürdig nebelhaft verschwommen bleiben, wo jedoch ab und an ein Leuchtfeuer blinkt.

Reimer Eilers (Hamburg)

Boulding, Kenneth E.: *Ökonomie als Wissenschaft*. Piper-Verlag, München 1976 (163 S., br., 18,- DM).

Das Buch beinhaltet Vorträge, die der Verfasser u. a. auf Fortbildungsseminaren für High-School-Lehrer und als Präsident der American Economic Association gehalten hat. Boulding beansprucht, nicht allein die Ökonomie und ihre Teilgebiete zu behandeln, sondern die Einordnung der Ökonomie als Wissenschaft in benachbarte Disziplinen der Sozial- und Naturwissenschaften: Soziologie, Politologie, Futurologie, Biologie, Ökologie und Mathematik. Boulding definiert den Gegenstand der Ökonomie abweichend von der gängigen Lehrbuchdefinition – Allokation knapper Ressourcen – „als den Teilbereich des Gesamtsystems (von Gesellschaft, M. F.), der sich in erster Linie mit dem Tausch und den damit verbundenen Institutionen befaßt“ (34). Allokation knapper Ressourcen sei hingegen Aufgabe des Gesamtsystems (34). Damit stellt sich die Frage nach der Relevanz einer solchen Ökonomie, denn Boulding unterstellt nur, daß es Wirtschaftssysteme gibt, in denen Tausch 1. funktioniert und 2. wesentliche Funktionen wahrnimmt. Welche Funktionen im einzelnen das sind, bleibt unklar. Eine genauere Untersuchung dieses Problems – Boulding weicht hier der Auseinandersetzung mit Galbraith oder marxistischen Autoren aus – könnte aber erst den Realitätsgehalt seiner Sicht von Ökonomie klären. Nach Meinung des Rezensenten verstellt er sich durch die Wahl dieses theoretischen Ausgangspunktes selber die Möglichkeit der wissenschaftlichen Analyse entwickelter kapitalistischer Wirtschaftssysteme, auf die er einzig sein Augenmerk richtet. – Auch in anderer Weise hat der Begriff des Tausches für Boulding zentralen Stellenwert: Jede Art konsensushafter Interaktion kann durch ihn erklärt werden: „Wenn Du etwas tust, das ich will, dann tue ich etwas, das Du willst.“ Dies ist die allgemeinste Form der Tauschbeziehung. . .“ (26) Gütertausch ist hingegen nur eine „Teilmenge der verallgemeinerten Tauschbeziehung.“ (ebd.) Boulding macht also den Tausch zu einer Naturkonstanten, die für sein Erklärungsmodell von Gesellschaft zentrale Bedeutung besitzt. Das ist ganz normale bürgerliche ökonomische Ideologie. Er bringt zwar Beispiele, aus denen hervorgeht, daß „Tausch“ durchaus nicht ein so universaler Begriff ist, wie er vorgibt (so der Hinweis auf Sklavenhaltergesellschaften [34]), zieht daraus aber keine theoretische Konsequenz. Nicht nur Gesellschaft wird zu wesentlichen Teilen über die

fiktive Naturkonstante Tausch erklärt, sondern paradoxerweise Natur selbst: aus dem Stoffwechsel eines Organismus mit seinen Milieus werden „Terms of Trade“ dieses Organismus! (36) Da Boulding außerdem „Organismus“ nicht nur als naturwissenschaftlichen Begriff, sondern als blasses Synonym für „System“ oder auch „Subsystem“ verwendet, meint er, auch ein Erklärungsschema gefunden zu haben für Generationskonflikte, Regierungskrisen, Krisen aller nur möglichen Art. Auch die politischen Auseinandersetzungen in den USA angesichts des Vietnamkriegs (99) werden über diesen Leisten geschlagen: So einfach ist das alles. – Selbst für ein Buch, das keine im strengen Sinne wissenschaftliche Untersuchung, sondern eine plaudernde Einführung in Probleme der Ökonomie sein will, ist diese etwas simple Systemtheorie zu weit hinter dem Stand z. B. der marxistischen oder der struktural-funktionalen Systemtheorie zurückgeblieben. Insgesamt kein Buch, das man gelesen haben muß. Michael Freitag (Hannover)

Fleischle, Gerhard, und Manfred Krüper (Hrsg.): Investitionslenkung.

Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft? Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. – Köln 1975 (226 S., br., 24,- DM).

In der vorliegenden Aufsatzsammlung melden sich zumeist Ministerialbeamte, Gewerkschaftsfunktionäre und Wirtschaftsjournalisten zu Wort, weil sie die Investitionslenkung für zu wichtig halten, „als daß man sie (allein) den Fachleuten unter ihren Verfechtern“ überlassen könnte, wie auch jenen, „die nur flink und in gefälligen (Investitionslenkungs-) Worten dahinreden“ (11). Sie treten für eine „sachliche und praxisbezogene Diskussion“ ein: „Mit weiterem ‚Theoretisieren‘ und ‚Ideologisieren‘ versäumen wir kostbare Zeit“ (215)! – Die 17 Kurzbeiträge entbehren denn auch jeder theoretischen Grundlage und sind über den Ideologieverdacht erhaben, zumindest was die „Ideologie der Systemüberwinder“ anbetrifft. Sie geben sich große Mühe zu zeigen, daß „unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung . . . – international gesehen – mit den ökonomischen Problemen der Gegenwart am besten fertig geworden ist“ (H. Voigtländer, 89) und somit „keinerlei Bedarf an ‚Systemveränderung‘ oder ‚Systemüberwindung‘“ bestehe (R. Thoss, 44). Der „empirische Befund“ lasse „nicht erkennen, daß Strukturpolitik nach dem Ansatz des Markt- oder Konkurrenzsozialismus betrieben werden“ müsse (C. Noé, 51). „Investitionslenkung seitens des Staats“ bringe auch keineswegs „mehr Demokratie. Die Zentralplanwirtschaften Osteuropas liefern den schlagenden Beweis dafür“ (H. Adebahr, 80). Den „Neuen Linken“, die „in Verkennung der Ursachen von Fehlentwicklungen auf dem Weltmarkt“ und aufgrund von „politisch-ökonomischen Fehlanalysen“ (89) die Systemüberwindung per Investitionslenkungsexperimente anstreben, wird die Warnung ausgesprochen, daß „die Menschen in unserem Lande mehr zu verlieren haben ‚als nur ihre Ketten‘: Nämlich ihre individuellen und politischen Freiheitsrechte und einen Lebensstandard, der mit zu den höchsten in der Welt zählt“ (103).

Fragt man nun, wie sich denn die Verfasser die „marktkonforme“ Reform der Branchenstrukturpolitik vorstellen, so bleiben sämtliche Beiträge ohne Originalität. Die alte Forderung der Gewerkschaften nach Branchenausschüssen taucht auf, die – allerdings entgegen der ursprünglichen Vorstellung – nur noch durch bessere Information Überkapazitäten in gewissen Branchen verhindern sollen, und ein Strukturrat nach dem Muster des Konjunkturrats soll die staatlichen Investitionen mit komplementärem Charakter an die der Unternehmer anpassen. Aus dem Rahmen fällt der Beitrag von K. G. Zinn (65–77), der dem Leser wohl eine Kostprobe von den so oft kritisierten „Verfechtern der Investitionslenkung“

(11) geben sollte; er beschränkt sich darauf, ein bescheidenes Plädoyer „für eine planorientierte Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (75) zu halten, statt seine Vorstellungen zur Investitionslenkung vorzutragen oder gar seine mit Meißner und Wieczorek zusammen ausgearbeitete „Bedarfsrangskala“ zu verteidigen, gegen die in fast allen übrigen Beiträgen scharf und oberflächlich polemisiert wird. Sefik Alp Bahadır (Berlin/West)

v. Beyme, Klaus: *Ökonomie und Politik im Sozialismus*. Ein Vergleich der Entwicklung in den sozialistischen Ländern. R. Piper Verlag, München 1975 (411 S., Ln., 58,- DM).

v. Beyme erhebt den Anspruch, einen umfassenden vergleichenden Überblick über die sozialistischen Länder zu geben, sowohl was die Entwicklung der Theorie als auch was deren Vermittlung mit der gesellschaftlichen Praxis angeht. Um nicht im Chaos widersprüchlicher Fakten die Orientierung zu verlieren, entwirft er zunächst ein Ordnungsschema, das ihm zur Gruppierung seines Materials dienen soll, daran die Hoffnung knüpfend, daß es auch für die Theoretiker in den sozialistischen Ländern selbst „konsensfähig“ (17) sei. Er distanziert sich von den traditionellen bürgerlichen Ansätzen der Ostforschung: Die „Maßstäbe für die Beurteilung der Leistungen sozialistischer Systeme“ seien nicht „von außen an den Gegenstand“ heranzutragen (15), sondern aus den ideologischen Zielen des Sozialismus selbst abzuleiten. Gerade die Perspektive des Vergleichs sei hier unerlässlich, da *einzelne* sozialistische Systeme in ihrer theoretischen Selbstdarstellung zu ungerechtfertigter Verallgemeinerung ihrer jeweils spezifischen Entwicklung neigten. v. Beymes eigene Typologie kombiniert funktionalistisch vier sog. Zielbereiche [Redistribution, Effizienz, Protektion (damit ist der Schutz des Individuums gemeint) und Partizipation] mit drei Gesellschaftssphären (Produktion, Distribution und Legitimation) und ordnet jeder Kombination bestimmte Lösungsstrategien zu. So ordnet er z. B. der Produktionssphäre unter dem Zielbereich „Effizienz“ die Wachstums- und Stabilitätspolitik zu (38).

Die Typologie erfüllt lediglich die heuristische Funktion einer tragfähigen Gliederung des Materials. Das Material selbst, also die historische und ökonomische Entwicklung in den *verschiedenen* sozialistischen Ländern wird zugleich umfassend und übersichtlich präsentiert, jedenfalls für den, der die Zeit findet, sich mit der Insidersprache des Textes vertraut zu machen. v. Beyme gibt seinen eigenen Standpunkt nicht explizit an; doch läßt er in zahlreichen ironischen Anspielungen keinen Zweifel daran, daß die bürgerliche Gesellschaft historisch überholt und der Sozialismus die einzige Alternative sei. Natürlich fördert er nicht mehr zu Tage als die „realen Sozialismen“ selbst, über die er abschließend schreibt: „Jedenfalls ist die Beurteilung der Möglichkeiten des Sozialismus als System an Hand der bisherigen Erfahrung eines guten Dutzends von Ländern nicht viel besser, als wenn man die Möglichkeiten der bürgerlichen Gesellschaft nur aus dem Vergleich der revolutionären Regime in Frankreich und einiger pseudodemokratischer in Amerika – von den USA bis Haiti – zu Anfang des 19. Jahrhunderts gezogen hätte. Wenn die gewagte Parallele noch einen Augenblick strapaziert werden darf, so läßt sich daraus ableiten, daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts die meisten Länder Europas noch eine vehemente Abneigung gegen den bürgerlichen Staat in seinen entwickeltesten Formen zeigten und doch – zum Teil mit hundert Jahren Verspätung wie in Schweden und Mitteleuropa – alle Errungenschaften übernahmen und zum Teil höher entwickelten als einige der Vorbilder französischer Revolutionsapologetik“ (350).

Michael Masuch (Amsterdam)



BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

9 '77

- I. Ljubetic: Widerstand in Chile
H. Stuckmann: Chilenische Kirche in Opposition
A. Krims: Christliche Bewegung in Lateinamerika
S. Machel: Der offene Krieg des Smith-Regimes
The Hung: Tradition der nationalen Fronten in Vietnam
W. Brönnner: Begin – Krise ohne Ende
8. Jg., Sept. 1977

10 '77

- M. Kamil: Konflikt am Horn von Afrika
P. Maaskola: Die Sauds – trojanisches Pferd der USA
J. Rymenom: Mobutus Regime des Ruins
KP Südafrika: Lehren der Widerstandsbewegung nach Soweto (I)
G. Pierre-Charles: 20 Jahre Duvalier-Diktatur in Haiti
M. Caldwell: Rufmord gegen die Khmer
8. Jg., Okt. 1977

5 '77

Klassenkämpfe in Italien 77/78
Geschichte der Nachkriegsentwicklung; Klassenstruktur; Veränderung von Parteien und Gewerkschaften in der sozialen Bewegung

KPI als Stütze des Kapitalismus?
Grundprobleme der Krise des italienischen Kapitalismus; Klassenkampf von oben oder revolutionäre Austerität; Der kommunistische Vorschlag für eine strukturelle Erneuerung Italiens

Marxistische Theorie
K. Priester: Der italienische Weg zum Sozialismus
E. Hobsbawm: Gramscis Einfluß auf eine marxistische Theorie der Politik

Bücher
Barca u. a.: Sozialismus in Italien; Sophie G. Alf: Leitfaden Italien; E. Berlinguer: Für eine demokratische Wende/Historischer Kompromiß

*Zeitschriften
Literatur
Kommentare*
4. Jg., Nov. 1977, Heft 14

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, W. Brönnner, J. v. Freyberg, W. Gehrcke, M. Jansen, G. Kwiatowski, H. Lederer, S. Lehndorff, E. Rudolf, P. Tanzmeier, F. Werkmeister, E. Wulff. – Erscheint monatlich. – Einzelheft 1,50 DM; Jahresabo 15,- DM. – AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.

Redaktion: J. Bischoff, W. Breum, A. Zieher – Erscheint zweimonatlich – Einzelheft DM 9,-, Jahresabo DM 44,- VSA Verlag, Postfach 260 230, 2000 Hamburg 26

Blätter für deutsche und internationale Politik

8 '77

Kommentare und Berichte

D. Teufel: Das Kernenergieforschungsprogramm der Bundesregierung

H. Proft: Entwicklung der „Demokratischen Fraueninitiative“

Hauptaufsätze

Stellungnahmen zur Neutronen-Bombe von W. Abendroth, F. Barnaby, H.-W. Bartsch, K. Bechert, E. Bloch, W. Borm, W. v. Bredow, K. Deschner, D. v. Ehrenstein, J. Galtung, D. Henschke, H. H. Holz, G. Kade, H. Kloppenburg, W. Kreck, G. Krell/D. Senghaas, A. Maske, M. Niemöller, L. Pauling, H. Ridder, F. Strassmann, E. Wulff

J. Rodejohann: Entwicklung, Wirkungsweise und Gefahren der Neutronen-Bombe (ERW)

B. Greiner: Außenpolitik Carters

H.-O. Vetter: Was erwarten die Gewerkschaften von den Hochschulen?

E. Gärtner: Entwicklung der Linksunion in Frankreich

H. Gottschalch: Humanisierte Arbeit? (II)

A. Studier: UNO-Seerechtskonferenz

22. Jg., August 1977, Heft 8

9 '77

Kommentare und Berichte

W. v. Bredow: Münchener Pugwash-Konferenz

B. Jentzsch: Politische Gefangene in den USA

J. Eisbach: Zur beschäftigungspolitischen Diskussion der Bonner Parteien

P. Ripken: UNO-Konferenz gegen Apartheid in Lagos

Hauptaufsätze

R. Opitz: Die Neutronen-Bombe, die BRD und Europa

R. A. Dickler: Atomenergie und Arbeitsplätze

H. Günther, H. F. Hölter, M. Kutscha, A. Landwehr, G. Renz, L. Zschaubitz: Geschichte, politische Funktion und Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

P. Römer: Mit den Augen der Männer. Kritik des neuen Ehe- und Familienrechts

E. Ott: Studentenbewegung und gewerkschaftliche Orientierung

Wirtschaftsinformation

Zur Lage der Rentner

22. Jg., September 1977, Heft 9

forum ds

Zeitschrift für Theorie und Praxis
des demokratischen Sozialismus

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antimperialistischen
Zeitschriften

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

4

G. Schmid, D. Freiburghaus: Arbeitsmarktpolitik in Schweden und in der BRD. Überlegungen zu einer möglichen Wende arbeitsmarktpolitischer Konzeption

M. Dobberthien: Erwerbstätige Frauen in Westeuropa

G. Himmelmann: Antirevisionisten im Glashaus. Widersprüche und Unbestimmtheiten der Reformismuskritik

K. D. Voigt: Kommunistische Parteien Westeuropas und Eurokommunismus

Th. Meyer: Zur Entstehung der Grundwerte des demokratischen Sozialismus (Teil II)

J. Strasser: Die Intellektuellen und die Gesellschaft. Zu einigen neueren Arbeiten zur Rolle der Intelligenz

K. Kühne: Ökonomischer Literaturspiegel

2. Jg., 1977

32

Staat – Demokratie – Klassenkampf

N. Merker: Methode und Geschichte in der marxistischen Staatstheorie

R. Bauermann: Zum Inhalt des Begriffs Demokratie bei Marx in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts

P. Boccara, Ch. Buci-Glucksmann, M. Castells, F. Hincker, N. Poulantzas: Krise des Kapitalismus, Krise der Gesellschaft, Krise des Staates: eine Debatte

J. Woddis: Der Staat – einige Probleme

J. P. Meynard: Der monopolistische Staat und die neuen Widersprüche der Reproduktion

S. Varague: Demokratisierung des Staates. Am Beispiel des Ministeriums für Infrastruktur

Leszek Garlicki: Die Planung der öffentlichen Tätigkeit und das Parlament in der BRD

A. E. Kruchmalev: Staat und Demokratie im Sozialismus. Zur Kritik antimarxistischer Auffassungen

8. Jg., Okt.–Dez 1977, Heft 4

Herausgeber: Wolfgang Roth, Hermann Scheer, Joachim Steffen, Johano Strasser, Werner Vitt, Karsten Voigt, Heidemarie Wieczorek-Zeul. – Erscheint halbjährlich. – Einzelpreis 9,-DM., im Abo 8,-DM. – forum ds-Verlag, Pf. 21 0730, 7500 Karlsruhe 21

Vierteljährlich. – Einzelheft 6,- DM., Jahresabo 22,- DM., Studenten 18,- DM. – Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt/M.

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

NEUES FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

5 '77

Oktoberrevolution in Rußland und unsere Zeit

L. Knorr: Politische Wirkungen der Neutronen-Waffe

K. Schacht: Entwicklungsprozesse in der SPD

H. Gautier: Der Rote Oktober veränderte die Welt

K. Saradow: Der demokratische Charakter der Oktoberrevolution

F. Hervé: Die Frau in der Sowjetunion

F. Schuster: Die KPdSU im 60. Jahr der Oktoberrevolution

W. Schewzow: Der sowjetische Staat und die Demokratie

H. Asseln: Negt und die sozialistische Demokratie

R. Steigerwald: Schöpferische Marxismusdiskussion?

A. Böpple: Nach Bonner Sozialdemonstrationen

M. Bratu: Funktion staatlicher „Maßnahmen“ gegen Jugendarbeitslosigkeit

H. Lederer: 125 Jahre Kölner Kommunistenprozeß

Konsultation: Energiepolitik der Sowjetunion

15. Jg., Sept./Okt. 1977, Heft 5

284/285

G. Nennung: Weimar in Italien. Arbeitslose als Voraussetzung des neuen Faschismus

F. Geyrhofer: SPD im Chaos

G. Arroya: Christus ins ZK! Öffnung der spanischen KP

G. Nennung: Stolpern übers Atom

P. Blau: Atome raus. Alternativen zur Kernkraft

F. Janitschek: Her mit Atomkraft. Die Meinung der Kernindustrie

H. Brandhauer: Optimistisch wie Marx. Plädoyer eines Elektrodirektors

H. Glaser: Der erfolgreiche Sisyphos. Moral und Masche des Hans Magnus Enzensberger

F. Basaglia: Macht das Tor auf! Die Vergesellschaftung der psychiatrischen Anstalt am Beispiel Triest

Hans T.: Irrenpflege. Wie die Homosexualität geheilt wird

Eva P.: In der Schetße. Erzählungen aus dem Steinhof

D. Spalt: Die Selbstmordschaukel. Arroganz und Ohnmacht der Gefängnispsychiatrie

24. Jg., Aug./Sept. 1977

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orzykowski, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner – Red.: F. Krause. – Alle zwei Monate. – Einzelpreis 4,-DM, Jahresabo 18,- DM, Studenten 20 % Ermäßigung. – Vlg. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 67 a, 6000 Frankfurt/M. 50

Herausgeber: Günther Nennung. – Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki. – 12 Hefte im Jahr. – Einzelheft 6,50 DM, 44,- ÖS, Jahresabo 48,- DM, 320 ÖS, Studenten-Abo 36,- DM, 240 ÖS. – Neues Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien

rote blätter

tendenzen
Zeitschrift für engagierte Kunst

9 '77

U. Knickrehm/P. Degkwitz: Die Lehren aus Hamburg

K. Naumann: Erfahrungen und Erfolge beim Aufbau der Demokratischen Genhohochschule

Sechzig Jahre Oktoberrevolution

K. Bachmann: Oktoberrevolution

H. Maske: Die Revolution, 2. Teil

L. Babrow: Von der Wildheit zur Zivilisation. Die Sowjetische Variante der Kulturrevolution

P. Schütt: Kunst in Sibirien

K. Saradow: Der demokratische Charakter der Revolution 1917

Das Echo – Stimmen zur Revolution

Bücher zur Oktoberrevolution und Sowjetunion

C. Strugalla: Revolution und Kunst

Literatur der Revolution: Sturm auf das Palais

M. Michaelis: Des Kaisers neue Kleider und die documenta 6

E. Keusch: Meine Fernseherfahrten

D. Bongartz: Eine Geschichtsstunde der Bourgeoisie – J. C. Fests Hitlerfilm

7. Jg., Sept. 1977

115

Das Rubensheft

R. Somville: Peter Paul Rubens – der unwahrscheinliche Provokateur

G. Sprigath: Die Entdeckung von Leidenschaft und Sinnlichkeit

G. Rosenthal: Zu den flämischen Landschaften des Rubens

R. Hiepe: Rembrandts „Nachtwache“ als Revolutionsbild

Kunsttheorie

H. Platschk: Eine Breitband-Ästhetik aus Leningrad (Kagan)

dokumenta

J. Nawrath u. R. Rosinski: Der erste Tag – „Die ganze Kunst hier ist rein privat“

B. Manns, J. Nawrath, C. G. Philipp, R. Rosinski: documenta – Versuch einer politischen und ideologischen Analyse ihrer Geschichte (I)

Ausstellungen – Künstlerporträts

Russische Grafik in Nürnberg – Guttuso in Köln – Hartfield-Ausstellung in Hamburg – Jörg Boström – Erich Constein – Yannis Gaitis – Axel Knopp

18. Jg., Sept./Okt. 1977, Heft 5

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus – Redaktion: F. Hutzfeldt, K. Deiritz, H. Ferber, D. Riechert. – Erscheint monatlich. Einzelheft 1,50 DM. Jahresabo 14,80 DM. – Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Brüderweg 16, 4600 Dortmund.

Redaktion: H. v. Damnitz, H. Erhardt, R. Hiepe, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Scherkamp, G. Sprigath, G. Zingerl. – Erscheint alle zwei Monate. – Einzelheft 6,50 DM. Jahresabo 35,- DM. (Stud. 27,- DM). – Damnitz Verlag, Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40

TEXT+KRITIK**SOPO**
SOZIALISTISCHE
POLITIK**55****Volker Braun**

M. Jäger: Das Handeln als Basis und Ziel dichterischer Praxis

H. Vormweg: Provokation für alle

K. Schuhmann: Zu Volker Brauns „Buevara oder der Sonnenstaat“

H. Klunker: „Tinka“ – Rezeption in beiden deutschen Staaten

H. Beth: Die Ver(w)irrungen des Zöglings Karin. Zur „Unvollendeten Geschichte“

Juli 1977

56**Friedrich Dürrenmatt**
Dramaturgie des Labyrinths

E. P. Wieckenberg: Dürrenmatts Detektivromane

M. Knapp u. G. P. Knapp: Recht – Gerechtigkeit – Politik

J. Améry: Dürrenmatts politisches Engagement

A. Krättli: „Wie soll man es spielen? Mit Humor!“

M. Knapp: Die Verjüngung der alten Dame. Zur Initialrezeption Dürrenmatts in den USA

Oktober 1977

41**Klassenherrschaft und Hegemonie**

A. Mazzone, C. Buci-Glucksmann: Gramsci – Theorie und Politik

P. Ruben: Wissenschaftslogik und Dialektik

C. Warnke: Historischer Materialismus und Systemtheorie

T. Waldhubel, S. Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation): Technischer Fortschritt, Entwicklung der Persönlichkeit und marxistische Theorie (2)

R. Katzenstein: Klassenkampf und politische Machtstrukturen

H. H. Adler: Parlamentarische Opposition und Diktatur des Proletariats

C. Kievenheim: Antwort auf B. Heidtmanns Konstruktion einer Eurokommunismus-Ideologie

D. Albers: Demokratische Hochschule

*Wissenschaftliche Kongresse*W. R. Beyer: Menschenrechte bei Hegel
XXI. Int. Hegel-Kongreß (Salzburg)
Kongreß Kritische Psychologie (Marburg)

9. Jg., Sept. 1977, Heft 3

Herausgeber: H. L. Arnold; Redaktion: J. Drews, H. Heißenbüttel, H. Lehner. – Erscheint jährlich in vier Hefen. – Preis dieses Heftes 6,50 DM, edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

Hrsg.: Redaktion SOPO, verantwortlich Hella Stern. – Jährlich 4 Hefte. Einzelheft 6.– DM, Abo 20.– DM. – Verlag das europäische buch, Knesebeckstr. 3, 1000 Berlin 12

Herbstneuerscheinungen

ATHENAION LITERATURWISSENSCHAFT

- Hans-Joachim Müller
DER ROMAN DES REALISMUS-NATURALISMUS IN FRANKREICH Band 1
Eine erkenntnistheoretische Studie
VI, 137 Seiten, kart., DM 24,80
ISBN 3-7997-0678-X
- Werner Waldmann
DAS DEUTSCHE FERNSEHSPIEL Band 2
Ein systematischer Überblick
ca. 240 Seiten, kart., DM 34,80
ISBN 3-7997-0677-1
- Helga Grubitzsch
MATERIALIEN ZUR KRITIK DES FEUILLETON-ROMANS Band 3
„Die Geheimnisse von Paris“ von Eugène Sue
VI, 291 Seiten, kart., DM 39,80
ISBN 3-7997-0675-5
- Barbel Gutzat
BEWUSSTSEINSINHALTE KRITISCHER LYRIK Band 4
Eine Analyse der ersten drei Gedichtbände von Hans-
Magnus Enzensberger
ca. 215 Seiten, kart., DM 29,80
ISBN 3-7997-0676-3
- DEUTSCHE FEIERN** Band 5
Reinhold Grimm – Jost Hermand (Hrsg.)
ca. 180 Seiten, mit 21 Abb., kart., DM 24,80
ISBN 3-7997-0683-6
- Thilo von Bremen
LORD BYRON ALS ERFOLGSAUTOR Band 6
Leser und Literaturmarkt im frühen 19. Jahrhundert
ca. 200 Seiten, mit 2 Abb., kart., DM 29,80
ISBN 3-7997-0682-8
- Karin Keller
GESELLSCHAFT IN MYTHISCHEM BANN Band 7
Studien zum Roman „Das Schloß“ und anderen Werken Franz Kafkas
VI, 275 Seiten, kart., DM 39,80
ISBN 3-7997-0681-X



AKADEMISCHE
VERLAGSGESELLSCHAFT
ATHENAION
Postfach 1107 6200 Wiesbaden

rororo studium

studium
rororo

Die preiswerte Arbeitsbibliothek für Studium und Praxis

Herausgegeben von Ernesto Grassi

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. phil. Dieter Wunderlich, Univ. Düsseldorf
Prof. Dr. phil. Helmut Schnelle, Univ. Bochum

Linguistik

Norbert Boretzky (Univ. Bochum)
Einführung in die historische Linguistik
rororo studium Band 108 / DM 14,80

Sebastian und Herma C. Goepfert
(Univ. Freiburg)
Sprache und Psychoanalyse
rororo studium Band 40 / DM 7,80

Gerhard Helbig (Univ. Leipzig)
**Geschichte der neueren
Sprachwissenschaft**
rororo studium Band 48 / DM 9,80

Gerd Kegel (Univ. München)
Sprache und Sprechen des Kindes
rororo studium Band 59 / DM 10,80

Werner Kummer (Univ. Bielefeld)
Grundlagen der Texttheorie
rororo studium Band 51 / DM 16,80

John Lyons (Hg.) (Univ. Edinburgh)
Neue Perspektiven in der Linguistik
rororo studium Band 66 / DM 16,80

Adam Schaff (Polnische Akademie
der Wissenschaften, Warschau)
Sprache und Erkenntnis
rororo studium Band 18 / DM 11,80

Adam Schaff (Polnische Akademie
der Wissenschaften, Warschau)
Einführung in die Semantik
rororo studium Band 31 / DM 8,80

Helmut Schnelle (Univ. Bochum)
Sprachphilosophie und Linguistik
Prinzipien der Sprachanalyse
a priori und a posteriori
rororo studium Band 30 / DM 7,80

Dieter Wunderlich (Univ. Düsseldorf)
Grundlagen der Linguistik
rororo studium Band 17 / DM 12,80

HAIN

Postfach 1348 · D 6242 Kronberg

Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft Herausgegeben von **Wolfgang Abendroth**

Band 10: Arnheim Neusüss:
**Utopisches Bewußtsein
und freischwebende Intel-
ligenz**

Zur Wissenssoziologie Karl
Mannheims.
1968, VI, 302 Seiten, br. DM 47,-,
ISBN 3-445-00596-6

Band 25: Heinrich Weiler:
**Vietnam. Eine völkerrecht-
liche Analyse des amerika-
nischen Krieges und
seiner Vorgeschichte**

Zweite, erweiterte Auflage 1973,
XVIII, 362 S., br. DM 53,-,
ISBN 3-445-01096-X

Band 29: Mario Offenberg:
Kommunismus in Palästina
Nation und Klasse in der anti-
kolonialen Revolution. Mit einem

Vorwort von Johannes Agnoli.
1975, XII, 369 S., br. DM 49,-,
ISBN 3-445-01273-3

Band 30: Horst Dähn:
**Rätedemokratische
Modelle.**

Studien zur Rätediskussion in
Deutschland 1918–1919.
1975, VIII, 584 S., br. DM 78,-,
ISBN 3-445-01283-0

Band 31:
Paul-Wolfgang Herrmann:
**Die Communist Party of
Great Britain.**

Untersuchungen zur geschicht-
lichen Entwicklung, Organisation,
Ideologie und Politik der CPGB
von 1920–1970.
1976, VIII, 448 S., br. DM 120,-,
ISBN 3-445-01316-0

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

2. verbesserte Auflage 1977

AS 6 Theorie des Monopols. Staat und Monopole (I)

Jörg Huffschmid
Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxisti-
schen politischen Ökonomie

Robert Katzenstein
Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung
des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus

Elmar Altvater
Wertgesetz und Monopolmacht

Thomas Hagelstange
Probleme der Klassenanalyse. Anmerkungen zur Studie des IMSF

Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

Gesamtverzeichnis

- 1-21 Argument-Reprint AS 1/1 u. AS1/2
- 22 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (I)
- 23 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (II)
- 24 Sexualität und Herrschaft (III)
- 26 Probleme der Ästhetik (I)
- 28 Probleme der Ästhetik (II)
- 29 Schule und Erziehung (I)
- 30 Faschismus-Theorien (I)
- 31 Schule und Erziehung (II)
- 32 Faschismus-Theorien (II)
- 33 Faschismus-Theorien (III)
- 34 Probleme der Entwicklungsländer (I)
- 35 Sexualität und Herrschaft (IV)
- 36 Die Amerikaner in Vietnam / Probleme der Entwicklungsländer (II)
- 37 Theorien der Vergeblichkeit / Zur Ideologiekritik des Nihilismus
- 38 Probleme der Entwicklungsländer (III)
- 39 Wirtschaftsmodelle im Sozialismus
- 40 Politische Bildung / Schule und Erziehung (III)
- 41 Staat und Gesellschaft im Faschismus / Faschismus-Theorien (IV)
- 42 „Formierte“ Demokratie (I)
- 43 Wissenschaft als Politik (I)
- 44 Städtebau im Kapitalismus (I)
- 45 Dritte Welt und Opposition im Spätkapitalismus
- 46 Brecht/Lukács/Benjamin / Fragen der marxistischen Theorie (I)
- 47 Faschismus und Kapitalismus/Faschismus-Theorien (V) / Diskussion
- 48 Kalter Krieg und Neofaschismus in der BRD / Materialien zur „formierten Demokratie“ (II)
- 49 Kritik der bürgerlichen Germanistik / Wissenschaft als Politik (II)
- 50 Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften
- 51 Zur Politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus / Probleme der Entwicklungsländer (IV)
- 52 Entfremdung und Geschichte / Fragen der marxistischen Theorie (II)
- 53 Zur politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus / Probleme der Entwicklungsländer (V)
- 54 Vom Bildungsbürgertum zur Funktionseelite/Schule und Erziehung (IV)
- 55 Argument-Register / 1.-11. Jahrgang 1959-1969
- 56 Sexualität und Herrschaft (V) / Schule
- 57 Revolution und Konterrevolution in Griechenland
- 58 Faschismus-Theorien (VI) / Diskussion
- 59 Afrika zwischen Imperialismus und Sozialismus / Probleme der Entwicklungsländer (VI)
- 60 Kritik der bürgerlichen Medizin
- 61 Klassenstruktur und Klassenbewußtsein / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (I)
- 62 Klassenbewußtsein und Klassenkampf / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (II)
- 63 Geschichte u. Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung (I)
- 64 Probleme der Ästhetik (III)
- 65 Fragen der marxistischen Theorie (III)

Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe

DAS Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften **ARGUMENT**

- 66 Wissenschaft als Politik (III)
- 67 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (VI)
- 68 Ausländerbeschäftigung und Imperialismus / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (III)
- 69 Lohnarbeit und Medizin / Kritik der bürgerlichen Medizin (II)
- 70 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (I)
- 71 Argumente für eine soziale Medizin (III)
- 72 Probleme der Ästhetik (IV) / Literatur- und Sprachwissenschaft
- 73 Probleme der Produktivkraftentwicklung (I)
- 74 Fragen der marxistischen Theorie (IV)
- 75 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)
- 76 Entwicklungstendenzen der politischen Ökonomie in der DDR
- 77 Widerspiegelungstheorie und Ideologiekritik / Fragen der marxistischen Theorie (V)
- 78 Argumente für eine soziale Medizin (IV)
- 79 Kapitalistische Entwicklung und koloniale Unterentwicklung – Genese und Perspektive / Probleme der Entwicklungsländer (VII)
- 80 Schule und Erziehung (V)
- 81 Widerspiegelungs-Diskussion / Streitfragen materialistischer Dialektik (I)
- 82 Beiträge zu Theorie und Praxis des Sozialismus
- 83 Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Theorien
- 84 Zum Verhältnis von Logischem und Historischem / Streitfragen materialistischer Dialektik (II)
- 85 Widerspiegelungs-Diskussion / Streitfragen materialistischer Dialektik (III)
- 86 Klassenkämpfe in der BRD / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus
- 87 Faschismus – Entstehung/Verhinderung, Faschismus-Theorien (VII)
- 88 Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (I)
- 89 Anti-Psychiatrie – Konservative Gehalte radikaler Entwürfe / Argumente für eine soziale Medizin (VI)
- 90 Widerspiegelungs-Diskussion: Literatur- und Kunsttheorie / Streitfragen materialistischer Dialektik (IV)
- 91 Diskussion von Verhaltenstherapie und Gruppendynamik / Kritische Psychologie (I)
- 92 Widerspiegelungs-Diskussion: Praxis / Streitfragen materialistischer Dialektik (V)
- 93 Umwelt – Zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur
- 94 Antworten auf Althusser
- 95 Sprachwissenschaft und Sprachunterricht
- 96 Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen
- 97 Marxismus und Kritische Theorie
- 98 Sozialismus-Diskussion (I)
- 99 Faust-Diskussion
- 100 Ideologischer Klassenkampf / Sozialismus-Diskussion (II)
- 101 Beiträge zur materialistischen Soziologie
- 102 Sozialismus-Diskussion (III)
- 103 Ideologischer Klassenkampf (II)
- 104 Staat und Krise
- 105 Sozialismus-Diskussion (IV)

Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

- AS 1/1 Argument-Reprint 1-17
- AS 1/2 Argument-Reprint 18-21
- AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa
- AS 3 Vom Faustus bis Karl Valentin / Der Bürger in Geschichte und Literatur
- AS 4 Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens / Argumente für eine soziale Medizin (V)
- AS 5 Hanns Eisler
- AS 6 Zur Theorie des Monopols / Staat und Monopole (I)
- AS 7 Projekt Automation und Qualifikation: Automation in der BRD
- AS 8 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 1
- AS 9 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 1
- AS 10 Massen / Medien / Politik
- AS 11 Brechts Tui-Kritik
- AS 12 Lohnarbeit, Staat, Gesundheitswesen

Programm 1977:

- AS 13 Kritik der Frankreichforschung. Handbuch
- AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen
- AS 15 Kritische Psychologie (II)
- AS 16 Staat und Monopole (II) / Probleme der materialistischen Staatstheorie
- AS 17 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 2
- AS 18 Gulliver. Deutsch-englische Jahrbücher, Band 2
- AS 19 Projekt Automation und Qualifikation: Entwicklung der Arbeit. Theorie ihrer empirischen Analyse
- AS 20 Argument-Register 56-100
- AS 24 Angewandte Musik 20er Jahre

Preise und Bezugsmöglichkeiten:

Einzelpreise: jeweils 15,50 DM, Studenten und Schüler 12,- DM.
Im Abonnement jeweils 12,- DM, Studenten und Schüler 9,- DM.

Abo-Bedingungen: Das Abonnement verpflichtet zur Abnahme von drei Bänden nach eigener Wahl aus der AS-Produktion des jeweiligen Jahrgangs; es berechtigt darüber hinaus zum Bezug auch der übrigen Bände des Jahrgangs zum Abo-Preis.

Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

Soeben erschienen:

AS 15 **Kritische Psychologie II**

Sprache und Lernen

J. Ziegler: Watzlawicks Kommunikationstheorie. – *M. Geier:* Chomsky, Skinner und kein Ende. – *B. Wilhelmer:* Konsequenzen aus einer materialistischen Lerntheorie. – *U. Schmitz:* Zur Galperinschen Lerntheorie.

Arbeit

F. Haug: Arbeitspsychologie zwischen Kapital und Arbeit. Über die Aufhebbarkeit eines Widerspruchs. – *Th. Waldhubel:* Kritik der Vigilanzforschung.

Diskussion der Kritischen Psychologie

W. Volpert: Rezension von U. Holzkamp-Ostkamp, Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung. – *K.-H. Sieber:* Notiz zu U. Holzkamp-Osterkamps Konzept der Motivation. – *K. Holzkamp:* Rezension von Frigga Haug, Gesellschaftliche Produktion und Erziehung. – *K.-H. Braun:* Die philosophische und psychologische Diskussion um Lucien Sèves Persönlichkeitstheorie.

Kritik psychologischer Theorien

M. Jäger: Eine Psychologie der Persönlichkeit und ihre Rechtfertigung durch die Analytische Wissenschaftstheorie. – *P. Keiler:* Behaviorismus, Reduktionismus, „Emergenz“-Theorie. Grundlagenprobleme der Verhaltenspsychologie.

Psychologie und Therapie

G. Herzog: Zur klinischen Wirklichkeit der Verhaltenstherapie. – *E. Borneman:* Zur Nomenklatur der Psychiatrie. – *D. Roer:* Kommentar und Dokumentation zur Stellungnahme der ÖTV

Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 18 Gulliver 2 Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 2 Landeskunde als Kulturwissenschaft

Editorial

Bernd-Peter Lange

Tendenzen der „Landeskunde“ in Reformmodellen für die Anglistik

Dieter Kerl u. Hedwig Völkerling

Zu Inhalt und Funktion der Landeswissenschaft Großbritanniens, USA bei der Ausbildung und Erziehung sozialistischer Englischlehrer. Ein Diskussionsbeitrag aus der DDR

Paul Oehlke

Gesellschaftstheorie als Grundlage einer sozialhistorisch orientierten Landeskunde Großbritanniens

Raymond Williams

The Sociology of Culture

Stuart Hall

Über die Arbeit des Centre for Contemporary Cultural Studies (Birmingham) Ein Gespräch mit H. Gustav Klaus

Graham Murdock

Administrative and Critical Research Revisited. The Centre for Mass Communication Research at Leicester, 1966–1976

Susan Harper and John Oakley

Zum Verhältnis von Literatur und Gesellschaftsgeschichte

David Craig

Images of Factory Life

Ulrich Bültemann u. Reiner Lehberger

Ansätze zu einer sozialistischen Theaterbewegung in den USA der dreißiger Jahre. Ein Forschungsbericht

Dieter Herms

Der Kampf der United Farmworkers of America

Archiv zur demokratischen und Arbeiterbewegung

Priscilla Metscher

The Development of the National Liberation Struggle and the Labour Movement in Ireland. A. Survey

Diskussion

Politisch-kulturelle Periodika der englischen Linken (1945–73)

Konferenzen / Ausstellungen

Zeitschriftenschau

Besprechungen

Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 17 Jahrbuch für kritische Medizin Band 2

Fortsetzung der in Band 1 begonnenen breiten Diskussion möglicher Verbesserungen im Gesundheitswesen. Wieder kommen vor allem diejenigen zu Wort, die in der medizinischen Praxis tätig sind. Fallberichte sollen dazu beitragen, die Erfahrungen einzelner zu verallgemeinern. Zur vergleichenden Orientierung bringt der Band Informationen über das Gesundheitswesen anderer, vorwiegend westeuropäischer Länder.

H.-H. Abholz, W. Bichmann, H.-U. Deppe, F. Elgeti, U. Gerhardt, D. Hall, R. Hartog, R. Höh, W. W. Holland, W. Karmaus, B. Lemmer, G. Marxen, D. C. Morrell, B. Nemitz, H. Pauli, J. Pelikan, M. Pflanz, J. Ricke, R. Robson, U. Schagen, U. Schultz, F. Tennstedt, Th. Thiemeyer schreiben über
Gesundheitswesen und Sozialpolitik

Grundlagen gesundheitspolitischer Entscheidungen

Ausbildung

Medizinische Primärversorgung

Gesundheitliche Versorgung und soziale Lage

Medizin in der Dritten Welt

Mit einer Beilage

Volkmar Sigusch: Medizinische Experimente am Menschen.

Das Beispiel Psychochirurgie

AS 24 Angewandte Musik 20er Jahre

Editorial: Dietrich Stern: Musik auf der Suche nach gesellschaftlicher Nützlichkeit

Dietrich Stern: Komponisten gehen zum Film

Ingrid Grünberg: Operette und Rundfunk

Albrecht Dümling: Symbol des Fortschritts, der Dekadenz und der Unterdrückung: Jazz in den 20er Jahren

Dietrich Stern: Soziale Bestimmtheit des musikalischen Materials. Hanns Eisler und Kurt Weill

Jürgen Engelhardt: Fragwürdiges in der Kurt-Weill-Rezeption

Albrecht Dümling: Eislers Beitrag zur Schönberg-Rezeption in der DDR

Hubert Kolland: „Undeutsche Musik“

Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

Dezember 1977 erscheint:

AS 19 Projekt Automation und Qualifikation: Entwicklung der Arbeit: Theorie ihrer empirischen Analyse

Fortsetzung der Studie über die Ausbreitung der Automation in der BRD (Argument-Sonderband 7).

In Auseinandersetzung mit bisherigen industriesoziologischen Untersuchungen und Theorien enthält dieser Band den Methodenteil der umfangreichen empirischen Untersuchung von Tätigkeiten und Qualifikationen an automatischen Anlagen in der BRD. Die Entwicklung und Begründung der eigenen Methode stellt zugleich einen Beitrag dar zum aktuellen Problem des Verhältnisses von allgemeiner Theorie und Empirie. Dieses Problem, das sich auch für marxistische Theorie akut stellt, wird hier im besonderen Bereich der Erfassung von Arbeitstätigkeiten exemplarisch zu lösen versucht.

Die Übersetzung allgemeinsten gesellschaftswissenschaftlicher und ökonomiekritischer Kategorien in Fragen, die faktische Vorgänge zu erfassen erlaubt, schließt mit der Präsentation des Fragebogens, mit dem das Projekt in den Betrieben gearbeitet hat. So gibt der Band zugleich einen umfassenden kritischen Literaturüberblick und eine Didaktik empirischer Methodologie.

1978 folgt die Auswertung der Untersuchung in 80 Betrieben der BRD und Westberlins)

Adressaten: Soziologen, Psychologen, Ökonomen, Arbeitswissenschaftler, Pädagogen, Techniker

Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe

VII

<i>Sandkühler, Hans Jörg, u. a.: Materialismus – Wissenschaft und Weltanschauung im Fortschritt (R.-D. Vogeler)</i>	715
<i>Becker, Werner, und Kurt Hübner (Hrsg.): Objektivität in den Natur- und Geisteswissenschaften (M. Jäger)</i>	717
<i>Lenk, Hans: Pragmatische Philosophie (U. Schmitz)</i>	719
<i>Marcuse, Herbert: Zeitmessungen (B. Frei)</i>	720
<i>Benz, Ernst: Das Recht auf Faulheit (A. Kolberg)</i>	721

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Wunderlich, Dieter (Hrsg.): Wissenschaftstheorie der Linguistik (J. Ellerbrock)</i>	723
<i>Bense, Elisabeth, Peter Eisenberg und Hartmut Haberland (Hrsg.): Beschreibungsmethoden des amerikanischen Strukturalismus (U. Schmitz)</i>	724
<i>Cherubim, Dieter: Grammatische Kategorien (U. Schmitz)</i>	726
<i>Trabant, Jürgen: Elemente der Semiotik (J. Tatz)</i>	727
<i>Schütze, Peter F.: Zur Kritik des literarischen Gebrauchswerts (U. Naumann)</i>	729
<i>Kimpel, Dieter, und Beate Pinkerneil (Hrsg.): Methodische Praxis der Literaturwissenschaft (S. Schmidlin)</i>	730
<i>Paucker, Henri R. (Hrsg.): Neue Sachlichkeit (E. Schütz)</i>	731
<i>Heintz, Günter (Hrsg.): Texte der proletarisch-revolutionären Literatur Deutschlands 1919–1933 (E. Schütz)</i>	731
<i>Blumensath, Heinz, und Christel Uebach: Einführung in die Literaturgeschichte der DDR (K. Boie)</i>	733

Soziologie

<i>Belardi, Nando, und Christel Zuschlag: Arbeiterbewußtsein und Arbeiterbildung (U. Ropohl)</i>	734
<i>Antonoff, Roman: Arbeitsästhetik (Ch. Friemert)</i>	736
<i>Houtart, François, und André Rousseau: Ist die Kirche eine antirevolutionäre Kraft? (T. Schöffthaler)</i>	737
<i>Aufermann, Jörg, Hans Bohrmann und Rolf Sülzer (Hrsg.): Gesellschaftliche Kommunikation und Information (R. Pitz)</i>	739

Erziehungswissenschaften

<i>Marx, Karl, und Friedrich Engels: Über Pädagogik und Bildungspolitik (H.-J. Gottschalk)</i>	740
<i>Lenin, Wladimir Iljitsch: Über Bildungspolitik und Pädagogik (H.-J. Gottschalk)</i>	740
<i>Böttcher, Gisela, und Gerd Herweg: Schule (H. Hensel)</i>	740
<i>Richter, Dieter, und Jochen Vogt (Hrsg.): Die heimlichen Erzieher. Kinderbücher und politisches Lernen (K.-D. Lenzen)</i>	741
<i>Dehn, Wilhelm (Hrsg.): Ästhetische Erfahrung und literarisches Lernen (K. Buselmeier)</i>	742
<i>Barabas, Friedrich, Thomas Blanke, Christoph Sachße und Ulrich Stascheit: Jahrbuch der Sozialarbeit 1976 (D. Sneed)</i>	744

Medizin

<i>Reiners, Hartmut, und Volker Volkholz (Hrsg.): Einführung in das Gesundheitssystem der BRD (D. Borgers)</i>	745
<i>Rauskolb, Christa: Lobby in Weiß (M. Berger)</i>	746
<i>Pflanz, Manfred: Die soziale Dimension in der Medizin (D. Borgers)</i>	747
<i>Petri, Horst, und Matthias Lauterbach: Gewalt in der Erziehung (U. Faber)</i>	748

Geschichte

<i>Bley, Helmut: August Bebel und die Strategie der Kriegsverhütung (V. Ullrich)</i>	749
<i>Kreppel, Klaus: Entscheidung für den Sozialismus. Die politische Biographie Pastor Wilhelm Hohoffs (H. Haumann)</i>	750
<i>Sigel, Robert: Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe (P. Strutynski)</i>	751
<i>Niethammer, Lutz, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945 (W.-D. Schmidt)</i>	753
<i>Klotzbach, Kurt: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (V. Ullrich)</i>	754

Soziale Bewegung und Politik

<i>Pozzoli, Claudio (Hrsg.): Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 3 (P. Strutynski)</i>	755
<i>Hofschen, Heinz-Gerd, Erich Ott und Hans Karl Rupp: SPD im Widerspruch (Ch. Butterwegge)</i>	757
<i>Shuster, Dieter: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (P. Strutynski)</i>	759
<i>Gramsci, Antonio: Briefe aus dem Kerker (B. Frei)</i>	760
<i>Balibar, Etienne: Über die Diktatur des Proletariats (E. Volker)</i>	761
<i>Hobsbawm, Eric J., und Giorgio Napolitano: Auf dem Weg zum „historischen Kompromiß“ (Th. Scheffler)</i>	763

Jura

<i>Blasius, Dirk: Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität (Th. Berger)</i>	764
<i>Maus, Ingeborg: Bürgerliche Rechtstheorie und Faschismus (V. Neumann)</i>	765
<i>Kolbe, Dieter: Reichsgerichtspräsident Dr. Erwin Bumke (Th. Schall)</i>	768
<i>Ansary, Tugrul, und Volkmar Gessner (Hrsg.): Gastarbeiter in Gesellschaft und Recht (S. A. Bahadir)</i>	769

Ökonomie

<i>Riese, Hajo: Wohlfahrt und Wirtschaftspolitik (R. Eilers)</i>	771
<i>Boulding, Kenneth E.: Ökonomie als Wissenschaft (M. Freytag)</i>	772
<i>Fleischle, Gerhard, und Manfred Krüper (Hrsg.): Investitionslenkung (S. A. Bahadir)</i>	773
<i>Beyme, Klaus von: Ökonomie und Politik im Sozialismus (M. Masuch)</i>	774